



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag in Memmingen:

Zuwanderung und Integration

Die unterschiedlichen Facetten von Integration, die für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden entscheidend sind, wurden bei der zweitägigen Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Memmingen thematisiert. Die Veranstaltung war auch die Abschiedsvorstellung für den Gastgeber, Rathauschef Dr. Ivo Holzinger. Der 68-Jährige, der die Kommune seit 1980 regiert, ist Deutschlands dienstältester Oberbürgermeister. Im Herbst dieses Jahres scheidet er nach sechs Amtsperioden aus.

„Eigentlich ist Integrationspolitik Stadtpolitik in ihrem ursprünglichsten Sinn“, führte Städtetagsvorsitzender Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, in seiner Grundsatzrede aus. „Kommunen können Integration, sie handeln schon lange. Integration geschieht über viele Stufen und Etappen hinweg. Das ist eine Aufgabe für Generationen. Integration bereitet den Kommunen viel Arbeit und Kosten, aber die Mühen lohnen sich“, so Maly.

Politikfelder verzahnen

Integration ist keine alleinige Aufgabe der Kommunen; Bund und Länder müssen sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen, denn hier verzahnen sich viele Politikfelder, wie Städtebau und Wohnungsbau, Bildung, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik, Ehrenamt, Kultur und Sport. Maly: „Es gibt ein Leitmotiv, das alle Bereiche von Integration durchzieht: Die Kommunen leisten ihren Beitrag und werden ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Kommunen leisten viel für Integration, aber sie müssen es sich auch leisten können. Es darf keine kalte Kommunalisierung von Integrationskosten geben. Bund und Länder dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.“

Integration berührt viele Bereiche: Mobilisierung von Bauland, den sozialen Wohnungsbau, den Arbeitsmarkt, das betrifft Jugendhilfe und Sozialhilfe, das umfasst

Kinderbetreuung in Kindergärten, Kitas und Horten, das umgreift Erziehung und Schule. Wie Maly hervorhob, stehen die Zeichen auf Integration, denn Zuwanderung sei trotz vieler Herausforderungen eine Chance. „Bayern ist nicht zuletzt wegen der Integrationsarbeit in den Städten und Gemeinden ein Vorbild der Integration.“

Wohnbauförderung

Wenn ein Gemeinwesen zu wenig auf Integration achtet, wächst die Gefahr, dass Konflikt-

DStGB-Positionen:

Nirgendwo zeigen sich die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen so deutlich wie in den Städten und Gemeinden – eben dort, wo Menschen wohnen, arbeiten und zusammenleben. „Die Städte und Gemeinden sollten gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement vor Ort, den Vereinen, Verbänden, Kirchen als ‚sorgende Gemeinschaften‘ sich intensiv um die Belange älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit oder ohne Pflegebedarf kümmern“, heißt es dazu in einem aktuellen Positionspapier des deutschen Städte- und Gemeindebundes zur kommunalen Senioren- und Pflegepolitik.

Bereits heute leisten die Kommunen wichtige Beiträge zur Pflege und Pflegevermeidung. Für ältere und alte Menschen, pflegebedürftige und/oder behinderte Menschen und ihre Familien erbringen sie laut DStGB umfangreiche Unterstützung, beginnend mit der Altenhilfe, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, über Beratungs- und Koordinierungsstellen, familienentlastende und familienunterstützende Hilfen, die kommunalen Krankenhäuser und den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie die rechtliche Betreuung bis hin zum Wohnumfeld und zur Nutzbarkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Städte und Gemeinden wollen für alle Einwohner gute Lebensbedingungen schaffen. Mit Blick auf ein eigenständiges Leben im Alter gehören hierzu auch die Be-



Das Podium, v. l.: Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, Prof. Dr. Petra Bendel, Innenminister Joachim Herrmann, Stephanie Heinzler, Dr. Christoph Hammer, Dr. Sigrid Meierhofer sowie Dr. Mario Paul.

herde vor der eigenen Haustür wachsen, fuhr der Städtetagschef fort. „Sobald bezahlbare Wohnungen fehlen, steigt die Gefahr von sozialen Spannungen und wächst Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zuwanderern. Der Zuzug von Flüchtlingen erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt – gerade um bezahlbare Wohnungen. Hier rächt sich die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus. Leider sind die dauerhaften Forderungen des Städtetags nach Intensivierung der Städtebauförderung und Belebung des sozialen Wohnungsbaus erst spät aufgegriffen worden. Aber immerhin ist nun Bewe-

gung in den Wohnungsbau gekommen. Jetzt öffnet sich die Chance für eine Renaissance des geförderten Wohnungsbaus.“

Wege aus der Armut

Integration ist die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, einzubeziehen sei neben den Zuwanderern immer auch die deutsche Bevölkerung, unterstrich Maly. „Wir wollen alle mitnehmen. Keiner darf auf der Strecke bleiben. Städte müssen sich um Menschen mit Migrationshintergrund kümmern und müssen für alle Menschen Wege aus der Armut, (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale Senioren- und Pflegepolitik

Es müsse ein Ende sein, „Alter“ automatisch mit „Defizit“ gleichzusetzen. Personen im dritten Lebensabschnitt stellten ein Potential für neue Aktivitäten, Handlungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten in den Kommunen dar. Dies gelte auch für die Gewinnung Älterer für den Bundesfreiwilligendienst. Von daher sollten die Kommunen ihren Blick auf die Potentiale des Alters richten und ein seniorenfreundliches Klima in ihrer Gemeinde schaffen.

Sozialräumlicher Ansatz

Auch für die Seniorenpolitik und Pflege gilt der sozialräumliche Ansatz. Es ist davon auszugehen, dass ältere Menschen auch weiterhin so lange wie möglich selbständig wohnen bleiben wollen, dass aber aufgrund des sich veränderten Altersaufbaus der Bevölkerung, der zunehmenden eigenen Beschäftigung und steigenden Mobilität pflegende Angehörige nicht mehr in gleicher Zahl und Bereitschaft zur Verfügung stehen werden, wie das heute noch der Fall ist. Städte und Gemeinden, so der Kommunalverband, sollten deshalb häusliche Versorgungsdienste und ambulante Pflege stärker kleinräumig organisieren.

Ein gut strukturiertes und vernetztes Hilfesystem im Sozial- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Bezirkstag im Kloster Banz:

Psychiatrie von Morgen

Gerade in den vergangenen Jahrzehnten vollzog sich im Fachbereich Psychiatrie ein großer Wandel – weg von der „Verwahrpsychiatrie“ hin zu einer modernen, flächendeckenden und gemeindenahen Versorgungsstruktur. Im Rahmen der diesjährigen Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags im oberfränkischen Kloster Banz zog der Verband eine Bilanz seiner Reformbestrebungen der vergangenen Jahrzehnte.

In der Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Psychiatrieerfahrenen, der Angehörigen und der Landespolitik ging es dem Bezirkstag insbesondere darum, die „Psychiatrie von Morgen“ schon heute aktiv mitzugestalten und eine langfristige Perspektive, eine Vision der Psychiatrie der Zukunft, zu entwickeln.

Die bayerischen Bezirke treten schon seit längerem für ein Gesetz ein, das Hilfe- und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen regelt. Das derzeit noch geltende Unterbringungsgesetz aus dem Jahre 1992 soll durch ein Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfegesetz (PsychKHG) abgelöst werden, das die Hilfe für psychisch kranke Menschen in den Vordergrund stellt.

Akzeptanz des Gesetzes

Wie der Präsident des Bayerischen Bezirkstags Josef Mederer, unterstrich, „brauchen wir ein Gesetz, das von den betroffenen Menschen akzeptiert wird, weil es ihre Rechte schützt und den Hilfaspekt in den Vordergrund rückt. Zudem soll es Orientierung geben, wie das Hilfesystem im Vorfeld einer Krise ausgestaltet sein muss und so ineinandergreift, damit es am besten gar nicht zu einer Unterbringung kommt.“

Auch Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml ist daran gelegen, die Versorgung von Menschen in psychischen Krisen weiter zu verbessern. Psychische Krisen seien existentielle Notfälle. Ein hierauf spezialisierter Krisendienst könne ein erster Hilfspunkt sein. „Mein Ziel ist deshalb ein bayernweit flächendeckender Ausbau dieser Dienste. Ich freue mich, dass die Bezirke und ich dasselbe Ziel verfolgen.“

Derzeit gibt es solche Krisendienste bereits in München, in

Mittelfranken sowie in Regensburg und Würzburg. Huml kündigte an: „Wichtig ist mir, dass sich das Angebot an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert. Deshalb ist es unerlässlich, dass der Ausbau nach den Maßgaben der Bezirke erfolgt.“

Starkes Signal

Die Ministerin begrüßte es, dass die Bezirke die flächendeckende Notfall-Versorgung von Menschen in psychischen Krisen sowie die Hälfte der anfallenden Kosten übernehmen wollen. Dies sei ein starkes Signal an den Bayerischen Landtag, der über den verbleibenden staatlichen Anteil entscheidet. „Ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Frage in den kommenden Monaten klären werden.“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Im Lande Bayern hat ein Aufregerwort wieder Konjunktur – die Leitkultur. Für den Bürgermeister freilich ist der Begriff ein freundliches Gespenst, das uns helfen wird, in Zukunft friedlich und respektvoll mit den Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen zusammen zu leben.

Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe	
Verstärkter Kampf gegen Raser in Bayern	Seite 2
Rekord beim Kommunalen Finanzausgleich 2017	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Neues europäisches Politikverständnis	3
GVB-Verbandstag: Die digitale Gesellschaft	3
100 Jahre Bayerischer Versorgungsverband	5
GZ-Fachthemen: Kommunales Energiethemen	6-12
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	13
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	14-16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Rekord beim Kommunalen Finanzausgleich 2017

Reaktionen der Kommunalen Spitzenverbände

Im kommenden Jahr wird der Kommunale Finanzausgleich (FAG) auf die neue Rekordsumme von 8,82 Milliarden Euro anwachsen. Dies entspricht einer Steigerung von 260 Millionen Euro bzw. drei Prozent gegenüber diesem Jahr. Darauf einigten sich Finanzminister Markus Söder, Innenminister Joachim Herrmann und die Vertreter der vier kommunalen Spitzenverbände jüngst in München.

Mit dem Finanzausgleich regelt der Freistaat die Aufteilung der Steuereinnahmen unter Landkreisen, Städten, Gemeinden und Bezirken. Der Hauptanteil des Zuwachses (230 Mio. Euro) resultiert aus den allgemeinen Steuermehreinnahmen. 30 Millionen Euro legt der Freistaat aus eigenen Mitteln drauf. Die Stabilisierungshilfen für besonders finanzschwache Kommunen liegen unverändert bei 150 Millionen Euro. Hiervon profitieren hauptsächlich Landkreise, Städte und Gemeinden im östlichen Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz. In diesem Zusammenhang erklärte der Finanzminister, die Fortschreibung dieser Sonderzuschüsse sei eine Chance für die Kommunen, ihre Pflichtaufgaben weiterhin zu stemmen. Von den allgemeinen Zuwächsen im FAG profitierten alle Kommunen.

Schulbau und -sanierung

Ein Schwerpunkt der Finanzzuweisungen in 2017 liegt beim Bau und der Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten. Hier steigt der Förderansatz um 70,2 auf dann 500 Millionen Euro. Damit könnten die Fördersatzte je Projekt um bis zu zehn Prozent höher liegen, so Söder. Er sehe dann einen Anreiz für gesteigerte Investitionsaktivitäten der Kommunen. Des Weiteren erhalten die kommunalen Krankenhäuser 503,4 Millionen Euro. Aufgrund dieses Betrags (mehr als 500 Mio.) könnten auch die vom Bund bereitgestellten Krankenhausstrukturfondsmittel von 77 Millionen Euro in voller Höhe abgerufen werden.

Hinsichtlich der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik erklärte sich der Finanzminister be-

reit, die Zuschüsse für die Übernahme staatlicher Aufgaben durch die Kommunen um 34 Millionen Euro zu erhöhen. Des Weiteren verwies er auf die Zuständigkeit des Bundes, der zu 100% für die derzeitige Zuwanderungswelle verantwortlich sei. Bislang habe dieser jedoch nur 17% der anfallenden Kosten übernommen. Hier erwarte er noch Nachbesserungen. Söder resümierte, mit dem neuen FAG lasse man die Kommunen in schwierigen Zeiten nicht allein.

„Akzeptabler Kompromiss“

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, nannte das Verhandlungsergebnis „einen akzeptablen Kompromiss, in dem sich alle Beteiligten wiederfinden können. Positiv fällt der aufkommensbedingte Anstieg des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund ins Gewicht. Dadurch werden die Schlüsselzuweisungen nächstes Jahr insgesamt steigen. Dass der Freistaat über die Verbundzuwächse hinaus 30 Millionen Euro zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stellt („fresh money“) ist ein weiterer Verhandlungserfolg für die Kommunen. Ein Erfolg ist für die Kommunen auch, dass die sogenannten Pro-Kopf-Zuweisungen an die Kommunen für die Erfüllung übertragener staatlicher Aufgaben seit 1999 erstmals wieder erhöht werden.“

Jugendhilfekosten

Maly zufolge muss der Freistaat aber noch nachlegen für die aufgabenbezogene Unterstützung der Kommunen bei den Kosten zur Bewältigung der Aufnahme und

Integration von Flüchtlingen. „Die Übernahme der Jugendhilfekosten für heranwachsende unbegleitete Flüchtlinge steht immer noch aus. Ebenso erwarten die Kommunen eine Beteiligung des Freistaats an den ungedeckten kommunalen Verwaltungs- und Personalkosten, die für die Aufnahme und Integration der Zuwanderer anfallen.“

Neues Rekordniveau

Über das neue Rekordniveau freute sich der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Christian Bernreiter, Deggen-dorf. Dieser Zuwachs sei wie im Vorjahr wesentlich auf die gute Entwicklung der Steuereinnahmen in Bayern und zusätzliche staatliche Mittel zurückzuführen.

Entlastungen

Ein wesentlicher Erfolg sei u. a. der Anstieg der Schlüsselzuweisungen (+63,6 Mio. Euro = +2 %) auf 3,29 Mrd. Euro, der insbesondere Gemeinden und Landkreisen mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft zugutekommt. Vereinbarung wurden schließlich weitere Gespräche zu den Kosten für Flüchtlinge, insbesondere unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene, sobald Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bund vorliegen. Bereits erreicht werden konnten Entlastungen bei den flüchtlingsbedingten Mehrkosten der Unterkunft mit 62 Mio. 2 Euro im Jahr 2016. 2017 und 2018 wird sich dieser Betrag entsprechend den Aufwendungen der bayerischen Kommunen erhöhen. Daneben sei es gelungen, einen Weg für die Entlastung i. H. v. 5 Mrd. Euro im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zu finden. Die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten davon ab 2018 insgesamt rund 645 Mio. Euro jährlich. Bernreiter: „Eine echte Stärkung der Kommunalhaushalte!“

Verstärkter Kampf gegen Raser in Bayern

Schwerpunktkontrollen der Polizei im Juli

Das Bayerische Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Bayern mobil - sicher ans Ziel“ will erreichen, dass bis 2020 die Unfallzahlen weiter reduziert werden und die Zahl der Verkehrstoten auf unter 550 sinkt. Dazu dient das Maßnahmenpaket, das von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit über verbesserte Verkehrsraumgestaltung bis hin zur Verkehrsüberwachung reicht. Im Zuge dieses Programms finden im Juli Schwerpunktkontrollen gegen Raser im gesamten Freistaat statt. Das verkündete Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann.

Zu schnelles Fahren sei eine der Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle, erläuterte der Minister. Dabei gehe rund ein Viertel der tödlichen Verkehrsunfälle im Freistaat auf Raser zurück. So seien im vergangenen Jahr 177 Menschen auf Bayerns Straßen gestorben. Die meisten tödlichen Verkehrsunfälle habe es bezeichnenderweise in den Sommermonaten Juni, Juli und August gegeben; wohl verleite das schöne Wetter zu schnellem Fahren. Die „Unbelehrbaren“ im Straßenverkehr müssten daher mit empfindlichen Geldstrafen und Fahrverboten rechnen.

Schwerpunkt Landstraße

Bei ihren Kontrollen habe die Polizei vor allem Raser auf Landstraßen im Visier, wo fast zwei Drittel der Verkehrstoten in Bayern (393 von 614) im letzten Jahr zu verzeichnen waren, führte der Verkehrsminister weiter aus. Bei vielen Unfällen sei überhöhte

Etwas differenzierter äußerte sich Bezirktagspräsident Josef Mederer, der sich noch gewisse Nachbesserungen wünscht.

Kraftvolles Signal

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bewertete die Ergebnisse der Verhandlungen als ordentliches Ergebnis. „Es ist uns gelungen, einen Kompromiss zu finden, der sowohl einen Aufwuchs der Schlüsselmasse garantiert, gleichzeitig aber auch ein kraftvolles Signal für Investitionen im Bereich von Schule und Kindertageseinrichtungen gibt.“

Ein wichtiges Signal für die Gemeinden sei unter anderem, dass in der Verhandlung erreicht werden konnte, die sogenannten Pro-Kopf-Beträge nach Artikel 7 FAG für die Erfüllung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises – die letztmalig 1999 erhöht wurden – um 7 Prozent zu steigern.

Geschlossenes Auftreten

KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle wertete die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2017 als „großen Erfolg für die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) und die bayerischen Kommunen“. So seien die zentralen Forderungen aus ihrem Vorgespräch mit den beiden Staatssekretären Albert Füracker (Finanz- und Heimatministerium) und Gerhard Eck (Innenministerium) erfüllt worden (siehe GZ 13/2016). Rößle: „Ich danke allen Mitstreitern aus den Reihen unserer KPV für ihre Unterstützung und ihr geschlossenes Auftreten. Dadurch konnten wir gemeinsam enorme Überzeugungskraft leisten.“

Gutes Verhandlungsergebnis

Das sehr gute Verhandlungsergebnis zeigt Rößle zufolge, „dass der Freistaat Bayern, die CSU-Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion zu ihren Kommunen stehen. Zudem freue ich mich sehr über die hohe Wertschätzung und das Vertrauen, die unsere KPV bei den Entscheidungsträgern der CSU und bei den kommunalen Spitzenverbänden genießt.“

DK/rm

„Nationale Projekte des Städtebaus“

6,5 Millionen Euro für Vorzeigemodelle in Schweinfurt und Eggenfelden

Das Bundesbauministerium stellt im Rahmen seines Förderprogramms „Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“ von 2014 bis 2017 jährlich rund 50 Millionen Euro für städtebauliche Investitionsprojekte zur Verfügung. So wurden in 2014 und 2015 bereits Vorzeigeprojekte in Bamberg, Berching, Burghausen, Fürth, Herrieden, Kempten, Regensburg sowie Thurnau ausgezeichnet. In diesem Jahr wurden die Städte Eggenfelden und Schweinfurt ausgewählt. Innen- und Bauminister Joachim Herrmann begrüßte ausdrücklich die Entscheidung des Bundesbauministeriums, die beiden bayerischen Städte mit 6,5 Millionen Euro für ihre Bauprojekte zu fördern.

Für Bayerns Bauminister stellt die hohe Förderung durch den Bund „eine großartige Investition“ in die Infrastruktur der Kommunen dar. Mit den Schwerpunkten Konversion von Militärf Flächen, interkommunale Kooperationen sowie barrierefreier und demographiegerechter Umbau würden aktuelle und zukunftsweisende Aufgaben der Gemeinden aufgegriffen, ergänzte Bau-staatssekretär Gerhard Eck.

Konversion

Die unterfränkische Stadt Schweinfurt erhält ca. vier Millionen Euro Bundesfinanzmittel zur Konversion des ehemaligen Ledward-Kasernenareals. Dort soll der neue „Caruspark“ als Rückgrat und Impulsprojekt für weitere Bauten wie z.B. der „I-Campus“ der Fachhochschule Schweinfurt-Würzburg oder die Stadthalle dienen.

Im niederbayerischen Eggenfelden soll mit den ca. 2,5 Millio-

nen Euro Fördermitteln die Alte Brauerei in der historischen Hofmark Gern revitalisiert werden. Darüber hinaus wird mit dem Innovationszentrum „RegioLab“ ein Schlüsselprojekt der interkommunalen Allianz der „Rottauer Hofmarken umgesetzt. Beispielhaft ist hierbei die Verbindung von der Revitalisierung der ehemaligen Brauerei mit der Zukunfts-gewandheit und Anwendung zeitgemäßer Werkzeuge wie der Digitalisierung im ländlichen Raum.

Wichtige Ergänzung

Das Förderprogramm „Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“ besteht neben der allgemeinen Städtebauförderung des Bundes die in den Jahren 2014 bis 2019 von 455 Millionen Euro auf jährlich 650 Millionen Euro angehoben wurde. Herrmann sieht in dem Programm auch eine wichtige Ergänzung der Städtebauförderung.

rm

Zweckentfremdung von Wohnraum:

Innenminister Herrmann will Verbot verlängern

Die Zweckentfremdung von Wohnraum stellt nicht nur die Landeshauptstadt München, sondern auch viele andere bayerische Kommunen schon seit längerem vor Probleme. Mit sog. Zweckentfremdungssatzungen können die Gemeinden dafür sorgen, dass Wohnungen dem normalen Mietwohnungsmarkt nicht völlig entzogen werden.

Nach dem Willen von Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sollen dies die Kommunen auch künftig mit eigenen Satzungen regeln können. Derzeit prüft das Bauministerium eine Verlängerung des aktuellen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum die rechtliche Grundlage für Satzungen, über den 30.Juni 2017 hinaus.

Situation in München

Ausschlaggebend für die Überprüfung sei laut Herrmann vor allem die Situation in der Landeshauptstadt, die aufgrund jahrelangen Missbrauchs von Wohnraum durch die Vermieter eine Verschärfung des Gesetzes fordert. In München gebe es seit vielen Jahren ungenehmigte Vermietungen von Wohnungen z.B. an sog. Medizintouristen. Dies sei nicht hinnehmbar, da hier Wohnraum gezielt dem Mietmarkt entzogen werde.

Vermietung von Wohnraum an Touristen

Des Weiteren bestehe das Problem der wiederholten Vermietung von Wohnraum an Touristen oder die Nutzung als Gewerberaum. Dies gelte auch für viele andere Städte und Gemeinden. Daher prüfe man auch eine Änderung bzw. Anpassung des Gesetzes. Bei Verstößen dagegen sei eine Erhöhung des Bußgeldrahmens von 50.000 auf 100.000 Euro denkbar, führte der Minister aus. Ebenso könnten Gemeinden beim Vollzug des Zweckentfremdungsrechts Erleichterungen in Form von speziellen Auskunftsrechten erhalten. Und bei der Verletzung von Mitwirkungspflichten seien härtere Sanktionen möglich. Abschließend meinte Herrmann eine Verlängerung des Gesetzes mit entsprechenden Änderungen bzw. Anpassungen sei durchaus sinnvoll.

rm

Jahresbericht der Hanns-Seidel-Stiftung

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Hanns-Seidel-Stiftung gibt einen grundlegenden Einblick in die Arbeit der Stiftung und greift gleichzeitig Themen auf, die in 2016 unvermindert aktuell sind: Asyl, Flucht und Migration, die Entwicklung der Bildungsoffensive oder die Initiativen in der Entwicklungszusammenarbeit. Der 70-seitige Bericht hält auch Rückschau auf den 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß, 40 Jahre Bildungszentrum Wildbad Kreuth oder das Jubiläum „25 Jahre Deutsche Einheit“. Weitere Einzelheiten sowie Zahlen und Informationen über die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung finden sich im Bericht. Unter dem Link <http://bit.ly/2anbjwW> kann der Bericht online gelesen werden; gleichzeitig kann man ein Druckexemplar kostenfrei bestellen.

☐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

- Bürgermeisterin Marianne Krohnen 63826 Geiselbach am 1.8.
- Bürgermeister Johann Krumbacher 84558 Kirchweidach am 2.8.
- Bürgermeister Peter Neubert 97493 Bergheinfeld am 21.7.
- Bürgermeister Ottmar Hirschbichler 94522 Wallersdorf am 21.7.
- Bürgermeister Peter Paul 97785 Mittelsinn am 27.7.
- Bürgermeisterin Anna-Maria Wöhl 91590 Bruckberg am 29.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

- Bürgermeister Bruno Kellner 96179 Rattelsdorf am 1.8.
- Bürgermeister Quirin Krötz 86935 Rott am 2.8.
- Bürgermeister Klaus Fließ 86932 Pürgen am 24.7.
- Bürgermeister Karlheinz Escher 91287 Plech am 29.7.

Bürgermeister

- Rudolf Leitmannstetter 83569 Vogtareuth am 30.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

- Bürgermeister Günter Ströbel 91723 Dittenheim am 2.8.
- Bürgermeister Martin Seitz 85302 Gerolsbach am 30.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

- Bürgermeister Alfons Schinabeck 94556 Neuschönau am 3.8.
- Bürgermeister David Schneider 91469 Hagenbüchach am 21.7.

- Bürgermeister Anton Freudenstein 94148 Kirchham am 25.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

- Bürgermeisterin Birgit Herbst 91080 Spardorf am 1.8.
- Bürgermeister Martin Behringer 94169 Thurmansbang am 25.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

- Bürgermeister Thorsten Wozniak 97447 Gerolzhofen am 30.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GVB-Verbandstag 2016:

„Die digitale Gesellschaft – Strategien, Chancen, Lernfelder“

Genossenschaften als Versprechen auf eine bessere Zukunft

Die Genossenschaften im Freistaat bringen alle Voraussetzungen mit, um ihren Platz in der digitalen Gesellschaft zu festigen. Das hat Jürgen Gros, Vorstand des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), beim 117. Verbandstag in Unterschleißheim deutlich gemacht. Er erinnerte in seiner Rede vor 1.100 Genossenschaftsvertretern sowie Gästen aus Wirtschaft und Politik daran, dass sich Genossenschaften in den vergangenen 160 Jahren ständig weiterentwickelt und neue Geschäftsfelder erschlossen haben. „Oft standen sie an der Spitze der Veränderungen und haben sie mit innovativen Ideen begleitet“, so Gros. Nun sei es ihre Aufgabe, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und zum Wohle ihrer Kunden und Mitglieder einzusetzen.

Der GVB-Vorstand machte deutlich, dass er Digitalisierung nicht als „Revolution“, sondern als „evolutionären Prozess“ betrachtet. „Die technische Entwicklung ist kein Tsunami. Sie vollzieht sich in kleinen Schritten“, sagte Gros. Dies erfordere gleichwohl eine Kultur, die den Mut belohnt, Neues auszuprobieren – auch das sei gute genossenschaftliche Tradition.

Selbstbestimmung

„Jede Genossenschaft ist ein Versprechen auf eine bessere Zukunft“, hielt Gros fest. Auf diese Formel lasse sich der Satzungsauftrag aller Genossenschaften zurückführen. Auch im Zeitalter der Digitalisierung gelte dieses Versprechen. Wichtig sei, die Selbstbestimmung der genossenschaftlichen Kunden zu achten und sie „nicht als Datenlieferanten, sondern als Personen mit digitaler Souveränität“ zu behandeln, führte Gros aus. Außerdem verwies er darauf, dass Genossen-

schaften Unternehmen sind, die sich zu ihrer Heimat bekennen und Gewinne in ihrer Region investieren. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, garantiere ebenfalls eine bessere Zukunft.

Videobotschaft von Aigner

Der GVB-Verbandstag ist das zentrale alljährliche Treffen der Genossenschaftsorganisation in Bayern. Die diesjährige Veranstaltung stand unter dem Motto „Die digitale Gesellschaft – Strategien, Chancen, Lernfelder“. Dies sei ein sehr interessantes Thema für die Wirtschaft im Freistaat, sagte Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in einer eingebildeten Videobotschaft. Gerade der Mittelstand spiele eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der digitalen Herausforderungen.

Wo die Digitalisierung unternehmerisches Handeln verändert, zeigte Professor Dietmar Harhoff vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München auf. In seinem Vortrag

ging der Wissenschaftler besonders auf die Innovationsaktivitäten der mittelständischen Wirtschaft ein. Diese seien in der Vergangenheit sehr erfolgreich gewesen. Kritisch merkte er an, dass die Betriebe in Deutschland anfangs mit der Digitalisierung "gefremdelt" hätten. Mittlerweile seien sie jedoch aufgewacht, so Harhoff.

Wie die Digitalisierung das Geschäftsmodell der Musikindustrie auf den Kopf gestellt hat, erklärte Thomas Stein, Geschäftsführer der clowns & helden GmbH. Er hat jahrzehntelange Erfahrung als Manager in der Musikindustrie und war in Fernseh-Musikshows wie „Deutschland sucht den Superstar“ zu sehen. Stein ließ Revue passieren wie frühe digitale Plattformen wie Napster das Nachfrageverhalten der Konsumenten veränderten und wie schwer sich die Plattenfirmen damals taten, darauf zu reagieren. Heute erzielt die Musikindustrie noch 68 Prozent der Umsätze mit physischen Tonträgern wie der CD. Allerdings ist der Anteil rückläufig: Neue digitale Angebote wie Streamingdienste wachsen rasant.

Abschließend sprach der stellvertretende Vorsitzender des GVB-Verbandsrats, Rainer Schaidnager, über den Wert des genossenschaftlichen Systems vor dem Hintergrund des digitalen Wandels und einer sich stetig verändernden Arbeitswelt. □

Paritäts-Forum in Bayern:

Handlungsansätze für Parität in der Politik

Popularklage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof

Die Frauenanteile im Bayerischen Landtag sowie in den Landes- und Kommunalparlamenten stagnieren seit den 1990er Jahren. 29,4 Prozent des Bayerischen Landtages sind Frauen. Auf kommunaler Ebene liegt der durchschnittliche Frauenanteil bei knapp 25 Prozent. Und nur 8,8 Prozent der Bürgermeisterämter sind in Bayern mit einer Frau besetzt. Abhilfe könnte ein Paritätsgesetz schaffen. Das bayerische Aktionsbündnis „Parität in den Parlamenten“ plant, dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof in Kürze eine Popularklage vorzulegen.

Vorgestellt wurde die Popularklage im Rahmen des Paritäts-Forums „Parität in der Politik – Ziele und Wege“, das jüngst in München stattfand. Zentrale politische Akteure und Akteurinnen Bayerns sowie Fachleute diskutierten über Handlungsansätze für die bayerische Politik und darüber hinaus.

Gleichberechtigte Parlamente

Die Verfasserin der Popularklage, Prof. Dr. Silke Laskowski, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Kassel, erläutert die Initiative: „Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigten Gesetze – und auch keine gleichberechtigte Gesellschaft. Deshalb brauchen wir ein paritätisches Wahlrecht!“

„Demokratie braucht Männer und Frauen. Eine paritätische Besetzung der Wahllisten, wie sie u.a. in Frankreich, aber auch in Tunesien praktiziert wird, ist ein sehr effektives Instrument, um die Repräsentation von Frauen in der Politik zu sichern. Das gilt im besonderen Maße für die Basis der Demokratie, die Kommunalpolitik“, sagte Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende der EAF Berlin und Autorin des aktuell erschienenen Wegweisers „Parität in der Politik“. Sie ergänzt: „Wir

brauchen die öffentliche Debatte ähnlich wie es bei den Themen Equal Pay oder Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft der Fall ist.“

„Um mit den Worten von Elisabeth Selbert zu sprechen: Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist doch schlicht Verfassungsbruch in Permanenz“, zitiert Christa Weigl-Schneider, Sprecherin des bayerischen Aktionsbündnisses „Parität in den Parlamenten“, eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Die

Aufnahme von Artikel 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war zum großen Teil der Verdienst von Elisabeth Selbert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die EAF Berlin veranstalten in den kommenden Monaten mehrere Paritäts-Foren auf Landes- und Bundesebene im Rahmen des Helene Weber Kollegs – der ersten bundeweiten, parteiübergreifenden Plattform für mehr Frauen in der (Kommunal)-Politik. Ziel ist es, die Diskussion über Parität in der Politik zu befördern. Das erste Paritäts-Forum fand jüngst in Bayern statt.

Weitere Informationen zu Parität in der Politik sind in einem neu erschienenen Wegweiser der Beratungs- und Forschungsorganisation EAF Ber-

Netzwerk Interkulturelle Öffnung Kommunen in Bayern:

Was macht eigentlich eine Integrationsbeauftragte?

Durch die große Anzahl von Neuzuwandernden, vor allem Asylbewerber und die demografische Entwicklung wird Integration auch im ländlichen Raum immer mehr zu einer Kernaufgabe von Kommunen.

Konkret heißt dies: Vernetzung mit Beratungsdiensten, Koordination von Helferkreisen, Organisation von Sprachkursen, Verwaltung von Unterkünften. Viele kommunale Verwaltungen haben nur geringe Erfahrungen in diesem Bereich. NIKO ist ein Teilprojekt von

MigraNet – IQ Landesnetzwerk Bayern im Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) MigraNet vernetzt seit 2005 bayernweit Akteure die auf eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund abzielt.

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Abschied von der Europa-Euphorie“, so lautete die markante Überschrift eines Artikels der Stiftung „Wissenschaft und Politik“ – aber nicht veröffentlicht vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit den EU-Austrittsbestrebungen von Großbritannien, sondern bereits im Jahr 2010. Dies zeigt uns, wie lange der Patient Europa bereits krank ist und die einst so optimistischen Erwartungen an einen europäischen Integrationsprozesses im Strudel der nationalstaatlichen Realitäten weitgehend versunken sind.

Es wird vielfach spekuliert und analysiert, welche konkreten Gründe dafür verantwortlich sind. Zu einem großen Teil gehören die geänderten Rahmenbedingungen und die enormen Herausforderungen, wie die rasant fortschreitende Globalisierung, der Krieg im Nahen Osten und die Finanz- und Flüchtlingsproblematik. Herausgebildet haben sich dadurch nicht nur markante Konfliktlinien, sondern auch falsche bzw. überzogene Erwartungshaltungen der Einzelstaaten, aber auch der jeweiligen Be-



Licht gerückt. Es entsteht hier der Eindruck, dass die Politik in Europa weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit gestaltet wird.

Den links- und rechtspopulistischen Parteien, die ein Ende der EU und eine Renaissance der Nationalstaatlichkeit heraufbeschwören, spielt dies alles natürlich in die Hände. Sie suggerieren einfache Lösungen für komplexe Probleme, betreiben ein regelrechtes Europa-Bashing und haben damit leider Erfolg.

Dass die einzelnen Zielvorstellungen der Regierungen der jeweiligen Mitgliedsländer miteinander auseinanderdriften, lässt sich auch im Bereich der Finanzen festmachen. Die Finanzpolitik vieler südeuropäischer Länder ist Ausdruck eines grundverschiedenen Politikverständnisses und steht in weiten Teilen im Gegensatz zur fiskalischen Politik Deutschlands. Gerade die Null-Zins-Politik der EZB ist in mehrfacher Hinsicht für uns absolut unverständlich. Die Menschen, die Sparer fürchten um ihre private Altersvorsorge, die Unternehmer haben Probleme die betriebliche Altersvorsorge so zu finanzieren – bis hin zu unseren Sparkassen, die womöglich in risikoreiche Geschäfte getrieben werden, weil sie mit ihrem traditionellen Darlehensgeschäft nichts mehr verdienen.

Ein weiteres brisantes europäisches Thema, das uns gerade auch als bayerische Kommunalpolitiker betrifft, ist der Milchmarkt. Die Situation der Landwirte ist aufgrund des Wegfalls der Milchquote existenzbedrohend. Ohne ein politisches Eingreifen in den Milchpreis droht ein massives Höfesterben mit fatalen Auswirkungen auf den ländlichen Raum und das gesamte Bild Bayerns. Wir, die KPV, fordern die Entscheidungsträger aller politischen Ebenen auf, das Problem an der Wurzel zu packen und im Einklang aller Akteure eine faire und langfristige Lösung zu finden.

Europapolitik heißt natürlich auch Flüchtlings- und Sicherheitspolitik. Dazu nur ein Satz: Den beinahe endlosen Diskussionen müssen hier konkrete gemeinsame Lösungen folgen, die aber nicht gleichzeitig neue Probleme schaffen, wie beispielsweise die Vereinbarungen mit der Türkei.

Dennoch, bei aller aufgezeigten berechtigten Kritik, sollten wir in Bezug auf Europa eines nicht vergessen: Europa und die Europäische Union sichern uns seit Jahrzehnten Frieden, Freiheit, Sicherheit und damit auch Wohlstand. Nach diesen Maßstäben sollten wir alle gemeinsam auch in eine europäische Zukunft denken.

Letztendlich bleibt zu hoffen, dass der Warnschuss des Brexit-Votums als solcher verstanden wird und die EU ihre Chance nutzt, sich neu aufzustellen und sich künftig zielgerichtet auf wirklich wichtige europäische Themen beschränkt. Wir brauchen weniger Bürokratie und Detailregelungen, dafür mehr Transparenz und vor allem den Willen zu mehr Gemeinsamkeit. Die Menschen müssen durch sichtbare, konkrete Projekte wahrnehmen, dass mit ihren EU-Geldern etwas Positives geschieht und Europa etwas vorwärts bringt. Kurzum: Wir brauchen am besten ein neues europäisches Politikverständnis, das sich im Prinzip an den Werten unserer kommunalen Familie orientiert. Vielleicht schaffen wir es dann auch irgendwann einmal wieder eine neue „Europa-Euphorie“ zu starten.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzenderlin veröffentlicht, der auf
www.frauen-macht-politik.de
zum Download bereit steht. □beauftragte oder vergleichbare
Stellen geschaffen.

Qualifizierung

NIKO unterstützt nun die Qualifizierung und den Austausch der kommunalen Fachkräfte durch Fortbildungen, Tagungen, Info-Materialien und persönlicher Beratung. NIKO ist ein Netzwerk für Kommunen in Bayern zur Förderung von interkultureller Öffnung, Willkommenskultur und Integrationsmanagement. Gemeinsam arbeiten Fachkollegen und -Fachkolleginnen aus ganz Bayern daran, kommunale Integrationsarbeit zu vernetzen und weiter zu entwickeln.

Vernetzungstreffen

So treffen sich einmal im

Jahr im Herbst über 100 Fachkräfte aus den Kommunen und Landkreisen bei der NIKO – Fachkonferenz für kommunale Integrationsarbeit. In 2015 fand diese in Taufkirchen im Landkreis München statt, in 2016 in Ingstadt. Speziell für Landkreise und kreisfreie Städte finden gesonderte Vernetzungstreffen statt, um z. B. kreisspezifische Themen zu besprechen. Fachseminare bearbeiten Themen von Interkultureller Öffnung bis hin zu praktischen Finanzierungsfragen. Manche Kommunen suchen eine direkte Beratung und Unterstützung durch NIKO, z.B. bei der Erarbeitung eines kommunalen Integrationskonzeptes. Oder sie nutzen NIKO-Broschüren und Informationen.

Weitere Informationen unter:
www.niko.migranet.org □

Kommunale Senioren- und...

(Fortsetzung von Seite 1)

raum und Quartier mit verschiedenen Hilfsformen sei notwendig, um adäquat und bedarfsorientiert Angebote machen zu können. Darüber hinaus seien verstärkt Alternativen zur häuslichen Pflege zu schaffen, damit auch bei Schwerstpflege kein Wegzug aus dem Quartier notwendig wird. Kommunen könnten dies durch Nutzung von Spielräumen im Leistungs- und Ordnungsrecht, bei Baugeneh-

migungen und Investitionsförderung unterstützen.

Altersgerechtes Wohnen

Grundvoraussetzung für das selbstbestimmte Leben und Wohnen im Alter ist die Bereitstellung von ausreichend altersgerechtem und – in Anbetracht der absehbar sinkenden Renteneinkommen – vor allem auch bezahlbarem Wohnraum.

Die Gemeinden könnten mit

Psychiatrie von...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wie Huml unterstrich, „ist das PsychKHG auf einem guten Weg. Mein Ziel ist es, dass möglichst viele Anregungen von Experten, aber auch von Betroffenen sinnvoll Eingang in den Gesetzesentwurf finden. Qualität geht vor Schnelligkeit. Klar ist: Ich möchte die Rechte psychisch kranker Menschen stärken. Dazu gehört, dass Zwangsunterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen so weit wie möglich vermieden werden. Außerdem sollen Angehörige mehr als bisher eingebunden und die Selbsthilfe weiter gestärkt werden.“

Expertenkreis

Die Sicherstellung der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgung ist in erster Linie Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns und der Bayerischen Bezirke. Unterstützung kommt jedoch von der Staatsregierung. Das Bayerische Gesundheitsministerium hat bereits 2010 einen Expertenkreis Psychiatrie etabliert, an dem alle relevanten Akteure der psychiatrischen Versorgung vertreten sind, einschließlich der Selbsthilfe. Dieser Expertenkreis war für die Abstimmung des neuen Gesetzes zu einem Runden Tisch erweitert worden.

Vielfältige Versorgung

Nach den Worten der Ministerin „hat Bayern bereits ein vielfältiges Versorgungsangebot für Menschen mit psychischen Störungen“. Der Freistaat und die Kommunen hätten in den vergangenen vier Jahrzehnten rund 1,7 Milliarden Euro an Fördermitteln für den Ausbau und die stetige Modernisierung der psychiatrischen Kliniken ausgegeben. In den kommenden Jahren seien weitere Investitionen von rund 190 Millionen Euro zur Finanzierung eingeplant.

Zu den Inhalten eines PsychKHG verabschiedete der Bayerische Bezirkstag eine Resolution. Darin begrüßt der Verband den von Staatsministerin Huml durchgeführten Konsensprozess, in dem im Rahmen eines Runden Tisches Eckpunkte für ein PsychKHG erarbeitet worden sind. Mit seinen bereits im Mai 2014 verabschiedeten notwendigen Inhalten eines solchen Gesetzes habe sich der Bayerische Bezirkstag intensiv in diesen Prozess eingebracht.

Krisennetzwerk

Kernforderungen des Bayerischen Bezirktags für ein PsychKHG sind insbesondere:

1. Die Schaffung eines flächendeckenden Krisennetzwerks mit sieben regionalen Leitstellen und aufsuchender Krisenintervention als neues verpflichtendes Strukturelement. Dabei soll die Verantwortung für die Einführung und für regionale Lösung im Sinne einer Hinwirkungsverpflichtung bzw. Netzwerkkoordination bei den Bezirken liegen. Der Freistaat Bayern wird weiter aufgefordert, mindestens 50 % der ungedeckten Kosten des Krisen-

netzwerks zu refinanzieren. Als wesentliche Kostenbeteiligung könnte beispielsweise angesehen werden, mindestens die Kosten für die Leitstellen als neues Strukturelement durch den Freistaat zu übernehmen.

2. Zwangsmaßnahmen sollen nur als „ultima ratio“ möglich sein – daher wird eine regelmäßige Berichterstattung über Zwangsmaßnahmen und über die Zahl untergebrachter Menschen in allen Einrichtungen gefordert. Voraussetzung ist eine zentrale Erfassung von Zwangsmaßnahmen und Unterbringungen in allen Einrichtungen, also auch außerhalb psychiatrischer Kliniken, in einem zentralen Zwangs-Register.

3. Verbesserung der Prävention von psychischen Störungen, beispielsweise durch Fortbildungsangebote für medizinisches, soziales und pädagogisches Fachpersonal und die Vermittlung von Basiskompetenzen in der Ausbildung von Lehr-, Polizei- und Verwaltungskräften.

Organisierte Selbsthilfe

4. Die verstärkte Einbindung von Selbsthilfe und Angehörigen, insbesondere durch die verpflichtende Einbindung von Betroffenen- und Angehörigenvertretern durch ein obligatorisches Benennungsrecht seitens der organisierten Selbsthilfe in regionalen und überregionalen Planungsgremien.

5. Einrichtung regionaler unabhängiger Beschwerdestellen

Recht der öffentlich-rechtlichen Unterbringung

6. Neuregelung des Rechts der öffentlich-rechtlichen Unterbringung, nur im Falle einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung bei fehlendem freien Willen, wenn andere Möglichkeiten zur Abwendung der Gefährdung erfolglos geblieben sind, mit klaren Regelungen zu den Patientenrechten. Sie soll so weit wie möglich offen in einem psychiatrischen Krankenhaus erfolgen und nur solange sie der Behandlung dient. Die Regelungen zur Zwangsbehandlung sollen entsprechend dem Maßregelvollzugsgesetz übernommen werden.

7. Verbindliche Kooperation und Vernetzung aller Akteure durch flächendeckende regionale Steuerungsverbünde

8. Einführung einer Psychiatrie-

berichterstattung mit regelmäßiger Erhebung bevölkerungs-, einrichtungs- und maßnahmebezogener Daten, die dem Bayerischen Landtag vorzustellen ist. Die Weiterentwicklung der Versorgung soll durch ein vom Landtag beauftragtes Gremium begleitet werden.

Konsensorientierung

Der Bayerische Bezirkstag fordert mit Nachdruck, dass sich die Staatsregierung an den im breiten Konsens mit Betroffenen, Angehörigen, Leistungserbringern und Leistungsträgern gefundenen Ergebnissen der Arbeitsgruppen und den genannten Kernforderungen im weiteren Gesetzgebungsprozess eng orientiert. **DK**

der Wohnungswirtschaft, Genossenschaften, Vereinen und Wohnungsunternehmen Vereinbarungen und Kooperationen über die preiswerte Bereitstellung altergerechter Wohnungen treffen bzw. die Umgestaltung in altengerechte Wohnungen ermöglichen. Vor Ort sollten nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Wohnberatungsstellen existieren.

Barrierefreiheit

Weiter kämen folgende Maßnahmen in Betracht: Barrierefreiheit sowohl in Wohnungen als auch im Wohnumfeld, zukunftsorientierte Bau- und Infrastrukturplanung, Erhaltung bzw. Schaffung einer altengerechten Infrastruktur im Wohnumfeld (zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, pflegerischer Versorgung,

usw.), Erhaltung der Mobilität älterer Menschen, Förderung betreuter Wohnformen, Freizeitangebote, die älteren Menschen soziale Kontakte ermöglichen sowie Förderung der bürgerschaftlichen Identität und sozialen Verwurzelung.

Integrierte Versorgung

Gerade in ländlichen Regionen sind laut DStGB Gemeinschaftspraxen, Arzthäuser oder lokale Gesundheitszentren dahingehend weiterzuentwickeln, dass Hausärzte und Fachärzte, medizinische Fachangestellte oder Arztassistenten und Pflegekräfte gemeinsam Leistungen anbieten. Dort könnten z. B. auch angestellte Ärztinnen und Ärzte tageweise arbeiten. Die Gesundheitszentren könnten mit den Kliniken und Pflegeeinrichtungen gerade für die älter werdende Gesellschaft integrierte Versorgungskonzepte anbieten.

Zuwanderung und Integration...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit öffnen. Städte müssen eine Klammer bilden, um Menschen mit Migrationshintergrund oder bildungsferne Schichten einzubinden. Die Spaltung der Gesellschaft gründet in ungleichen Chancen bei der Bildung. Damit sich Chancenlosigkeit nicht Bahn bricht, müssen wir in der Bildung ansetzen.“

Qualifizierte Ausbildung

Je qualifizierter die Ausbildung, desto größer die Chancen am Arbeitsmarkt. Nach den Worten des Verbandsvorsitzenden „beginnt Integration mit Bildung, mit dem Erlernen der deutschen Sprache, es geht um Schulabschlüsse und Ausbildungsabschlüsse. Neben der fachlichen Qualifikation geht es um kulturelle Kompetenzen. Es geht um den Respekt vor den Regeln des Zusammenlebens und die Einhaltung der demokratischen Rechtsordnung in Deutschland. Die deutsche Gesellschaft erwartet die Anerkennung ihrer bewährten verfassungsrechtlichen Grundwerte, die unantastbar sind, wie Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Im Alltag bedeutet das gelebte Toleranz.“

Frühe Bildung

Bildung setzt früh an, sie reicht von der frühkindlichen Bildung und der Schule bis zur Hochschule. Maly verwies auf Krippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen, Musikschulen, Volkshochschulen, Kultureinrichtungen, Sportstätten: „Das sind Lernorte und Orte des Zusammenlebens für Kinder und Eltern, an denen sich niemand abkapseln kann. Hier treffen sich unterschiedliche Nationen, Schichten und Sozialmilieus. Diese Orte ermöglichen die Teilhabe an Bildung, sind eine Basis des Miteinanders, schlagen Brücken und schaffen aus der Vielfalt eine Einheit.“ Kitas ebneten den Weg, um Kinder und Eltern zu erreichen – egal welcher Herkunft sie sind, ob sie aus armen Familien stammen oder aus bildungsfernen Milieus.

Bei Schulen sind nicht allein die Kommunen gefordert, sondern besonders der Freistaat. Eine Schlüsselrolle in der Bildung kommt den Ganztagschulen zu. Maly zufolge ist der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule das effizienteste Mittel, um Schüler unterschiedlicher Herkunft zu fördern. „Der Freistaat muss den Ausbau der Ganztagsbeschulung forcieren, damit Schüler mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Milieus einen einfachen

Zugang zu Bildung erhalten.“

Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, rief die bayerischen Kommunen zu noch stärkerem weltweiten Engagement in internationalen Partnerschaften auf. Nicht zuletzt bei der Integration von Flüchtlingen hätten bayerische Städte und Kommunen Außergewöhnliches geleistet. Dieses Know-how sollte auch Städten und Gemeinden in Entwicklungs- und Schwellenländern zugänglich gemacht werden.

Fluchtursachen bekämpfen

Derzeit sind weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. „Wir können um Europa keine Mauer oder Zäune bauen, um die Flüchtlinge davon abzuhalten, zu uns zu kommen. Wir können aber auch nicht alle Menschen, die in Not sind, zu uns holen“, unterstrich Müller. Fluchtursachen bekämpfen und Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven ermöglichen, laute die Devise: Nur so könne man die Menschen dazu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben, betonte Müller. Dazu sei ein noch stärkeres Engagement in den krisengeschüttelten Ländern nötig. „Wir müssen neue Konzepte finden und neue Verantwortung übernehmen“, forderte der Minister.

Müller zufolge wächst die weltweite Stadtbevölkerung jede Woche um die Einwohnerzahl Münchens. Diese Menschen müssen ernährt werden, sie benötigen sauberes Trinkwasser und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. „Die bayerischen Kommunen können all dies. Daher sind sie für uns ein strategischer Partner, wenn es um wirtschaftliche, klimafreundliche und nachhaltige Lösungen für urbane Zentren in Entwicklungs- und Schwellenländern geht.“

Klimapartnerschaft

Knapp 50 bayerische Kommunen engagieren sich bereits in der Entwicklungszusammenarbeit. So unterhält die Stadt Nürnberg beispielsweise eine Klimapartnerschaft mit der Stadt San Carlos in Nicaragua. Das BMZ unterstützt das entwicklungspolitische Engagement deutscher Städte und Kommunen unter anderem über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die beratend zur Seite steht. Noch in diesem Jahr wird laut Müller außerdem ein Online-Portal eingerichtet, in dem die Bedarfe der Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern mit dem Know-how deutscher Kommunen zusammengeführt werden können.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion, an der sich Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Prof. Dr. Petra Ben-

Notwendig seien allerdings neue gemeinsame Finanzierungswege durch Krankenkassen, Pflegekassen, Kassenärztliche Vereinigungen sowie weitere Institutionen im Gesundheitswesen.

Individuelle Lösungen

Fakt ist: Bei der Konzeption und der Umsetzung von strategischen Konzeptionen kann es keinen Königsweg geben. Vielmehr muss jede Stadt und jede Gemeinde Handlungsoptionen, Strategien und Perspektiven selbst entwickeln. Nach Ansicht des Kommunalverbandes ist eine kommunale Pflegeplanung, eine stärkere Einbindung der Kommune in die Beratungsstrukturen sowie eine Kostenbeteiligung der Pflegeversicherung an präventiven Angeboten des vorpflegerischen Hilfebedarfs „zum Zweck des Hinausschiebens des Eintretens der Pflegebedürftigkeit“ notwendig. **DK**

del, Zentralinstitut für Regionalforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Universität Duisburg-Essen, Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer, Dinkelsbühl, Erste Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer, Garmisch-Partenkirchen, und Erster Bürgermeister Dr. Mario Paul. Lohr am Main beteiligten, wurde deutlich, dass das Engagement der Kommunen u.a. dann gefragt ist, wenn es darum geht, Expertise einzubringen.

Best-Practice-Beispiele

Dass die Flüchtlingskrise noch nicht ausgestanden ist, darauf machte Prof. Bendel aufmerksam. Die Wissenschaftlerin leitet derzeit ein Forschungsprojekt zur Flüchtlingspolitik („Was Flüchtlinge brauchen“), eine Studie zu Best-Practice-Beispielen für die Integration von Flüchtlingen („Voneinander Lernen“) sowie eine Auftragsstudie zu den Rechten weiblicher Asylsuchender in Deutschland und Belgien für das Europäische Parlament.

Das Ziel der europäischen Bevölkerung müsse es sein, menschlich Hilfestellung zu geben und gegen das Schlepper-Gewerbe vorzugehen. Und das, so Petra Bendel, würde am besten funktionieren, indem man sichere Routen schaffe und Asylverfahren optimiere. Damit Flüchtlinge auch wieder in ihre Heimat zurückkehrten, müssten alle europäischen Länder an einem Strang ziehen. Bedauerlicherweise sei dies bislang nicht der Fall, da die meisten Staaten ihre Beteiligungen schuldig blieben.

Wie Innenminister Herrmann feststellte, sei Hilfe vor Ort das Gebot der Stunde, damit nicht alle Flüchtlinge nach Europa kommen. Im Übrigen trage das deutsche Asylsystem auf Dauer nur, „wenn wir nicht nur anerkennen, sondern im Falle einer Ablehnung genauso konsequent zurückführen“. Staaten, die sich gegen eine Rückkehr ihrer eigenen Landsleute sperren, müssten die Konsequenzen spüren.

Zum Ende der Jahrestagung verabschiedete die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags eine Resolution mit Forderungen an die Bayerische Staatsregierung sowie an Bund und Land. Der Freistaat Bayern wird unter anderem aufgefordert, die von den kommunalen Spitzenverbänden aufgezeigten finanziellen Mehrbelastungen einschließlich der Personal- und Verwaltungskosten bei der Betreuung, Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen anzuerkennen und mit den kommunalen Spitzenverbänden umgehend in ein Verfahren einzutreten, das auf

eine schnelle aufgabenbezogene finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene abzielt.

Dabei müssten die steigenden finanziellen Belastungen der Kommunen in den kommenden Jahren angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehöre auch, finanzielle Mittel des Bundes an die Kommunen aufgabenbezogen weiterzureichen. Die finanzielle Entlastung soll grundsätzlich außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erfolgen. Lediglich für kommunale Investitionen in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sei die Förderung nach Art. 10 FAG ein geeigneter Entlastungsweg.

Bürgerengagement

Darüber hinaus seien finanzielle Mittel für die hauptamtliche Begleitung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und für die Anmietung von Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und das freiwillige bürgerschaftliche Engagement damit stärker zu unterstützen. Auch sollten die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe, die für unbegleitete junge volljährige Ausländer anfallen, zumindest für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren erstattet werden.

Ferner sollen auch den Kommunen für Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schulen die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen als Folgekosten der Zuwanderung erstattet und für die zusätzlichen Raumbedarfe umgehend ein Sofortförderprogramm aufgelegt werden. Überdies müssten Angebote an Ganztagsbeschulung, Mittagsverpflegung und Betreuung quantitativ ausgebaut und finanziert werden; zudem sei Fachpersonal für die inhaltliche Weiterentwicklung der Angebote zur Verfügung zu stellen.

Durchgehende Beratung

An die Adresse von Bund und Land wurden u.a. folgende Forderungen gerichtet:

- eine unterbrechungsfreie Beratung der Zugewanderten durch Verzahnung von Asylsozialberatung und Integrationsberatung sicherzustellen und auskömmlich zu finanzieren.
- vorhandene Fähigkeiten und Kenntnisse der Zugewanderten möglichst rasch festzustellen und die Dauer der Anerkennungsverfahren einer im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikation zu verkürzen. Konzepte zur Anpassung vorhandener Berufs- und Studienabschlüsse an deutsche Vorgaben müssen erarbeitet werden, so dass Vorkenntnisse optimal genutzt werden können.
- die Vermittlung der deutschen Sprache langfristig und flächendeckend sicherzustellen, bis zum Erfolg zu finanzieren und frühzeitig passgenaue Angebote zu entwickeln (Anpassungsmaßnahmen, Deutschförderung, Brückenmaßnahmen, Vereinbarkeit mit einer Berufstätigkeit), deren Finanzierung sichergestellt ist.
- die städtebaulichen Vorkaufrechte der Gemeinden und das beschleunigte Bebauungsplanverfahren zugunsten des Wohnungsbaus zu optimieren, staatliche Liegenschaften verbilligt zur Verfügung zu stellen und außerhalb des Baurechts Anreize zur Flächenmobilisierung zu schaffen, zum Beispiel durch eine befristete steuerliche Begünstigung der Grundstücksveräußerungen von Landwirten an Städte und Gemeinden.
- die staatliche Wohnraumförderung zu vereinfachen, zu verbessern und Wohnungsbauförderprogramme stärker auf die Vielzahl kommunaler Wohnungsgesellschaften auszurichten.
- den Jobcentern ausreichend qualifiziertes Personal und arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente für die Integrationsaufgabe zur Verfügung zu stellen. **DK**

100 Jahre Bayerischer Versorgungsverband

Seit nunmehr 100 Jahren erhalten die Beamtinnen und Beamten im kommunalen Dienst in Bayern ihre Versorgung durch den Bayerischen Versorgungsverband. Als am 16. Juli 1916 – mitten in den Wirren des Ersten Weltkriegs – das Gemeindebeamtengesetz in Kraft trat, war darin u.a. auch die Gründung des Bayerischen Versorgungsverbandes vorgesehen. Durch dieses Gesetz wurde die Lage der Beamten in Bayern entscheidend verbessert. Bis dahin gab es keine einheitlichen Regelungen für die Besoldung und Versorgung von Beamten und so lag es oft im Willensbereich der Dienstherrn, ob und was es an Leistungen gab. Die Beamten wurden teilweise unzulänglich bezahlt und konnten willkürlich entlassen werden. Einen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung gab es nicht.

Als es in der entscheidenden Sitzung um die Verabschiedung des Gemeindebeamtengesetzes ging, fand der damalige Berichterstatter in der Kammer der Abgeordneten ausdrucksstarke Worte:

„Die schönste und zweckentsprechendste Einrichtung in dem Entwurf ist der Versorgungsverband, aufgebaut auf der Beteiligung aller Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern und aller Distrikte, um die Lasten des neuen Gesetzes für sie erträglich zu machen. Nur ganz wenige Bestimmungen regeln die Verhältnisse des Versorgungsverbands; aber sie ermöglichen eine leichte Verwaltung und eine Finanzierungsgebarung, die das tunlichste Entgegenkommen gegen die beteiligten Beamten bei gleichzeitiger Schonung der Gemeinden zulässt. Ich möchte daher an sie die dringendste Bitte richten, es möchte alles geschehen, was nur geschehen kann, um den Versorgungsverband zu einer Wohlfahrtseinrichtung zu gestalten, wie sie besser in anderen deutschen Ländern in Zukunft nicht gefunden werden kann“.

Umbenennung in 1919

Mit nunmehr 100 Jahren ist der Bayerische Versorgungsverband die älteste Versorgungseinrichtung der Bayerischen Versorgungskammer. Zur Zeit seiner Gründung gab es noch einen König in Bayern und die Kammer hieß noch Königliche Versicherungskammer. Doch das Königreich endet bald darauf, als am 7. November 1918 mit Ausbruch der Revolution König Ludwig III floh und die Königliche Versicherungskammer im Jahr 1919 in Bayerische Versicherungskammer umbenannt wurde. Seit 1995 ist sie die Bayerische Versorgungskammer.

Dauerhafter Bestand

Obwohl in unruhigen Zeiten entstanden, hatte der Bayerische Versorgungsverband dauerhaften Bestand und hat heute, mit hundert Jahren, ein stolzes Alter erreicht. Tatsächlich haben sich die vom Berichterstatter gewünschten Zukunftsaussichten für den Versorgungsverband rundum erfüllt. Seit damals führt der

die Mitglieder und deren Bedienstete – immer noch gegenwärtig, mag sie auch für den unbefangenen bzw. unbeteiligten (weil nicht beamteten) Betrachter erst auf den zweiten Blick sich offenbaren.

Gründung der Nebenkasse

Als es im Jahr 1940 darum ging, auch den kommunalen Beschäftigten eine ausreichende Altersversorgung neben der allgemeinen Rentenversicherung zu verschaffen, war den verantwortlichen Personen von vornherein klar, dass diese neue Einrichtung nur in den „Armen des Versorgungsverbandes“ wohl aufgehoben sein würde. So wurde als sog. Nebenkasse des Versorgungsverbandes die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden errichtet. Sie wurde am 1. April 1940 gegründet und feierte damit bereits im Jahr 2015 ihr 75-jähriges Jubiläum.

Moderne Verwaltungskultur

Der Bayerische Versorgungsverband hat sich in den einhundert Jahren seit seiner Gründung hervorragend entwickelt und steht heute für eine moderne und partnerschaftliche Verwaltungs- ja, Unternehmenskultur. An ihm sind derzeit 1.956 Kommunen und Zweckverbände als Mitglieder beteiligt, die insgesamt etwa 16.100 Dienstkräfte angemeldet haben; ca. 14.500 Beamte erhalten derzeit eine Versorgung. Der Versorgungsverband erbringt zusätzlich Serviceleistungen, die mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen und berät seine Mitglieder in einschlägigen Rechtsfragen. Als Landesfamilienkasse übernimmt er zudem die Auszahlung von Kindergeld an berechnete Versorgungsempfänger. Heute verwaltet der Verband ein Vermögen von etwa 844 Millionen Euro.

Stabilität

Über all die Jahrzehnte hinweg hat insbesondere die Art der Finanzierung dazu beigetragen, dass der Versorgungsverband von seinen Mitgliedern und Versicherten als stabile und dazu zukunftssträchtige Versorgungseinrichtung äußerst wertgeschätzt wird. Das ist gerade heute, in wirtschaftlich instabilen Zeiten, extrem wichtig. Bereits im Jahr 1997 hatte der Versorgungsverband damit begonnen, neben einer Liquiditätsrücklage auch eine Schwankungsrückstellung aufzubauen, um den aufgrund der demographischen Entwicklungen in den kommenden Jahrzehnten zu erwartenden Anstieg des Umlagesatzes abzumildern zu können. Langfristige Berech-



Festredner Prof. Dr. Bernd Rürup.

100.000 Einwohnern und kommunale Verbände aller Art sind.

Umlagengemeinschaft

Der Bayerische Versorgungsverband ist eine nach dem Solidarprinzip ausgerichtete Umlagengemeinschaft. Er gleicht die Versorgungslasten seiner Mitglieder untereinander aus, indem er die Aufwendungen in vollem Umfang trägt und die hierfür erforderlichen Mittel bei den Mitgliedern im Wege des Umlageverfahrens erhebt. Damit werden die Versorgungslasten auf die Gesamtheit der Mitglieder verteilt. Dies hat den Vorteil, dass die Kommunen und sonstige Mitglieder eine gleichmäßige Haushaltspolitik betreiben können und nicht dem Risiko einer übermäßigen Zunahme der Belastungen ausgesetzt sind, falls eine außergewöhnliche Häufung von Versorgungsfällen auftritt. Damit deckt die Solidargemeinschaft auch strukturelle Veränderungen in der Bestandszusammensetzung von aktiven Bediensteten und Versorgungsempfängern ab.

Die seinerzeit im Gesetzgebungsverfahren beschworene „Schönheit“ des Versorgungsverbandes ist so – jedenfalls für



V. l.: Kardinal Reinhard Marx, Daniel Just (Vorstand Bayerische Versorgungskammer), Innenminister Joachim Herrmann, Bernd Buckenhofer (Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags) und Reinhard Graf (Vorstand und Leiter des Bayerischen Versorgungsverbandes).

nungen und unterschiedlichste Maßnahmen haben es ermöglicht, dass der Umlagesatz für die Mitglieder seit dem Jahr 2010 konstant geblieben ist und auch bis 2017 bleiben wird. Darüber hinaus kann die Umlagebelastung für die Mitglieder im Jahr 2018 sogar abgesenkt werden. Aus heutiger Sicht ist zudem mit einer weiteren langfristigen Reduzierung des Umlagesatzes zu rechnen, weil der Kapitalstock des Bayerischen Versorgungsverbandes weiter aufgebaut werden wird. Zielmarke ist dabei ein Mindestvermögen in Höhe von zwei Jahresausgaben, womit insbesondere künftig mögliche Ausgabenschwankungen ausgeglichen und Reaktionsmöglichkeiten auf externe Veränderungen (z.B. Gesetzgebung) sichergestellt werden sollen. Diese nicht nur kurzfristige Reduzierung der Kosten ist ein starkes Signal für die Mit-

glieder des Bayerischen Versorgungsverbandes in Zeiten allorts wachsender Auf- und Ausgaben.

Festakt zum Jubiläum

Anlässlich eines Festaktes zum 100-jährigen Jubiläum des Versorgungsverbandes und dem 75-jährigen der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, wurde die solide und zukunftssträchtige Finanzierung von allen Festrednern, unter ihnen Staatsminister Joachim Herrmann, besonders betont. Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, wies als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bayerischen Versorgungsverbandes vor allem darauf hin, dass sich der Versorgungsverband von Anfang an der Zukunft verpflichtet habe und dabei stets die richtigen Ent-

scheidungen für eine stabile und zukunftssträchtige Versorgung getroffen habe.

Planungssicherheit

Nach nunmehr einhundert Jahren ist der Bayerische Versorgungsverband für seine Mitglieder, deren angemeldete Dienstkräfte und Versorgungsempfänger heute wichtiger und unersetzbarer als je zuvor. Die Solidargemeinschaft bedeutet für jedes Mitglied die finanzielle Planungssicherheit der Versorgung seiner Bediensteten und damit die Gewissheit einer kalkulierbaren Haushaltsführung. Die nachhaltige Umsetzung dieses Solidarprinzips innerhalb einer stabilen Geschäftsentwicklung ist und bleibt auch zukünftig Anspruch und Auftrag des Bayerischen Versorgungsverbandes und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **Walter Dietsch**



Sicherheit und Solidarität, die Jahrhunderte überdauern.

1916 – 2016

100 Jahre Bayerischer Versorgungsverband

Was mit der Gründung der „Königlichen Versorgungskammer“ im Jahr 1916 begann, steht heute als solides Fundament für eine sichere Versorgung der Beamtinnen und Beamten in Bayern. 100 Jahre Bayerischer Versorgungsverband das bedeutet Stabilität, Verlässlichkeit, Verantwortung und Weitblick. Mit diesen Werten gelingt es uns als starke Solidargemeinschaft miteinander den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu gehen.



Die Vertreter des Versorgungsverbandes und der Zusatzversorgungskasse im Kammerrat der BVK (v. l.): Dr. Armin Augat, Dr. Thomas Böhle, Bernd Buckenhofer und Roland Winter gemeinsam mit Reinhard Graf, Vorstand und Leiter des Bayerischen Versorgungsverbandes.

Bayerischer Versorgungsverband
Denninger Straße 37, 81925 München
Telefon 089 9235-6, www.bayvv.de



BVK Bayerische Versorgungskammer

Bundesratsminister Dr. Marcel Huber zur EEG-Novelle:

Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien wird planbarer

Bayern begrüßt die Ergebnisse der Verhandlungen der Regierungschefs der Länder, die jetzt im Gesetzentwurf zum EEG umgesetzt werden. Bayerns Bundesratsminister Dr. Marcel Huber: „Die Einigung zur EEG-Novelle schafft die Voraussetzungen, um den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien besser zu steuern und planbarer zu machen.“

Aus Sicht der Staatsregierung war es insbesondere wichtig, im Gesetz geeignete Bedingungen für Neubau und Fortbestand von Biomasseanlagen zu verankern. „Strom aus Biomasse schafft nicht nur Wertschöpfung im ländlichen Raum, sondern leistet als einzige wirklich flexible erneuerbare Energie auch einen bedeutenden Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Erreichung unserer Klimaziele. Neue Biomasseanlagen bekommen künftig wieder eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive.“

Bestandsanlagen erhalten die Chance auf die zum Weiterbetrieb erforderliche Anschlussförderung. Zudem konnte durch die Beharrlichkeit Bayerns das Ausschreibungsvolumen nahezu verdoppelt werden“, erklärte der Minister.

Entscheidend ist weiterhin, dass der unkontrollierte Ausbau der Windkraft im Norden ge-



Marcel Huber.

stoppt wird. Huber: „Neue Windenergieanlagen werden nur gefördert, wenn sichergestellt ist,

dass der Strom auch über die Netze abtransportiert werden kann. Der dringend nötige Systemwechsel wird jetzt also eingeleitet: Windkraftausbau und Netzausbau werden synchronisiert.“

Dies bedeutet ferner, dass zukünftig die Netzsituation verstärkt bei der Standortwahl zu berücksichtigen ist. „Damit wurde eine zentrale Forderung Bayerns aufgegriffen: Der weitere Ausbau dieser Technologie wird regional gesteuert. Das führt zu niedrigeren Systemkosten beim Netzausbau und verhindert ein weiteres Ansteigen der Netzentgelte. Beides sind Maßnahmen, damit Strom in Zukunft bezahlbar bleibt“, ergänzte Huber.

Beim Ausbau der Photovoltaik konnte Bayern die spürbare Erhöhung der Ausschreibungsmenge bei großen Anlagen erreichen. Den Ländern wird es außerdem in Zukunft möglich sein, mehr Flächen für die Nutzung von Solarenergie auszuweisen. Bayerns Bundesratsminister: „Das sind

entscheidende Verbesserungen, von denen wir wesentliche Impulse für die Nutzung der Sonnenenergie erwarten.“

Noch nicht im Gesetz enthalten ist die Einführung eines Systems, das Energieeffizienzmaßnahmen bei der Besonderen Ausgleichsregelung der EEG-Umlage nicht bestraft. Huber: „Wir müssen alles daran setzen, weitere Belastungen insbesondere unserer mittelständischen Wirtschaft zu verhindern. Viele Industrieunternehmen haben in den vergangenen Jahren massiv in die Energieeffizienz investiert und damit ihre Produktion und Verarbeitung energetisch hocheffizient gestaltet.“

Diese Maßnahmen könnten dazu führen, dass die Stromkosten unter den festgesetzten Grenzwert der Befreiung fallen und die Unternehmen voll EEG-umlagepflichtig werden. „Ein solches System setzt falsche Anreize. Diese energiepolitisch vorbildlichen Investitionen dürfen nicht durch eine kostenträchtige EEG-Umlage in Frage gestellt werden. Hier hat das Bundeswirtschaftsministerium entgegen der Vereinbarung noch nichts vorgelegt. Deshalb haben wir dazu eine praktikable und EU-rechtskonforme Lösung vorgeschlagen“, unterstrich der Minister.

VKU zum Kabinettschluss der EEG-Reform:

Zubau erneuerbarer Energien muss marktorientiert erfolgen

Das Bundeskabinett stimmte über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ab. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt, dass der Zubau erneuerbarer Energien künftig marktorientiert über Ausschreibungen geregelt werden soll. „Das Ausschreibungsmodell sorgt für mehr Wettbewerb und eine kosteneffizientere Förderung. Eine bezahlbare Energiewende gelingt nur, wenn Ausschreibungen die Regel sind“, so Katherina Reiche, VKU-Hauptgeschäftsführerin. Und weiter: „Partikularinteressen einzelner Bundesländer gefährden das Gelingen der Energiewende.“

Bis 2025 sollen bis zu 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Diese Zielmarke darf aus Gründen der Netzstabilität nicht überschritten werden. Die kosteneffizienteste Technologie ist die Windkraft an Land.

Nettomengen ausschreiben

Kritisch sieht der VKU daher wichtige Punkte zu deren Ausbau: „Statt Bruttomengen müssen Nettomengen ausgeschrieben werden. Nur so ist klar, wie viele Neuanlagen unter dem Strich zugebaut werden können. Das ist wichtig, damit kleine und mittelgroße Akteure wie Stadtwerke eine realistische Chance auf einen Zuschlag haben“, sagt Reiche. „Andernfalls könnten sich viele Unternehmen aus dem Markt zurückziehen. Besonders in einer Phase, in der sich eine Belebung des

Wettbewerbs in der Stromerzeugung abzeichnet, wäre das ausgesprochen kontraproduktiv.“

Kritik an Vergütungskürzung

Problematisch ist aus Sicht des VKU auch die Vergütungskürzung von fünf Prozent zum 1. Juni 2017. Mit dieser Maßnahme will die Bundesregierung die Ausbaudynamik der an Land genutzten Windenergie auf den Ausbaupfad zurückführen. Jedoch würde dies dazu führen, dass zahlreiche Windparks, die sich aktuell in der Entwicklung befinden, in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Der VKU plädiert daher dafür, zunächst die Einführung des Ausschreibungssystems abzuwarten. Sobald die Systemumstellung vollzogen ist, lässt sich der Ausbau der Windenergie passgenau steuern.

Windparkeinweihung am Starnberger See

Gemeinde Berg baut und betreibt 4 Windkraftanlagen

„Lassen Sie die Finger davon“, soll Horst Seehofer dem Bürgermeister der Gemeinde Berg am Starnberger See, Rupert Monn, freundschaftlich geraten haben, als es ernst wurde mit dem Bau von vier Windkraftanlagen im Alpenvorland südlich von München. Gerne, so fuhr Monn in seiner Rede während der offiziellen Einweihung fort, würde er ihm heute mitteilen: „Herr Ministerpräsident, es ist doch etwas geworden.“ Seit Dezember 2015 drehen sich die vier Windkraftanlagen in den Wadlhauser Gräben, einem bewaldeten Bergrücken zwischen Starnberger See und Isartal an der A 95, der Autobahn von München nach Garmisch.

Bereits im Jahr 2005 beschloss der Landkreis Starnberg, zu dem die Gemeinde Berg gehört, bis 2035 energieautark werden zu wollen. Konzentrationsflächen, auf denen Windkraft möglich sei, wurden erarbeitet. 2009 begannen die konkreten Planungen zu den Windkraftanlagen in den Wadlhauser Gräben.

Mit einem Mindestabstand von 1.200 Meter zur nächstgelegenen Wohnbebauung wurden die damals geltenden Abstandregelungen mehr als eingehalten - die Windräder wurden noch vor Inkrafttreten der 10h-Regelung genehmigt. Das Reaktorunglück von Fukushima und der daraus resultierende Wunsch der Bayerischen Staatsregierung, 1.500 Windräder zu bauen, gab den Planungen Auftrieb.

Kennzahlen

Mit der Planung wurde das Ingenieurbüro Sing aus Landsberg am Lech beauftragt, das bereits in Lamerdingen (Landkreis Ostallgäu) einen Windpark realisiert hatte. Geschäftsführer Robert Sing lieferte Zahlen zu den vier Anlagen des Typs Enercon E-115 mit einer Nabenhöhe von ca. 150 Metern und mit einer Gesamthöhe von etwas über 200 Metern: „Die Nennleistung jedes Windrads beträgt 3 Megawatt. Im vergangenen halben Jahr wurden bereits etwa 13 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom eingespeist. Berechnet wurden 25,5 Millionen kWh pro Jahr, was aber gut überschritten werden könnte.“

Betrieben werden die Anlagen von der Bürgerwind Berg GmbH & Co. KG. Die Gesamtinvesti-

tionen belaufen sich auf 21,6 Millionen Euro. 15 Millionen Euro wurden von der Umweltbank aufgenommen. Die erforderlichen 6,6 Mio. Euro Eigen- bzw. Kommanditkapital waren innerhalb von drei Monaten erreicht. Zu den 169 Kommanditisten gehören die Gemeinde Berg, Bürgerinnen und Bürger aus der Region (die Mindesteinlage betrug 5.000 Euro), weitere Gemeinden wie Gaißbach und Münsing, die Energiegenossenschaft Fünfseenland eG, die Stadtwerke Bad Tölz und die Starnberger VR-Bank. Gerechnet wird mit einer Verzinsung von 5,54 % über 20 Jahre.

Glückwunsch von Landrat Roth

Der Starnberger Landrat Karl Roth beglückwünschte die Gemeinde: „Berg hat mit den vier Windkraftanlagen eine Vorreiterrolle im Landkreis, wenn nicht sogar im bayerischen Oberland, übernommen. Denn alles was hier an Wertschöpfung stattfindet, bleibt der Region erhalten – inklusive der Gewerbesteuer. Zusätzlich sorgt die Gemeinde Berg dafür, dass Strom dort produziert wird, wo er gebraucht wird.“

Zur offiziellen Einweihung kam auch Bürgermeister Erwin Karg aus Fuchstal am Ammersee, den Monn freudig seinen „Azubi“ nannte, da in Fuchstal derzeit eine genau baugleiche Anlage unter Einhaltung der 10h-Regelung errichtet wird. Landtagsabgeordnete Ute Eiling-Hühlig lobte die „Energiewende von unten“, die diese beiden Gemeinden praktizieren. CH

„Während mein Auto Ökostrom lädt, gehe ich mit gutem Gewissen einkaufen.“

LEW E-Mobility – die umweltfreundliche und sparsame Alternative im Alltag

Die Lechwerke bieten intelligente, unkomplizierte und sichere Ladelösungen – für zu Hause, den firmeneigenen Fuhrpark und im öffentlichen Raum.

Informieren Sie sich auf www.lew.de/emobil

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL ÜWK LVN
Lechwerke Service & Consulting TelNet Netzservice Bayerische Elektrizitätswerke Landsberg Elektrizitätswerk Garmisch-Partenkirchen

LEW

Kommunen, Stadtwerke und Bürger:

Erfolgreiche Kooperation bei Energieprojekten

Neue Publikation präsentiert Praxisbeispiele auch aus Bayern

Wie Bürger und Stadtwerke erfolgreich in der Energiewende zusammenarbeiten, darüber informiert die Broschüre „Stadtwerke und Bürgerbeteiligung – Energieprojekte gemeinsam umsetzen“. Die u. a. vom Deutschen Städtetag, Deutschem Städte- und Gemeindebund und dem Verband kommunaler Unternehmen veröffentlichte Publikation zeigt zahlreiche bundesweite Beispiele für gelebte Kooperationen und die erfolgreiche Nutzung lokaler Potenziale.

Beispiel Energieversorgung Selb-Marktrechwitz: Für die ESM war es die logische Konsequenz, Bürger am Ausbau der Erneuerbaren Energien finanziell mit der „ESM Bürgerenergie 2.1“ zu beteiligen. Das qualifizierte Nachrangdarlehen mit einer Mindesteinlage von 500 Euro hat eine attraktive Verzinsung für ESM-Kunden. Damit sollen Energiewendeprojekte in der Region vorangetrieben werden.

Energieversorgung Selb-Marktrechwitz

Das erste Projekt ist der Wind-

park Vietitz, für den bei der Ausgabe des Darlehens bereits die Baugenehmigung vorlag, so dass die ESM in der Kommunikation auf das Projekt Bezug nehmen konnte. Die Resonanz übertraf alle Erwartungen. Innerhalb von nur zehn Tagen war das Angebot überzeichnet. Das zeigt nicht nur das Vertrauen, das Entscheidungsträger und Bürger dem Unternehmen entgegenbringen. Es ist ein Beweis für die Zustimmung, die der Windpark in der Bevölkerung genießt. Auch die Politik stand und steht hinter dem Projekt und der Bürgerbeteiligung der ESM.

Erfahrener Dienstleister

Die Suche nach Kooperationspartnern für das Beteiligungsmodell war anfangs schwierig. Die ESM entschied sich, die Anlage als qualifiziertes Nachrangdarlehen in Eigenregie auf den Markt zu bringen. Selbermachen setzt jedoch viel Know-how voraus, das im Haus eines Energieversorgers nicht üblich ist und auch bei der ESM nicht vorhanden war. Deshalb hat die ESM das Beteiligungskonzept mit einem erfahrenen Dienstleister umgesetzt und die Anlageform konzipiert.

Der Dienstleister kümmert sich um Flyer, Internetauftritt, Wording, Zinszahlungen. Den Namen für die Bürgerbeteiligung, Laufzeit, Zielgruppen und auch die Verzinsung der Einlagen für Kunden mit 2,1 Prozent und Nicht-Kunden mit

1,45 Prozent gab die ESM vor.

Die ESM kann sich weitere innovative Projekte mit Bürgerbeteiligung vorstellen. Aufgrund des im letzten Jahr verabschiedeten Kleinanlegerschutzgesetzes sind Darlehensmodelle seitdem auf Basis eines Prospektes zu erstellen.

Insgesamt ist Bürgerbeteiligung mehr als nur eine reine Geldanlage. Sie ist das indirekte Votum für oder gegen die Projekte des örtlichen Energieversorgers und ein Gradmesser dafür, wie die Ausgestaltung der Energiezukunft in der Region von den Bürgern angenommen und mitgetragen wird.

Stadtwerke Steinfurt

Beispiel Stadtwerke Steinfurt: Seit Anfang 2016 ist die Bürgerenergiegenossenschaft Steinfurt (BEGST) mit insgesamt 15 Prozent an den Stadtwerken Steinfurt beteiligt und hat mittlerweile 950 Mitglieder. Die Genossenschaft beteiligt sich nicht an einzelnen Projekten der Stadtwerke Steinfurt, sondern am Gesamtunternehmen. Die Mitglieder sitzen also bei allen wichtigen Fragestellungen und in den Gremien der Stadtwerke mit am Tisch und können die Unternehmenspolitik maßgeblich mitgestalten.

Gemeinsame Energiebeschaffung

Die gemeinsame Energiebeschaffung ist ein wichtiger Aspekt der Genossenschaft, denn die Genossenschaft bündelt die Nachfrage nach Strom und Gas für ihre Mitglieder und kann damit günstigere Energiepreise mit den Stadtwerken vereinbaren. Über 50 Euro Preisvorteil im Jahr hat ein Mitglied der BEGST derzeit. Dabei steht nicht nur die Rendite im Vorder-

mummen wurde als möglicher Stolperstein für die Energiewende benannt. „Die überregionalen politischen Rahmenbedingungen sind nicht die allerbesten, zur Zeit“, kommentierte Stefan Drexelmeier, Leiter der Geschäftsstelle und Moderator der Veranstaltung, das Ergebnis, „aber die Energiewende ist auf regionaler und kommunaler Ebene nicht mehr zu stoppen. Durch die Erstellung von Energienutzungsplänen schaffen bereits viele Gemeinden und Städte im Oberland eine solide Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende bis zum Jahr 2035.“ □

grund, sondern auch der Nutzen, den Mitglieder als Kunden der Stadtwerke haben. „Wer seine Energie von den Stadtwerken bezieht, unterstreicht seine Solidarität“, erklärt hierzu Bürgermeisterin Claudia Bögel-Hoyer.

Die Frage, welche Kommunikationsform und -schwerpunkte die Stadtwerke und Genossenschaft setzen wollten, war von zentraler Bedeutung. Eine besondere Herausforderung war das Genossenschaftsrecht. Klassische genossenschaftliche Beteiligungen zeichnen sich durch ein klar umrissenes gemeinsames Ziel aus, das in der Regel auf einzelne Projekte fokussiert ist. Bei den Stadtwerken Schweinfurt und der Genossenschaft handelt es sich um eine unternehmerische Beteiligung, die einiger juristischer Feinarbeit und Regelung bedarf.

Denkbare Projekte

Mit der direkten Bürgerbeteiligung können die Stadtwerke Steinfurt ihre Kunden in alle Themen der Stadtwerke einbinden. Weitere Projekte in eigenständiger Beteiligungsform, wie zum Beispiel größere PV-Anlagen, sind denkbar. Zu den möglichen Arbeitsfeldern, bei denen die BEGST zusammen mit den Stadtwerken mitwirken könnte, gehören der weitere Ausbau der Windenergie, Landstrom, Glasfaser, E-Mobilität oder die Sicherstellung der Trinkwasserqualität.

Stadtwerk Haßfurt

Beispiel Stadtwerk Haßfurt: Als erstes Projekt hat das Stadtwerk den (Teil-) Netzzrückkauf der Energie- und Wassernetze ausgewählt. Mit der Bürgerbeteiligung zu diesem Projekt konnten sie mehrere Ziele miteinander verbinden: Zunächst konnte es mit einer finanziellen Bürgerbeteiligung sein Image als bürgernahes Stadtwerk unterstreichen und hat eine sehr positive Resonanz in der lokalen Presse erzielt.

Daneben stärkte das Stadtwerk mit der Bürgerbeteiligung auch das Thema Kundenbindung und Vertrieb. Alle Bürger der Region haben die Möglichkeit, sich zu beteiligen, wobei Kunden mit bestimmten Tarifen eine zusätzliche Verzinsung in Höhe von 0,25 Prozent bekommen. So konnten neue Produkte mit der Bürgerbeteiligung verbunden werden. Nicht zuletzt hat das Stadtwerk die Bürgerbeteiligung auch als Möglichkeit

der Finanzierung der Netzübernahme genutzt. Durch die Bürgerbeteiligung konnten eine bestehende Finanzierung abgelöst und zusätzlicher Spielraum für neue Projekte geschaffen werden.

Nachrangdarlehen

Als Beteiligungsform hat sich das Stadtwerk Haßfurt für ein Nachrangdarlehen mit Laufzeiten von sieben und zehn Jahren entschieden. Die Beteiligungssumme wird taggenau verzinst und die Bürgerinnen und Bürger suchten sich die gewünschte Anlagedauer aus. Die Bürger konnten ab 500 Euro einsteigen, um möglichst vielen Anlegern die Teilnahme zu ermöglichen.

Besonderen Wert legte das Stadtwerk auf den Komfort für die interessierten Strom- und Gaskunden. Über ein eigenes Bürgerbeteiligungsportal konnten die Anleger alle Zeichnungen tätigen und jeder Anleger erhielt einen persönlichen Zugang. Auf dem Portal sind alle Unterlagen wie Umsätze, Zinsbescheinigungen und Vertragsinformationen hinterlegt und jederzeit abrufbar.

Webbasierte Lösung

Das Stadtwerk hat von Anfang an auf eine webbasierte Lösung im eigenen Design gesetzt. Das reduziert den Arbeitsaufwand bei der Einwerbung und in der laufenden Verwaltung. Die Prozesse laufen automatisiert und standardisiert ab.

Das Ziel war es nicht, die Bürgerbeteiligung möglichst schnell „voll“ zu bekommen, die Beteiligungsmöglichkeit sollte über das Jahr 2015 offen gehalten und somit ein attraktives Produkt für die Bürger sein. Die Bürgerbeteiligung wurde sukzessive über das Jahr 2015 hinweg nachgefragt und es wurden insgesamt 1,5 Millionen Euro eingeworben.

Weitere Planung

Das Stadtwerk Haßfurt ist mit dem Ergebnis der Bürgerbeteiligung „Netzzrückkauf“ rundum zufrieden und möchte das Produkt Bürgerbeteiligung auch in Zukunft einsetzen. Deshalb plant es schon die nächste Bürgerbeteiligung im Bereich Windkraft. Das Stadtwerk will das Thema Bürgerbeteiligung nicht nur einmal einsetzen, sondern flexibel anbieten, wenn Finanzierungsbedarf besteht. **DK**

7. Interkommunales Energieforum im Rathaus Geretsried:

Impulse für die Umsetzung der Energiewende im Oberland

In bereits bewährter Tradition lud die Energiewende Oberland zum Interkommunalen Energieforum ein. Wie bei vergangenen Foren standen ein aktuelles Thema und der dazugehörige Austausch unter den Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Ehrenamt im Fokus. Das 7. Forum dieser Art widmete sich dem Thema „Effiziente Umsetzung von Energie- und Klimaschutzkonzepten in den Städten und Gemeinden des bayerischen Oberlandes“. Motivierende Grußworte sprachen Hausherr, Bürgermeister Michael Müller (Geretsried) und Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen).

Als hochkarätige Referenten konnte die Energiewende Oberland Stefan Graf, Referent für Energierecht und Energiepolitik, Breitband des Bayerischen Gemeindetags und Ulrich Hach, Abteilung Erneuerbare Energien, Energieeffizienz des Bayerischen Wirtschaftsministeriums gewinnen. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit der Vorstellung des im Rahmen eines EU-Vorhabens geförderten Projekts „PEACE_Alps“, an dem die Energiewende Oberland maßgeblich beteiligt ist und in dem durch die Bündelung von Maßnahmen zur Umsetzung von Aktionsplänen die Energiewende im Alpenraum vorangetrieben werden soll.

Energiewende aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags

„Kommunen besitzen große Chancen bei der Bündelung von Ausschreibungen zur Energiebeschaffung“, betonte Stefan Graf in seinem ausführlichen Vortrag. Durch die Zusammenfassung von Ausschreibungen ist es bereits Kommunen gelungen die Preise für beispielsweise Strom um ca. 50 Prozent zu reduzieren. Auch die Straßenbeleuchtung bietet laut Graf großes Potenzial für Kommunen die Energiewende vor Ort voranzutreiben. Zentral sei jedoch die Erstellung eines Energienutzungsplans, um die individuelle Situation der Gemeinden zu analysieren und konkrete Maßnahmen für die Umsetzung zu entwerfen. Herausforderungen für Kommunen sieht Graf in der Elektromobilität. „Elektromobilität wird kommen“, so Graf, stellt jedoch keine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Für die Anschaffung von E-Fahrzeugen für Kommunen stellt der Bund Fördermittel zu Verfügung. Andreas Scharli, Energiemanager des Kompetenzzentrum

der Energiewende Oberland, gab anschließend einen Kurzblick zum aktuellen Stand der Umsetzung verschiedener Klimaschutz- und Energiekonzepte im Oberland. „Entscheidend ist, dass das erstellte Konzept nicht in die Schublade wandert, sondern wenn die richtige Gelegenheit sich bietet, parat liegt und wichtige Hilfestellung bei der Diskussion und Umsetzung liefert.“, berichtet Scharli aus der Praxis.

Unterstützung durch das Bayerische Wirtschaftsministerium

Ulrich Hach wies auf die vielfältigen Unterstützungsangebote des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hin. Neben der Förderung von Energienutzungsplänen gibt es aktuell die Möglichkeit für Kommunen auch die Umsetzungsbegleitung mit 70 Prozent durch den Freistaat bezuschussen zu lassen. Hach appellierte an die Kommunen ebenfalls die Fortbildungsangebote der Bayerischen Verwaltungsschule zu nutzen, wie beispielsweise das Qualifikationsprojekt „Kommunaler Energiewirt“.

EU-Projekt vorgestellt

Ellen Esser, Projektkoordinatorin bei der Energiewende Oberland präsentierte im Anschluss das von der EU im Rahmen des INTERREG-Alpenraumprogramms geförderte Projekt „PEACE_Alps“. „Unser Projekt widmet sich der Fragestellung, wie Kommunen im Alpenraum durch Bündelung von Maßnahmen bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Energiekonzepten unterstützt werden können“, erklärt die Projektmanagerin. Die konkrete Umsetzung soll beispielsweise durch die Prüfung verfügbarer

Fördermittel, rechtlicher Rahmenbedingungen, IT-Lösungen etc. vermehrt auch im Oberland stattfinden. Während der Veranstaltung wurden die Teilnehmer in einer Live-Umfrage zur Bedeutung verschiedener Bereiche der Energiewende befragt. Öffentlichkeitsarbeit und energetische Gebäudesanierung führten die Rangliste an; dicht gefolgt von Energieeffizienz, Erzeugung Erneuerbarer Energie und Energiemanagement. Öffentliche Beleuchtung und Verkehr wurden als weniger bedeutend eingestuft, dürften jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Größte Herausforderung: das liebe Geld

Wie fast erwartet, liegt die größte Herausforderung bei der Umsetzung in der Bereitstellung der finanziellen Mittel. Doch auch die politische Durchsetzbarkeit in den Kom-



GaLaBau 2016
gardening, landscaping, greendesign.

Nürnberg, Germany
14. – 17. September 2016
galabau-messe.com

IDEELLER TRÄGER
Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.
www.galabau.de

VERANSTALTER
NürnbergMesse GmbH
T +49 911 86 06-49 90
besucherservice@nuernbergmesse.de

gas & glas:

Unterallgäuer Gemeinden bekommen Erdgas und Glasfaserkabel

Rund 420 Häuser und Bauplätze in Bronnen, Hausen und Salgen bekommen einen Erdgasanschluss. Damit haben sich mehr als 80 Prozent aller Haushalte in der Unterallgäuer Gemeinde für das Projekt gas & glas von erdgas schwaben entschieden. Mit dabei ist auch das Baustoffwerk Kaiser. Damit haben die Salgener in Zukunft die Möglichkeit, nachhaltig und energiesparend zu heizen und den CO₂-Ausstoß in der Gemeinde dauerhaft zu senken.

Zusätzlich zu dem Anschluss an das Erdgasnetz erhält der Ort Leerrohre, in die später Glasfaserkabel für Highspeed-Internet eingeblasen werden können. Kleinere Gemeinden im ländli-

chen Raum haben anders kaum die Möglichkeit, einen Glasfaseranschluss finanziell zu stemmen.

Für die neuen Leitungen investiert erdgas schwaben rund

vier Millionen Euro. Bürgermeister Hans Egger hatte intensiv für die Investition in die Zukunft geworben. „Uns hat sich die einmalige Gelegenheit geboten, gemeinsam mit erdgas schwaben flächendeckend in der ganzen Gemeinde sowohl die Versorgung mit Erdgas als auch die Breitbandversorgung mit Glasfaser ins Haus für alle Haushalte zu ermöglichen“, heißt es in einer Erklärung auf der Internetseite der Gemeinde Salgen. Damit werde eine moderne und nachhaltige Breitbandversorgung mit nahezu unbegrenzten Bandbreiten im Gemeindegebiet sichergestellt, von der auch künftige Generationen profitieren werden.

Ein Gewinn für die ganze Gemeinde

Egger freut sich deshalb über den großen Zuspruch für gas & glas in seiner Gemeinde. „Das Ergebnis ist ein Traumergebnis“, sagt er. „Viele Hauseigentümer sind überzeugt, dass das Projekt ein Gewinn für sie und für unsere Gemeinde ist.“ Dass die Gemeindeglieder in der Mehrheit hinter dieser Entscheidung stehen, sei für das Gelingen notwendig. „Denn während der Bauphase gibt es immer auch Unannehmlichkeiten, die ertragen werden müssen“, sagt er. Baubeginn ist im Frühjahr 2017. Auch in der Gemeinde Apfel-

trach haben sich über 80 Prozent aller Haushalte für gas & glas entschieden und werden jetzt an das Erdgasnetz angeschlossen. Parallel dazu werden Leerrohre für Glasfaserkabel verlegt. Sie ermöglichen Highspeed-Internet, das für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum sonst kaum finanzierbar ist, aber eine nachhaltige Perspektive für die Zukunft bietet.

Etwa 200 Häuser und Bauplätze werden mit den Erdgasanschlüssen versehen. Sie bekommen damit die Möglichkeit, energiesparend zu heizen und den CO₂-Ausstoß zu senken. Dafür investiert erdgas schwaben rund 2 Millionen Euro.

Bürgermeisterin Karin Schmalholz freut sich über die Solidarität unter den Apfeltracher Hausbesitzern. „Das wichtigste an diesem Leuchtturmprojekt war mir, möglichst viele zu erreichen. Es freut mich, dass wir fast alle Haushalte ans Gasnetz anschließen können. Das Ergebnis ist einmalig“, sagt sie. Das Projekt gebe der Gemeinde eine nachhaltige Perspektive: „Mit gas & glas können wir beschwingt in die Zukunft gehen. Die Gemeinde Apfeltrach hat diese einmalige Chance sofort beim Schopf gepackt. Bei allen unseren Haushalten, die hier mitmachen, möchte ich mich herzlich bedanken.“

Um Apfeltrach erschließen zu können, ist eine 1 Kilometer lange Erdgasleitung von Mindelheim nach Apfeltrach erforderlich. Im Zuge dieser Baumaßnahme kann auch der Mindelheimer Ortsteil Gernstall mit gas & glas erschlossen werden. Baubeginn ist im Frühjahr 2017.



Von links: Uwe Sommer, Prokurist schwaben net, Johann Stich, 1. Bürgermeister Ruderatshofen, Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben.

Ruderatshofen setzt auf Erdgas

Erdgas-Wegenutzungsvertrag über 20 Jahre abgeschlossen

Die schwäbische Gemeinde Ruderatshofen hat sich entschieden, künftig den klimaschonenden Energieträger Erdgas zu nutzen. Die erste Erdgasversorgung auf Ruderatshofener Flur erfolgte im Jahr 2008 für die im südlichen Gemeindegebiet angesiedelte Futtertrocknung Ruderatshofen. In 2015 wurde nunmehr ein Erdgasanschluss für die Stieh Feinkäserei GmbH realisiert und damit die grundsätzliche Erdgasversorgung des Ortes ermöglicht.

Die notwendige Erdgaszubringerleitung, ausgehend vom bestehenden Versorgungsnetz in Ebenhofen, wurde inzwischen von schwaben netz, der

hundertprozentigen Netztochter im Unternehmensverbund von erdgas schwaben zuständig für Bau und Unterhalt des Erdgasnetzes in der Region, gebaut.

Anfang Juni wurde der neue Erdgas-Wegenutzungsvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren im Rathaus von Ruderatshofen nun auch offiziell unterzeichnet.

Als zuverlässiger Partner an der Seite des Kunden

Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz freute sich: „Für Ruderatshofen wurde das Erdgasnetz in der Region erweitert. Damit tragen wir dazu bei, dass

der klimaschonende und preiswerte Energieträger Erdgas von vielen Hauseigentümern genutzt werden kann.“

Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben ergänzte: „Für alle Entwicklungen auf dem Energiemarkt stehen wir als zuverlässiger Partner an der Seite unserer Kunden. Erdgas ist zukunftssicher, bleibt Partner der erneuerbaren Energien und wird die Brücke zur Wasserstofftechnik sein.“



Von links: Mitglieder des Kinderparlaments Tussenhausen, Helmut Kaumeier, Projektleiter gas&glas erdgas schwaben, stellvertretende Landrätin Marlene Preißinger Unterallgäu, Franz-Josef Pschierer, Staatssekretär, Johannes Ruff, 1. Bürgermeister Tussenhausen, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben.

Aus Bayerngas Vertrieb wird Bayerngas Energy

Sichtbares Zeichen der Neuausrichtung

Die Bayerngas GmbH hat ihr Tochterunternehmen Bayerngas Vertrieb GmbH in Bayerngas Energy GmbH umfirmiert. Diesen Schritt hatte das Unternehmen bereits angekündigt.

Die Umfirmierung ist das sichtbare Zeichen der Neuausrichtung innerhalb der Unternehmensgruppe: Die Bayerngas GmbH entwickelt sich zu einer Lösungsplattform für Energie – auch für Strom. Die Bayerngas Energy GmbH bleibt der verlässliche Partner für physische Energielieferungen und setzt darüber hinaus zukünftig zwei weitere Schwerpunkte: energiewirtschaftliche sowie technische Dienstleistungen. Diese reichen von hochwertigen Bewertungsprodukten bis hin zu Wartungs- und Betriebsführungsverträgen für interne Werksnetze.

Gelungene Premiere:

E-Bike-Days in München

Bei der ersten Münchener Messe rund ums E-Bike, den E-Bike-Days, testeten über 60.000 Besucher an einem Wochenende kostenlos 500 E-Mountainbikes, S-Pedelecs, E-City-Bikes und Lastenräder. Der Olympiapark München bot dafür die ideale Location.

Dank seiner hervorragenden Infrastruktur konnten verschiedene Teststrecken für alle Segmente der E-Bikes angeboten werden. Am Coubertinplatz entstand zudem eine zentrale Anlaufstelle mit informativen Vorträgen auf einer Eventbühne. Rund 70 Aussteller informierten über neueste Entwicklungen im Radverkehr.

„Die E-Bike-Days unterstützen unser politisches Ziel, die Elektromobilität und den Radverkehr zu fördern und den Verkehr umweltfreundlicher abzuwickeln. Ich habe daher gerne die Schirmherrschaft für sie übernommen“, erklärte Verkehrsminister Joachim Herrmann.

Neue Mobilitätschancen

Damit die Nutzung von aktuell rund 2,5 Millionen Pedelecs auf Deutschlands Straßen weiter ansteigt, ist eine entsprechende Infrastruktur erforderlich. Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) setzte sich mit dem Thema Radschnellverbindungen auseinander. „Neben komfortablen Wegbreiten für problemloses Überholen, ermöglichen Radschnellwege höhere Fahrtgeschwindigkeiten und verringern Zeitverluste an Ampeln und Kreuzungen. Sie tragen zur Zukunftsfähigkeit unserer Region bei und bieten Bürgern neue Mobilitätschancen“, betonte PV-Geschäftsführer Christian Breu.

Eine im Mai 2015 durchgeführte Potenzialanalyse für München und Umland brachte 14 Korridore hervor, die hohe Pendlerströme aufgreifen sowie Arbeitsplätzen, Hoch-

schulstandorte und Haltestellen des Schienenverkehrs einbinden. „In einer so schnell wachsenden Region wie München ist es notwendig, den Radverkehr zu stärken um die Straßen und den öffentlichen Nahverkehr zu entlasten. Die E-Bike Days helfen uns dabei den Umstieg aufs Rad weiter zu pushen“, unterstrich Breu. In einem nächsten Schritt werden in einer Machbarkeitsstudie Streckenverlauf und Kosten für das Pilotprojekt zwischen dem Münchner Stadtzentrum und dem Hochschulcampus in Garching sowie nach Unterschleißheim erstellt.

Stand für „Stromtreter“

Bei der ersten Münchener Messe rund ums E-Bike war auch der Tourismusverband im Landkreis Kelheim e.V. gemeinsam mit touristischen Partnern aus dem Landkreis mit einem Stand für „Stromtreter“ vertreten. Der Verband präsentierte mit Kuchlbauers Bierwelt und Bad Gögging die Stromtreter-Region, die sich vom Hopfenland Hallertau und dem Naturpark Altmühltal bis ins Fränkische Seenland und ins Romantische Franken erstreckt.

Zwischen Fahrradherstellern, die ihre Innovationen vorstellten, konnten die Besucher am Stromtreter-Stand sehen, wo die schönsten Landschaften zur Erkundung mit dem E-Bike einladen. „Durch die Zusammenarbeit der Touristiker innerhalb unseres Landkreises konnten wir eine große Vielfalt an Angeboten für E-Bike-Fahrer in unserer Region präsentieren“, freute sich Verbandsvertreter Florian Best.

DK

Der coolste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Lechwerke:

Neues Technologiezentrum in Königsbrunn

Die Lechwerke (LEW) haben den bestehenden LED-Leuchtenpark in Königsbrunn bei Augsburg zum Technologiezentrum ausgebaut: Besucher können künftig 100 verschiedene Modelle umweltfreundlicher Straßen- und Objektbeleuchtungslösungen besichtigen. Neu präsentiert werden außerdem intelligente Lichtsteuersysteme, effiziente Energielösungen und Ideen für die Einbindung des Zukunftstrends Elektromobilität. Die Ausstellung im Technologiezentrum richtet sich an Kommunen und Unternehmen.

Gemeinsam mit Vertretern aus der Kommunalpolitik und interessierten Bürgern eröffneten Hansjörg Durz, Bundestagsabgeordneter aus Neusäß, Franz Feigl, Erster

Bürgermeister von Königsbrunn und Dr. Markus Litpher, LEW-Vorstandsmitglied, am Montag die neue Ausstellung. Beim Tag der offenen Tür konnten auch die

Bürger bei Führungen, Energieberatungen und Testfahrten mit Elektrofahrzeugen das neue LEW Technologiezentrum erleben.

„Bei der Umsetzung der Energiewende geht Bayern voran. Gerade bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien übernehmen wir im bundesweiten Vergleich eine Vorreiterrolle“, sagt der Bundestagsabgeordnete Hansjörg Durz. „Genauso wichtig für den erfolgreichen Umbau des

Energiesystems sind jedoch effiziente und intelligente Energielösungen. Hier bringen die Lechwerke in der Region viel voran. Das neue Technologiezentrum zeigt dies eindrucksvoll.“

Das LEW Technologiezentrum bietet eine der größten Ausstellungen zu LED-Straßenleuchten in Süddeutschland: Auf dem 13.000 Quadratmeter großen Gelände werden verschiedensten Leuchtenformen und -designs, Lichtfarben und Beleuchtungsstärken präsentiert. Insgesamt befinden sich rund 40 Objektbeleuchtungen sowie 60 verschiedene Straßenleuchten auf dem LEW-Gelände. Um unterschiedliche Beleuchtungssituationen nachbilden zu können, sind alle Leuchten einzeln schalt- und dimmbar.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung liegt dabei auf der intelligenten Straßenbeleuchtung und deren Einsatzmöglichkeiten. Mit Hilfe von digitalen Steuerungssystemen können Straßenleuchten künftig individuell bedient und zugleich für weitere Funktionen wie etwa öffentliches WLAN, Luftmessungen oder integrierte Ladestationen für Elektroautos genutzt werden. Das Technologiezentrum zeigt anhand von Anwendungsbeispielen das Potenzial der smarten Straßenbeleuchtung für Städte und Gemeinden.

„Gerade in Zeiten der Energiewende wird das Thema Straßenbeleuchtung für Kommunen immer wichtiger. Mit der Umstellung auf effiziente LED-Technik können wir Energie einsparen und auf diese Weise einen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, so Franz Feigl, Erster Bürgermeister von Königsbrunn. „Das neue Technologiezentrum bietet gerade für Kommunen eine ideale Möglichkeit, sich umfassend über die neuesten Technologien zu informieren.“



Eröffneten gemeinsam mit rund 150 Gästen und Besuchern das neue LEW Technologiezentrum in Königsbrunn (von links): Dr. Markus Litpher, LEW-Vorstandsmitglied, Franz Feigl, 1. Bürgermeister von Königsbrunn, Hansjörg Durz, Bundestagsabgeordneter. Bildnachweis: LEW/Christina Bleier

Straßenleuchte Thor:

Punktgenaue Lösung für die Kopenhagener Straßenbeleuchtung

In der dänischen Hauptstadt Kopenhagen wurde die Hälfte aller Lichtpunkte innerhalb kürzester Zeit durch energieeffiziente LED-Leuchten ersetzt. Die Straßenleuchte Thor bietet dafür passendes skandinavisches Design und optimierte lichttechnische Parameter. Verknüpft über ein funkvernetztes Lichtmanagement, lassen sich – als weiterer Baustein der Smart City – zukunftsweisende Steuerstrategien realisieren.

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, verfolgt die Stadt Kopenhagen, die eine Vorreiterrolle bei den Smart Cities in Europa einnimmt, ehrgeizige Ziele. Die dänische Hauptstadt, die sich im Jahr 2025 als weltweit erste klimaneutrale Stadt präsentieren will, hat viele Ideen verwirklicht und den Energieverbrauch schon deutlich gesenkt. Dazu tragen unter anderem die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, der Bau energieeffizienter Gebäude oder der Ausbau des Radverkehrsnetzes bei. Dafür ist die Metropole mit ihren rund 600.000 Einwohnern im Jahr 2014 als Green City ausgezeichnet worden.

Als weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität gilt die Substitution der veralteten Straßenbeleuchtung. Um das Ziel zu erreichen werden nahezu 20.000 Straßenleuchten, die meist noch auf ineffizienten Natriumdampf-Hochdrucklampen basieren, ausgetauscht.

Das Ziel von Kopenhagen war eine energieeffiziente Beleuchtungslösung, die nicht nur weniger Energie verbraucht, sondern auch sichere, funkvernetzte Lichtsteuerung verwendet, um den Energieverbrauch zusätzlich zu senken. Die zukunftsweisende Beleuchtungslösung sollte neben mehr Sicherheit aber ebenso Komfort und höhere Lichtqualität bieten.

Zu Beginn des Jahres 2016 sind fast 20.000 Straßenleuchten durch zeitgemäße Leuchten mit LED-Technologie ersetzt worden. Davon ist nur ein geringer Teil als Mastleuchten ausgeführt, die meisten hängen an Seilsystemen über der Fahrbahn. Mit der Substitution lässt sich der Energieverbrauch um bis zu 57 % verringern und damit auch der CO₂-Fußabdruck und die Wartungskosten. Das Projekt, inklusive intelligenter Lichtsteuerung, wird vom Unternehmen Citelum geleitet, das den Auftrag in 2013 gewonnen hat, als die Stadt Kopenhagen die Ausschreibung durchgeführt hat. Thorn lieferte dafür die projektspezifische LED-Straßenleuchte Thor, die sich für alle gewünschten Montagevarianten eignet.

Die Beleuchtungskriterien der Stadt Kopenhagen waren wie folgt:

- Ersatz der Leuchten mit Natriumdampf-Hochdrucklampen in Kopenhagens Wohngebieten und Hauptstraßen mit einer effizienten, projektspezifischen LED Leuchte
- Das Erreichen von erheblichen Energie- und CO₂-Einsparungen

um das Ziel der Stadt zu erreichen in 2025 klimaneutral zu sein

- Verbesserung der Lichtqualität für mehr Sicherheit und Komfort
- Integration von Lichtsteuerung und Verkehrsdaten um die Beleuchtungsstärke in der Zukunft der Straßennutzung anzupassen
- Erstellen eines zentralen Managementsystems für die effektive Steuerung und Kontrolle der Straßenbeleuchtung Skandinavisch perfektioniert.

Das Straßenbild in Stadtteilen, wie 2100 Oesterbro oder 2300 S Amager, prägen nun die elegant wirkenden Leuchten Thor, die Thorn speziell für die anspruchsvolle Aufgabenstellung entwickelt hat. Denn es waren detaillierte Vorgaben der Stadt Kopenhagen zu erfüllen, und zwar sowohl formale Kriterien als auch die Lichtwirkung betreffend. So sollte sich die Formensprache an den „alten“ Leuchten orientieren, die den Straßenzügen ihren besonderen Charme verliehen haben, aber dennoch neu und modern wirken, sowie einen nordischen Charakter haben. Zudem sollte die neue Leuchte zukünftige Technologien einhalten können, eine Voraussetzung für eine Smart City, sowie die Möglichkeit eines Indirektanteils für Fassadenaufhellung bieten. Die Leuchten sollten außerdem eine den Natriumdampf-Hochdrucklampen ähnliche weiche Lichtverteilung haben.

Die gleichmäßige Lichtverteilung soll die Straße, die Bürgersteige und Fahrradwege beleuchten. Dies erhöht das Sicherheitsempfinden und die Passanten nehmen die Straße als attraktiven öffentlichen Raum wahr.

Der dänische Designer Morten Lyhne ist mit dem landestypischen Lebensgefühl und damit auch mit diesen Vorstellungen vertraut. Seine Entwürfe zeichnen sich durch Einfachheit aus, vereinen Funktionalität und Ästhetik, implementieren allerdings immer eine gewisse Intelligenz. Dies beweist auch die LED-Straßenleuchte Thor, die er für Thorn designed hat und die sich vielseitig, d.h. sowohl an Masten als auch an Seilsystemen, einsetzen lässt.

Mit ihrer einfachen Kreisform als Basis führt Thor Kopenhagens Tradition runder Leuchten fort. Die Systemeffizienz mit 97 lumen/W ist ebenso vorbildlich wie die Vielseitigkeit des Leuchtenkopfs: So kann die Polycarbonat-Kuppel mit einem weiteren LED-Modul ausgerüstet werden, um so eine gewisse Wohlfühlatmosphäre in die Straßen zu bringen. Dieser Indirektanteil sorgt zudem

dafür, dass die Leuchte bei Dunkelheit nicht nur als helle Scheibe erscheint, sondern dass die formale Ästhetik des Designs auch nachts erlebt werden kann. Die Kuppel erfüllt die Smart City Voraussetzungen, z.B. können Sensoren, Kameras oder Antennen in die Kuppel integriert werden.

Etwa 8.500 LED-Straßenleuchten Thor am Seilsystem in 8 m Höhe sowie 1.500 an 6 m hohen Masten befestigte Thor-Leuchtenköpfe „versprühen“ skandinavisches Spirit und fügen sich harmonisch ins Kopenhagener Stadtbild ein. Mit verschiedenen Farbtemperaturen und Lichtpunktständen von etwa 28 m bis 30 m werden so vor allem Hauptverkehrsstraßen, aber auch Wohnstraßen, Plätze und Parks normgerecht ausgeleuchtet. Dabei ist in Dänemark ein allgemein geringeres Helligkeitsniveau gegenüber den Standards im übrigen Europa zu verzeichnen. Als ausreichend werden Leuchtdichten zwischen 0,75 cd/m² und 1 cd/m² bzw. Beleuchtungsstärken zwischen 2,5 lx und 15 lx angesehen.

Die erneuerte Kopenhagener Straßenbeleuchtung ist über ein drahtloses Steuersystem von SilverSpring Networks vernetzt, das auf dem zukunftsweisenden Protokoll „wireless IPv6“ basiert und mit der Service-Software von Citelum zusammenspielt. Damit lässt sich die Funktionalität der LED-Leuchten für ein intelligentes Lichtmanagement nutzen und somit für einen energieeffizienten Betrieb ebenso wie für ein umfassendes Monitoring mit gezielten Wartungsintervallen.

Derzeit wird alles vorbereitet um die Leuchten zukünftig abhängig vom Tageslicht zu steuern. Eine andere Option besteht darin, die Beleuchtung mit den Verkehrsmanagementdaten zu verknüpfen und die Beleuchtungsstärke – ohne Einschränkung der Sicherheit – an die Verkehrsdichte und den Straßenzustand anzupassen. Dann würden bei geringerer Verkehrsauslastung die Leuchten, die mit der „Wet Road“-Optik ausgestattet und so speziell für eine gute Ausleuchtung nasser Straßen optimiert sind, mit 30 % bis 70 % Lichtstrom gedimmt betrieben.

Auch die radfahrerfreundliche Verkehrspolitik lässt sich durch – optional in die Straßenleuchte Thor integrierte – Sensorik- und Kamerasysteme verbessern. So können Radfahrer detektiert werden, um ihnen die ruhigste und schnellste Route mit „grüner Welle“ zu signalisieren. Dies zeigt, welche Möglichkeiten die heutige Datenvernetzung und Technologien bieten und wie sehr die Kopenhagener Stadtregierung ihre Anstrengungen für eine Smart City zum Wohle ihrer Bürger forciert. □



Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen.

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ► Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Ausbau der Versorgung mit Strom und Erdgas in Tittling

Das Bayernwerk hat als Netzbetreiber unter anderem die verantwortungsvolle Aufgabe, die Versorgung mit Energie durch kontinuierliche Wartung und Instandhaltung sowie den strukturellen Ausbau des Netzes zu sichern. In Tittling im niederbayerischen Landkreis Passau hat das Bayernwerk deshalb mehrere Baumaßnahmen an Strom- und Erdgasleitung vorgenommen.

Bei einem Termin vor Ort zum Abschluss der Arbeiten erläuterten Robert Weiß, Netzbauleiter am Bayernwerk-Netzcenter Vilshofen und Kommunalbetreuer Franz-Josef Bloier dem Ersten Bürgermeister des Markts Tittling, Helmut Willmerdinger, und Bauamtsleiter Peter Schirrotzki die einzelnen Maßnahmen.

Erdverkabelung

Zwischen Preming und Pretz wurde die 650 Meter lange 20-

kV-Mittelspannungsfreileitung durch eine Erdverkabelung ersetzt. Die Länge des neuen Mittelspannungskabels beträgt 920 Meter. „Durch die Verlegung der Leitung unter die Erde wird die Versorgungssicherheit erhöht, da zum Beispiel Einflussfaktoren wie Witterung reduziert werden. Außerdem werden demnächst fünf Holzmasten und ein Stahlblechmast, die die Freileitung trugen, abgebaut“, erklärte Robert Weiß. Im selben Graben verlegte

das Bayernwerk zudem auch eine 890 Meter lange Gashauptleitung. „Durch solche Synergieeffekte können nicht nur Kosten gespart werden, auch die Anwohner ziehen daraus einen Vorteil, weil die Straße nur einmal aufgedigelt werden muss“, so Robert Weiß weiter. Außerdem wurden mit der neuen Erdgasleitung auch acht Hausanschlüsse gelegt.

Synergieeffekte

Eine weitere Synergie von Baumaßnahmen konnte das Bayernwerk zwischen Kirchweg und dem Netto-Markt erreichen. Hier wurde ein 20-kV-Mittelspannungskabel auf einer Länge von 400 Metern erneuert und im Zuge dessen ein rund 450 Meter langes Niederspannungskabel verlegt. „Zusätzlich haben wir eine Erdgasleitung vorsorglich mit in den Graben gelegt. Wir können den Anwohnern nun jederzeit Erdgas als Heizenergie anbieten“, schloss Robert Weiß.

Rund 250.000 Euro Kosten

Insgesamt wendet das Bayernwerk für die Baumaßnahmen in Tittling rund 250.000 Euro auf. Mit der Umsetzung wurde eine regionale Baufirma beauftragt. Für den Markt ist das Bayernwerk-Netzcenter in Vilshofen zuständig. Hier betreuen 68 Mitarbeiter 96 Kommunen mit insgesamt rund 230.000 Einwohnern.



Preisträger und Laudatoren bei der Jubiläumsveranstaltung im Kloster Andechs.

Bayernwerk vergibt Kinderbibliothekspreis

Fünf öffentliche Büchereien für ihr herausragendes Engagement in der Leseförderung ausgezeichnet

Zum mittlerweile zehnten Mal hat das Bayernwerk in Zusammenarbeit mit dem Sankt Michaelsbund und der Bayerischen Staatsbibliothek/Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen unter dem Motto „Bibliotheken fördern Lesen – wir fördern Bibliotheken“ den Kinderbibliothekspreis vergeben. Die Jubiläumsausgabe der Preisverleihung fand im Florian-Stadl des geschichtsträchtigen Klosters Andechs statt.

Staatssekretär Bernd Sibler, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, und Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, würdigten die fünf Preisträger-Bibliotheken beim feierlichen Festakt.

„Klöster waren schon früher, in Zeiten, in denen nur wenige die Möglichkeit hatten, Lesen und Schreiben zu lernen, als Zentren für die Herstellung und Aufbewahrung von Schriften und Orte der Lehre strahlende Leuchttürme in der bayerischen Kulturlandschaft. Deshalb ist das Kloster Andechs ein überaus passender Ort für die Verleihung des zehnten Kinderbibliothekspreises“, erklärte Staatssekretär Bernd Sibler.

Für ihr herausragendes Engagement in der Leseförderung wurden die Marktbücherei Bad Abbach (Landkreis Kelheim, Niederbayern), die Stadtbücherei Dietfurt (Landkreis Neumarkt, Oberpfalz), die Gemeindebücherei Langquaid (Landkreis Kelheim, Niederbayern), die Stadtbücherei Penzberg (Landkreis Weilheim-Schongau, Oberbayern) sowie die Bibliothek im Alten Torhaus in Teuschnitz (Landkreis Kronach, Oberfranken) mit dem Kinderbibliothekspreis 2016 ausgezeichnet.

„Mit unserem Kinderbibliothekspreis wollen wir Bibliotheken unterstützen und vor allem deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würdigen, die sich ehrenamtlich oder fest angestellt für die Leseförderung einsetzen. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist es wichtig, junge Menschen fürs Lesen zu begeistern. Denn die Fähigkeit zu lesen und sich dadurch komplexe Sachverhalte zu erschließen, ist grundlegend für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen“, erläuterte Reimund Gotzel das Engagement des Energienetzbetreibers.

Als preiswürdig erachtete die Jury des Kinderbibliothekspreises 2016 unter anderem die vielseitige Leseförderung der Marktbücherei Bad Abbach, die Kinder unter anderem mit Book Slams, einem Kinderkino, einem Theater für Kinder und unterrichtsbegleitenden Projekten fürs Lesen begeistert. Als besonders gelungene Aktionen bewerteten die Juroren auch den „Ohrenspitzerclub“, die „Büchereizeit“ sowie den Biblio-

theksführerschein „bibfit“, mit dem die Stadtbücherei Dietfurt Klein- und Vorschulkinder in die Welt der Literatur einführt.

Unter anderem für ihr Engagement bei der Integration von Flüchtlingen und sozial Schwachen wurden die Gemeindebücherei Langquaid und die Stadtbücherei Penzberg gelobt. Letztere versucht mit einem „Stillcafé“ selbst die Aller kleinsten an den Wohlfühlort Bücherei zu gewöhnen. Bei der Bibliothek im Alten Torhaus in Teuschnitz würdigte die Jury dagegen die besondere Bedeutung der Bücherei als überregionales Freizeitangebot für Kinder.

Der Kinderbibliothekspreis der Bayernwerk AG ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Das Preisgeld erhalten die Gewinner-Bibliotheken in Form eines Mediengutscheins, mit dem Bücher, Hörbücher und andere kindgerechte Medien angeschafft werden können. Außerdem erhalten die

Preisträger einen Sitzsack für eine Leseecke sowie Lesezeichen, Tragetaschen und eine Urkunde.

„Die mit der Auszeichnung verbundene Unterstützung von Büchereien und Bibliotheken ist ein nachhaltiges Beispiel für gelungene Leseförderung. Die Leseförderung ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und mir ganz persönlich ein Herzensanliegen. Denn die Beschäftigung mit Büchern und Geschichten fördert die Entwicklung der Lesekompetenz und verbessert damit Bildungschancen. Lesekompetenz ist ein entscheidender Schlüssel für schulischen und beruflichen Erfolg“, betonte Staatssekretär Bernd Sibler, der zugleich Vorsitzender des Bayerischen Bibliotheksverbands ist.

Neben dem Kinderbibliothekspreis erhielten auch im Jubiläumsjahr wieder 50 öffentliche Büchereien im Rahmen der Lesezeichen-Initiative der Bayernwerk AG einen Mediengutschein im Wert von 1.000 Euro. Im Jahr beläuft sich deren Förderung von Bibliotheken auf 75.000 Euro. In den vergangenen zehn Jahren wurden über 500 Büchereien vom Bayernwerk unterstützt.

Neue Erdverkabelung im Raum Birgland

Das Bayernwerk verlegt im Raum der Gemeinde Birgland im Oberpfälzer Landkreis Amberg-Weilheim eine neue Kabellleitung unter der Erde. Die 20kV-Mittelspannungsleitung zwischen Geigenwang und Hainfeld über Burkartshof und Hirschricht, die bisher über Masten geführt wird, wird dadurch ersetzt. Mit dieser Maßnahme wird die Versorgungssicherheit in der Region erhöht.

Die Baumaßnahme des Energienetzbetreibers begann bereits Ende Mai. Anfang Juli lud Markus Segerer, Netzbauleiter am zuständigen Bayernwerk-Netzcenter in Parsberg, gemeinsam mit dem Projektverantwortlichen Jürgen Hauer und Bauleiter Konrad Biersack von der Bau-firma Rubenbauer die Bürgermeisterin der Gemeinde Birgland, Brigitte Bachmann, zur Besichtigung der Baustelle ein.

Das Netz für die Energiewende rüsten

„Die Länge der neuen Erdleitung beträgt 4,6 Kilometer. Die 4,3 Kilometer lange Freileitung wird von uns abgebaut. Damit werden auch zwölf Stahl- und 22 Holzmasten verschwinden, die die bisherige Leitung getragen haben“, erklärte Markus Segerer.

Die Baumaßnahme sei notwendig, um das Netz für die Anforderungen der Energiewende zu rüsten. „Die Zahlen der Einspeiser Erneuerbarer Energien steigen, im Bereich des Netzcenters Parsberg haben wir circa 16.000 regenerative Einspeiseanlagen. Dafür muss die entsprechende Netzkapazität bereitgestellt werden“, so Markus Segerer weiter. Im Zuge der Baumaßnahme wird außerdem die Trafo-Maststation in Burkartshof durch eine Kompaktstation ersetzt.

Insgesamt wendet das Bayernwerk für die neue Erdverkabelung und den Abbau der Freileitung 323.000 Euro auf.

Im Netzcenter Parsberg, das für dieses Projekt zuständig ist, sorgen 58 Mitarbeiter für die sichere Energieversorgung von über 260.000 Einwohnern in 76 Gemeinden in der Region.

ENERGIE
ZUKUNFT
Wir gestalten mit!

Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger,
Schulen
und Vereine!

Setzen Sie mit Ihrer Idee oder Ihrem Projekt aus den Bereichen Energieeffizienz und Ökologie einen wichtigen Impuls für die Energiezukunft. Bewerben Sie sich mit Ihrer Idee für den Bürgerenergiepreis.

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken und der Oberpfalz verliehen.

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Renergie Allgäu:

Deisenhausen auf dem Weg in die Energie-Zukunft

Erster Schritt getan - Energienutzungsplan soll Richtung weisen

Der Startschuss ist erfolgt: Die Gemeinde Deisenhausen hat den ersten Schritt in die Energie-Zukunft getan. Rund 50 Bürger waren bei der Auftaktveranstaltung im Vereinsheim, bei der Bürgermeister Norbert Weiß und Vertreter des betreuen- den Planungsbüros renergie Allgäu e.V. die einzelnen Etappen hin zum Energienutzungsplan vorstellten. Zum Jahresende wird das Konzept fertig gestellt sein, das neben dem Ist-Zu- stand der Gemeinde alle Möglichkeiten zur energetischen Opti- mierung und erneuerbaren Versorgung aufzeigen wird. Vor allem das Thema „Nahwärmenetz“ sorgte für großes Interesse und lebhafte Diskussion.

„Von dem Nutzungsplan sol- len alle profitieren“, betonte Bürgermeister Norbert Weiß gleich zu Beginn der Auftaktver- anstaltung. Knapp 20.000 Euro kostet die Maßnahme. Zwei Drit- tel davon werden vom Bayeri- schen Staatsministerium für Wirt- schaft und Medien, Energie und Technologie finanziert, den Rest trägt die Gemeinde. Sie sieht darin ein Angebot für jeden einzelnen Bürger, sich energetisch neu auf- zustellen, die Umwelt zu schonen und gleichzeitig auch noch den ei- genen Geldbeutel zu entlasten.

Inzwischen nämlich, das be- stätigten auch die renergie- Fachleute Florian Weh und Thomas Brutscher, sei die Um- stellung auf Erneuerbare Ener- giequellen nicht nur machbar, sondern auch wirtschaftlich in- teressant. „Auch die großen Ener- gieversorger setzen mehr und

mehr auf natürliche Ressourcen wie Sonne, Wind, Wasser oder Biomasse“, sprach Weh vom „Energemarkt der Zukunft“.

Fragebögen an alle Haushalte

Bevor aber Pläne für die Zu- kunft gemacht werden können, muss zunächst der Ist-Zustand mit den realen Verbrauchsdaten ermittelt werden. Anfang Mai waren deshalb bereits Fragebö- gen an alle Haushalte der Ge- meinde Deisenhausen verteilt worden. Diese Bögen (erhält- lich über die Gemeinde-Home- page oder direkt im Rathaus) mussten bis Mitte Juni an die Gemeinde (Briefkasten am Goll- mitzer Haus, bei der VG Krum- bach oder direkt bei Bürgermei- ster Weiß) zurückgegeben wer- den. „Nur dann können wir be-

darfsgerecht planen“, hatte Bür- germeister Weiß an alle Bürger, appelliert, den Bogen auszufül- len. Die dann noch bestehenden Datenlücken werden in Zusam- menarbeit mit dem neugegrün- deten Energieteam, einer Grup- pe aus Bürgern und kommunal- en Vertretern, im Rahmen einer Vor-Ort-Begehung geschlossen.

Besitzer älterer Immobilien profitieren

Von den Vorteilen eines de- taillierten Energienutzungsplanes profitieren vor allem Besitzer von älteren Immobilien mit betagten, fossil befeuerten Heizkesseln. „Denn hier haben wir ein beson- ders hohes Einsparpotential“, rechneten die renergie-Fachleu- te die wirtschaftlichen Vorteile durch Maßnahmen wie Fassa- densanierung, Heizungspumpen- austausch oder Dacherneuerung

vor und stellten in dem Zusam- menhang auch mögliche För- dertöpfe und Zuschussmöglich- keiten vor. Und hier wäre auch ei- ne Nahwärmeversorgung, wie sie für ganz Deisenhausen angedacht wird, besonders interessant.

Vor allem diese Idee stieß auf großes Interesse und viele Fra- gen bei den Deisenhausener Bürgern. Sollte eine oder gar beide der bestehenden Biogas- anlagen genutzt werden könn- en, wäre so ein Nahwärmenetz möglicherweise schon bis Ende nächsten Jahres zu verwirkli- chen, berichtete Florian Weh von seinen Erfahrungen mit ei- nem vergleichbaren Projekt in der Nachbargemeinde Walten- hausen.

Über die Kosten des An- schlusses oder die künftige Preisgestaltung allerdings konn- te er zu dem frühen Zeitpunkt noch keine klaren Aussagen machen. Das ergebe sich alles im Laufe der weiteren Projek- tierung. Mit ausführlicheren Er- gebnissen ist spätestens bei der Abschlussveranstaltung Ende des Jahres zu rechnen. Bis dahin finden noch weitere Energie- team-Treffen statt. □

Obernzell:

Gemeinsame Aufarbeitung des Katastrophenhochwassers

Nach einem gemeinsamen Gesprächstermin bei Landrat Franz Meyer mit Bürgermeister Josef Würzinger, Michael Amerer, Geschäftsführer der Grenzkraftwerke GmbH, und Werksgruppenlei- ter Karl Maresch wird gemeinsam an der Aufarbeitung der Ereig- nisse rund um das Katastrophenhochwasser vom 25. Juni, das in der Ortschaft Obernzell große Schäden verursachte, gearbeitet.

In einem konstruktiven Ge- spräch wurden die Ereignisse des Wochenendes erörtert, bei denen es nach Sturm und Starkregen zu schweren Überflutungen, ausge- hend von einer Verkläusung des Rechens vor dem Eckerbach- Düker, kam. Das Ausmaß der Zerstörung, das sich auch am Dienstag noch zeigte, macht be- troffen. Im Hochwasserfall haben Schutz von Leib, Leben und Sachwerten Priorität. Angesichts der heftigen Schäden, ist gemein- sam die lückenlose Aufarbeitung der Umstände und Abläufe be- schlossen worden.

Lückenlose Analyse

Bürgermeister Josef Würzinger warf im Gespräch Fragen nach Alarmierungsabläufen, Verstän-

digung, Reaktionszeiten und Er- reichbarkeiten auf. Neben der lückenlosen Analyse, die ein kla- res Bild von der Situation ergeben wird, wurde auch vereinbart, Lö- sungen für die Zukunft zu finden.

Partnerschaftliches Vorgehen

Landrat Franz Meyer betonte die Notwendigkeit eines gemein- samen und partnerschaftlichen Vorgehens von Kraftwerksbetrei- ber, Gemeinde und Landkreis bei der Aufklärung der Hochwasser- ursachen. Für mögliche Verbesse- rungsmaßnahmen für die Zukunft wird auch das zuständige Was- serwirtschaftsamt in die Arbei- ten einbezogen, um eine ge- samtheitliche Lösung zu ge- währleisten. □

Nürnberg's neue Energie-Konferenz iSEneC:

Vom Start weg auf Erfolgskurs

Die iSEneC – Integration of Sustainable Energy Conference feierte eine vielversprechende Veranstaltungspremiere in Nürnberg. An zwei Tagen besuchten 410 internationale Teil- nehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik den neuen Kongress und diskutierten zentrale Fragen der erneuerbaren Energiewirtschaft.

16 Unternehmen und Institu- tionen berieten in der beglei- tenden Foyer-Ausstellung und prä- sentierten ihre Innovationen und Forschungsschwerpunkte. Die iSEneC wird künftig im Zweijahresturnus im Messezen- trum Nürnberg stattfinden – nächster Termin ist im Juli 2018.

Weltweites Schaufenster

Das Kongressprogramm, be- stehend aus 13 Vortragsreihen mit insgesamt 140 Vorträgen und 75 Postern, wurde hervor- ragend angenommen: Auf der Agenda standen die Themen- segmente Integration, Städte, Gebäude, Baustoffe, Wind, So- lar, Kraft-Wärme-Kopplung, Smartgrid, Speicher, Märkte, Simulation & Modellierung, Green Production sowie Nach- wachsende Rohstoffe.

Von der Erzeugung über Transport und Speicherung bis zur effizienten Nutzung wurde die gesamte erneuerbare Ener- gieketten betrachtet. Die Teilneh- mer kamen aus 15 Ländern, dar- unter Brasilien, China, Malay- sia und Südafrika: Entwickler, Entscheidungsträger und Strate- gen aus Forschung, Industrie,

Wirtschaft und Politik nutzten die Gelegenheit, sich auf hohem Niveau zu informieren und aus- zutauschen. „Der interdiszi- plinäre Ansatz zeichnet die iSEneC aus. Die für eine Erst- veranstaltung sehr erfreuliche Teilnehmerzahl zeigt, dass dies- es Thema dem Bedarf der Fachleute entspricht“, so Bahne N. Beckmann, Veranstaltungs- leiter bei der NürnbergMesse.

Positive Bilanz

Das positive Fazit des Veran- stalters bestätigen auch die beteiligten Partner. Professor Wolfgang Arlt vom ENERGIE CAMPUS NÜRNBERG, Vor- sitzender der wissenschaftli- chen Leitung der Konferenz, er- gänzt: „Teilnehmer, Referenten und Aussteller zeigten sich glei- chermaßen beeindruckt. Aus dem Stand heraus ist es gelun- gen, mit der iSEneC große fach- liche Beachtung auf internati- onaler Ebene zu erlangen. Das Thema Systemintegration er- neuerbarer Energien ist in der Metropolregion Nürnberg längst zuhause. Mit der iSEneC hat es nun ein weltweites Schaufenster in die Branche er- halten.“ □



„Wir sind im Plan!“

Oberbürgermeister Stefan Bosse, erdgas schwaben-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer und schwaben netz-Geschäftsführer Anselm Pfitzmaier (von rechts) schauen sich von der Galerie im neuen Verwaltungsgebäude der Betriebsstelle Kaufbeuren den Baufortschritt an. Noch stehen sie im Rohbau. „Wir sind zeitlich voll im Plan“, sagt Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer erdgas schwaben. „Der komplette Ausbau fehlt natürlich noch. Doch der Eindruck, wie es wird, ist schon erlebbar.“ Rund 2700 Tonnen Beton und 70 Tonnen Stahl sind in den Ge- bäuden verbaut zudem 20 000 Meter Kabel gezogen. Wenn das Gebäude im Herbst 2016 fertig ist, wird hochmoderne Energie- technik darin stecken: Photovoltaik auf dem Dach zur Stromer- zeugung und ein BHKW auch zur Versorgung des Mehrfamilien- hauses in der Nachbarschaft zudem zeigt eine Brennstoffzelle im Foyer ihr Innenleben. erdgas schwaben arbeitete beim Neubau vorwiegend mit Unternehmen vor Ort. □

Holzkirchen dampft bei Geothermie erfolgreich voraus

Grünes Licht für Strom aus Geothermie in Holzkirchen: Dank fündiger Bohrung entsteht das zehnte Geothermiekraftwerk in Deutschland. Jetzt muss der Bundestag mit angepasster Degressi- onsregelung und mehr Vertrauensschutz für geplante Geother- mieprojekte nachziehen.

Holzkirchen, in der Nähe von München, hat erfolgreich die erste Bohrung für die Errichtung ei- nes Geothermiekraftwerks abge- schlossen. Mehr als 60 Liter pro Sekunde und über 140 Grad Cel- sius gewährleisten nun, dass zukünftig die Gemeinde rund um die Uhr mit Wärme und Strom versorgt wird. Mit der erfolgrei- chen ersten Bohrung sind die fi- nanziellen Mittel für die zweite Bohrung durch die Geldgeber freigegeben worden.

Holzkirchen zeigt abermals, dass Geothermieprojekte langfri- stige Realisierungszeiträume ha- ben. Der Bundesverband Geo- thermie e.V. (BVG) fordert daher, dass die Reform des Erneuerbare- Energien-Gesetzes (EEG) diese langen Umsetzungszeiten noch stärker berücksichtigt: Die De- gression bei Tiefer Geothermie sollte daher mengengesteuert er- folgen und sich an der installierten Gesamtleistung orientieren.

Das Kabinett hat beschlossen, die Übergangsfrist für den De- gressionsbeginn um zwei Jahre zu

verlängern von 2018 auf 2020. Dr. Erwin Knappek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie e.V., fordert: „Die aktuelle De- gressionsregelung hilft den gerade begonnenen Projekten, ist jedoch nicht geeignet, einen klaren Aus- baupfad für Geothermie und Ver- trauensschutz zu schaffen. Der Bundestag ist jetzt gefordert beim EEG nachzubessern, damit das EEG wieder Sicherheit für Pro- jektentwickler von Geothermie- kraftwerken schafft.“

Derzeit sind 9 Kraftwerke mit einer installierten Leistung von 38 Megawatt am Netz. Mit Holzkir- chen kommt das zehnte hinzu. In Trebur (Hessen) wird aktuell ge- bohrt – hier ist ebenfalls ein Kraft- werk geplant. Zahlreiche weitere Projekte stehen kurz vor der Um- setzung, wenn das EEG wieder die Sicherheit für Projektentwik- ler schafft. „Die Branche muss darauf vertrauen können, dass die bei Projektstart geltende Vergü- tung auch noch für den Betrieb der Anlage gilt“, unterstreicht Knappek. □

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Ingolstadt www.rmd.de

RHEIN-MAIN-DONAU

/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH

Nach schlechter Prognose für die Energiebranche:

Thüga bereitet sich auf härtere Zeiten vor

Was sich im Geschäftsjahr 2014 bereits angedeutet hat, hat sich im Geschäftsjahr darauf verstärkt fortgesetzt. Für die Thüga-Gruppe sind härtere Zeiten angebrochen. 2015 nahm in der Gruppe der Umsatz um 7,9 % auf 19,8 (Vorjahr: 21,5) Mrd. Euro ab, der Konzernüberschuss fiel mit 263,1 (280,7) Mio. Euro um 6,3 % geringer aus. Folglich erhielten die Gesellschafter der Thüga Holding GmbH & Co KGaA als Ausschüttung mit 258,7 Mio. Euro, auch um 6,3 % weniger als im Jahr zuvor mit 276,1 Mio. Euro. Und diese Negativ-Entwicklung könnte sich fortsetzen, wie eine von der Thüga initiierte Analyse unter der Fragestellung „Wohin geht die Reise der Energiebranche? Und was ist zu tun?“ für die Jahre 2011 bis 2024 zeigt.

Laut dieser Analyse des „deutschen Gesamt-Profit Pools der Energiebranche“, die von 50 Experten aus der Thüga-Gruppe sowie der externen Fachgesellschaft A.T. Kearney erstellt wurde, wird das Branchen-EBIT, also das Ergebnis vor Zinsen und Steuern, in Deutschland von 19,8 Mrd. Euro im Jahr 2011 um etwa 21 % auf 15,6 Mrd. Euro im Jahr 2024 schrumpfen. Die Zahlen für 2011 wurden den Abschüssen der Unternehmen entnommen, die für 2024 „fachkundig“ geschätzt bzw. hochgerechnet. Von diesem Rückgang, so die Folgerung aus der Studie, die der Vorstandsvorsitzende Michael Riechel in der Jahrespressekonferenz der Thüga vorstellte, sieht die Thüga alle Wertschöpfungsstufen und auch die bestehenden, traditionellen Geschäfts- und Organisationsmodelle der Stadtwerke in Deutschland betroffen. Diese fundamentalen Marktentwicklungen stellen Unternehmen, insbesondere kleine und mittelgroße, vor große Herausforderungen. Deshalb sei die Frage, ob ein einzelnes Stadtwerk all diese Herausforderungen allein bewältigen könne.

Die Thüga-Gruppe sieht sich diesbezüglich in einer guten Ausgangsposition, „denn durch Zusammenarbeit schaffen wir bereits heute einen Mehrwert“, betonte Riechel. Diesen Mehrwert gelte es weiter auszubauen und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

Thüga habe den Vorteil, dass sein Schwerpunkt vor allem im Netz- und Vertriebsgeschäft liege. „Insofern sind wir von den wirtschaftlichen Einbrüchen in der konventionellen Erzeugung und im Handel weniger stark betroffen.“ Dennoch versuche das Unternehmen, sich auf die sich abzeichnende Entwicklung vorzubereiten. Die gesamte Gruppe müsse ihre Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unter Konzentration auf das Kerngeschäft ausbauen. Exzellenz im Kerngeschäft bedeute Sicherung, Optimierung und Weiterentwicklung beim Netz- und Vertriebsgeschäft sowie bei der Erzeugung und im Handel. Das erfordere vor allem eine Kosten- und Prozessoptimierung und eine noch stärkere Ausrichtung auf die Kunden. Wichtig seien zudem eine laufende Weiterentwicklung der Kompetenzen und der Aufbau neuer, profitabler Geschäftsfelder.

Zum besseren Verständnis hier zunächst eine kurze Schilderung des Thüga-Geschäftsfeldes und der Thüga-Eigner. Die Gruppe, die ihre Ursprünge auf die 1867 gegründete Thüringer Gasgesellschaft zurückführt und erst vor einige Jahren aus dem EON-Konzern ausgegliedert und in die Selbständigkeit entlassen wurde, betreibt deutschlandweit das größte kommunalwirtschaftliche Netzwerk. Versorgt werden 4 Mio. Kunden mit Strom, 2 Mio. mit Erdgas und 0,9 Mio. mit Trinkwasser, ein kleinerer Kundenkreis auch mit Wärme. Etwa 560 Städte und Gemeinden mit einem Lebensraum für rund 10 Mio. Menschen haben ihre 100 Versorgungsunternehmen in die Gruppe eingebunden. Die Thüga AG ist als partnerschaftliche Betei-

gungs- und Fachberatungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter dieser 100 Kommunalunternehmen. Deren Mehrheitsgesellschafter sind Städte und Gemeinden. Sie alle zusammen bilden den größten kommunalen Verbund lokaler und regionaler Energie- und Wasserversorgungsunternehmen. Eine Mehrheit an den Partner-Unternehmen strebt die Thüga nicht an. Neben der finanziellen Beteiligung gehören zum Thüga-Modell, das bisher in 12 Bundesländern praktiziert wird, die Fachberatung, der gemeinsame Energie-Einkauf und ein bunter Strauß von Dienstleistungen über die sieben Servicegesellschaften.

Etwas kompliziert ist die rechtliche Gliederung der Gruppe, deren Belegschaft auf 17.100 (17.600) Mitarbeiter geschrumpft ist und wohl noch weiter abnehmen wird. Die erwähnte Holding hält 81,1 % an der Thüga AG, die ihrerseits wieder etliche „Unter-Unternehmen“, meist zu 100 % besitzt, so z.B. die Energie GmbH und die EVK Beteiligungsgesellschaft GmbH. Der Holding gehört auch zu 100 % die Contigas Deutsche Energie AG, die wiederum die restlichen 18,9 % an der Thüga AG hält. Anteilseigner der Holding sind zu je 20,53 % die drei Stadtwerke Mainova AG, Frankfurt, N-Energie AG, Nürnberg, und die Stadtwerke Hannover AG, sowie zu 38,41 die Kom9 GmbH & Co KG, in der sich 55 Energie-Dienstleister aus dem Thüga-Netzwerk zusammengefunden haben.

Externe Einflüsse

Für den prognostizierten EBIT-Rückgang in der Energiebranche werden verschiedene externe Einflüsse verantwortlich gemacht, so das dauerhaft billige Geld, die niedrige Profitabilität der konventionellen Stromerzeugung, der noch weiter zunehmenden Druck auf das Netz durch die Regulierung, „ohne dass eine grundsätzliche Änderung abzusehen wäre“, die stagnierende bis abnehmende Verbrauchsentwicklung am Strommarkt, rückläufige Verbräuche im Wärmemarkt, veränderte Kundenanforderungen und Dezentralisierung bei Kundenservice sowie der Trend zur Digitalisierung der Geschäftsmodelle.

Die Prognose geht davon aus, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Wertschöpfungsstufen sehr unterschiedlich sein werden. So werde sich das EBIT der zentralen Erzeugung von 8 Mrd. Euro im Jahre 2011 auf 3,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 mehr als halbierten. Bei der dezentralen Erzeugung werde hingegen mit einem Anstieg von 1,9 Mrd. auf 4,9 Mrd. Euro gerechnet. Wachstumstreiber seien vor allem die Stromerzeugung aus Sonne und Wind. Von dieser Entwicklung profitierten die Energieversorger jedoch nur bedingt, da viele Anlagen in den Händen privater Investoren lägen. Im Handelsbereich stiegen zwar die Transaktionen aufgrund des Ausbaus der wetterabhängigen und somit schwankenden Erzeugerquellen, allerdings mit vergleichsweise gerin-

gen Mengen und Margen. Hier werde das EBIT von 2,8 auf 0,7 Mrd. Euro zurückgehen.

Die Entwicklung des EBIT bei den zentralen Speichern sieht die Prognose ebenfalls rückläufig. Die Bedeutung von dezentralen Speichern zum Ausgleich zwischen den Phasen mit hohem, über der Nachfrage liegendem Stromangebot und denen der „Dunkelflaute“ sei dennoch unbestritten. Der Rückgang beim operativen Netzgeschäft von 4,9 auf 4,7 Mrd. Euro wird als Zeichen relativer Stabilität gesehen. Ob aber die Verteilnetzbetreiber ihre Ergebnisse überhaupt stabil halten könnten, sei ungewiss.

Im Vertriebsgeschäft gehe der EBIT von rund 2 Mrd. Euro im Jahre 2011 bis 2024 um circa ein Viertel zurück. Riechel geht davon aus, dass der Kostendruck im Vertrieb anhalten und durch neue Marktteilnehmer aus anderen Branchen eher noch verschärft wird. Der Handel, der von 2,8 Mrd. Euro auf 0,9 Mrd. Euro schrumpfen werde, werde immer kleinteiliger. All diese langfristigen Fundamentalentwicklung verlangen von den Marktteilnehmern „erhebliche Kraftanstrengungen“, so Riechel, „denn der Kuchen wird deutlich kleiner, den zunehmend werden Wettbewerber aus anderen Branchen etwas vom Kuchen nehmen wollen“.

Fokus auf Kerngeschäft

Die Thüga folgt für sich daraus, dass sie sich auf ihre Kerngeschäfte fokussieren und die Zusammenarbeit mit ihren Partnern intensivieren muss. Aufbauend auf der Stadtwerke-Strategie hätten die Partner-Unternehmen an die Thüga den klaren Auftrag formuliert, ihr Beratungsportfolio im Hinblick auf das Kerngeschäft auszubauen und die Zusammenarbeitsplattformen weiter zu entwickeln. Thüga, so Reichel, habe für sich daraus drei Handlungsfelder abgeleitet: die Fokussierung auf die Beratung als Wertstellhebel bei der Entwicklung der Unternehmen, die Justierung und stärkere Verzahnung ihrer sieben Servicegesellschaften und Plattformen sowie die Schaffung von Wachstum durch die Beteiligung an Start-up-Unternehmen zur Stärkung der Innovationskraft.

In allen Feldern seien Projekte bereits abgeschlossen oder befänden sich in der Umsetzung, sagte Reichel, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Bei kleineren Partnern komme es auf immer detaillierteren Dienstleistungen an, bei großen Partnern etwa auf die Beratung bei juristischen Spezialthemen oder z. B. auf Innovationsmanagement oder den Aufbau profitabler Geschäftsmodelle. Die

Beratungskompetenz soll durch Arbeitsteilung mit externen Dienstleistern gestärkt werden.

Mit dem anstehenden Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sieht die Thüga „einen erneuten Umbruch in der Marktordnung kommen“. Die Digitalisierung werde die Arbeitsweise der Energieversorgungsunternehmen maßgeblich beeinflussen. Mit der geplanten Einführung von intelligenten Messsystemen würden die Anforderungen an die Unternehmen nochmals steigen. Thüga rechnet mit Investitionen von 2 Mrd. Euro und sieht von daher kaum eine Chance, dass sich Stadtwerke hier in einer „stand-alone-Position“ behaupten können.

Thüga habe mit rund sieben Millionen Zählern das deutschlandweit größte Bündelungspotential. Damit den Thüga-Partnern auch künftig ein wirtschaftlicher Messstellenbetrieb sicher ist, haben die Unternehmen Conergos, E-Marks und Thüga MeteringService gemeinsam ein Lösungspaket geschmiedet. Außerdem hat sich Thüga Anfang des Jahres am start-up eness GmbH (energy storage systems) beteiligt, das über Stadtwerke Photovoltaikanlagen mit Speicher an Endkunden vertreibt, denn der Kunde sei als „Prosument“ nicht nur Konsument, sondern auch Produzent. Eigenverbrauch durch Speicherlösungen werde immer wichtiger.

Riechel fasste die anstehenden Bemühungen, die gleichermaßen Thüga und seinen Partner dienen sollen, wie folgt zusammen: Ausbau des Portfolios bei Fokussierung auf regionale Arrondierung, Optimierung des Bestandsgeschäfts durch weiter verbesserte Beratungs- und Unterstützungsleistungen sowie Weiterentwicklung der Plattformen durch wettbewerbsfähige Dienstleistungen für Partnerunternehmen des Netzwerkes. Der Lösungsverbund der Thüga müsse weiter entwickelt werden.

Kritik an Anreizregulierung

Zum Schluss kritisierten Riechel und seine Vorstandskollegen erneut die vorgesehene Anreizregulierung, eine komplizierte Regelung zur Dämpfung der Netzkosten und damit zur Senkung der Stromkosten. Sie lasse befürchten, dass auch das zukünftige Regulierungssystem keine angemessene Verzinsung der notwendigen Investitionen ermöglichen werde. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Netzgeschäft würden sich weiter verschlechtern. Die Bundesländer müssten gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium standhaft bleiben und diese Regelung verhindern, forderte Riechel. Zur EEG-Novelle meint man bei Thüga, sie stelle die Pariser Klimaziele und auch die Akteursvielfalt in Frage. Windparks seien auch weiterhin ein sinnvolles Investment. Bei der vorgesehenen Regelung steige die Tendenz zum Verkäufermarkt. **dhg.**

Auszeichnung der Gemeinde Irschenberg

Nach der Gemeinde Fischbachau (2013) und der Stadt Geretsried (2014) ist die Gemeinde Irschenberg die dritte Kommune, die die Auszeichnung „Energiewendekommune“ erhält.

Die Jury hat der Gemeinde Irschenberg aus den eingegangenen Bewerbungen den Preis für das Jahr 2015 zuerkannt, da diese zu allen ausgeschriebenen Vergabekriterien anzuerkennende Argumente aufweist.

Im Rahmen der vom Amt für ländliche Entwicklung geförderten Dorferneuerung wurde Bürgerbeteiligung in Irschenberg aktiv gelebt. Zahlreiche Niedrigenergiehäuser und private Photovoltaik-Anlagen zeugen von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag zu leisten.

Durch Bildungsprojekte an der Grundschule wurde auch den Jüngsten bereits die Bedeutung einer zukunftsweisenden und nachhaltigen Energieversorgung der Region nahegebracht.

Die Pflanzkläranlage „Niklasreuth“ ist ein herausragendes Einzelvorhaben und kann als Pilotanlage bezeichnet werden. Insgesamt sind seit mehr als zehn Jahren mehrere konkrete Maßnahmen im Bereich Energieeinsparung umgesetzt und damit ein wichtiger Beitrag zur Energiewende geleistet worden. □

Modellregion Energieversorgung 4.0

Informationsveranstaltung in Wunsiedel

„Modellregion Energieversorgung 4.0 - so geht Energiewende im Gleichschritt mit Industrie 4.0“ lautete das Motto einer praxisorientierten Informationsveranstaltung, zu der die SWW Wunsiedel GmbH und C.A.R.M.E.N. e.V., die bayerische Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien, in die oberfränkische Kreisstadt eingeladen hatten. Politische Gäste waren u.a. Ilse Aigner, Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Dr. Hans-Peter Friedrich, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Martin Schöffel, Mitglied des Bayerischen Landtags und Schirmherr der Veranstaltung.

Neben einem Dialog zur Energiewende standen Impulsvorträge und Fachbeiträge von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft auf der Agenda. Darüber hinaus waren bayerische Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Uni Bayreuth, FAU Erlangen-Nürnberg, FH Hof sowie ZAE Bayern) sowie die Kooperationspartner des Projektes anwesend. Die Aussteller präsentierten Exponate, die dazu beitragen, die vielschichtigen Herausforderungen der Energiewende gemeinschaftlich zu meistern.

Dimplex als Kooperationspartner des Projekts stellte beispielsweise die moderne elektrische Speicherheizung „Intelligent Quantum“ (IQ) und den Energiemanager „Smart Eco System“ (S.E.S) vor, die auch im Feldtest in Wunsiedel eine wichtige Rolle bei der Energieverteilung und Speicherung einnehmen.

Die zentrale Steuereinheit S.E.S verbindet alle intelligenten und mit Kommunikationstechnik ausgestatteten Geräte in einer Modell-Wohnung in Wunsiedel. Dabei ist die Einbindung erneuerbarer Energien in die Stromversorgung und der Abgleich zwischen dem schwankenden Energieangebot von Sonne und Wind und der Nachfrage eine klassische Herausforderung auch für Energieversorger.

Lob für „Wunsiedler Weg“

Ministerin Aigner lobte den „Wunsiedler Weg“ und informierte sich darüber, wie in den Landkreisen Wunsiedel, Hof, Kulmbach und Bayreuth die Modellregion für die Nutzung regenerativer Energien entsteht. Beim dem „Wunsiedler Weg“ handelt es sich um ein Projekt, das die Energieversorgung durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie Blockheizkraftwerke auch nach dem fossilen Zeitalter sichert. Dazu zählen auch Lösungen zur Speicherung von Energie etwa durch die Umwandlung in Methan (Erdgas).

Die Stadt, vor kurzem von der Agentur für Erneuerbare Energien als Energie-Kommune des Monats ausgezeichnet, hat bereits in diesem Jahr die selbst gesteckten Klima- und Energieziele für das Jahr 2020 erreicht. In Wunsiedel mit rund 9.300 Einwohnern wird 20 Prozent mehr Strom aus regenerativen Quellen produziert als verbraucht. Auch die Hälfte des städtischen Wärmebedarfs decken Erneuerbare Energien. Die Treibhausgasemissionen haben sich im Vergleich zum Basisjahr 2008 um die Hälfte reduziert.

Schon seit 2001 geht Wunsiedel vor allem mit Hilfe des Stadtwerks und der Bürgerinnen und Bürger konsequent den Weg einer regionalen und klimaverträglichen Energieversorgung. Vor Ort produzieren sechs Windräder, über 340 Photovoltaikanlagen und zwei Holzheiz(kraft)werke Strom und Wärme.

Die Kompetenzen in Sachen Windenergie werden in einer interkommunalen Gesellschaft, der ZukunftsEnergie Fichtelgebirge GmbH, gebündelt. Diese wurde 2010 mit den Kommunen Arzberg, Kirchenlamitz, Wunsiedel und der SWW Wunsiedel GmbH gegründet. In den vergangenen

Jahren wurden weitere kommunale und kommunale Unternehmen als Gesellschafter in die ZukunftsEnergie Fichtelgebirge GmbH aufgenommen.

Kernstück des innovativen Wärmeversorgungskonzeptes in Wunsiedel ist ein Biomasse-Heizkraftwerk mit angeschlossener Pelletproduktion. Der Rohstoff stammt aus den Wäldern vom Fichtelgebirge und Frankenwald, die in einer ORC-Turbine verbrannt werden. Die dabei entstehende Abwärme wird zum Trocknen der Sägespäne genutzt. Jährlich entstehen so rund 38.000 Tonnen Pellets, die vor allem in die wachsenden Märkte im Norden Bayerns, in Thüringen und Sachsen geliefert werden. Betreiber des Pelletwerks und des Holzkraftwerks ist die WUN-Bioenergie GmbH. Gesellschafter sind die Stadtwerke, zwei weitere Unternehmen sowie zwei regionale Waldbauernvereinigungen.

Seit Frühjahr 2016 setzt die hundertprozentige Tochter der Stadt auf die regionale Vermarktung des Stroms aus den hiesigen Solar- und Windkraftanlagen an Verbraucher in den Landkreisen Wunsiedel, Hof und Kulmbach. Dafür führt sie die Direktvermarktung von regional erzeugtem Strom in einem regionalen Bilanzkreis durch. Dies erlaubt es, den vor Ort produzierten Strom den Verbrauchern vor Ort auch direkt anzubieten – ohne den Umweg über die Strombörse.

Um die Akzeptanz gegenüber Erneuerbaren Energien zu stärken, setzen die Stadtwerke auf Beteiligungsformen und transparente Information. So informiert beispielsweise das Internetportal „Energieflussvisualisierung“ in Echtzeit über Stromerzeugung und -verbrauch im Wunsiedler Ortsteil. Nutzer können über eine interaktive Grafik diese Daten live verfolgen und erkennen, ob der in Wunsiedel erzeugte Strom gerade in andere Versorgungsgebiete weiterverkauft wird oder ob Strombezug von außen nötig ist.

Nach Erreichen der Energie- und Klimaziele für das Jahr 2020 wollen die Wunsiedler nun folgende Meilensteine angehen:

- Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent regenerative Energien mit weiteren eigenen erneuerbaren Erzeugungsanlagen.
- Installation eines Steuerungssystems mit dezentraler Intelligenz: Durch das intelligente Stromnetz („smart grid“) soll zum Beispiel die Speicherkapazität von Solarstrom erforscht und die Netzstabilität verbessert werden.
- Ausbau der Speichertechnologien wie z. B. Batteriespeicher, Power-to-Gas- und Power-to-Heat-Anlagen, um zukünftige Überangebote an Ökostrom zu speichern und für andere Sektoren nutzen zu können.
- Nutzung des bereits vorhandenen Potentials zur Lastverschiebung durch intelligente Einbindung von Speicherheizungen in das Demand-Side-Management.

Vom Wunsiedler Know-how in Sachen Energiewende kann auch die polnische Stadt Lapy profitieren. Beide Gemeinden unterhalten seit 2014 die erste deutsch-polnische Städtepartnerschaft im Bereich Energie- und Klimaschutz. **DK**

VDV-Jahrestagung in Dresden:

Aus Tradition wird Zukunft

Die Eisenbahn der Zukunft und vernetzte Mobilität im ländlichen Raum standen im Zentrum der VDV-Jahrestagung 2016 in Dresden. Parallele Foren widmeten sich den Herausforderungen des Arbeitsmarktes, dem Deutschlandtakt im Eisenbahnsystem sowie dem Mobilitätswandel durch Digitalisierung und Vernetzung. Zudem wurden 25 Jahre wiedervereinigter VDV und 170 Jahre Eisenbahnverbände in Deutschland gefeiert.

Vor rund 850 Gästen und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik wies VDV-Präsident Jürgen Fenske darauf hin, dass sich der VDV für eine neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie beim Thema Verkehr einsetzen will: „Wir müssen damit den Einstieg schaffen, um den Anteil des Öffentlichen Verkehrs am Modal Split deutlich zu erhöhen.“ Derzeit liegt dieser Wert im Schnitt bei 15 Prozent. „Das ist deutlich zu wenig“, bilanzierte Fenske und forderte von der nächsten Bundesregierung einen nationalen Masterplan, um den Anteil von Bussen und Bahnen bis 2030 auf 25 Prozent auszubauen.

Fenske erinnerte daran, dass der Öffentliche Verkehr sowie der Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in weiten Teilen unterfinanziert sind. „Das ist das Gegenteil der Klimaschutzpolitik, auf die wir uns verständigt haben.“ Große Sorgen mache sich die Branche derzeit um den Fortbestand der Entflechtungsmittel. In diesem Zusammenhang warnte der Präsident auch davor, die Zweckbindung dieser Mittel zugunsten einer pauschalen Verteilung der Gelder aufzuheben: „Das hätte für die Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs große Konsequenzen.“ Schlimmstenfalls drohe ein Verteilungskampf.

Auch der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP) habe nicht den erhofften Paradigmenwechsel gebracht, berichtete der Präsident. „Es gibt viele kluge und richtige Ansätze. Aber der Beginn der auch unter Klimagesichtspunkten zwingend erforderlichen Verkehrswende ist es nicht.“

Betroffen zeigte sich VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff über die geringe ÖPNV-Nachfrage im ländlichen Raum. Dies sei neben der Situation in den Ballungsräumen „eine der ganz großen Herausforderungen“ für die Branche. „Wir müssen Konzepte diskutieren, wie wir dem Bürger mehr Mobilität anbieten können“, machte Wolff deutlich.

Die von TNS Infratest im Auftrag des VDV durchgeführte Befragung „ÖPNV im Urteil der Bevölkerung“, die der Verband alle fünf Jahre durchführen lässt, unterstreicht die hohe Bedeutung von Bus und Bahn in den Großstädten: Fast jeder vierte Bewohner nutzt täglich den ÖPNV, bei den unter 30-Jährigen ist es sogar schon jeder Dritte.

Gelassen beobachten die Verkehrsunternehmen einen weiteren Trend: In den Ballungsgebieten setzt sich die Hälfte der Bevölkerung täglich aufs Fahrrad statt in Bus und Bahn. Der Umweltverbund von ÖPNV und Rad sei, so Wolff, „eine wegweisende Entwicklung“. Ganz allgemein herrscht der Umfrage zufolge das Bewusstsein, dass der Nahverkehr umweltfreundlich ist, Klimaschutz und Ressourceneffizienz vorantreibt.

Car Sharing

Mit Interesse nahm der Verband zur Kenntnis, dass 43 Prozent des repräsentativen Querschnitts Car Sharing zum ÖPNV-Angebot hinzurechnen. „Es steht in der Wahrnehmung damit auf Platz 1 unter den Innovationen der Branche, gleichauf mit den Online-Ticketangeboten“, erklärte Wolff. Das erstaunliche Ergebnis zeige, „welch enormes Potenzial die ÖPNV-Branche bei der Verknüpfung von verschiedenen Mobilitätsangeboten unter ihrem

Dach bietet. Hier sind wir auf einem richtig guten Weg zum umfassenden städtischen Mobilitätsanbieter.“

Vor dem Hintergrund, dass in der Branche der Personalbedarf hoch ist, befasste sich der VDV auch mit der Arbeitsmarktintegration von Asylberechtigten. Bis Jahresende wollen die deutschen Verkehrsunternehmen 1.000 neue Stellen für Flüchtlinge schaffen. Dabei kann es sich Praktikums- oder Ausbildungsplätze, Hospitationen oder auch Festanstellungen handeln.

„Unsere Branche ist seit jeher Teil der Daseinsvorsorge in diesem Land und wir ermöglichen mit unseren Mobilitätsleistungen täglich hunderttausendfach soziale Teilhabe von Menschen. Insofern ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch einen Beitrag zur schnellen Integration der Flüchtlinge leisten. Ich spüre in der Branche an dieser Stelle ein unglaubliches Engagement“, erklärte VDV-Präsident Fenske.

Jobangebote für Flüchtlinge

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hatte bereits im Mai einen Aufruf an seine rund 600 Mitgliedsunternehmen gestartet, um bis Jahresende die 1.000 Jobangebote für Flüchtlinge zu schaffen. Bei den Unternehmen laufen inzwischen die ersten Projekte an. In Dresden zum Beispiel sind seit Anfang Mai neun Asylsuchende beim Begleitservice Mobiler Service (MOSE) der Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB) im Einsatz. Ihre tägliche Arbeitszeit beträgt fünf Stunden und die Maßnahme läuft zunächst bis zum Jahresende.

Großer Personalbedarf

Bereits im Jahr 2014 hatte ein unabhängiges Gutachten im Auftrag des VDV einen großen Personalbedarf der Verkehrsunternehmen in den kommenden Jahren festgestellt. Bis zum Jahr 2020 sucht die Branche demnach 30.000 Nachwuchskräfte in allen Bereichen, vor allem aber im Fahrdienst. Bei insgesamt rund 215.000 Beschäftigten im ÖPNV und Eisenbahnverkehr müssen also in wenigen Jahren fast 14 Prozent der Fachkräfte aus Altersgründen ersetzt bzw. neu eingestellt werden.

Der VDV hat für seine Mitglieder eine Handreichung erstellt, die einen ersten Überblick darüber gibt, was bei der Beschäftigung von Flüchtlingen zu beachten ist und an welche Service- und Kontaktstellen sich Unternehmen vor Ort wenden können. Auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmen wird vom Verband koordiniert und betreut. **DK**

www.isw-isb.de

Flughafen München:

Weiter auf Wachstumskurs

Der Flughafen München, Deutschlands zweitgrößtes Drehkreuz, bleibt auf Rekordkurs. Wie der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH (FMG), Dr. Michael Kerkloh im Münchner Presseclub erklärte, konnte der Airport im ersten Halbjahr 2016 in allen Verkehrssegmenten zulegen.

Mit knapp 20 Millionen Fluggästen – ein Plus von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum - wurde in den ersten sechs Monaten erneut ein Passagierrekord verzeichnet. Noch stärker als die Fluggastzahlen wuchs die Anzahl der Starts und Landungen: Sie stieg im ersten Halbjahr um 2,5 Prozent auf über 191.000.

Deutliche Zunahme bei Starts und Landungen

Da sich die Wachstumsdynamik erst in der laufenden Sommerflugplanperiode, die Ende März begann, voll entfaltet, werden die Steigerungsraten in den kommenden Monaten des Jahres noch deutlich höher ausfallen, betonte Kerkloh. Für das gesamte Kalenderjahr 2016 werde deshalb eine Zunahme von vier Prozent bei den Starts und Landungen erwartet.

Von den zusätzlichen Flügen von und nach München profitierte vor allem der internationale Luftverkehr. So stieg die Anzahl der Reisenden auf Interkontinentalflügen im ersten Halbjahr 2016 um 4,3 Prozent auf 3,2 Millionen, die Anzahl der Flugbewegungen sogar um 4,6 Prozent auf über 15.000. Die im Sommer neu aufgenommenen Langstrecken hätten zu dem Wachstum beigetragen, so Kerkloh.

Passagierverkehr

Im Kontinentalverkehr wurden 11,9 Millionen Fluggäste gezählt, ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Flüge stieg hier in den ersten sechs Monaten 2016 um 2,7 Prozent auf knapp 122.000. In diesem Segment habe sich vor allem das Engagement des Billigfliegers Transavia bemerkbar gemacht. Der Inlandsverkehr lag mit insgesamt rund 4,7 Millionen Fluggästen leicht über dem Vorjahr.

Noch stärker als der Passagierverkehr entwickelte sich im ersten Halbjahr 2016 das Luftfrachtgeschäft am Münchner Airport. Mit knapp 163.000 Tonnen geflogener Luftfracht wurden genau vier Prozent mehr an Gütern und Waren als im Vorjahreszeitraum umgeschlagen. **DK**

Nach Kerklohs Worten läuft auch die Jobmaschine Flughafen München weiter auf Hochtouren: Wie die jetzt vorliegende Studie „Beschäftigterhebung am Flughafen München 2015“ deutlich macht, ist die Anzahl der Arbeitsplätze am Airport seit dem Jahresende 2012 um 2.470 auf nunmehr 34.720 angewachsen. Das bedeutet, dass statistisch betrachtet täglich 2,25 neue Jobs am Münchner Flughafen entstehen.

Wachsender Personalbedarf

Verglichen mit der ersten am neuen Münchner Flughafen durchgeführten Erhebung aus dem Jahr 1994, bei der insgesamt 15.450 Flughafenmitarbeiter registriert wurden, hat sich der Personalstand am Airport bereits mehr als verdoppelt. Knapp 90 Prozent der Erwerbstätigen am Airport stehen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Leistungsstarke Lokomotive

„Der Münchner Flughafen ist und bleibt angesichts seines weiterhin dynamisch wachsenden Personalbedarfs eine leistungsstarke Lokomotive für Konjunktur und Beschäftigung“, hob Kerkloh hervor. Die verschiedenen Gemeinden und Landkreise Bayerns profitierten vom Beschäftigungsboom am Flughafen. Besonders markant sei die Bedeutung, die der Flughafen für den Arbeitsmarkt in seiner unmittelbaren Nachbarschaft hat. Jedes vierte aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in den Landkreisen Freising und Erding ist am Flughafen angesiedelt.

Beschäftigungsboom

Die meisten Airportmitarbeiter, nämlich fast 7.300, wohnen im Landkreis Freising (gegenüber 2012 +3,4 Prozent). Auf dem zweiten Platz folgt die Landeshauptstadt München mit 7.250 Flughafenbeschäftigten (+6,6 Prozent). Rund 5.600 Arbeitskräfte wurden im Landkreis Erding gezählt (+9,2 Prozent), 3.690 Airportbeschäftigte leben in der Stadt und dem Landkreis Landshut. **DK**

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München
Institut für Städtebau Berlin

Erstellung eines Intermodalen Mobilitätskonzepts

„Der ÖPNV im Landkreis Bamberg steckt in einer Umbruchsphase“: So beschreibt Landrat Johann Kalb die im **Umweltausschuss und im Kreisausschuss einstimmig beschlossene Erstellung eines intermodalen Mobilitätskonzeptes im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr für den Landkreis**. „Das intermodale Mobilitätskonzept bedeutet einen Richtungswechsel, den wir zusammen mit den Gemeinden gehen werden“, so Kalb weiter.

Was steckt hinter dem intermodalen Mobilitätskonzept? Der Kreistag beschloss in einer vorgezogenen Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans die öffentlichen Verkehrslinien zu bündeln. Die Vorbereitungen zu diesen Verfahren haben gezeigt, dass sich Verbesserungen im ÖPNV nur schwer mittels der Anwendung statistischer Werte erreichen lassen.

„In einem Flächenlandkreis wie dem Landkreis Bamberg mit seinen vielseitigen Gemeindestrukturen gilt es, die besonderen Bedürfnisse jeder Gemeinde zu berücksichtigen“, so Kalb.

Zudem hat sich gezeigt, dass eine Betrachtung nur unter dem Aspekt der öffentlichen Personenbeförderung allein nicht ausreichend ist. Zum Beispiel sollten auch die Aspekte Zubringerfunktionen zum Bus- oder Bahnhofpunkt mit dem Pkw oder Rad,

Pendlerparkmöglichkeiten, Fahrradnetze, Elektromobilität, Carsharing und Digitalisierung sowie schwerpunktmäßig lokale Verkehrsangebote im Rahmen einer zukunftsorientierten Personenbeförderung grundsätzlich in die Betrachtungen einbezogen werden.

Außerdem ist das derzeitige Liniennetz sehr weitläufig und zahlreiche Orte sind über mehrere Linien angebunden. Es hat sich daher bei der Überprüfung der ersten Linien gezeigt, dass eine kleinteilige Überplanung einzelner Linien in einem zusammenhängenden Verkehrsraum aus verkehrlichen und wirtschaftlichen Gründen wenig zielführend erscheint. Die Empfehlung vom beauftragten Fachplanungsbüro plan:mobil war daher die Beauftragung einer ganzheitlichen Betrachtung mit Neuordnung der Linienführung, vertakteten Verbindungen im Li-

nienverkehr und schnellen direkten Verbindungen nach Bamberg bzw. zu den Verknüpfungspunkten des Schienenverkehrs.

Nachdem derzeit auch andere Konzepte bzw. Einzelmaßnahmen für die Mobilitätsaspekte Elektromobilität und Radverkehr diskutiert werden, ist es sinnvoll, die Erstellung eines intermodalen Mobilitätskonzeptes an ein externes Planungsbüro zu vergeben. Auftakt sollte ein Workshop mit allen ÖPNV-Interessierten zur Sammlung und Wertung der Zielvorgaben sein. Auf dieser Grundlage könnte anschließend die aktuelle Mobilitätsstruktur im Landkreis analysiert und eine individuelle Bedarfserhebung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden durchgeführt werden. Das Ergebnis wird ein umfassendes und zeitgemäßes Handlungskonzept mit Umsetzungsvorschlägen und Kostenplan sein. Die Erstellung des Konzepts erfolgt in enger Abstimmung mit der VGN GmbH. Aufgrund des gemeinsamen Nahverkehrsplans von Stadt und Landkreis Bamberg wird an der Erstellung des Konzepts auch die Stadt Bamberg aktiv beteiligt sein. □

Grün, grüner, GaLaBau 2016

Fachmesse wächst und gedeiht

Vom 14. bis 17. September 2016 wird im Messezentrum Nürnberg wieder der grüne Teppich ausgerollt. Dann öffnet die GaLaBau zum 22. Mal ihre Tore. Über 1.400 Aussteller sowie mehr als 67.000 Fachbesucher werden erwartet. In insgesamt 13 Messehallen zeigen internationale Unternehmen vier Tage lang das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen von Gärten, Parks und Grünanlagen. Ideeller Träger und Gründungsvater der GaLaBau ist der Bundesverband für Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL).

Stefan Dittrich, Abteilungsleiter GaLaBau, ist mit den Messevorbereitungen sehr zufrieden: „Wir sind nun mitten in der Organisation der Veranstaltung und freuen uns schon auf September. Aktuell verbuchen wir ausstellerseitig ein Anmeldeplus von etwa 4 Prozent im Vergleich zu vor zwei Jahren. Auch was die internationale Entwicklung angeht, läuft es rund.“ Insbesondere die Ausstellerzahlen aus Frankreich (2016: 26; 2014: 14; Stand: Juni 2016), sowie generell die Flächenzuwächse auf internationaler Ebene geben Anlass zur Freude. „Die Besucher erwarten darüber hinaus Gemeinschaftsstände aus Italien, Großbritannien und China. Daran sehen wir, dass unsere Internationalisierungsbestrebungen Früchte tragen“, ergänzt Dittrich.

Die Besucher können sich auf zahlreiche neue Entwicklungen und Produkte namhafter Hersteller freuen, hier einige Beispiele:

Kaugummientfernung

Der Kommunalfahrzeughersteller Holder aus Metzingen präsentiert mit Waterblasting Technologies den Holder Stripe Hog®, eine Kombination aus einem multifunktionalen Geräteträger mit einem perfekt abgestimmten Anbaugerät für die Entfernung und Reinigung von Fahrbahnmarkierungen sowie zur Flächenreinigung und Kaugummientfernung. Das System arbeitet mit einem 2.750 bar starken Wasserstrahlsystem, das auf einem 92 PS starken, knickgelenkten Geräteträger aufgebaut ist.

Kompakter Häcksler

ELIET, belgischer Produzent von handgeführten GaLaBau-Geräten, wird unter anderem den Häcksler ELIET MAESTRO zeigen, eine kompakte und anwendungsfreundliche Maschine, mit der Gartenabfälle und Äste mit einer Aststärke bis zu 40 mm zerkleinert werden können. Das Messerwerk des ELIET MAESTRO ist werkzeuglos zugänglich; die Messer werden im eingebauten Zustand geschliffen und haben eine Standzeit von 100 Betriebsstunden, wodurch das Gerät sehr wartungsfreundlich ist. Das ELIET-AXT-PRINZIP™ spaltet das Holz ohne Gegenschneide, so können außerordentlich hohe Leistungen erzielt werden. Am 18. Oktober 2016 veranstaltet ELIET gemeinsam mit den Herstellern Etesia, Pellenc und Tielbürger eine „Grüntour“ in Kottgeisering bei München. Informationen gibt es demnächst unter www.gruen-tour.de.

Schachtabdeckungen aus Polyolefin-Kunststoffen

Stabiflex steht für hochwertige und praxisorientierte Schachtabdeckungen und -aufsätze aus Polyolefin-Kunststoffen. Die Firma produziert die erste Serienschachtabdeckung aus Kunststoff in DN 600 und DN 800, also in den Belastungsklassen begehbar und PKW-befahrbar. STABIFLEX-Abdeckungen (lose ohne Rahmen) sind maßstäblich mit Norm-Betondeckeln und können einfach ausgetauscht werden – perfekt für die Um- und Nachrüstung – und sind wesentlich leichter zu handeln.

Pflegeleichter Kunstrasen

Pflegeleichten, weichen und immergrünen Kunstrasen mit natürlicher Ausstrahlung präsentiert die niederländische Firma Easylawn. Alle Produkte aus dem umfangreichen Kunstrasensortiment sind umweltfreundlich und benötigen nahezu keine Pflege. Die Einsatzbereiche sind vielfältig: Von öffentlichen Grünanlagen, über Sport- und Freizeitanlagen, wie Golf- und Minigolfplätze, bis in den privaten Bereich im Garten oder auf dem Balkon bieten die Easylawn-Produkte individuelle Lösungen.

GreenMech Anhänger-Häcksler Arborist:

Kompakt und extrem hungrig

In der umfangreichen Range des britischen Häckslerherstellers GreenMech finden sich professionelle Häcksler für jeden denkbaren Einsatzzweck von klein bis groß. Für höchste Mobilität und Flexibilität stehen vor allem die Anhängerhäcksler aus der Serie „Arborist“. Die beiden Modelle ArbTrak 150 und ArbTrak 190 sind die Raupenversionen des Arborist 150 und Arborist 190 und bestechen durch optimale Geländegängigkeit. Häckselarbeiten im Garten- und Landschaftsbau, in Straßenmeistereien, auf kommunalen Grünflächen oder auf Friedhöfen sind mit den Häckslern der Arborist-Serie zügig, zuverlässig und günstig erledigt. Nicht zuletzt wegen dieser herausragenden Eigenschaften ist GreenMech Europas größter Häckslerhersteller.

Häcksler von GreenMech überzeugen vor allem durch ihre innovative Messertechnik mit den runden Disc-Messern, die für Häckschnitzel in G30-/G-50-Qualität sorgen, ihre Robustheit, ihre Zuverlässigkeit und ihre Mobilität. Besonders die Anhänger- und Raupenhäcksler der Serie „Arborist“ vereinen diese schlagkräftigen Argumente in ihrem charakteristisch grünen Gehäuse aus massivem Stahl.

Auflaufbremse

Den Auftakt der Arborist-Serie machen die Modelle Arborist 130 und Arborist 150, die jeweils mit einem Gesamtgewicht von unter 750 kg leicht genug für einen Transport mit dem Führerschein Klasse B sind, aber gleichzeitig massiv und schwer genug sind, um beim Häckseln jederzeit sicheren Stand zu haben. Außerdem verfügt jeder Anhängerhäcksler über eine Auflaufbremse, die den sicheren Transport mit fast jedem Fahrzeug ermöglicht. Diese Häcksler lassen sich einfach mit Gehölz- und Baumschnitt von bis zu maximal 16 cm Durchmesser beschicken. Selbst stark verastetes Material stellt die leistungsstarken Häcksler vor keine große Herausforderung, denn die Motoren von Honda, Yanmar und Kubota mit je nach Variante 23 bis 50 PS stehen für gleichmäßigen Lauf und dauerhafte Power bei gleichzeitig moderatem Kraftstoffverbrauch.

Disc-Messersystem

Während Häcksler anderer Hersteller auf gerade Messer setzen, verwendet der Marktführer GreenMech sein patentiertes Disc-Messersystem in allen Häckslern. Diese Messer sind, wie der Name bereits andeutet, rund und beim Häckseln ist immer nur ein Drittel des Umfangs im Einsatz. Das bedeutet, dass jedes Disc-Messer über gleich drei vollwertige Schneiden verfügt.

Zwangspausen durch ver-

Traditionelles Handwerk und moderner Ingenieurbau – dafür steht die im Jahr 1900 gegründete Schmees & Lühn Holz- und Stahl-Ingenieurbau GmbH aus Fresenburg. Das Unternehmen, das sich im gesamten deutschsprachigen und europäischen Raum einen Namen in den Bereichen Projektbau, Wasserbau, Ingenieurholzbau und Brückenbau gemacht hat, zeigt unter anderem ihr neues Produkt: SL-SLIPSTOP: Ein Verfahren, um die Rutsicherheit auf Holzbelägen für Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen. Das Prinzip von SL-SLIPSTOP ist einfach: In die Holzbohlen werden Nuten in Schwalbenschwanzform gefräst, die dann mit einem 2-K-Polyurethangemisch und Quarzsand gefüllt werden.

Einen Dachaufbau, der dazu beitragen kann, die Hochwassergefahr zu reduzieren, stellt die Firma ZinCo vor: Durch eine

Dachbegrünung, die Regenwasser speichert und zeitverzögert abfließen bzw. auf dem Dach verdunsten lässt, können die Auswirkungen von Starkregenereignissen abgemildert werden.

Begrünungsaufbau

Das neue Retentions-Gründach von ZinCo vervielfacht diesen Rückhalte-Effekt durch einen zweiteiligen Aufbau, bei dem Retentions-Volumen und der eigentliche Begrünungsaufbau getrennt sind. Beim Retentions-Gründach wird unterhalb des Begrünungsaufbaus ein sogenannter Abstandshalter (Spacer) verwendet. Die Höhe der Spacer ist variabel wählbar. So ermöglicht z. B. ein 10 cm hoher Spacer eine zusätzliche Regenwasser-Speicherung von rund 80 l/m². Dieses Wasser fließt dann über ein Drossel-Element, das im Gully verankert ist, kontrolliert in die Kanalisation ab. So können Niederschlagsspitzen effektiv ausgeglichen werden.

Weitere Informationen zu Ausstellern, Produkten und dem umfangreichen Rahmenprogramm finden sich unter der URL: www.galabau-messe.com MS

der Walzenöffnung, dementsprechend verarbeiten die Modelle Arborist 190, 19/28 und der ArbTrak 190 sogar Material mit einer Stärke bis zu 19 cm.

Geländegängigkeit

Ein weiterer, entscheidender Vorteil der Raupenhäcksler liegt in ihrer optimierten Geländegängigkeit. Sie überwinden nicht nur schlammigen und unebenen Untergrund ohne Mühe, sondern überfahren dank einer hohen Bodenfremheit von bis zu 274 mm selbst Baumstümpfe mühelos. Eine Unterbodenverkleidung schützt für den Fall der Fälle den Motor und den Unterbau der Maschine.

Mit den Anhänger- und Raupenhäckslern der Arborist-Serie bietet GreenMech die idealen Maschinen für professionelle Häckselarbeiten bei Kommunen und im Garten- und Landschaftsbau. Ausgestattet mit robuster und innovativer Technik, günstig in der Anschaffung und sparsam im Unterhalt sind die Häcksler der Arborist-Serie bei jedem Grünpflegebetrieb extrem beliebte Mitarbeiter. □

Ausgezeichnete betriebliche Mobilität

Arbeiterwohlfahrt (AWO) Unterfranken und der städtische Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ als Mobil.Pro.Fit. Betriebe ausgezeichnet

Der Bezirksverband der AWO Unterfranken e.V. sowie der städtische Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ wurden von Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake als Mobil.Pro.Fit.® Betriebe ausgezeichnet. Beide Institutionen beteiligten sich erfolgreich an dem bundesweiten Modellprojekt und entwickelten innerhalb von 12 Monaten ein nachhaltiges, betriebliches Mobilitätskonzept.

Bei diesem betrieblichen Mobilitätsmanagement geht es unter anderem darum, die Wege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Arbeitsplatz möglichst umweltfreundlich zu gestalten oder den Fuhrpark weiter zu optimieren, um damit gleich mehrere Ziele zu erreichen:

- die Mobilitätskosten für Mitarbeiter und das Unternehmen zu senken,
- die Gesundheit der Belegschaft zu fördern und
- die Umweltauswirkungen zu minimieren.

Zur Ausarbeitung des Konzeptes wurden zunächst Zahlen, Daten und Fakten erhoben, um verlässliche Informationen über den Fuhrpark, die Verbräuche sowie die Arbeitswege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten. Auf Grundlage dieser Analy-

sen wurden dann Verbesserungsprogramme entwickelt.

So hat das Mobilitätsteam der Stadtreiniger vielfältige Maßnahmen entwickelt, wie beispielsweise die Durchführung eines Mobilitätstages zur Information über Mobilitätsvarianten und zum Testen alternativer Verkehrsmittel (Pedelec, E-Fahrzeuge) oder die Ausbildung eines Fuhrparkmitarbeiters zum Trainer im kraftstoffsparenden Fahren, um regelmäßig eigene Schulungen für alle Fahrer durchführen zu können.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenprogramms für Umwelt, Unternehmen und die Mitarbeiter rechnen wird: So erwarten die Stadtreiniger eine jährliche betriebliche Mobilitätskostenersparnis bis zu 9.000 €, so-

Städte müssen grün wachsen

Kleingärtner feierten den Tag des Gartens

Deutschlands Städte wachsen stetig. Kleingärten sorgen dafür, dass wir nicht in Betonwüsten leben müssen, sondern auch Grün wachsen darf. Jüngst feierten rund eine Million Kleingärtner in Deutschland den „Tag des Gartens“ unter dem Motto „Wir machen Städte grüner“.

„Wer möchte, dass unsere Städte auch bei wachsender Bevölkerung lebenswert bleiben, kommt an Kleingärten nicht vorbei“, erklärte Peter Paschke, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde (BDG), dem Dachverband der deutschen Kleingärtner. „Die grünen Oasen sind weit mehr als ein Erholungsort für die Pächter. Sie sind Ausgleichsflächen für das Stadtklima, Orte zum Durchatmen für die Anwohner, Biotope der Artenvielfalt inmitten von Stein und Beton. Die Städte der Zukunft müssen Städte mit Kleingärten sein.“

Qualität statt Quantität

Auf die weit reichende Bedeutung der Kleingärten für Deutschlands Städte und Gemeinden machte jedes Jahr der „Tag des Gartens“ aufmerksam. Zahlreiche der 14.800 Kleingartenvereine in Deutschland luden an diesem Tag ein, einen Blick in die kleinen Paradiese zu werfen und selbst zu erleben, wie viel Natur mitten in der Stadt blüht und wächst. Naturnahes Gärtnern steht bei den Kleingärtnern schon lange hoch im Kurs. Statt auf größtmöglichen Ertrag wird auf Qualität gesetzt: Das angebaute Obst und Gemüse ist dank des Verbotes chemischer Unkrautvernichter besonders gesund, viele Gärtner tragen mit dem Anbau alter Sorten zur Artenvielfalt bei. Gut ausgebildete Fachberater in

den Vereinen sorgen dafür, dass auch Gartenneulinge alles Wissenswerte zum naturnahen Gärtnern lernen. Der BDG engagiert sich dafür, dass Kleingärten besonders in den Städten als unverzichtbare grüne Oasen wahrgenommen werden – und nicht etwa als potenzielles Bauland. Denn wachsende Städte, in denen nichts mehr wachsen darf, sind auf Dauer nicht lebenswert.

Gastgeber beim zentralen Festakt zum Tag des Gartens war dieses Jahr der Landesverband der Gartenfreunde Bremen. An der Feier mit anschließendem Bürgerfest im Bremer FlorAtrium nahm Bürgermeister Dr. Carsten Sieling teil.

Der „Tag des Gartens“ ist eine Initiative des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde. Er wurde 1984 auf Anregung des damals amtierenden BDG-Präsidenten Hans Stephan ins Leben gerufen. Viele der 15.000 im BDG organisierten Kleingärtnervereine nutzen den Ehrentag, um den Menschen die Bedeutung des Kleingartens für das Wohlbefinden von Mensch und Natur in Stadt und Land ins Bewusstsein zu rufen. Gleichzeitig sehen sie die Chance, der Öffentlichkeit die Freude am Kleingarten nahe zu bringen und neue Pächter für die Kleingarten-Idee zu gewinnen. Weitere Informationen unter: <http://www.kleingartenbund.de/de/veranstaltungen/tag-des-gartens> □



V. l.: Die Anhänger-Häcksler Arborist 130, ArbTrak 150 und Arborist 150 von GreenMech sind einfach zu bedienende Häcksler für Baumschnitt bis 16 cm Durchmesser. □

bot eines Fahrrad-Leasings geschaffen.

Für den ambulanten Pflegedienst gilt grundsätzlich ein verbandsweites internes Carsharing, das den Fuhrpark klein hält. Ein Fahrsicherheits- und Spritpartraining trägt zusätzlich zur Emissionsreduzierung bei. Sukzessive sollen Elektroautos die konventionellen Fahrzeuge im Pool ersetzen. „Dazu werden nun erste Erfahrungen beim „Essen auf Rädern“ gesammelt“, erläutert Ulses.

Die beiden Betriebe setzen so wichtige Ziele des kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Würzburg im besonders herausfordernden Verkehrsbereich auf betrieblicher Ebene um. „Die beeindruckenden Ergebnisse zeigen, dass es gelingen kann, auch in diesem Bereich Ökonomie und Ökologie zusammenzubringen. Mein Dank gilt den Betrieben und ihrer Belegschaft für dieses wegweisende Engagement“, so Oberbürgermeister Christian Schuchardt.

Die erfolgreiche Teilnahme an dem Projekt soll auch andere Unternehmen in Unterfranken motivieren, sich für eine klimafreundliche und effiziente Mobilität einzusetzen.

Weitere Informationen unter: www.mobilprofit.de □



Der U 323 ist das neue Top-Modell von Mercedes-Benz Unimog innerhalb der 300er Baureihe.

Unimog:

Neues Top-Modell

Unimog U 323 prädestiniert als wirtschaftliches Winterdienst- und Transportfahrzeug

Der Unimog U 318 von Mercedes-Benz hat als leichter Geräteträger mit elf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht besonders im Kommunaleinsatz einen ausgezeichneten Ruf. Auch in anderen Einsatzgebieten wie Bau-, Land-, Forst- oder Energiewirtschaft bewährt sich das kompakte und wirtschaftliche Allradfahrzeug täglich von neuem. Um die Produktlücke zwischen U 318 und U 423 zu schließen, bietet Mercedes-Benz nun mit dem Unimog U 323 mit 170 kW (231 PS) ein neues Top-Modell der Mercedes-Benz Unimog-Mittelklasse (300er Baureihe) an.

Der Unimog U 323, hat nicht nur mehr Leistung als der U 318, er wird auch in den beiden Radständen 3.000 und jetzt auch 3.600 Millimeter und mit einem maximalen zulässigen Gesamtgewicht von 13,8 bzw. 14,0 Tonnen angeboten. Entsprechend hat der Unimog U 323 auch höhere Achslasten (Vorderachse bis zu sieben Tonnen / Hinterachse bis zu acht Tonnen). Das macht ihn zur effizienten Fahrzeuglösung - vom Schneeräumen, Streuen oder Reinigen über Transporte bis zu Kranarbeiten - und das zu einem attraktiven Preis.

Langer Radstand und größere Pritsche

Der neue Unimog U 323 ist vielseitig, geländefähig und sparsam. Mit dem langen Radstand und größerer Pritsche kann er hohe Nutzlast aufnehmen. Der U 323 verfügt neben mehr Leistung auch über viele Sonderausstattungen, die Kunden bereits am U 423 schätzen, wie beispielsweise AutomaticShift, den Getriebe-Nebenabtrieb, mit dem Krafteinheiten oder Hochdruckpumpen angetrieben werden können, oder mehrere Hydraulikoptionen, wie zum Beispiel die vollproportionale 2-Kreis-Hydraulik mit Schneepfluggentlastung.

Kipppritsche, Frontlader oder Wechselaufbauten

Ausgestattet mit Kipppritsche, Frontlader oder Wechselaufbauten wie beispielsweise einem Wasserfass beweist der U 323 seine Talente als Arbeits- und Transportfahrzeug. Seine standardisierten Schnittstellen für den schnellen Geräteanbau und -abbau und die dank kompakter Abmessungen hohe Wendigkeit verleihen ihm die Flexibilität, unter-

jährige Aufgaben professionell zu erledigen.

Ergonomische Freisichtkabine

Für optimale Arbeitsbedingungen sorgen neben der ergonomischen Freisichtkabine mit ungehindertem Blick auf die Frontanbaugeräte auch ABS, Allradantrieb und Differenzialsperren. Mit dem Multifunktionsjoystick lassen sich Geräte-, Hydraulik- und Fahrfunktionen komfortabel steuern. Damit ist der neue Unimog U 323 für Aufgaben in Kommunen, der Land- oder auch Bauwirtschaft, beispielsweise als Kranfahrzeug, bestens ausgerüstet. □

Mercedes-Benz Citaro NGT:

Städtische Verkehrsgesellschaft EMT Madrid ordert 82 Erdgasbusse

Die Verkehrsbetriebe EMT der spanischen Hauptstadt Madrid mit ihren rund 3,2 Millionen Einwohnern setzen beim Busverkehr bereits seit vielen Jahren auf alternative Antriebe. Schwerpunkt bei den alternativen Antrieben wird der Gasmotor sein. Bis heute konnte durch den Einsatz von Erdgasfahrzeugen eine Reduzierung der Emissionen um mehr als 80 Prozent erreicht werden. Mit der Order von 82 Mercedes-Benz Citaro NGT (Natural Gas Technology) Omnibussen setzt die Städtische Verkehrsgesellschaft EMT Madrid (Empresa Municipal de Transportes de Madrid) weiter voll auf diese umweltfreundliche Antriebstechnik.

Bei den Fahrzeugen handelt es sich um 40 Mercedes-Benz Citaro Erdgas-Gelenkbusse mit einer Länge von 18 Metern sowie 42 Mercedes-Benz Erdgas-Solofahrzeuge mit einer Länge von 12 Metern. Der neue Citaro NGT mit Erdgasmotor setzt Maßstäbe bei Umweltfreundlichkeit und Komfort. Er ist ohne Einschränkung für die Verwendung von Bio-Erdgas nach DIN 51624 freigegeben. Damit wird die CO₂-Bilanz nochmals attraktiver: Denn dann fährt der Erdgasbus sogar nahezu CO₂-neutral.

Zudem unterschreitet der Erdgasmotor das Geräuschniveau zum vergleichbaren Dieselmotor hörbar. Je nach Fahrzustand liegen seine Geräuschemissionen bis zu 4 dB(A) niedriger, das entspricht etwa einer Halbierung des subjektiv empfundenen Geräuschniveaus. Beide Faktoren - geringe CO₂-Emissionen und niedriger Geräuschpegel - prädestinieren den neuen Citaro NGT speziell für den Einsatz in hochbelasteten Innenstädten sowie für das Befahren von Wohngebieten oder touristisch stark frequentierten Altstädten. In Madrid werden die neuen Erdgasbusse von Mercedes-Benz im Stadtgebiet zum Einsatz kommen, darunter auch auf einer der bedeutendsten Alleen von Madrid, der Paseo de la Castellana, die sich im

Herzen der spanischen Hauptstadt befindet.

Downsizing beim Motor

Herzstück des neuen Citaro NGT ist der Erdgasmotor Mercedes-Benz M 936 G. Mit 7,7 l Hubraum handelt es sich um den derzeit kompaktesten Erdgasmotor seiner Klasse: Mit einem Gewicht von nur 747 kg einschließlich Vorkatalysator ist das Triebwerk ein Paradebeispiel für erfolgreiches Downsizing.

Der Erdgasmotor basiert auf dem hochmodernen Turbodieselmotor OM 936. Der stehend eingebaute Reihensechszylinder wird als monovalenter Motor mit komprimiertem Erd- bzw. Biogas betrieben. Er leistet 222 kW (302 PS) bei 2000/min, erreicht ein maximales Drehmoment von 1200 Nm konstant von 1200 bis 1600/min und unterschreitet die Abgasgrenzwerte von Euro VI zum Teil erheblich.

Mit diesen Daten und seiner kraftvollen Leistungsentfaltung ist der einstufig aufgeladene Motor seinem Pendant mit Dieselantrieb völlig ebenbürtig. Die Leistungs- und Drehmomentkurven verlaufen im Hauptfahrbereich von Leerlaufdrehzahl bis etwa 1500/min deckungsgleich. Oberhalb arbeitet der Erdgasmotor sogar einen leichten Leistungs- und Drehmomentvorteil heraus. Gleichzeitig setzt der Erdgasmotor von Mercedes-Benz die Messlatte für Umweltfreundlichkeit besonders hoch, denn die CO₂-Emissionen eines Erdgasmotors liegen bis zu zehn Prozent unter

denen eines Dieselmotors. Bei Verwendung von Bio-Erdgas wird diese CO₂-Bilanz nochmals attraktiver, dann fährt ein Erdgasbus nahezu CO₂-neutral.

Das Segment der Stadtbusse in Westeuropa beläuft sich auf durchschnittlich rund 10 500 Neuzulassungen im Jahr mit einem stabilen Niveau. Auf den hochspezialisierten Bereich der Stadtomnibusse mit Erdgasantrieb entfallen in Europa derzeit knapp 1000 Einheiten im Jahr. Mercedes-Benz rechnet damit, dass sich diese Zahl im Rahmen von Diskussionen über die Umweltbelastung in Ballungsgebieten oder Ressourcenschonung künftig weiter erhöhen kann. Hartmut Schick dazu: „Der neue Erdgasantrieb ist wie auch unsere Euro VI-Dieselschicht eine bezahlbare Serientechnik, mit der dieses Ziel heute schon zu wirtschaftlichen Bedingungen erreicht werden kann.“ □



Der Citaro NGT im Einsatz.

Unimog Challenge 2016 in Ulm

Ballmaschine, Billard, Wasserträger, Wendehammer und 4-Gewinn. So hießen die fünf Geschicklichkeitsübungen, die die 30 angemeldeten Fahrer bei der ersten bundesweiten Serie von drei Unimog-Challenges auf dem Ulmer Messegelände meistern mussten. Veranstalter dieses Fahrer-Wettbewerbs waren Mercedes-Benz Special Trucks, der für den Geschäftsbereich Unimog verantwortlich ist, sowie Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, Neu-Ulm als seit Jahrzehnten lokal ansässige Unimog-Generalvertretung.

Bei sonnigem Sommerwetter trafen die Fahrer bereits um neun Uhr zur Akkreditierung ein und wurden entsprechend instruiert. Danach stand eine kurze Einweisung in die Bedienung der Fahrzeuge und die verschiedenen Übungen an.

Fünf-Minuten-Einheiten

Danach ging es mit der Challenge los. Jeweils fünf Minuten dauerte vor jeder Übung die Spezialanweisung und anschließend hatten die Wettkämpfer je sieben Minuten Zeit, die Übungen durchzuführen. Gewertet wurde

nach Zeit. Etwaige Fehler wurden mit Zeitaufschlägen „bestraft“, bei manchen Übungen konnte aber auch Zeit wieder gutgemacht werden.

Hohe Schwierigkeitsgrade

Obwohl alle Teilnehmer auch beruflich mit dem Unimog vertraut sind, standen sie bei einigen Übungen vor neuen Herausforderungen. So ist es auch kein Wunder, dass manche Teilnehmer mit ihren Leistungen bei manchen Disziplinen nicht ganz zufrieden und trotz aller Berufspraxis gut gefordert waren. Dennoch stand natürlich der Spaß sowie der olympische Gedanke im absoluten Vordergrund des Events.

Bundesweiter Rekord

Am Ende lag dann aber tatsächlich nur ein Wimpernschlag zwischen dem Sieger und dem Zweitplatzierten. Der strahlende Sieger hieß letztlich Benjamin Berenz aus Bad Urach. Er ließ nicht nur seine direkten Konkurrenten in Ulm hinter sich, sondern stellte in Ulm einen bundesweiten Rekord aller drei Veranstaltungen auf. Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge gratulierte herzlich zu dieser Leistung.

Weitere Informationen unter: www.wilhelm-mayer.com sowie www.unimog-alleskoenner.de □



Verschiedene Übungen waren bei der Unimog Challenge zu absolvieren. Bild: Dagmar Hub



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren. Hier

bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben. Profitieren Sie unter www.mercedes-benz.de/unimog



Besuchen Sie uns auf der GaLaBau 2016 vom 14. - 17. 09. in Nürnberg in Halle 6, Standnummer 6-331

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Der neue Multicar M29 von Hako:

Kompakt, flexibel und mit vielen Talenten

Bisher stand der Schmalspur-Geräteträger Multicar TREMO neben den multifunktionalen Geräteträgern Multicar M27 und M31. Mit seinem neuen Namen „Multicar M29“ fügt er sich nun enger in die Multicar-Baureihen ein. Selbstverständlich in der aktuellen Euro-VI-Version.

Wenn ein Multicar in die nächsthöhere Abgas-Stufe aufsteigt, dann ist das nie ein kosmetischer, sondern immer ein grundlegender Eingriff in das gesamte Fahrzeugkonzept. So auch beim neuen Multicar M29. Der kompakte Schmalspurgeräteträger hört darum nicht nur auf einen neuen Namen, sondern brilliert auch durch ausgereifte innere Werte, die weit über das bloße Thema „Umweltschutz“ hinausgehen.

Insassenschutz

Dazu gehören zum Beispiel die perfekten Arbeitsbedingungen für den Fahrer. So bietet die Fahrerkabine des neuen Multicar M29 einen hohen Insassenschutz, was in Sicherheitstests nach ECE-R29 durch die DEKRA bestätigt wurde. Obwohl der Multicar M29 nur 1,32 m breit ist, bietet dieser rollende Arbeitsplatz darüber hinaus viel Raum mit hohem Komfort – angefangen beim ergonomischen Fahrersitz mit individuell einstellbarer Sitzposition, über eine Klimaanlage, bis hin zu einer guten Geräuschdämmung. Unterstützt wird dies durch ein modernes Fahrwerk, das Stöße und Schwingungen abfängt und damit den Rücken von Fahrer und Beifahrer schonet.

Ergonomie ist bei Hako immer eine Frage des Gesamtkonzeptes. So spielt gerade auch die Art und Weise wie die Arbeit gehandhabt werden kann, eine entscheidende Rolle für ausdauerndes Arbeiten. Die Kabine des neuen Multicar M29 verfügt darum über großzügige und tief nach unten gezogene Front- und Seitenfenster. So kann der Fahrer seine Anbaugeräte und auch sein Arbeitsumfeld von seiner bequemen Sitzposition aus immer sicher im Blick behalten. Auch der Blick nach hinten ist durch optimal dimensionierte Spiegel, den optionalen Rampenspiegel vorn und das großzügige Heckfenster bestens gewährleistet.

Zentrale Steuerung

Ebenso sind die Steuerfunktionen des Fahrzeugs ergonomisch konzipiert, sodass auch im Fahrbetrieb der Fahrer alles im Blick behalten kann. Via Joystick und einfach erkennbaren Tasten lassen sich der stufenlose hydrostatische Fahrantrieb und die Gerätefunktionen bequem und zentral steuern. Darüber hinaus erleichtert eine Reihe von Assistenzsystemen die Bedienung. Getreu der Devise: So wenig Ablenkung wie möglich. So kann der Fahrer sich auf seine Umgebung konzentrieren und arbeitet letztendlich sicherer.

Das Thema Sicherheit ist ein ganz grundlegender Aspekt in diesem neuen Fahrzeug. Standards, die für LKW gelten, wurden bereits bei der Entwicklung des Multicar M29 als hohe Messlatte angelegt. Allradantrieb, Scheibenbremsen, ein integriertes Hydrostat-ABS und hoch belastbare Achsen sind bei diesem Schmalspurgeräteträger darum Standard und sorgen für ein stabiles Fahrverhalten in allen Situationen.

Ein besonderes Highlight dieses Geräteträgers mit hydrostatischem Fahrantrieb ist seine serienmäßige hydrostatische Bremskraft. Über einen dreistufigen Wippschalter stellt der Fahrer je nach Situation ein, wie stark der

hydrostatische Fahrantrieb die Betriebsbremse unterstützen soll. Ein neuartiges Hydrostat-ABS sichert das Fahrzeug zusätzlich beim Bremsen und schützt damit effektiv vor ungewollten Fehleinschätzungen der Fahrsituation. Diese elektronisch geregelte Kombination aus hydrostatischer „Motor“-Bremsen und ABS ist einzigartig und bietet unter anderem bei starkem Gefälle und hoher Nutzlast ein entscheidendes Sicherheits-Plus.

Aber auch wenn es steil bergauf geht hat der hydrostatische Fahrantrieb ein weiteres Plus zu bieten: eine mechanische Unterbrechung sorgt dafür, dass sich die Arbeitsgeschwindigkeit noch feiner an die Aufgaben anpassen lässt und bietet zusätzliche Zugkraftreserven an. So verlieren Steigungen beim Arbeiten ihren Schrecken.

Abgerundet wird das Sicherheitspaket des Multicar M29 durch viele, oft selbstverständlich erscheinende Dinge, die in diesem Fahrzeug jedoch serienmäßig verbaut sind: angefangen beim Tagfährlicht über großflächige Reflektoren bis hin zur LED-Rundumkennleuchte.

Das umweltfreundliche Herzstück des neuen Multicar M29 ist sein neuer Turbodiesel-Motor mit



Der Multicar M29 im Kehreinsatz.

modernem Motormanagement und Dieselpartikelfilter im geschlossenen System. Dieser sorgt nicht nur für niedrige Emissionswerte, sondern auch für einen minimalen Geräuschpegel. So stehen diesem Fahrzeug nicht nur alle Umweltzonen offen, sondern auch innerstädtische Ruhezeiten, die in immer mehr Kommunen die Lebensqualität der Bewohner erhöhen.

Alljahreseinsatz

Dieses kompakte Multitalent kann seine ganze Kraft und Ausdauer rund ums Jahr frei in der Stadt und auch im Umland einsetzen: Straßen und Flächen reinigen, Grünflächen, Parks und Friedhöfe pflegen, Winterdienst ausführen und vieles mehr. Rund 100 An- und Aufbaugeräte sind von empfohlenen Gerätepartnern für den Multicar M29 erhältlich. Mit wenigen Handgriffen können diese in kürzester Zeit an den Geräteträger angekoppelt und über dessen leistungsfähige Hydraulik angetrieben werden.

Zugute kommen ihm im Arbeitseinsatz darüber hinaus auch

seine kompakten Außenmaße und sein kleiner Wendekreis von nur 3,25 m. Mit optionaler Allradlenkung, die auch den Hundegang ermöglicht, wird dieser Geräteträger noch wendiger. Aufgrund einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 62 km/h ist er außerdem auch auf Autobahnen und Kraftfahrstraßen zugelassen und kommt zügig und ohne Umwege von einem Ort zum anderen. Darüber hinaus bietet der Multicar M29 eine für seine Klasse hohe Nutzlast von bis zu 3,2 Tonnen. Das Umrüsten dauert meist nur wenige Minuten, egal ob der Aufbau auf dem Kipper oder direkt auf dem Fahrgestell fixiert wird.

Der neue Multicar M29 ist ein professioneller Schmalspur-Geräteträger. Das Einstiegsmodell M29T bietet neben der Transportfunktion die Basis für leichten Winterdienst. Das Modell M29C kann mit verschiedenen leistungsfähigen Hydraulikantrieben und variabler Ausstattung für alle professionellen Anwendungen eingesetzt werden.

Weitere Informationen unter: www.hako.com

Elektroauto-Kaufprämie startet

LEW ergänzt staatliche Förderung um zusätzliche Angebote

Seit dem Wochenende können Käufer von Elektrofahrzeugen über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Anträge auf eine staatliche Förderung stellen. Über die sogenannte Kaufprämie bekommt jeder, der sich für ein Elektroauto entscheidet, 4.000 Euro Zuschuss. Die Lechwerke packen für Bayerisch-Schwaben, das Allgäu und die Landkreise Landsberg und Weilheim-Schongau zusätzlich noch Bonuspakete und Informationsveranstaltungen drauf.

Die ersten 50 Käufer von Elektroautos erhalten von LEW Bonuspakete im Wert von jeweils 800 Euro, bestehend aus einem Autostromticket und einem intelligenten Ladekabel. Das Autostromticket funktioniert wie eine Flatrate, mit der die Fahrer von Elektroautos an allen öffentlichen Ladesäulen der Lechwerke und von RWE unbegrenzt und kostenlos Strom tanken können. „Hierzu ist das intelligente Ladekabel die optimale Ergänzung. Das Laden wird dadurch noch bequemer“, sagt Eckart Wruck, Leiter E-Mobility bei LEW. Mit dem intelligenten Kabel sind keine zusätzlichen Handgriffe und Hilfsmittel wie beispielsweise eine PIN-Eingabe mehr notwendig. Der Ladevorgang startet, sobald das Fahrzeug mit einer LEW- oder RWE-Stromtankstelle verbunden ist.

Fahrer sind „Botschafter der Elektromobilität“

Wer das Bonuspaket erhält, bekommt außerdem LEW E-Mobility Aufkleber, die am Fahrzeug angebracht werden. „Der Aufkleber macht sofort sichtbar, dass es sich um ein Elektrofahrzeug handelt. Unser Ziel dabei ist es, die Fahrer zu Botschaftern der Elektromobilität zu machen“, sagt Eckart Wruck. „Sie sind ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit, Innovation und umweltfreundlichem Verkehr.“ Nähere Informationen zum Bonuspaket erhalten Interessenten per Mail: partnerportal@lew.de

Infoveranstaltungen

Neben dem Bonuspaket bieten die Lechwerke auch Informationsveranstaltungen rund um das Thema Elektromobilität an. In den LEW-Energieläden und Außenstellen beantworten Experten dabei Fragen zum Kauf, zur staatlichen Förderung und zum Laden eines Elektrofahrzeugs und informieren

ren über aktuelle Angebote.

Viele Lademöglichkeiten

Um den Ausbau der Elektromobilität in der Region voranzubringen, bietet LEW neben den aktuellen Aktionen ein breites Portfolio an Autostrom-Produkten und Lademöglichkeiten. Derzeit betreibt LEW 110 öffentlich zugängliche Ladepunkte in ihrem Netzgebiet. Der Strom für die LEW-Stromtankstellen wird ausschließlich aus regenerativen Quellen, also CO₂-freier Energie, beschafft. LEW hat darüber hinaus eine eigene Ladestation entwickelt, mit der Kunden den eigen erzeugten Photovoltaikstrom nutzen können. Für Kommunen, Privat- und Geschäftskunden bietet LEW ein E-Mobility-Programm, in dessen Rahmen beispielsweise E-Autos und E-Bikes zu Test-, Präsentations- und Veranstaltungszwecken verliehen werden. LEW arbeitet dabei eng mit Autohändlern und Handwerkern aus der Region zusammen.

Antrag online stellen

Die Bundesregierung fördert den Kauf von Elektrofahrzeugen mit einem Zuschuss in Höhe von 4.000 Euro für rein elektrische Fahrzeuge und 3.000 Euro für Plug-in-Hybride. Bund und Industrie tragen jeweils die Hälfte des Zuschusses. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wird den Bonus auszahlen. Die Anträge können online beim BAFA gestellt werden. Das Amt vergibt die Förderung solange bis die Bundesmittel von 600 Millionen Euro aufgebraucht sind. „Elektromobilität ist der Schlüssel für eine umweltfreundliche Mobilität. Sie ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende und deren logische Fortsetzung auf den Straßen“, sagt Eckart Wruck. „LEW treibt das Thema seit vielen Jahren in der Region mit großem Engagement voran.“



Die Vorstellung des neuen Tandem-Mähgerätes nutzte Dillingens Landrat Leo Schrell, um gemeinsam mit Bauhofleiter Manfred Wiedemann und Tiefbauamtsleiter Roman Bauer (v. l.) den Mitarbeitern des Kreisbauhofs für die zuverlässige Arbeit im zurückliegenden Winterdienst zu danken.

Dank für zuverlässige Arbeit

Winterdienstabschluss im Kreisbauhof Dillingen

Mit rund 247.000 Euro Gesamtkosten sind beim Landkreis Dillingen für den Winterdienst der zurückliegenden Saison 18 % weniger Kosten angefallen, als noch im Vorjahr. Beim traditionellen Winterdienstabschluss informierte der Leiter der Tiefbauverwaltung, Roman Bauer, dass die Mitarbeiter des Kreisbauhofes trotz der milden Witterung auch wegen zweier Schneewetterlagen Mitte Januar und Ende Februar auf insgesamt 80 Einsätze und 1.557 Einsatzstunden kamen. Dafür waren auch zahlreiche Frost-Tauwetterlagen verantwortlich, die Präventiveinsätze mit Streuen von Salz erforderlich gemacht hätten.

Auch aus ökologischen Gründen sei dabei zu 100 % die bewährte Feuchtsalztechnologie zum Einsatz gekommen, so Bauer. Dabei werde neben trockenem Salz auch Salzsole ausgestreut. Dadurch hafte das Salz besser an der Straße und könne nicht so schnell verweht werden.

1.080 Tonnen Salz

Der Salzverbrauch belief sich auf 1.080 Tonnen. Damit wurden von den beim Kreisbauhof und der zentralen Salzhalle in Aislingen insgesamt eingelagerten 2.600 Tonnen lediglich 40 % verbraucht.

450 Kilometer Straße

Einen Dank richtete Landrat Leo Schrell an die Staatliche Straßenmeisterei Dillingen. So erfolgte der Winterdienst erneut in bewährter Weise im Verbund mit dem Staatlichen Bauamt Krumbach. Dabei ist der Landkreis in 16 Räumbezirke für die Bundes-, Staats- und Kreisstraßen eingeteilt. Der Landkreis betreut davon acht Bezirke. Insgesamt sind im Landkreis im Rahmen des Winterdienstes ca. 450 Kilometer klassifizierte Straßen zu betreuen, davon 233 Kilometer Kreisstraßen. Neu hinzugekommen seien nach Aussa-

ge Schrells die Radwege entlang der ehemaligen B 16 von Lauingen (Kreisell) bis nach Höchstädt (Anschlussstelle B16) mit einer Länge von 13,5 km, die der Landkreis aufgrund der Umstufungen im Bereich Dillingen nach der Verkehrsfreigabe der Ortsumfahrung Dillingen zu betreten habe.

Verkehrssicherheit

Der Landrat nutzte den Winterdienstabschluss, um den Mitarbeitern des Kreisbauhofes für ihren wichtigen und unverzichtbaren Dienst für eine hohe Verkehrssicherheit sowie ihre zuverlässige Arbeit zu danken. Gleichzeitig betonte Schrell, dass der Ausschuss für Kreisentwicklung bereits im Jahr 2013 beschlossen habe, im Interesse eines nachhaltig guten Zustandes des Kreisstraßennetzes jährlich mindestens zehn Kilometer Asphaltbefestigungen zu sanieren oder zu erneuern und die beim Winterdienst



Die Kaufprämie will der Elektromobilität einen weiteren Schub verleihen. LEW ergänzt die staatliche Förderung um zusätzliche Angebote in der Region. Bild: LEW

nicht benötigten Mittel in den Unterhalt des Kreisstraßennetzes zu investieren. So seien für dieses Jahr Deckensanierungen im Bereich der DLG 7 Faiminger Spange bis Echenbrunn, DLG 22 Mörslingen – Donauaalthem, DLG 20 Unterthürheim und der DLG 16 Diemantstein – Landkreisgrenze sowie eine Oberflächenbehandlung im Bereich der DLG 24 Weisingen – Glött vorgesehen.

Glättemeldeanlagen

Um den Winterdienst in der

Zukunft noch effektiver und wirtschaftlicher ausrichten zu können, habe der Ausschuss für Kreisentwicklung zudem beschlossen, sich an der Errichtung von Glättemeldeanlagen durch die Bayer. Straßenverwaltung zu beteiligen, die den Straßenmeistereien direkte Daten vom zu betreuenden Gebiet mit Prognosen für die weitere Entwicklung liefern. So werde zum Beispiel noch in diesem Jahr eine Meldeanlage im Bereich der stark belasteten Kreisstraße DLG 35 zwischen Wittlingen und Oberbechingen errichtet. Hurler

Bayerisches Kabinett in Alzenau:

Strukturpolitik nach Maß

Für einen Tag war die unterfränkische Stadt Alzenau der Mittelpunkt Bayerns. Im Rahmen einer auswärtigen Ministerratssitzung tagten dort Ministerpräsident Horst Seehofer und die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung. Anlass ist die 200-jährige Zugehörigkeit Alzenaus zu Bayern. Feierlich wurden die Kabinettsmitglieder auf Burg Alzenau von Bürgermeister Dr. Alexander Legler und Landrat Dr. Ulrich Reuter (Aschaffenburg) in Empfang genommen und trugen sich ins Goldene Buch der Stadt ein.

„Die positive Entwicklung der Region Unterfranken soll weiter forciert werden“, kündigte Ministerpräsident Seehofer an. Vor allem sollen die Bereiche Forschung und Digitalisierung gezielt unterstützt werden.

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zufolge hat die Staatsregierung mit ihrer aktiven Ansiedlungspolitik dazu beigetragen, dass innovative Infrastrukturen entstehen. Aigner: „Die Aktivitäten bundesweiter Forschungsgesellschaften wie der Fraunhofer-Gesellschaft erhöhen die Attraktivität der Region deutlich.“ Als konkretes Beispiel nannte sie die Fraunhofer-Projektgruppe für Werkstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie (IWKS) in Alzenau, die 2011 eingerichtet wurde. Beim Helmholtz-Institut für RNA-basierte Infektionsforschung (HIRI) zeigte sich die Ministerin zuversichtlich, dass sich Würzburg im bundesweiten Wettbewerb durchsetzen wird.

Potenzial der Region

Einen wichtigen Beitrag haben der Ministerin zufolge die Initiativen des Freistaates zur Förderung der unterfränkischen Forschungslandschaft geleistet. Aigner: „Wir investieren viel in Unterfranken, weil wir an das Potenzial der Region glauben. So haben wir Bad Neustadt an der Saale mit einer Förderung von 7 Millionen Euro zur Modellstadt für Elektromobilität aufgebaut. Und Unterfranken ist eine der Schwerpunktreionen von BAYERN DIGITAL: Mit Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg kommen drei der 20 neuen Professuren, die wir am Zentrum Digitalisierung.Bayern einrichten, nach Unterfranken.“

Beim bayernweiten Wettbewerb um digitale Gründerzentren konnte sich der gemeinsame Antrag aus Mainfranken durchsetzen. „Das ‚Zentrum für Digitale Innovationen‘ (ZDI) an den Standorten Würzburg, Bad Kissingen und Schweinfurt ist eines der Gründerzentren, die von der Jury ausgewählt wurden. Zusätzlich wollen wir am Bayerischen Untermain ein weiteres Gründerzentrum einrichten. Damit lösen wir für Unterfranken einen echten Innovationsschub aus“, erklärte die Ministerin.

Videokonferenzen

Weiter verstärkt werden soll auch die Telemedizin in Unterfranken, wie Gesundheitsministerin Melanie Huml mitteilte. Die Telemedizin nutzt moderne Kommunikationswege wie Videokonferenzen, damit sich die Ärzte vor Ort mit Spezialisten über Patientendaten, Diagnosen und Therapien austauschen können. Huml: „Wenn wie beim Schlaganfall jede Sekunde für eine vollständige Genesung wichtig ist, wird klar, welche Chance in der Telemedizin steckt. Telemedizin wird natürlich nie menschliche Wärme oder ein gutes Arzt-Patienten-Verhältnis ersetzen, wohl aber unterstützen und ergänzen.“

Mit dem Schlaganfallnetzwerk „TRANsregionales Schlaganfallnetzwerk für Schlaganfallintervention mit Telemedizin – TRANSIT-Stroke“ für die Region Unterfranken sind in Bayern nunmehr flächendeckend Schlaganfallnetzwerke etabliert. Unter der Projektkoordination des Universitätsklinikums Würzburg sind

die drei Schlaganfallzentren in Würzburg, Bad Neustadt und Schweinfurt mit acht regionalen Kliniken des Versorgungsgebietes telemedizinisch verbunden. Daneben gibt es bereits die Netzwerke TEMPiS (in Südbayern) und STENO (in Mittel- und Oberfranken) sowie NEVAS für die Region Schwaben und westliches Oberbayern.

Telemedizin-Drehscheibe

Das seit 2012 bestehende Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen (ZTM) soll auch künftig Drehscheibe für die Telemedizin in Unterfranken sein. Es kooperiert dabei eng mit der Bayerischen TelemedAllianz (BTA), dem bayernweiten Ansprechpartner für telemedizinische Themen mit Sitz in Ingolstadt. Allein 2016 erhält das ZTM rund 382.000 Euro, in den Jahren davor waren es durchschnittlich je 360.000 Euro. Auch für die folgenden Jahre wurde bereits ein entsprechender Förderantrag eingereicht – dieser wird bewil-

ligt, sobald die Voraussetzungen vorliegen.

„Mehr Mobilität und eine bessere Verkehrsinfrastruktur für Unterfranken!“ sind die Ziele von Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck. Als eines der wichtigsten bayerischen Autobahnprojekte bezeichnete er den mehr als 170 Kilometer langen sechsstreifigen Ausbau der A 3 zwischen der Landesgrenze Hessen und dem Autobahnkreuz Fürth/Erlangen.

In dem 94 Kilometer langen und rund 1,3 Milliarden Euro teuren Abschnitt zwischen Aschaffenburg und Biebelried sind bereits 61 Kilometer ausgebaut und die weiteren 33 Kilometer in Bau. „Unser Ziel ist, dass der gesamte Abschnitt bis Ende 2019 durchgehend sechsstreifig befahrbar ist“, so der Verkehrsstaatssekretär.

Lärmschutzmaßnahmen

Mit Blick auf den über 900 Millionen Euro teuren sechsstreifigen Ausbau des 80 Kilometer langen Abschnittes zwischen den Autobahnkreuzen Biebelried und Fürth/Erlangen stellte Eck den Start des Ausbaus als Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft bereits ab 2019 in Aussicht. Voraussetzung sei, dass die derzeit laufende Prüfung durch den Bund die Wirtschaftlichkeit bestätige. Bereits im Bau ist ein rund 5 Ki-

lometer langes Teilstück bei Geiselwind mit umfangreichen Lärmschutzmaßnahmen, das aus dem konventionellen Straßenbauhaushalt finanziert wird und bis 2018 fertig gestellt sein soll.

Die Staatsregierung unterstützt die Bestrebungen, die Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion Frankfurt / Rhein-Main bei zentralen Zukunftsthemen zu intensivieren. Wie Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder berichtete, „sehen wir insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Mobilität, Kultur, Tourismus, Natur, Wissenschaft und Technologie gemeinsame Zukunftsthemen“. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz erörtern dazu in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit in der Metropolregion Frankfurt / Rhein-Main.

Metropolregion Rhein-Main

Von zentraler Bedeutung für den Freistaat sei es, dass die Region Bayerischer Untermain die bayerischen Interessen in die aktuelle Diskussion über die künftige Strategie der Metropolregion wirkungsvoll einbringt. „Es ist wichtig, dass sich der Bayerische Untermain mit starker Stimme in dem Strategieprozess der Metropolregion positioniert“, erklärte Söder. Zur Unterstützung des regionalen Dialogs erhält das Regionalmanagement „Initiative Bayerischer Untermain“ deshalb eine Förderung des Heimatministeriums in Höhe von 50.000 Euro. **DK**



Weltweit wohl einmalig: Die Oberpfälzer Stadt Amberg, seit zehn Jahren Sitz des ersten von „Luftbildhauer“ Wilhelm Koch aufgebauten „Luftmuseums“, macht aus Luft eine anziehende Werbebotschaft und wirbt als „Luftkunstort“ um Gäste.

Bild: obx-news/Uwe Moosburger

10 Jahre „Luftmuseum“ Amberg:

Wo Luft nicht nichts, sondern alles ist

Amberg (obx) - Luft ist für den „Luftbildhauer“ Wilhelm Koch weit mehr als nur die chemische Verbindung aus knapp 80 Prozent Stickstoff, rund 20 Prozent Sauerstoff und ein paar Edelgasen. Luft ist für den Amberger Künstler der Stoff, der seinen Museumstraum beflügelt: Er ist der Initiator des weltweit wohl ersten Luftmuseums. Auf rund 650 Quadratmetern Ausstellungsfläche gibt es Originelles und Kurioses zu sehen - von der Luftdusche bis hin zur gotischen Hauskapelle mit biblischen Luftziten.

Jetzt ziehen die Museumsmacher nach zehn Jahren Bilanz: 80.000 Besucher ließen sich seit Eröffnung vor zehn Jahren im Juni 2006 von den luftigen Exponaten faszinieren. Mehr als 1.000 Führungen und über 70 Wechselausstellungen haben die luftige Exponate-Welt mit Leben gefüllt und mit visuellen Überraschungen belebt. Luftkünstlern aus der ganzen Welt, von Kanada bis Japan, von England bis Slowenien dient das weltweit wohl einmalige Museum regelmäßig als Forum zur Präsentation ihrer Werke. Die 150 Mitglieder des Luftmuseum-Vereins finanzieren den Museumsbetrieb im Wesentlichen mit.

Luftharfe

Drei Etagen umfasst Wilhelm Kochs einzigartige Ausstellung. Im ersten Stock erwartet der Airparc die Besucher - mit einer Luftdusche, einem fliegendem Teppich, einer Orgelsäule, einem Sechzehn-Ventiler, einem Luft-Alphabet und einer Luftharfe. Dazu kommen Exponate zum „aufblasbaren Wohnen“. Dort stellen die Amberger Luft-Fans auch Werkzeuge und Hausgeräte vor, die durch kräftiges Pusten zum Leben erweckt werden: vom aufblasbaren Eimer bis hin zum Luft-Besen.

Highlight im Jubiläumsjahr 2016 ist eine große Themenaus-

stellung über das Schweben, die bis 18. September läuft. Unter dem Motto „Schweben - Zwischen Illusion und Präzision, Transzendenz und Transparenz“ haben Museumsmacher eine kulturgeschichtliche Themenausstellung konzipiert, die Magie und Mystik der „Schwerelosigkeit“ in den Fokus rückt.

Mit seiner Idee hat Wilhelm Koch mittlerweile einiges bewegt. Seine Heimatstadt hat die luftigen Aktivitäten und Visionen des Künstlers bereits vor Jahren aufgegriffen und wirbt heute sogar als „Luftkunstort“ um Gäste. Diesem Namen will die ostbayerische Stadt dann am 9. September bei einer großen „Luftnacht“ alle Ehre machen: Dann inszenieren verschiedene „Luftkünstler“ die gesamte Innenstadt mit ihren Kreationen.

„Viele Leute könnten sich zuerst nichts unter einem Luftmuseum vorstellen, sind dann nach dem Besuch aber begeistert“, sagt Wilhelm Koch. Sein Lebensmotto: „Luft ist nicht nichts, sondern alles“. Ihm kam die Idee zum Luftmuseum, nachdem er jahrelang das „Gummeum“, das Gummimuseum in Kallmünz, geleitet hatte. Dort beschäftigte er sich auch damit, Luft sichtbar und fassbar zu machen und kam deshalb auf die Idee, ein Luftmuseum zu gründen, sagt Koch, der sich selbst als „Luftbildhauer“ bezeichnet. **□**



Nach der Unterzeichnung der Charta zur Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen (von links): Martin Sailer (Landrat des Landkreises Augsburg), Melanie Huml (Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege), Dr. Dr. Eckhard Eichner (Vorstandsvorsitzender der Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung), Dr. Birgit Weihrauch (Staatsrätin a.D., ehem. Vorstandsvorsitzende Deutscher Hospiz- und Palliativverband), Dr. Kurt Gribl (Oberbürgermeister der Stadt Augsburg).

Bild AHPV/Jost Thorau

Rahmenkonzept initiiert. Es dient als Entscheidungsgrundlage für die weitere Entwicklung. Bereits die Erarbeitung hat erste Projekte in Gang gesetzt, zum Beispiel den

Augsburger Notfallplan, einen Apotheken-Ärzte-Arbeitskreis, regelmäßige Treffen der Palliativseelsorger und neue Fortbildungen. **□**

Hospizarbeit und Palliativversorgung in Stadt und Landkreis Augsburg:

Leben bis zuletzt – heute und in Zukunft

Präsentation des Gemeinsamen Rahmenkonzepts für Hospizarbeit und Palliativversorgung mit Bayerns Gesundheitsministerin Huml

Augsburg. Bei einem Festakt mit Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml im Augsburger Rathaus ging es um Gegenwart und Zukunft des Sterbens in der Region, genauer gesagt: Um ein lebenswertes „Leben bis zuletzt“. Damit dies gelingen kann, wurde in den letzten beiden Jahren das „Gemeinsame Rahmenkonzept für Hospizarbeit und Palliativversorgung in der Region Augsburg“ verfasst und nun offiziell präsentiert.

„Für mich gehört zu einer humanen Gesellschaft, schwerstkranken und sterbenden Menschen durch ganzheitliche Begleitung ein selbstbestimmtes, möglichst schmerz- und symptomfreies Leben bis zuletzt zu ermöglichen. Es ist vorbildlich, wie hier in der Region Augsburg alle maßgeblichen Akteure zusammenarbeiten, um schwerstkranken und sterbenden Menschen und ihren Angehörigen zur Seite zu stehen. Das Rahmenkonzept stellt in Bayern eine Besonderheit dar. Ich hoffe, dass sich viele bayerische Regionen das Augsburger Hospiz- und Palliativnetzwerk zum Vorbild nehmen und entsprechenden Rahmenkonzepte entwickeln und umsetzen“, betonte Ministerin Huml. Beim Festakt bestärkten auch Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl und Landrat Martin Sailer die Tragweite des Themas. Sie unterzeichneten die bundesweite „Charta zur Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen“.

Rahmenkonzept

Das Gemeinsame Rahmenkonzept für Hospizarbeit und Palliativversorgung in der Region Augsburg ist ein Meilenstein: Über zwei Jahre hinweg haben fast 100 Beteiligte aus 20 verschiedenen Bereichen der Hospiz- und Palliativversorgung daran gearbeitet. Auslöser war die Erkenntnis, dass trotz vieler Verbesserungen in den letzten Jahren bei weitem nicht alle Patienten in der letzten Lebensphase eine bestmögliche Versorgung bekommen, „bestmöglich“ nach ihren und den Wünschen ihrer Angehörigen, unab-

hängig davon, ob sie in einem Einödhof oder in der Stadtmitte, in einem Heim, einer Klinik oder zuhause sterben.

Zusammenarbeit

„Leben bis zuletzt“ ist das Ziel aller hospizlich und palliativ Tätigen. Es geht zurück auf ein Zitat von Cicely Saunders, der britischen Begründerin der Hospizbewegung: „Nicht dem Leben mehr Tage, sondern den Tagen mehr Leben geben.“ Dies wird nur gelingen, wenn alle zusammenarbeiten. Gefragt sind nicht nur Hospizhelfer, Pflegekräfte und Ärzte, sondern der Umgang mit der letzten Lebensphase ist eine regionalgesellschaftliche Aufgabe. Die offizielle Unterzeichnung der „Charta zur Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen“ durch OB und Landrat ist hier ebenfalls ein Meilenstein für die Region: „Jenseits aller Konkurrenz setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass es für die zentralen menschlichen Herausforderungen Krankheit und Sterben ausreichende, erreichbare und würdige Angebote gibt“, erklären OB und Landrat.

Wenn Körper und Seele schwächer werden

Die besondere Herausforderung am Lebensende ist, dass Körper und Seele schwächer, die Symptome schwerer und die psychischen Belastungen größer werden. Es geht um Schmerzen, Ängste und letzte Wünsche, aber auch um Kosten, Zeitnot, Sozialrecht und Kompetenzen. Es agieren Professionelle, Ehrenamtli-

che, Angehörige, Betreuer, Versicherungen.

Status Quo

Mit diesen komplexen Versorgungsgegebenheiten setzt sich das nun veröffentlichte Rahmenkonzept detailliert auseinander. Auf über 300 Seiten liefert es die rechtlichen und definitorischen Grundlagen. Es ist aber keine wissenschaftlich-theoretische Arbeit, sondern die 95 Mitarbeitenden haben in 18 Arbeitskreisen mit 32 Sitzungen den regionalen Status quo erhoben: in Hospizdiensten, Pflegediensten, Arztpraxen und Apotheken, in den Heimen und Kliniken, im Hospiz, in der spezialisierten Palliativversorgung und der Behindertenhilfe, in der Seelsorge, Begleitung und Beratung, im Rettungsdienst sowie in Forschung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie beschreiben im Rahmenkonzept die Entwicklungen der letzten Jahre, die finanzielle und personelle Situation, Schnittstellen, Defizite und Grenzen. Daraus abgeleitet formulieren sie, wie die Zukunft aussehen soll, mit Zielen, Bedarfen und konkreten Maßnahmen.

Erste Projekte laufen

Das Rahmenkonzept wurde mit allen Beteiligten abgestimmt. „Es ist uns dabei gelungen, kein glattes, geradegezoogenes Konzept aufzulegen, sondern die Vielfalt, unterschiedliche Meinungen und unterschiedliche Interessen und Vorstellungen darzustellen“, erklärte Dr. Eckhard Eichner, Vorsitzender der Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung (AHPV) und damit Projektverantwortlicher. Die AHPV ist ein Netzwerk aus über 50 Einrichtungen und Organisationen in Stadt und Land Augsburg, die in der Hospiz- und Palliativversorgung tätig sind, und sie hat das

Tourismus in Ostbayern und Franken:

Stetiger Aufwärtstrend

Jahreshauptversammlungen der Fremdenverkehrsverbände in Aldersbach und Bad Windsheim

Der Tourismus sowohl in Ostbayern als auch in Franken ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und bleibt auf Erfolgskurs, wie bei den Jahreshauptversammlungen in Aldersbach und Bad Windsheim konstatiert wurde. Deutlich gestiegene Tourismuszahlen sind Grund zur Freude und das Ergebnis einer innovativen Marketingarbeit.

Unter neuer Führung befindet sich der Tourismusverband Ostbayern (TVO). Vor rund 200 Touristikern wurde der Chamer Landrat Franz Löffler für die nächsten drei Jahre zum neuen Präsidenten bestimmt. Das neu gewählte Präsidium setzt sich u. a. zusammen aus sechs Vertretern der kommunalen Ebenen. Neben Franz Löffler sind dies Landrat Michael Adam (Regen), Bürgermeister Rupert Troppmann (Neustadt a.d. Waldnaab), Oberbürgermeister Dr. Christian Moser (Deggen-dorf), Bürgermeister Toni Dutz (Wiesau) und Bürgermeister Alois Brundobler (Bad Füssing).

„Premiumweg“

Wie der neue TVO-Präsident Franz Löffler hervorhob, „ist der Ostbayernweg der Premiumweg in Bayern“. Nicht nur, dass die Region die landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen hervorragend nutze. Auch habe man in der Vergangenheit solche Faktoren wie die Grenzöffnung nach Tschechien touristisch geschickt genutzt und dabei mit enormem Fleiß und großer Innovationsbereitschaft vergleichbare Urlaubsdestinationen überholt.

Kosmopolitische Entwicklungen, unvorhersehbare Wetterereignisse, steigende Qualitätsansprüche der Gäste und die Digitalisierung des Tourismus stellen Löffler zufolge die Herausforderungen der Zukunft dar. Diesen will der TVO mit Bündelung der Kräfte auf Destinationsebene, Stärkung der Online-Aktivitäten und der Schaffung weiterer Leuchtturmprojekte wie der Rad-offensive Ostbayern begegnen.

Wie aus der aktuellen Wertschöpfungsstudie der Industrie- und Handelskammern Niederbayern und Regensburg/Oberpfalz hervorgeht, ist die Wertschöpfung aus dem Übernachtungstourismus in Ostbayern in den vergangenen fünf Jahren um 20 Prozent gestiegen. „Fünf Millionen Menschen mit 16,6 Übernachtungen sowie 75 Millionen Tagesgäste erbringen eine Bruttowertschöpfung von 4,3 Milliarden Euro“, stellte Landrat Michael Adam, stellvertretender Präsident des TVO, fest.

Von der Aufwärtsentwicklung profitierten nicht nur diejenigen, die direkt mit dem Tourismus zu tun haben. „Tourismus ist eine klassische Querschnittbranche. Die Zuwächse der vergangenen Jahre haben sich auch in vielen weiteren Sektoren wie dem Handel bemerkbar gemacht“, so Adam. Statistisch könnten rund 83.000 Personen allein durch die touristische Nachfrage in Ostbayern ein durchschnittliches Primäreinkommen von 25.000 Euro pro Kopf beziehen.

Mit dem Ziel, noch mehr Gäste nach Ostbayern zu locken und das Freizeitangebot für Einheimische aufzuwerten, setzt der TVO seine Leuchtturmstrategie fort. So sollen im Rahmen der Radoffensive Ostbayern im Bayerischen Wald, Oberpfälzer Wald und dem Bayerischen Golf- und Thermenland neue MTB- und Radrunden entstehen und Ostbayerns Profil als Radregion schärfen.

Mit vielversprechenden Zahlen konnte auch der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, aufwarten. Seinen Ausführungen zufolge war mit 22,75 Millionen Gästeübernach-

tungen 2015 ein überaus erfolgreiches Jahr für den fränkischen Tourismus. Auch die Zuwachsraten in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 mit einem Übernachtungsplus von 7,1 Prozent seien vielversprechend.

Diese positive Entwicklung spiegelt sich bei fast allen Feriengebieten und insbesondere beim Ausländerreiseverkehr mit einem Übernachtungsplus von 5,3 Prozent in 2015 wider. Laut Herrmann ist das stärkste Zugpferd nach wie vor der Städtetourismus. Hierzu führte er beispielhaft die hervorragenden Ergebnisse in Schweinfurt und Bamberg sowie in der Stadt Nürnberg an, in der 2015 zum ersten Mal die Marke von drei Millionen Übernachtungen überschritten wurde.

Weiterhin erläuterte Herrmann die überaus positive Entwicklung im Ausländerreiseverkehr: „Die Zahl unserer ausländischen Gäste (+ 6,4 %) steigt stetig – die meisten kommen nach wie vor aus den Niederlanden und den USA.“ Bemerkenswert sind nach seinen Worten die überproportionalen Übernachtungssteigerungen aus China (+ 17,4 %), Südkorea (+ 26,1 %) und Taiwan (+ 43,0 %). Wie sensibel der Tourismus auf wechselnde Rahmenbedingun-

gen reagiert, zeige das hohe Minus von 34,3 Prozent bei den Ankünften aus Russland.

Die hervorragende Position des fränkischen Tourismus beruht laut Herrmann auf der stimmigen Kommunikationsstrategie des Tourismusverbandes Franken, die sich auf Qualität, Kernkompetenzen, starke Jahresthemen und die Marke „Franken“ konzentriert.

Bayerisches Reinheitsgebot

Hierzu gehöre 2016 insbesondere das Jubiläum „500 Jahre Bayerisches Reinheitsgebot“. Neben der Bündelung der Angebote begleite der Tourismusverband Franken das Jubiläum mit vielfältigen Marketingmaßnahmen. Als einen Schwerpunkt der Kampagne bezeichnete Herrmann den SeidlaPOST, der täglich auf der Webseite www.franken-bierland.de, auf Facebook und in der kostenlosen Frankenbier-App bierige Tipps präsentiert. Hierzu zähle neben Brauereigasthöfen, Biersorten, Bierfesten, Ausflugszielen und Rezepten zum Kochen mit Bier auch jeweils eine „Bier-Story der Woche“.

Als weitere Höhepunkte für das Jahr 2016 nannte Herrmann die Bayerische Landesgartenschau in Bayreuth, die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung zu Kaiser Karl IV. in Nürnberg sowie die Jubiläumsveranstaltungen zum 150. Todestag von Friedrich Rückert. Neu im Portfolio

Stadtmarketingpreis vergeben

Psychierer: „Handel und Dienstleistungen leben von originellen Ideen“

Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer hat mehrere Städte in Bayern mit dem Stadtmarketingpreis 2016 ausgezeichnet. Preisträger sind Projekte aus Augsburg, Coburg, Regen, Langquaid und Lohr am Main. Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden daneben Projekte aus den Städten Prichsenstadt, Neuötting, Altötting, Gunzenhausen, Neumarkt i. d. OPf., Weiden und Würzburg.

Pschierer: „Vielfalt und Ideenreichtum, Tradition und Innovation, das zeichnet auch 2016 alle Teilnehmer und insbesondere natürlich die Gewinner des bayerischen Stadtmarketingpreises aus. Wer von den Projekten unserer Preisträger erfährt, der bekommt Lust auf Stadt.“ Pschierer weiter: „Die ausgezeichneten Projekte und Aktionen bringen Mittelstand und Handel in den Innenstädten voran. Mit 50 teilnehmenden Städten haben wir in der achten Wettbewerbsrunde einen Rekord erreicht.“

Innovative Idee

In der Kategorie der Städte und Gemeinden über 100.000 Einwohner siegte die Augsburger Innenstadt-kampagne „Und jetzt kommst DU!“. Nach dem Abschluss der jahrelangen Stadttumbauarbeiten lädt unter diesem Motto die Stadt Augsburg ihre Bürger und Kunden in die neu gestaltete Innenstadt ein. Die Kampagne überzeuget durch innovative Ideen und einen umfassenden Marketingansatz, in dem sowohl off- wie online-Medien eingesetzt wurden.

Baublog

In der Kategorie der Städte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern gewann Coburg mit dem Projekt ‚TownSurfing Coburg - Stadtentwicklungsprojekt Baublog‘. Mit dem TownSurfing-Projekt wurde ein Instrument geschaffen, mit dem alle Interessenten online und zeitnah über Entwicklung, Planung und Durchführung von wichtigen Bauprojekten

in Coburg informiert werden. In der Kategorie der Städte von 10.000 bis 20.000 Einwohnern konnte sich Regen mit dem „drumherum - Das Volksmusikspektakel“ durchsetzen.

Attraktives Stadtzentrum

In der Kategorie der Städte unter 10.000 Einwohner gewann der Markt Langquaid mit dem Projekt ‚Der Marktplatz ist unser Einkaufszentrum‘, mit dem die Stadt seit 2005 systematisch den historischen Wittelsbacher Marktplatz als attraktives Einkaufs-, Wohn- und Stadtzentrum positioniert.

„Es folgte ein Jahrzehnt kontinuierliches und intensives Standortmarketing zum Aufbau der Marke ‚Einkaufszentrum Langquaid‘, bei der die Zentralität des örtlichen Einzelhandels und weiterer Dienstleister oberste Priorität in der Stadtentwicklung erhielten“ lobte die Jury nun die erfolgreiche Kontinuität und Zielforientiertheit des Marktes.

Grundstein des Erfolgs

Im Rahmen eines Festabends im bayerischen Wirtschaftsministerium durften Langquaid's Bürgermeister Herbert Blascheck und Soziale Stadt-Managerin Brigitte Kempny-Graf nun Preis und Urkunde entgegennehmen.

Lob gab es auch in der Laudatio von Andrea Bastian vom Sparkassenverband Bayern: „In Langquaid hat man Ausdauerfähigkeit und Konsequenz bewiesen. Grundstein des Erfolges ist das klare Bekenntnis zur Innenstadt. Es gehört erst einmal Mut dazu, keinen Einzelhandel auf der grünen Wiese zuzulassen. Doch

des Tourismusverbandes Franken ist außerdem das Thema „Wohnmobiltouren“, zu dem auch eine neue Broschüre mit 20 Routenvorschlägen durch Franken erschienen ist.

Menschen lieben emotionale und spannende Geschichten. Sie begleiten uns nicht nur durch das ganze Leben, sondern wurden schon immer in Form von Mythologien, Rittersagen oder Märgen zur Verbreitung von Informationen genutzt. Als Antwort auf ein verändertes Kommunikationsverhalten gehört das Erzählen von Geschichten zur Erhöhung der Überzeugungskraft auch in der Tourismusbranche zum Marketing-repertoire, wie eine in der Jahreshauptversammlung eingebettete Fachtagung verdeutlichte.

Während die reine Vermittlung von Fakten und Daten kaum nachhaltige Effekte generiert, erhöhen stimmige „Stories“ vor allem die Glaubwürdigkeit der Botschaft. Bei der Fachtagung wurden neben grundsätzlichen Aspekten zum Content-Marketing wie die Einbindung in die Kommunikationsstrategie auch Hilfestellungen zur Umsetzung eines effizienten „Storytellings“ aufgezeigt. Hierzu gehören Bausteine wie die Auswahl der Protagonisten ebenso zum „Drehbuch“ wie die Festlegung der zu bespielenden Kommunikationskanäle (Website, Social Media, Print, etc.). Erforderlich hierfür ist dabei beispielsweise ein zentrales Leitmotiv, das sich nicht nur in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sondern in der gesamten Marketingarbeit widerspiegelt.

Neben einem Blick über den „Tellerrand“ und Beispielen aus der Praxis wurde ein Bogen von der „Story“ zum touristischen Produkt bis hin zur erfolgreichen Vermarktung gespannt. **DK**

diese eindeutige Linie in Kombination mit Leerstandsmanagement, gezielten Ansiedlungen und Unterstützung der kleinen Händler vor Ort brachte schließlich die gewünschte Aufwertung des Marktplatzes. Wie gewinnbringend das war, lässt sich mit Zahlen zur Kaufkraftentwicklung eindrucksvoll belegen. Und wie die aktuelle „L-Kampagne“ zeigt, die die vielen kleinen Betriebe unter eine Dachmarke stellt, gehen die guten Ideen zum Standortmarketing vor Ort noch lange nicht aus.“

Sonderpreis

Einen Sonderpreis erhält Lohr am Main für sein Projekt ‚Lohrer Zwergenaufstand‘. Dieses Werbekonzept fügt sich perfekt in das bereits früher prämierte Marketingkonzept ‚Lohr macht Laune‘ ein. Der Sonderpreis wird verliehen für die seit vielen Jahren im Stadtmarketing besonders engagierte und innovative Händler-schaft Lohrs, die diesen unterfränkischen Ort auszeichnet.

Weitere Informationen unter: www.stadtmarketingpreis.de □

Wärme und Strom aus nächster Nähe in Roding

Stadt Roding und Bayernwerk Natur nehmen Nahwärmeversorgung nach Rekordbauzeit in Betrieb

Roding. Sicher, umweltverträglich und kundenfreundlich: Die Stadt Roding (Landkreis Cham) und die Bayernwerk Natur haben jüngst den offiziellen Startschuss für die neu errichtete Nahwärmeversorgung in der Stadtmitte gegeben. Der Bau und die Installation des Netzes und der Heiztechnik für die Nahversorgung mit Wärme und Strom wurden nach nur acht Monaten fertiggestellt. Mit dem Betrieb der modernen Anlage am Schulzentrum Roding können jährlich 420 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) eingespart werden.

„Klimaschutz und die Steigerung der Energieeffizienz sind gesamtgesellschaftliche Themen“, sagte Rodings Bürgermeister Franz Reichold bei der Inbetriebnahme der Anlage. Die Stadt hat ein rund 660 Meter langes Leitungsnetz zur Fernwärmeversorgung gebaut. „Mit unserem Versorgungskonzept tragen wir sowohl einer klimagerechten Stadtentwicklung als auch einer energetischen Stadterneuerung Rechnung“, erklärte Reichold. Mit der Bayernwerk Natur sei für die „Energiewende in der Stadt“ ein erfahrener und zuverlässiger Partner gefunden worden.

Rekordbauzeit

Die Bayernwerk-Tochter hat in Roding in einer Rekordbauzeit von acht Monaten am Schulzentrum in der Max-Reger-Straße eine moderne ökologische wie ökologische Energieanlage für rund 600.000 Euro errichtet. Der bestehende Heizraum unter dem Lehrerparkplatz wurde vergrößert und mit einem neuen Pelletkessel, einem Blockheizkraftwerk und zwei neuen Erdgasspitzenlastkesseln mit 1,1 Megawatt Leistung ausgestattet. Dank der Eigenstromerzeugung des Schulzentrums kann die Anlage selbstständig betrieben werden. Die Bayernwerk Natur übernimmt Betrieb und Service der Anlage. An das Versorgungsnetz sind zunächst acht Wohn- und Gewerbegebäude sowie kommunale Bauten angeschlossen. Größter Abnehmer ist die Grund- und Mittelschule. Eine Erweiterung der Anschlüsse ist mit der Entwicklung des Kerschergartens im kommenden Jahr vorgesehen.

„Die Stadt Roding hat mit dem Bau des Fernwärmenetzes die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Energiezukunft vor Ort geschaffen. Wir freuen uns, das wir als Partner ausgewählt wurden und nun gemeinsam mit der Stadt Generationen übergreifend eine umweltverträgliche und effiziente Wärme- und Stromversorgung in Roding anbieten können“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, beim Betriebsstart der Anlage. Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, ergänzte mit Blick auf die Rekordbauzeit: „Nur durch die hervorragende Zusammenarbeit mit den Vertretern der Stadt, der Schulen und des Landkreises Cham konnte das Projekt so zeitnah und reibungslos umgesetzt werden.“

Bereits 2012 hatte der Stadtrat

beschlossen, die Stadtmitte mit einer Nahwärmeversorgung auszustatten. Nach der Konzeptionierung und Planung der Anlage durch die Bayernwerk Natur hatte die Stadt im Juli 2015 mit dem Bau des Leitungsnetzes begonnen und nach nur vier Monaten abgeschlossen. Die Ausgaben für das Netz liegen bei rund 410.000 Euro. Das Projekt wurde anteilig von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziert und gefördert.

Durch dieses Versorgungskonzept sparen sich die angeschlossenen Kunden künftig nicht nur die komplette Wartung und den Ersatz der hauseigenen Heiztechnik. Auch die Schornsteine ihrer Häuser werden nicht mehr rauchen. Für die Umwelt bedeutet das eine Einsparung von 420 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Langenquaid's Bürgermeister Herbert Blascheck (2. v. l.) und Soziale Stadt-Managerin Brigitte Kempny-Graf (Mitte) nehmen den Stadtmarketingpreis und die zugehörige Urkunde von Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer (2. v. r.), Laudatorin Andrea Bastian, Sparkassenverband Bayern (r.) und Ernst Läger, Präsident Handelsverband Bayern e.V. (l.), entgegen. □

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse Group:

Historische Bestwerte

Mehrwert durch Innovation und Wachstum

Von einem wahrlich historischen Jahresabschluss 2015 wussten die CEOs der NürnbergMesse, Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, bei der Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse Group zu berichten. Das vergangene Jahr geht als das beste ungerade Jahr in die Geschichtsbücher ein.

Nach Flecks Ausführungen erzielte die NürnbergMesse Group 2015 einen Umsatz von 203,7 Mio. Euro. Dabei erzielten Eigen- und Partnerveranstaltungen im Inland einen Umsatz von 70,8 Mio. Euro, Gastveranstaltungen 48,1 Mio. Euro und das NCC NürnbergConvention Center 13,0 Mio. Euro. In Relation zum vergleichbaren Jahr 2013 entspricht dies einem Umsatzanstieg von 10,9 Millionen Euro, d.h. einem Plus von fast 6 Prozent. „Dabei handelt es sich um rein organisches Wachstum, was das Potenzial unseres Bestandsportfolios zeigt. Die angepeilten Umsatzerwartungen für die NürnbergMesse Group konnten wir somit deutlich übertreffen“, betonte Fleck.

Als Grundlage für diese Erfolge bezeichnete der CEO „unsere Eigen-, Partner und Gastveranstaltungen genauso wie unsere Firmenevents und Kongresse, die sich im vergangenen Jahr wie bislang auch heuer hervorragend präsentierten“. Im Ergebnis nahmen 2015 27.147 Aussteller und 1,23 Mio. Besucher an 161 Veranstaltungen NürnbergMesse Group teil. Insgesamt wurden 2015 rund 875.000 m² Nettofläche bei Veranstaltungen der NürnbergMesse Group gebucht.

Im Marktsegment der internationalen und nationalen Fachmessen wuchs die NürnbergMesse deutlich stärker als der deutsche Markt: Mit 4 Prozent mehr Ausstellern, 5 Prozent mehr Ausstellerstandfläche und sogar 6 Prozent mehr Fachbesuchern, jeweils gegenüber der Vorveranstaltung, liegt die Entwicklung der wesentlichen Messe-Kennzahlen bei der NürnbergMesse deutlich über dem bundesweiten Branchentrend.

Wie Fleck hervorhob, „verzahnt eine weitsichtige Unternehmensführung Zukunft und damit Wettbewerbsfähigkeit sichernde Investitionen mit einer Finanzmarktgegebenheiten optimal nutzenden Finanzierungsstruktur

sowie mit einem Veranstaltungsportfolio, das hinsichtlich Messekonzepten, dem branchengerechten Veranstaltungs-Timing und einem gesunden Innovationsgrad eben dieses Gesamtportfolios überzeugt“. „Unsere erfolgreichen Veranstaltungsformate sind schlussendlich die DNA der NürnbergMesse“, erklärte der CEO und ergänzte: „Gemeint sind damit ausdrücklich alle 161 Veranstaltungen des Jahres 2015 – in Nürnberg wie auch weltweit.“

Alle zehn internationalen Fachmessen haben mit einem Plus abgeschlossen – sieben der zehn sogar mit Superlativen in allen relevanten Kategorien „Aussteller“, „Besucher“ und „Ausstellungsfläche“. „Im Kernsegment der internationalen und nationalen Fachmessen sind nach aktuellem Stand 6 Prozent mehr Aussteller, 7 Prozent mehr Besucher und 5 Prozent mehr gebuchte Standfläche im Vergleich zur Vorveranstaltung vorzuweisen. Mit Blick auf den angepeilten Rekordumsatz in Höhe von 250 Millionen Euro liegen wir voll auf Kurs“, bemerkte Fleck.

Maßgeschneiderte Messekonzepte

„Neben den maßgeschneiderten Messekonzepten und den erheblichen Vorteilen von Nürnberg als Kongressstandort ist die Internationalität von uns ein erheblicher Mehrwert – eine der Triebfedern unseres Erfolges“, unterstrich CEO Peter Ottmann. Ausstellerseitig führen immer noch Italien, China und die USA. Aufseiten der ausländischen Fachbesucher stehen Italien, Österreich und die Tschechische Republik auf den ersten drei Plätzen.

Ottmann verwies auf die hohe Innovationskraft der NürnbergMesse: „In Brasilien, Indien und China haben wir neue Formate gestartet – mit durchweg positiven Ergebnissen.“ Und auch am Heimatstandort Nürnberg gehen vielversprechende neue Veran-

staltungen an den Start: RETRO CLASSICS© BAVARIA vom 9.-11. Dezember 2016, Net.Law.S vom 21.-22. Februar 2017 und MT-CONNECT am 21. und 22. Juni 2017.

„Neben den Veranstaltungen und dem Erfolgsfaktor ‚Internationalität‘ bietet aber eben auch unser Gelände hier im Messezentrum Nürnberg einen deutlichen Mehrwert – für Aussteller, Besucher wie Veranstalter gleichermaßen“, fuhr Ottmann fort. Das jüngste Beispiel sei noch im Entstehen – „aber wir sind positiv gestimmt, dass wir bei der Bilanzpressekonferenz in zwei Jahren schon deutlich sichtbare Formen der neuen Halle 3C sehen werden als heute“, merkte Ottmann an. Diese „Pufferhalle“ nach Handschrift der 2016 verstorbenen Stararchitektin Zaha Hadid sei ein zentraler Baustein des NürnbergMesse-Gelände-Updates.

„Diese neue Investitionsphase, die für die NürnbergMesse aktuell begonnen hat, ist eine große Herausforderung. Aber sie ist alternativlos. Denn nichts zu tun, wäre gerade beim Thema ‚Geländeentwicklung‘ fatal“, so Ottmann. Internationalität und ein klares Bekenntnis zur „Homebase Nürnberg“ schlossen sich keinesfalls aus – im Gegenteil: „Sie bedingen sich gegenseitig und die dargestellten Zahlen sind hierfür der beste Beleg.“

Ein weiteres Augenmerk legt die NürnbergMesse auf das Schaffen von Mehrwert durch Services. Die Digitalisierung wirft laut Ottmann hierbei zahlreiche Fragen auf „und die Antworten darauf dürften vor allem in der Digitalisierung unserer Geschäftsprozesse und im Anbieten komplementärer Services rund um unser eigentliches Veranstaltungsgeschäft liegen.“

Zum Einfluss der Digitalisierung auf die Messewirtschaft stellte der CEO folgende Thesen auf: „Erstens: Online und Onsite schließen sich nicht aus – im Gegenteil. Zweitens: Menschen lieben Lagerfeuer. Weiterhin treffen sich Entscheider am Lagerfeuer „Messe“- nur völlig vernetzt mit iPad und Datenbrille. Messen als

Millionen bedacht würden.

Herold erwähnte in seinem Bericht auch eine ganze Reihe von Hochbaumaßnahmen bei Schulen, Sporthallen und Krankenhäusern. Positiv bewertete er auch die Fördermittel für den Ausbau der so genannten „Kernwege“ in der Flur wie auch die Einstufung des Landkreises als „Gesundheitsregion Plus“. Aktuell habe es zudem vielfältige und rasche Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Menschen und Gemeinden gegeben, was „in anderen Ländern durchaus nicht so gehandhabt wird“.

Wichtig war für Hans Herold auch die Bestandsgarantie für Grundschulen und die Ausgaben für Bildung und Betreuung. „Wie ernst die Bayerische Staatsregierung und die CSU das Thema nehmen, zeigt schon die Tatsache, dass 20 von 55 Milliarden des Staatshaushaltes in den Bildungsbereich fließen“.

Besonders stolz zeigte sich Herold bei dem für den Landkreis in Aussicht genommenen „Gründerzentrum“. Damit sollen digitale Start-Up-Firmen und Hochschulabsolventen in Zusammenarbeit mit der Hochschule Ansbach mit Infrastruktur unterstützt

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ein Gespenst geht um im Lande Bayern. Die Leitkultur: Mein Chef, der Bürgermeister, musste gerade eine heftige Stadtratssitzung absolvieren, in der die Stadtväter und -mütter sich ausgiebig mit diesem neuen/alten Aufregerwort befassten.“

Seit der Begriff im Jahre 2000 zum ersten Mal in einem politischen Kontext vom damaligen Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag, Friedrich Merz, verwendet wurde, löst er Streit und teilweise heftige Reaktionen aus. Sogleich wurde der Begriff in eine rechte Ecke gestellt und als nationalistische Vokabel gedeutet, die dazu dienen soll, Zuwanderer aus unserer Gesellschaft auszugrenzen. Dabei wurde er ursprünglich von einem Wissenschaftler geprägt, der selbst auf eine Zuwanderungsgeschichte blicken kann, dem Politologen Bassam Tibi. Er wollte damit den Wer-



Homosexualität ein legitimer Ausdruck der freien Entfaltung der Persönlichkeit ist, hätte man ein glattes Nein der Gesellschaft vernommen. Heute gelten weit mehr Spielarten der sexuellen Orientierung als völlig in Ordnung.

Das ist genau so ein Punkt, der von Zuwanderern akzeptiert werden muss – Homosexualität ist normal. Ebenso die Tatsache, dass man hierzu-

lande Gesicht zeigt und somit Gesichtsschleier nicht nur in einer Schulkasse und vor Gericht, sondern generell gegen unsere Leitkultur verstoßen. Man gibt sich zum Gruß die Hand – das gilt auch, wenn Männer Frauen treffen. Es ist ein fatales Zeichen des mangelnden Willens, unseren Way of life (so kann man Leitkultur auch übersetzen) zu verteidigen, wenn sich jetzt eine Berliner Schule bei einem muslimischen Mann dafür entschuldigt, dass die Lehrerin seines Sohnes auf einen Handschlag beim Elterngespräch bestanden hat. Die Schweizer sind da robuster: Verweigert ein Schüler seiner Lehrerin die Hand, setzt es Strafe.

Wir sitzen derzeit ja erst auf der Spitze des Eisbergs. Die Handschlag- und Schleierfälle sind das eine. Muslimische Burschen, die sich weigern, Anordnung von Lehrerinnen oder Polizistinnen Folge zu leisten, ein Afghane, der sich vor Gericht darauf beruht, es wäre sein Recht gewesen, seine Ehefrau zu töten – in immer mehr Fällen prallen unsere Wertvorstellungen und archaische Verhaltensweisen, die teils religiös, teils aus fremden Traditionen begründet werden, zusammen.

Mein Chef, der Bürgermeister, findet, die Leitkultur ist ein freundliches Gespenst, das uns helfen wird, in Zukunft friedlich und in gegenseitiger Achtung mit den Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen zusammen zu leben. Der Begriff schließt uns alle ein und niemanden aus, denn er verhindert nicht, dass wir positive Denk- und Verhaltensweisen von anderen übernehmen. Aber immer gilt der Satz von Bassam Tibi, den ich dem Chef twitterte: „Die Werte für die erwünschte Leitkultur müssen der kulturellen Moderne entspringen, und sie heißen: Demokratie, Laizismus, Aufklärung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft.“

ihre
Sabriul

Aufregerwort Leitkultur

tekonsens beschreiben, der in europäischen Gesellschaften bestimmend ist und auf den sich Zuwanderer einstellen müssen, wenn sie auf Dauer in einer der europäischen Gesellschaften leben wollen. Das hat also gar nichts mit „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ zu tun, sondern nur damit, wie unsere Gesellschaft halt nun einmal tatsächlich verfasst ist.

Über die Notwendigkeit, Neuankömmlingen einen Werterahmen aufzuzeigen, den es zu respektieren gilt, will man auf Dauer in der Bundesrepublik leben, sind sich die meisten gesellschaftlichen Akteure übrigens einig. Viel wird die Verfassung bemüht, viel das christlich-jüdische Erbe, der Humanismus und die Aufklärung. Alles eigentlich Elemente des westlichen Wertekanons, die Bassam Tibi in seinem Begriff der Leitkultur integriert hat. Im Kern kann man den Begriff der Leitkultur auch mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung synonym sehen, die unser Verfassungsgericht als Basis der Gesellschaft sieht.

Der Charme beider Begriffe ist, dass sie nicht statisch sind, sondern die Lebenswirklichkeit, die sich ändernden Vorstellungen von Moral und wertekonformen Verhalten, kontinuierlich in sich aufnehmen und wiedergeben. Hätte man etwa Ende der 1950er Jahre gefragt, ob

analoge Marktplätze haben weiterhin eine enorme Bedeutung im Marketingmix – vielleicht auch aufgrund des zunehmenden digitalen Overloads. Doch auch Messen verändern sich und wir bringen das Digitale zum Leben. Gerade weil dies so ist, müssen wir digitale Services frühzeitig adaptieren, um ihre Leuchtturmfunktion am Markt nicht zu verlieren. Drittens: Das Erscheinungsbild einer Messe wird gleichermaßen analog, aber eben auch virtuell und interaktiv sein. Wesentlich begleiten uns die Aussteller in die Zukunft – durch di-

gitalen und innovativen Standbau.“

Dem Trend der Digitalisierung sei dieses Jahr ein neues Hotelbuchungsportal gestartet und ein innovativer Standkonfigurator auf den Markt gebracht worden, führte Ottmann aus. Aktuell sei die NürnbergMesse in der Umsetzungsphase ihres Besucherregistrierungssystems und des angeschlossenen Ticketings. „In Echtzeit und mobil bieten wir damit künftig dem Besucher mehr Komfort und dem Aussteller mehr Kontaktchancen – spürbare Mehrwerte eben.“

Fazit: „Mehrwerte schafft die NürnbergMesse somit auf unterschiedlichen Wegen: Durch Messen, Kongresse und Events, in Nürnberg genauso wie weltweit, durch unser Messegelände ebenso wie durch vermehrte Services und die Erweiterung der Wertschöpfungskette.“ Ottmann zufolge ist 2016 „definitiv ein hervorragendes Jahr, indem wir in erheblichem Maße und in bester Qualität Mehrwert generieren werden. Und gleichermaßen ist es für uns das Jahr, in dem gleichzeitig die Weichen gestellt werden.“ **DK**

Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim „auf gutem Weg“

„Mit der Stärkung des ländlichen Raumes sind wir ein gutes Stück vorangekommen“, so der CSU-Abgeordnete für den Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim/Fürth-Land, Hans Herold, bei seiner landes- und kommunalpolitischen Zwischenbilanz anlässlich einer Kreisdelegiertenversammlung seiner Partei. „Wenn im Herbst 2018 wieder Landtags- und Bezirkstagswahlen anstehen, können wir eine ausgezeichnete Bilanz vorweisen.“

Vor allem den beiden Staatsministern Joachim Herrmann und Dr. Markus Söder sei es zu verdanken, dass im Landkreis vieles verwirklicht und angestoßen werden konnte. Herold nannte beispielsweise die Umsiedlung des Vermessungsamtes nach Neustadt a.d. Aisch und das bis zum Jahr 2017 angepeilte Zentrum für Informationstechnologie.

Mit Landrat Helmut Weiß freute sich Herold über die Beteiligung aller Städte und Gemeinden im Landkreis an den Bemühungen zur flächendeckenden Versorgung mit schnellen Internetleitungen, wofür allein dem Landkreis mehr als 28 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Für Bundesminister Christian Schmidt ist Bayern auch mit der Breitbandinitiative bundesweites Vorbild, ist es doch das einzige Land, welches die Fördermittel des Bundes um 1,5 Milliarden Euro aufstockt, um für Privatleute wie Betriebe wettbewerbsfähige

Bedingungen im Freistaat zu schaffen.

Hohe Investitionen

In den vergangenen vier Jahren habe Bayern 16 Millionen Euro in den Bau oder die Sanierung von 55 Kilometer Staatsstraßen allein im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim investiert, berichtete Herold. Auf Rekordhoch befände sich auch der Kommunale Finanzausgleich mit 8,4 Milliarden Euro, für das kommende Jahr sei eine weitere Steigerung zu erwarten. „Auch die Schlüsselzuweisungen sind erneut angehoben worden und haben bayernweit 2016 erstmals die Drei-Milliarden-Euro-Schwelle überschritten“. Für den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim seien sie von 14,5 Millionen im Jahr 2014 auf 16,2 Millionen im laufenden Jahr gestiegen. Hinzu kämen die kreisangehörigen Gemeinden, welche aktuell mit 21

werden, um insbesondere junge Unternehmer „fit für den Markt“ zu machen. Ursprünglich sollte in jedem Regierungsbezirk Bayerns ein solches Zentrum entstehen. „Der Hartnäckigkeit von Hans Herold“, so ein Tagungsteilnehmer, sei es zu verdanken, dass es in Mittelfranken zwei solche geben wird, eines davon im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. „Das war eine politische Entscheidung von Ministerpräsident Horst Seehofer“, so der heimische Abgeordnete.

Ländlicher Raum im Blick

Bundesminister Christian Schmidt erinnerte daran, dass auch seitens des Bundes viel für den ländlichen Raum getan werde. Wenngleich es noch erheblichen Bedarf gebe, sei der Bundesverkehrswegeplan doch ein Schritt in die richtige Richtung. „Im Zuge der Verhandlungen haben wir in unserer Region dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann sehr viel zu verdanken“, so Schmidt.

Seinen kurzen Überblick über aktuelle Themen im Landkreis fasste Landrat Helmut Weiß mit den Worten zusammen: „Wir sind insgesamt auf einem guten Weg“. CSU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Dieter Hummel sah dies genauso und dankte Helmut Weiß und Hans Herold für deren „großartigen Einsatz bei allen den Landkreis betreffenden Fragen“. Die Fraktion sei in ständigem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Bürgermeistern, und das „flächendeckend in jedem Ort“.

Bezirksrat Marco Kistner bedauerte, dass das „Limousin-Haus“ in Fürth vor der Schließung stehe. Der Bezirk sei hier vor allen Dingen vom Fürther Oberbürgermeister vor vollendete Tatsachen gestellt worden: „In Zeiten schwieriger Verhandlungen in Europa ist das genau das falsche Signal.“ Positiv sei die ständig steigende Attraktivität des Freilandmuseums in Bad Windsheim; aufpassen müsse der Bezirk aber bei den Kosten: So führe die Dichte an sozialen Einrichtungen des Be-

Treffen im Landratsamt Landshut:

Für mehr Frauen in der Kommunalpolitik

Die nächsten Kommunalwahlen in Bayern finden zwar erst 2020 statt, doch bereits jetzt werben engagierte Frauen dafür, dass das weibliche Geschlecht künftig stärker im Kreistag und in den Gemeinderäten vertreten ist. Auf Initiative der beiden Bürgermeisterinnen Luise Hausberger und Katharina Rottenwallner trafen sich auf Einladung der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises, Karin Boerboom, Kommunalpolitikerinnen aus dem ganzen Landkreis, um gemeinsam zu überlegen, wie man mehr Frauen für das kommunale Ehrenamt motivieren kann. Bis zur Wahl soll der parteiübergreifende Zusammenschluss Werbung für mehr weibliche Präsenz in den Kommunalparlamenten machen.

Landtagsabgeordnete Ruth Müller betonte, dass man Frauen davon überzeugen müsse, dass die Arbeit in der Kommunalpolitik Spaß und Erfüllung bringe und dass man damit das eigene Lebensumfeld aktiv mitgestalten

könne. Dabei lägen die Kompetenzen der Frauen nicht nur bei klassischen Themen wie Kinderbetreuung, sondern auch in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik könne man sich einbringen. Dafür sei es aber wichtig, dass

sich Netzwerke bilden und sich die Frauen gegenseitig unterstützen. Müller begrüßte daher die parteiübergreifende Initiative der Kommunalpolitikerinnen aus dem Landkreis, die bis zur Kandidatenaufstellung und im Wahlkampf gezielt auf Frauen zugehen und diese dann begleiten will.

An Kompetenz mangelt es nicht

Wie diese Unterstützung aussehen kann, erarbeiteten die Teilnehmerinnen des Treffens dann in fünf Arbeitsgruppen, die sich neben aktuellen Themen in der Kommunalpolitik ganz gezielt mit der Vorbereitung von Frauen auf den Einstieg in ein kommunales Amt beschäftigten. Gruppenübergreifend wurde dabei deutlich, dass Frauen selbstverständlich über die nötigen Kompetenzen verfügen, um als Bürgermeisterin eine Gemeinde zu leiten oder im Gemeinderat wichtige Entscheidungen mitzu-

tragen. Allerdings müsse man sich oft erst einen Stand erarbeiten und besser vorbereitet sein als die männlichen Kollegen, um überzeugen zu können. Dabei könne besonders ein anderer Führungsstil oder eine andere Art der Kommunikation ein Gewinn für die Arbeit in den kommunalen Gremien sein.

Um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern, müsse man gezielt Frauengruppen ansprechen, die sich bereits in der Gemeinde, etwa bei Sportvereinen, beim Frauenbund oder im Elternbeirat, engagieren. Hier sei auch der Erfahrungsaustausch mit Frauen wichtig, die bereits im Gemeinderat mitwirken. Dafür würden sich etwa ein Frauenfrühstück oder überregionale Frauentreffen eignen. Auch die gegenseitige Unterstützung im Wahlkampf könne dazu beitragen, mehr Frauen zur Teilnahme am politischen Geschehen vor Ort zu ermutigen.

Aus den zahlreichen Ideen soll beim nächsten Treffen ein Konzept entwickelt werden, mit dem man dann gezielt mehr Frauen für die Kommunalpolitik gewinnen will. Dabei soll auch die Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen helfen, um besonders auch die junge Generation anzusprechen. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Bayerischen EnergieForum 2016** bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Kinder und Jugendliche in der Kommune beteiligen

In Kaisheim im „Haus des Gastes“ fand eine Informationsveranstaltung für die Jugendbeauftragten der Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis Donau-Ries statt. An der Veranstaltung, die die Kommunale Jugendarbeit und der Kreisjugendring Donau-Ries organisierten, nahmen 14 Jugendbeauftragte teil. Diese wurden vom 3. Bürgermeister Franz Christ herzlich begrüßt.

Hauptziel war es, der Frage nachzugehen „Warum ist Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen für eine Kommune bedeutsam?“. Dazu informierten die Kommunale Jugendpflegerin Martina Drogosch und KJR-Geschäftsführerin Martina Lehmann die Jugendbeauftragten über verschiedene Beteiligungsformen, die vor Ort in der Kommune praktiziert werden können. Schnell stellte sich heraus, dass viele Kommunen bereits Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen haben. So gibt es z. B. in einer Gemeinde einen „Meckerkasten“, eine andere Kommune bietet einen regelmäßigen Stamm-

tisch an. Die Jugendbeauftragten sind sich einig: Es braucht individuelle Methoden um Jugendliche in der Kommune zu beteiligen.

Um die Jugendbeauftragten weiter in ihrer Funktion zu stärken, gibt es im Herbst eine Folgeveranstaltung. Hier werden dann konkrete Beteiligungsformen und die Methoden zur Umsetzung vor Ort erarbeitet. Abschließend informierte Martina Drogosch über die weiteren Unterstützungsangebote: „Wir beraten in allen Fragen der Kinder- und Jugendarbeit, vermitteln Kontakte, bieten eigene Angebote an und unterstützen auch bei der Durchführung von Veranstaltungen vor Ort.“ □

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 4. August 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de
Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL

Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
www.fahren-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/76 87-0 · Telefax: 02732/76 87-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de
Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-uhl.de
www.ltm-uhl.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Hohe Energie- und Kosteneinsparung für Ihre Lüftungsanlagen

Mit Einsatz der **multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik** von SEW® ergeben sich erhebliche Vorteile:

- Reduzierung der Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Heiz- und Kälteerzeuger entfallen, Wegfall von Rückkühlwerken → Gewinn an Nutzfläche
- Reduzierung des Stromverbrauchs auf Jahrzehnte
- Hohe Energie- und Betriebskosteneinsparungen
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → **optimale Raumluftqualität**

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.a.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152/91560
SEW
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/32 08-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **Leuchte Store**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de



Das Veranstaltungszentrum Fürstentumbruck bot einen exquisiten Rahmen für das 9. Bayerische EnergieForum der Bayerischen GemeindeZeitung. ■

POWER FÜR BAYERN'S KOMMUNEN!

9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM FÜR KOMMUNEN IN FÜRSTENFELDBRUCK

Auch 2016 bot das 9. Bayerische EnergieForum „Power für Bayern's Kommunen!“ der Bayerischen GemeindeZeitung im Veranstaltungsforum Fürstentumbruck wieder eine wichtige Plattform, auf der sich Kommunalvertreter über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxisbeispiele rund um das Thema Energie informieren und austauschen konnten. Über 250 Besucher, 23 Referenten sowie 35 Partner und Aussteller wohnten heuer dieser bewährten Veranstaltung zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien bei.

Als Kooperationspartner fungierten erneut Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städte-

tag und Bayerischer Landkreistag. Medienpartner war einmal mehr TV Bayern live.



Theresa von Hassel, Karin Geißler und Anne-Marie von Hassel (v. l.).

TRAGENDE ROLLE FÜR STÄDTE, KREISE UND GEMEINDEN

„Den Kommunen kommt in der Energiepolitik eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, konstatierte GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel. Einerseits hätten sie mit all ihren Immobilien und Mobiliien selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. Hier gälten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle, für die das 9. EnergieFachforum fundierte Lösungsansätze biete.

WEICHEN STELLEN, RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Laut Fürstentumbrucks 3. Bürgermeisterin Karin Geißler, die in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters Klaus Pleil ein Grußwort sprach, liegen der Stadt die Themen Energie und Klimaschutz besonders am Herzen. Diese könnten nur gemeinschaftlich auf lokaler und regionaler Ebene gelingen. Hier gelte es, Weichen zu stellen, Rahmenbedingungen zu schaffen, zu unterstützen und zu informieren.

MEHR INFOS IM INTERNET

www.bayerisches-energieforum.de lautet die Homepage zu unserer Veranstaltung „Power für Bayerns Kommunen“. Dort können Vorträge heruntergeladen und vertiefte Informationen über Partner und Aussteller abgerufen werden.

So fanden in Fürstenfeld jährlich die Energietage statt. Zudem sei bereits 2001, im Anschluss an die Agenda 21, im Landkreis der Verein Ziel 21 gegründet worden, bei dem die Stadt Fürstenfeldbruck Mitglied ist. Der Land-

kreis habe sich das hohe Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Energiebedarf um 50 % zu senken und die verbleibenden 50 % aus regenerativen Energiequellen zu decken.

AMBITIONIERTE ZIELE

Darüber hinaus sei die Stadt Fürstenfeldbruck bereits seit 1996 Mitglied beim Klimabündnis sowie seit 2010 Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister, der weltweit größten städtischen Klima- und Energieinitiative. „Wir haben uns damit das ambitionierte Ziel von 35 % CO₂-Reduzierung bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2005 gesetzt. Wir wollen dies durch Maßnahmen bei der

Förderung der Gebäudesanierung, der Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs, der Einführung von Car-Sharing oder auch durch die Umrüstung von LED in der Straßenbeleuchtung erreichen“, unterstrich Geißler.

Bei den jährlichen Haushaltsplanungen seien alle Sachgebiete verpflichtet, energetische Auswirkungen von Maßnahmen zu berücksichtigen. Bereits seit 2009 gebe es bei der Stadt Fürstenfeldbruck einen Energie- und Klimaschutzbeauftragten und seit 2014 zudem eine Fahrradbeauftragte. „Sie sehen: Die Stadt Fürstenfeldbruck ist sich der wichtigen Rolle, die Kommunen für Klimaschutz und Energie-wende einnehmen, sehr bewusst“, stellte die Bürgermeisterin fest.

STEFAN GRAF / BAYERISCHER GEMEINDETAG:

ELEKTROMOBILITÄT AUS SICHT DER GEMEINDEN

Die Anzeichen verdichten sich, dass die Elektromobilität nun in die „Markthochlaufphase“ geht. Zwar sind die Zulassungszahlen (ca. 110.000 Hybriden, 25.000 reine E-Autos) noch weit vom amtlichen Ziel „eine Million E-Autos bis 2020“ entfernt. Doch wurden in jüngster Zeit vielfache Anstrengungen unternommen, die darauf hindeuten, dass es nun die entscheidenden Player mit der Elektromobilität ernst meinen. Ab 2020 wird zudem eine deutliche Erhöhung der Batterieleistung erwartet.

Folgende Initiativen sind hervorzuheben:

- **Kaufprämie** („Umweltbonus“) für batterieelektrische Fahrzeuge i. H. v. 4.000 Euro sowie für Plug-In Hybrid Fahrzeuge i. H. v. 3.000 Euro (Richtlinie zur Förderung des Absatzes elektrisch betriebener Fahrzeuge¹).

Die Förderung erfolgt für Fahrzeuge mit einem Nettolistenpreis von unter 60.000 Euro und ist begrenzt auf 1,2 Milliarden Euro (600 Mio. Bund, 600 Mio. Automobilindustrie). Das Programm läuft spätestens 2019 aus. Antragsberechtigt sind Privatpersonen, Unternehmen, Stiftungen, Körperschaften und Vereine, auf die ein Neufahrzeug zugelassen wird. Zuständig ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Die Antragstellung erfolgt online.

- **E-Mobilitätsgesetz** (EMoG = „Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge“) vom 12.06.2015. Es ermöglicht u.a. folgende Privilegien: Einrichtung von Sonderparkflächen, Privilegierung bei Parkgebühren, Freigabe von Bussonderfahrstreifen und Ausnahmen von Verkehrs-verboten.

- **Ladesäulenverordnung** (LSV), am 17.03.2016 in Kraft getreten. Sie enthält Mindestkompatibilitätsvorgaben („Interoperabilität“) für öffentlich zugängliche Ladepunkte (Steckerstandards), außerdem eine Anzeige-



Stefan Graf.

pfligt für Betreiber von Ladepunkten gegenüber der Bundesnetzagentur (BNetzA).

• Bundesförderrichtlinie

Ladeinfrastruktur Elektrofahrzeuge²; Laufzeit 2017 – 2020, insgesamt 300 Mio. Euro Fördersumme, die Förderhöhe soll max. 50 Prozent der Investitionskosten ausmachen. Es soll Sowohl die öffentlich zugängliche Schnellladeinfrastruktur entlang der Bundesfernstraßen und in Metropolen als auch die öffentlich zugängliche Normalladeinfrastruktur gefördert werden. Ziel ist die flächendeckende Verbreitung von Ladesäulen, auch an unattraktiven Standorten und in dünn besiedelten Gebieten. Jedoch wird eine Mitversorgungsauflage im Förderbescheid eher kritisch gesehen. Unterstützt werden sowohl private Investoren als auch Städte und Gemeinden. Die Zuständigkeit soll bei der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen liegen.

Die Gemeinden werden in mehrfacher Weise mit dem Thema Elektromobilität konfrontiert:

• Beschaffung von E-Fahrzeugen

Der Anspruch der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand wird dazu führen, dass sich die Gemeinden in nächster Zeit verstärkt mit der Forderung nach E-Fahrzeugquoten in ihrem Fuhrpark befassen werden müssen. Der Freistaat hat bereits mit dem Kabinettsbeschluss vom 27.01.2016 eine Beschaffungsinitiative für E-Fahrzeuge gestartet: „im staatlichen Fuhrpark soll der Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen, die grundsätzlich für Elektrifizierung geeignet sind, auf 20 Prozent erhöht werden“.

Der Bund zog mit seinem Kabinettsbeschluss vom 27.04.2016 nach: ab 2017 sollen

mindestens 20 Prozent der vom Bund neu angeschafften Pkw Elektrofahrzeuge sein (100 Mio. Euro werden dafür bereitgestellt).

Neben der Kaufprämie (die auch für die Gemeinden gilt) gibt es für Anschaffungen weitere Anreize:

- **Zuschuss** über die Förderrichtlinie Elektromobilität des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vom 09.06.2015 zur Beschaffung von E-Fahrzeugen und dafür erforderlicher Ladeinfrastruktur (Voraussetzung ist, dass diese öffentlich zugänglich gemacht wird). Förderfähig sind die Investitionsmehrkosten. Pro Antrag sollen nicht weniger als fünf Fahrzeuge beschafft werden – d.h. kleinere Gemeinden sollten sich für die Antragsteller zusammenschließen. Derzeit können keine Förderanträge gestellt werden – der nächste Förderaufruf muss abgewartet werden.

- **Kfz-Steuer:** Bei erstmaliger Zulassung reiner Elektrofahrzeuge gilt seit dem 01.01.2016 bis zum 31.12.2020 eine fünfjährige Kraftfahrzeugsteuerbefreiung. Diese soll rückwirkend zum 01.01.2016 auf zehn Jahre verlängert werden. Die zehnjährige Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge wird zudem auf technisch angemessene, verkehrsrechtlich genehmigte Umrüstungen zu reinen Elektrofahrzeugen ausgeweitet.

- **Nachteilsausgleich** bei der Dienstwagenbesteuerung: Der geldwerte Vorteil für die Überlassung von Dienstfahrzeugen mit Elektro- oder Hybridelektroantrieb berechnet sich gekürzt um die Kosten für die Batterie. Für 2016 sind dies 350 EUR pro kWh Batteriekapazität, max. 7.000 EUR.

- Als zuständige Straßenverkehrsbehörde hat die Gemeinde die Möglichkeit, über **straßenverkehrsrechtliche Privilegierungsmöglichkeiten** zu entscheiden (siehe oben).

• Öffentlich zugängliche Ladesäulen

Die Zahl der öffentlich zugänglichen Ladesäulen (davon sind Ladepunkte, also die „Ladestecker“ zu unterscheiden) liegt derzeit bei ca. 2.500 Normalladesäulen und bei ca. 100 Schnellladesäulen. Bis 2020 hält die Nationale Plattform Elektromobilität alleine 7.100 Schnellladepunkte, also ca. 3.550 Schnellladesäulen für erforderlich (zum Vergleich: in Deutschland existierten Stand 2015 14.209 Tankstellen), um den Bedarf zu befriedigen und Elektromobilität auch über größere Distanzen zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang werden auch



Zahlreiche Aussteller präsentierten exakt auf kommunale Bedürfnisse zugeschnittene Angebote. Unser Bild zeigt am Stand von Bayernwerk Helmut Brandmaier und Markus Laufer.

häufig die Gemeinden als Akteure genannt. Denn Tatsache ist, dass es derzeit noch keine Geschäftsmodelle gibt, um Ladesäulen kostendeckend bzw. sogar gewinnbringend zu betreiben. Einzelne Kommunen haben sich dieser Aufgabe bereits angenommen und betreiben Normalladesäulen. I. d. R. sind es die großen Energieversorgungsunternehmen (EVUs), die den Gemeinden diesbezüglich Angebote unterbreiten. Auch die neue Bundesförderrichtlinie Ladeinfrastruktur (siehe oben), die dem Vernehmen nach ab 2017 gelten soll, soll neben privaten Investoren Städte und Gemeinden fördern.

Kommunalrechtlich wird man zwar den für eine freiwillige Aufgabe erforderlichen örtlichen Anknüpfungspunkt in der Regel bejahen können, soweit ein nicht ausreichend befriedigter Ladebedarf örtlicher E-Fahrzeugbesitzer, Tourismusbelange oder die Luftreinhaltung für ein Ladeangebot sprechen. Die Planung und gegebenenfalls Errichtung eines flächendeckenden, öffentlich zugänglichen Ladesäulennetzes stellt dagegen eine überörtliche Aufgabe und keine Aufgabe der 2056 Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern dar. Im Übrigen ist, da E-Mobilität derzeit keine Daseinsvorsorge ist, das für öffentliche Unternehmen geltende Subsidiaritätsprinzip eine zu beachtende Hürde. Deshalb sollte stets zunächst versucht werden, private Betreiber für Ladesäulen zu finden.

PRIVATE BETREIBER FINDEN

In der Sache werden von den Gemeinden betriebene Ladesäulen den Bedarf des sog. Gelegenheitsladens (also Laden im Zusammenhang mit Standzeiten für Einkaufen, Freizeitaktivitäten, etc.) befriedigen. Nach Experteneinschätzung stehen freilich zur

Durchsetzung der E-Mobilität das Laden am Regelstandplatz (zu Hause, Park und Ride-Plätze, Arbeitsplatz) und das gezielte Nachladen im Vordergrund. Bei derzeit Vollladedauern von bis zu 10 Stunden für Reichweiten unter 200 km, bringen kurze Ladezeiten an Normalladesäulen nur begrenzt Mobilitätsgewinn. Von daher sollte jede Gemeinde kritisch prüfen, auch wenn die zukünftige Förderung die Hardwarekosten deckt, ob sie die Netzanschluss- und Montagekosten sowie die laufenden Betriebskosten (ca. 1.500 Euro jährlich) übernimmt.

• Vollzug des Straßen- und Wegerechts

Abgesehen davon, dass Ladesäulen besser an zentralen Stellen errichtet werden sollten, wo Fahrzeuge sowieso üblicherweise lange stehen, also z.B. an P&R-Stationen, Hotels, Einkaufsmärkten, Parkhäusern und sonstigen gesonderten Parkplätzen, ist Folgendes zu beachten und sollte in einer Vereinbarung geregelt werden:

Die Errichtung der Ladestation ist Sondernutzung (Art. 18 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz) und bedarf der Genehmigung durch die Gemeinde. Die Erhebung eines Entgelts bzw. von Gebühren ist zulässig. Es sollte bedacht werden, dass für Einrichtungen im Verkehrsraum regelmäßig der Straßenbaulastträger die Verkehrssicherungspflicht hat.

Regelungsbedürftig ist die Folge- und Folgekostenpflicht z.B. für den Fall des Straßenaufbruchs und der notwendigen Stilllegung oder Versetzung der Einrichtung (Kostentragung).

1) Kabinettsbeschluss vom 18.05.2016. Zum Zeitpunkt der Drucklegung war die Ausführungsrichtlinie noch nicht in Kraft.

2) Kabinettsbeschluss vom 18.05.2016. Zum Zeitpunkt der Drucklegung lag die Förderrichtlinie noch nicht vor.

THOMAS LEICHT / BAYERNLABO:

ZINSGÜNSTIGE FINANZIERUNGEN

ENERGETISCHE SANIERUNG UND ENERGIE-EFFIZIENTER NEUBAU PROFITIEREN VON FÖRDERGELDERN

Als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern bietet die BayernLabo den bayerischen Gebietskörperschaften und kommunalen Zweck- und Schulverbänden zinsvergünstigte Förderprogramme zur Investitionsfinanzierung und klassische Kommunalkredite mit Zinsfestbindungen bis zu 30 Jahren an. Die langjährige Erfahrung in der Kommunalfinanzierung sorgt laut Kundenbetreuer Thomas Leicht für eine unkomplizierte und schnelle Bearbeitung.

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern, dem Investkredit Kommunal Bayern, dem Inklusionskredit Kommunal Bayern sowie dem klassischen Kommunalkredit werden Investitionen finanzierbar und langfristig kalkulierbar. Diese Kredite können bei anstehenden kommunalen Projekten kombiniert werden und ermöglichen somit eine außerordentlich zinsgünstige Finanzierung, beispielsweise von Sanierungsmaßnahmen. Auf Basis der Förderprogramme der KfW bieten die bayerischen Förderprogramme der BayernLabo den Kommunen einen weiteren, eigenen bayerischen Fördervorteil in Form einer zusätzlichen Zinsvergünstigung. Neben diesen Krediten stellt die BayernLabo im Rahmen des „Wohnungspakt Bayern“ in der 2. Säule das kommunale Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) in vier Zins- und Laufzeitvarianten zur Finanzierung von günstigem Mietwohnraum zur Verfügung.

und zum KfW-Effizienzhaus Denkmal, für Einzelmaßnahmen zur energetischen Sanierung, die die technischen Mindestanforderungen erfüllen, sowie für den Neubau hoch ener-

Energieeffizient Bauen und Sanieren“ (217/218), das von der BayernLabo weiter zinsvergünstigt wird. Die BayernLabo ermäßigt hier die Zinssätze für die ersten 10 Jahre (maximal auf 0,00 % p. a. – Stand: 11.07.2016). Es gibt weder eine Beschränkung beim Erstellungszeitpunkt der Gebäude noch beim Förderbetrag. Folgende Kreditlaufzeiten stehen zur Verfügung: bis zu 10 Jahre Kreditlaufzeit bei 1 - 2 Tilgungsfreijahren, bis zu 20 Jahre Kreditlaufzeit bei 1–3 Tilgungsfreijahren und bis



Thomas Leicht.

LANGFRISTIGE SICHERHEIT

Der Energiekredit Kommunal Bayern ist eine zinsgünstige, langfristige Finanzierungsmöglichkeit für die energetische Sanierung und den besonders energieeffizienten Neubau sowie die energetische Ertüchtigung auch denkmalgeschützter Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur (Nichtwohngebäude).

Die Förderung erfolgt für energetische Sanierungen zum KfW-Effizienzhaus 70, 100

gieeffizienter Nichtwohngebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur, die das energetische Niveau eines KfW-Effizienzhauses 55 oder 70 für Neubauten erreichen.

Grundlage ist das KfW-Programm „IKK –

zu 30 Jahre Kreditlaufzeit bei 1–5 Tilgungsfreijahren.

Mit Nachweis des erreichten KfW-Effizienzhaus-Niveaus gemäß Zusage bzw. der Einhaltung der technischen Mindestanforde-

NEUBAU

Programm

KfW-Effizienzhaus 55:
KfW-Effizienzhaus 70:

% des Zusagebetrages: maximal pro m²:
5 % 50 Euro
Es wird nur ein zinsverbilligter Kredit gewährt

SANIERUNG

Programm

KfW-Effizienzhaus 70: 17,5 %
KfW-Effizienzhaus 100: 10,0 %
KfW-Effizienzhaus Denkmal: 7,5 %
Einzelmaßnahmen: 5,0 %

% des Zusagebetrages:

maximal pro m²:

175 Euro
100 Euro
75 Euro
50 Euro

rungen bei Einzelmaßnahmen wird ein Tilgungszuschuss gewährt. Dessen Höhe ergibt sich aus einem Prozentsatz des Zusagebetrages und einem Höchstbetrag pro m² Nettogrundfläche:

Ein vielseitig einsetzbares Förderprogramm zur Finanzierung von Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur, wie z. B.



Mit 0% Zinsen energetisch sanieren und energieeffizient bauen

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Auf dem Weg zur Energiewende unterstützen wir die Finanzierung von Investitionen in die energetische Sanierung sowie den energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zinslos für die ersten zehn Jahre mit optionalen Tilgungszuschüssen (Stand 20.06.2016).

Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

 **Bayern Labo**

in den Neubau oder die Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sporthallen, Krankenhäusern und Seniorenheimen, aber auch für weitere Bereiche wie die allgemeine Verwaltung, die öffentliche Sicherheit wie z.B. Hochwasserschutz und Feuerwehr sowie die Stadt- und Dorfentwicklung ist der Investkredit Kommunal Bayern.

BAYERISCHE ZUSATZFÖRDERUNG

Grundlage ist das KfW-Programm „IKK – Investitionskredit Kommunen“ (208), das von der BayernLabo weiter auf bis auf 0,0 % p.a. zinsvergünstigt wird (Stand: 11.07.2016). Die Kredite werden für die erste Zinsbindungsfrist von 10 Jahren verbilligt. Der Förderumfang beläuft sich auf bis zu 50 % der förderfähigen Kosten (bis zu 2 Mio. Euro p.a. in voller Höhe). Bei einer Kreditlaufzeit bis zu 30 Jahre stehen bis zu 5 Tilgungsfreijahre zur Verfügung.

Mit dem „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ unterstützt die BayernLabo das Programm „Bayern barrierefrei 2023“ des Freistaats. Konkret fördert die BayernLabo Maßnahmen zum Barriereabbau an bestehenden Gebäuden, bestehenden Verkehrsanlagen sowie im öffentlichen Raum. Neu sind hierbei Maßnahmen zum Abbau von Barrieren in Park- und Grünanlagen sowie Spielplätzen hinzugekommen.

Möglich ist eine Finanzierung von bis zu 100 % der förderfähigen Kosten. Die BayernLabo bietet eine Vergünstigung des Zinssatzes im KfW-Programm „IKK – Barrierearme Stadt“ (233) auf maximal 0,00 % an. Die Kreditlaufzeit beträgt alternativ 10 oder 20 Jahre bei einer zehnjährigen Zinsbindung mit bis zu drei tilgungsfreien Jahren.

Der Freistaat Bayern hat mit dem „Wohnungspakt Bayern“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Schaffung von mehr preisgünstigem Wohnraum aufgelegt. Die Förderung soll die Wohnraumversorgung in Bayern verbessern und stellt damit auch einen wichtigen Teil des bayerischen Sonderprogramms zur Bewältigung der Flüchtlingskrise dar.

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP), der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Mit dem Vierjahresprogramm (2016 - 2019) soll der Neubau von jährlich mindestens 1.500 Wohnungen gefördert werden, um vor Ort Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge und andere einkommensschwache Personen zu schaffen.

Dabei sollen Wohngebäude gefördert werden, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen.

Gefördert werden der Neu-, Um- und Ausbau sowie die Modernisierung und der Ersterwerb von Mietwohnungen. Förderfähig sind auch der Grunderwerb und das Freimachen von Grundstücken, soweit sie im Zusammenhang mit den baulichen Maßnahmen stehen.

Die Förderung ist eine Projektförderung und setzt sich aus drei Komponenten zusammen: einem Zuschuss des Freistaats in Höhe von 30 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten, einem durch die BayernLabo im Auftrag des Freistaats zinsverbilligten Kredit von 60 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten und einem 10-prozentigen Eigenanteil der Gemeinde.

Für vorbereitende planerische Maßnahmen wird ergänzend ein Zuschuss in Höhe von bis zu 60 % der dafür anfallenden Kosten gewährt.

Der zinsgünstige Kredit wird von der BayernLabo mit einer Zinsbindung von 10, 20 oder 30 Jahren bei Volltilgung innerhalb der gewählten Zinsbindung sowie einer 20-jährigen Zinsbindung bei einer 30-jährigen Kreditlaufzeit mit jeweils einem Tilgungsfreijahr ausgereicht.

BEWILLIGUNG ÜBER DIE REGIERUNGEN

Mit der Bewilligung der Programmmittel sind die Regierungen betraut. Die Antragstellung und der Mittelabruf durch die Kommunen erfolgen direkt bei der Regierung. Eine detaillierte Beratung zur Handhabung der Programmrichtlinien kann daher letztlich nur bei der zuständigen Bezirksregierung erfolgen.

Die aktuellen Zinssätze für alle Förderprogramme können unter www.bayernlabo.de abgerufen werden. ■

DR. BERND WUST / KAPPELLMANN UND PARTNER RECHTSANWÄLTE MBH:

AUSSCHREIBUNGEN IM EEG

WIE GEHT ES WEITER MIT DER ENERGIEWENDE?

Rechtsanwalt Dr. Bernd Wust von der Münchener Kanzlei Kapellmann und Partner fasste den aktuellen Stand (23. Juni 2016) der EEG-Novelle 2016 zusammen, die schließlich am 8. Juli vom Bundestag verabschiedet wurde.

Das EEG ist das Hauptinstrument zur Steuerung der (Strom-)Energiewende. Die Förderung von Strom aus Erneuerbaren nach dem Modell des EEG ist zum international beachteten Erfolgsmodell für die deutsche Energiewende geworden. Ein wichtiger Grundsatz war dabei stets die hohe Investitionssicherheit der Projektträger in der Planungs-, Realisierungs- und Betriebsphase. Die Sicherheit wird erreicht durch einen Anspruch auf Anschluss der Anlagen, auf vorrangige Abnahme des Stroms, feste Vergütungssätze und Entschädigungen beim Netzausfall. Dieses „Sicherheitsnetz“ hat bereits durch das EEG 2014 erste Lücken erhalten. So entfällt die Forderung für große Windenergieanlagen nun beispielsweise, wenn über mehr als sechs Stunden negative Strompreise an den Strombörsen auftreten.

Mit dem im neuen EEG vorgesehenen Ausschreibungssystem wird die Planbarkeit für die Akteure weiter eingeschränkt. Die Fördersätze werden künftig nicht mehr im Gesetz festge-

schrieben. Eine Förderung erhält nur, wer sich in einem wettbewerblichen Auktionsverfahren gegen Mitbewerber durchsetzt. Der Gesetzgeber will so sicherstellen, dass die Ausbaugeschwindigkeit bei Neuanlagen gleichmäßig verläuft und die Kosten niedrig gehalten werden. Nur Anlagen mit einer Leistung von weniger als 750 kW (bei Biogasanlagen: 150 kW) bleiben ausschreibungsfrei. Die Novelle greift ab dem 01.01.2017, die erste Ausschreibung für Strom aus Windenergie soll zum 01.05.2017 starten.

Für Windenergie soll eine Leistung von 2.800 MW pro Jahr ausgeschrieben werden, ab 2020 2.900 MW. Dies liegt deutlich unter dem Niveau der vergangenen drei Jahre. Besonders brisant: In den ausgeschriebenen Mengen sind auch die Kapazitäten enthalten, die alte Anlagen ersetzen sollen (Repowering). Nach den Erwartungen des Bundeswirtschaftsministeriums wird der Rückbau in den kommenden Jahren stark ansteigen und die vorgesehene Ausschreibungsmenge nahezu

vollständig ausschöpfen. Eine effektive Erhöhung der Anlagenleistung ist nicht vorgesehen.

Bei der Ausschreibung soll Wettbewerbsgleichheit zwischen den Windenergiestandorten in Deutschland bestehen. Bei sogenannten „Leichtwindstandorten“, wie sie in Bayern häufig anzutreffen sind, wird deswegen ein Zuschlag, der auf ein Projekt erteilt wird, durch Korrekturfaktoren angehoben. Der etwas niedrigere Ertrag wird also durch eine etwas höhere Vergütung ausgeglichen. Umgekehrt müssen ertragsstarke Standorte einen Abschlag auf ihre Zuschlagshöhe hinnehmen. Ob diese Korrekturfaktoren ausreichen, um bayerische Standorte wettbewerbsfähig zu halten, ist unter Experten umstritten.

Projekte, die noch bis Ende 2016 eine Genehmigung erhalten, können noch bis Ende 2018 nach den alten Vergütungsregeln ohne Ausschreibung in Betrieb genommen werden. Zusätzliche Sonderdegressionen von bis zu 5% zum 30.05.2017 sollen den Ausbau jedoch einbremsen. Dies wird von Energieverbänden, aber auch Politikern der Regierungskoalition als schwerer Vertrauensbruch heftig kritisiert.



Dr. Bernd Wust.

Bürgerenergiegesellschaften sollen Erleichterungen im Ausschreibungsverfahren erhalten. Anders als professionelle Teilnehmer benötigen sie für die Teilnahme noch keine abgeschlossene immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Sie können also zuerst an der Ausschreibung teilnehmen und dann, wenn sie einen Zuschlag erhalten haben, in die Genehmigung investieren. Allerdings sind die Voraussetzungen, um als Bürgerenergiegenossenschaft zugelassen zu werden sehr eng. Min-

destens 10 natürliche Personen, davon mehr als die Hälfte aus dem Landkreis, müssen Gesellschafter sein. Niemand darf mehr als 10 % der Stimmen innehaben. Die Gesellschaft darf auch in den 12 Monaten vor der Ausschreibung keinen Zuschlag erhalten haben. Kommunen, Stadtwerke oder kleine Planer können von den Erleichterungen nicht profitieren.

Bei der Förderung der Photovoltaik werden die Regelungen aus der Freiflächenausschreibungsverordnung weitergeführt. Für Freiflächenanlagen kommt eine „Länderöffnungsklausel“ dazu. Die Bundesländer können sog. „benachteiligte Gebiete“ für Freiflächenanlagen öffnen. Dies bringt für Bayern voraussichtlich einen neuen Ausbauschwung.

Für die Biomasse werden neue Ausschreibungskontingente eingeführt. Ferner ist eine Anschlussförderung für Altanlagen vorgesehen, die ansonsten aus der Förderung fallen.

Der Referent befürchtet keinen völligen Einbruch des Neuausbaus durch das neue EEG; er sorgt sich jedoch um die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende.



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.

Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








*** Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

ULRICH GEIS / SWM SERVICES GMBH:

EIGENERZEUGUNGSKONZEPTE FÜR KOMMUNEN

Seit 125 Jahren sind die Stadtwerke München das kommunale Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen für München und die Region. Mit rund 8.800 Mitarbeitern erwirtschaften sie einen Umsatz von rund 6,5 Mrd. Euro und sind damit einer der größten deutschen kommunalen Dienstleister.

Ulrich Geis zufolge stehen die SWM für eine sichere und Ressourcen schonende Versorgung der bayerischen Metropole mit Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) und Trinkwasser aus dem bayerischen Voralpenland. Zu ihren Leistungen gehören zusätzlich zur Energieerzeugung und Wassergewinnung, der Netzbetrieb und der Vertrieb von Energie. Die Verkehrstochter MVG (Münchner Verkehrs-



Ulrich Geis.

sellschaft) ist verantwortlich für U-Bahn, Bus, Tram und das Mietradsystem MVG Rad und damit ein wesentlicher Pfeiler im Münchner ÖPNV. Darüber hinaus betreiben die SWM mit Hallen- und Freibädern eine der modernsten Bäderlandschaften Deutschlands.

Die SWM setzen seit jeher auf die erneuerbaren Energien. Ihr Ausbau ist fester Bestandteil der Unternehmenspolitik. Schon vor dem Start der Ausbauoffensive Erneuerbare Energien haben die Stadtwerke München zahlreiche Anlagen zur Erzeugung von Ökostrom in und um München gebaut. Vorrang haben für die SWM Projekte in München und der Region.

Aktuell betreiben die SWM dort derzeit 22 Solaranlagen (darunter eine Solarthermieanlage), an einer weiteren sind sie beteiligt. Zum Erneuerbare-Energien- Erzeugungsportfolio gehören darüber hinaus 13 Wasserkraftanlagen, eine Biogasaufbereitungsanlage, drei Geothermieanlagen und eine Windkraftanlage. Weitere Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen sind in Planung. Rund 50 % des Münchner Strombedarfs von ca. 7,5 TWh können aus bereits realisierten und angestoßenen Projekten mit Ökostrom gedeckt werden.

ENGAGEMENT IN GANZ EUROPA

Die SWM können im Raum München aber nicht so viel erneuerbaren Strom erzeugen, wie die Millionenstadt benötigt, da das regionale Potenzial begrenzt ist. Deshalb engagieren sie sich auch in Deutschland und in Europa. Innerhalb Europas wählen und nutzen sie die energetisch und wirtschaftlich am besten geeigneten Standorte zum Bau von Anlagen für regenerative Energieerzeugung. Diese Potenziale sichern die SWM für Münchens Energiezukunft.

Im Flussbett der Münchner Isar haben sie 2010 gemeinsam mit einem Partner ein Wasserkraftwerk, das Praterkraftwerk, errichtet. Es erzeugt 10 Millionen Kilowattstunden Ökostrom pro Jahr, genug für 4.000 Münchner Haushalte. Die CO₂-Einsparung der Gesamtanlage gegenüber einem Kohlekraftwerk beträgt 9.000 Tonnen pro Jahr.

NEUE WASSERKRAFTPROJEKTE

Die SWM verfolgen auch weitere neue Wasserkraft-Projekte in der Region. So planen sie derzeit bei Wang an der Ampermündung in die Isar ein besonders ökologisches und fischfreundliches „Bewegliches Kleinwasserkraftwerk“. Zudem werden bestehende Wasserkraftwerke an der Isar modernisiert, die so mehr Ökostrom erzeugen und noch mehr Kohlendioxid einsparen können. Bereits abgeschlossen ist die Modernisierung des Wasser-

kraftwerks Isar 2, das jetzt mit erheblich weniger Wasser deutlich mehr Ökostrom erzeugt.

Um die Energiewende auch im Wärmemarkt zu erreichen, haben die SWM eine Fernwärme-Vision entwickelt: Bis 2040 soll München die erste deutsche Großstadt werden, in der Fernwärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Den wesentlichen Beitrag für die Ökowärme liefert Geothermie.

ERFOLGREICHE GEOTHERMIE

Im Stadtteil Riem sowie in der Gemeinde Sauerlach, südlich von München, wird die Erdwärme bereits seit längerem erfolgreich genutzt. Das SWM Geothermie-Heizkraftwerk in Sauerlach erzeugt Strom für 16.000 Münchner und gleichzeitig Wärme für das Sauerlacher Nahwärmenetz.

Im September 2015 haben die Arbeiten für die Geothermieanlage Freiham begonnen. Bereits 2013 haben die SWM hier ein Heizwerk mit drei Heizkesseln in Betrieb genommen. Die Einspeisung von geothermischer Fernwärme in die Anlage und damit auch in das Münchner Fernwärmenetz ist ab Herbst 2016 geplant. Dann wird die Anlage die Grundlast des Wärmebedarfs des neuen Stadtteils und benachbarter Gebiete im Münchner Westen mit Geothermie abdecken. Eine weitere Anlage soll ab 2018 auf dem Gelände des Heizkraftwerks Süd entstehen. Bis 2025 wollen die SWM bis zu drei weitere Geothermie-Anlagen bauen.

SOLARE NAHWÄRME

In Schwabing ist mit dem Ackermannbogen ein neuer Stadtteil entstanden. In einem Bauabschnitt wurde das Modellprojekt „Solare Nahwärme“ realisiert, das thermische Solarenergie und Fernwärme nutzt. Über drei große Kollektordächer (ca. 3.000 m² Dachfläche) wird die Energie in einem Erdspeicher unter dem Rodelhügel gespeichert und versorgt 319 Wohnungen mit einer Geschossfläche von insgesamt 30.400 qm. Betreiber sind die SWM; neben dem Bund und der Landeshauptstadt München übernahmen sie und der Bauträger die Finanzierung.

Wer in München und der Region neu baut oder modernisiert und ein modernes, effizien-

tes Heizsystem anschaffen will, kann jetzt auf ein neues Angebot der Stadtwerke München vertrauen: M-Wärme Plus. Es bündelt die Leistungen verschiedener Partner zum Vorteil des Kunden. Mit einer neuen Heizungsanlage spart man Energie- und Investitionskosten und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.

Im Rahmen einer kostenfreien Beratung erhalten Interessierte einen Überblick über mögliche Heizsysteme und damit eine gute Grundlage für eine Entscheidung. Dank der Partnerschaft mit namhaften Herstellern und ausgewählten lokalen Fachhandwerkern – den „SWM Premium-Partnern“ – können die SWM ihren Kunden das optimale Heizsystem vermitteln. Zusätzlich winkt eine attraktive Heizungsprämie. Obendrein wird die passende Energie für die neue Heizung geliefert.

ENERGIEWENDE FÜRS HEIMISCHE DACH

Geboten wird den Kunden jetzt auch die Energiewende fürs heimische Dach. Das neue Angebot M-Solar Plus ermöglicht Hausbesitzern günstig eigenen Sonnenstrom zu erzeugen. Der zusätzlich erhältliche Stromspeicher

macht unabhängig von der aktuellen Sonneneinstrahlung und man kann den selbst erzeugten Strom noch effektiver im eigenen Haushalt nutzen.

Schnell Entschiedene bekommen einen Zuschuss für Ihre Einweihungsfeier der Anlage, denn: Wer Photovoltaik-Anlage und Speicher bei den SWM bis zum 31. Juli beauftragt, erhält 500 Euro Einweihungs-Prämie. M-Solar Plus bietet den Kunden alles aus einer Hand. Installateur, Speicherhersteller, Netzanschluss und Energieversorgungsunternehmen müssen nicht koordiniert werden – die SWM wickeln alles ab. Zudem garantieren sie den Einbau ausschließlich hochwertiger Komponenten zu fairen Preisen.

M-PARTNERKRAFT

Mit „M-Partnerkraft“, ihrem virtuellen Kraftwerk, lassen die Stadtwerke München Bürger und Betriebe an der Energieversorgung der Zukunft teilhaben. 2010 haben die SWM ihr virtuelles Kraftwerk zunächst als Pilotprojekt mit eigenen Anlagen gestartet und es im Anschluss sukzessive durch Anlagen Dritter erweitert. Es umfasst derzeit Anlagen verschiede-

denster Energieträger wie Bioenergie, Wind-, Solar- und Wasserkraft.

Darüber hinaus sind auch steuerbare Verbraucher integriert. Mit M-Partnerkraft wird Anlagenbetreibern ein professioneller Zugang zum Energiemarkt eröffnet: Sie können neue, lukrative Vermarktungswege für ihren Strom nutzen und die Erlöse ihrer Anlagen maximieren.

ELEKTROMOBILITÄT VORANTREIBEN

Ziel der SWM ist, in München die Elektromobilität zu erproben und aktiv voranzutreiben. Als Anbieter sowohl von Ökostrom-Produkten als auch von Mobilitätsdienstleistungen arbeiten die Stadtwerke München an der Umsetzung konkreter Vorhaben, z.B. im eigenen Fuhrpark des ÖPNV und von Dienstfahrzeugen sowie an Services für Besitzer eines Elektrofahrzeugs (z. B. Vermittlung eines Vertragsinstallateurs für die Heimpladestation). Dafür wurde ein Netz von SWM-Ladestationen für Elektrofahrzeuge (derzeit 23) aufgebaut, an denen zu 100 % M-Ökostrom fließt. Im Laufe des Jahres sollen bis zu 100 Stationen entstehen.

Stadtwerke
München

SW/M

Zukunft gemeinsam gestalten
Ihr Partner – Stadtwerke München

Kontaktieren
Sie uns:
089 2361-2608
www.swm.de

- ▶ Wir sind 100 Prozent kommunal.
- ▶ Engagieren uns für Umweltschutz und erneuerbare Energien.
- ▶ Investieren in Versorgung (Strom, Erdgas, Wasser, Fernwärme) und Breitband-Technologie.

TIBOR SZIGETI & GERGELY KOVACS / BAYERISCHE INGENIEUREKAMMER-BAU:

ENERGIEMANAGEMENT IN DER PRAXIS

Die Energiekosten sind ein stetig wachsender Posten in der Bilanz bzw. im Budget der Unternehmen, der Kommunen oder sonstigen Organisationen. Um die Energiekosten nachhaltig zu senken, entscheiden sich viele Unternehmen und kommunale Einrichtungen für den Einsatz eines auf den jeweiligen Anwendungsfall abgestimmten Energiemanagements. Ein systematisches Energiemanagement stellt ein geeignetes Instrument dar, mit dem die Energieeffizienz in Unternehmen und Organisationen kontinuierlich verbessert werden kann. Durch die erzielbaren Kostenentlastungen stärkt es die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das Ziel des Energiemanagementsystems ist die kontinuierliche Reduzierung des Energieverbrauchs und der Energiekosten.

Die Motivation ein Energiemanagementsystem (EnMS) nach DIN EN ISO 50001 einzuführen sind sehr unterschiedlich. Der häufigste Grund ist die Einsparung von Energie und somit von Energiekosten durch den Einsatz des Managementsystems. Weitere Gründe können gesetzliche Anforderungen (nach Energiedienstleistungsgesetz) oder die Marketingstrategie eines kommunalen Betriebes sein.

ENERGIEMANAGEMENT

Die Implementierung eines EnMS nach DIN EN ISO 50001 in Gemeinden, Gemeindewerken, Stadtwerken, Wasserwerken und Kläranlagen ist aus mehreren Gesichtspunkten sinnvoll. Durch die Einbindung eines EnMS in die Organisation werden die Energieverbräuche transparent und bilden so eine fundierte Basis bei Investitionsentscheidungen. Die Entscheidungen werden nicht mehr nach „Gefühl“ oder spontan getroffen, sondern haben eine technische und wirtschaftliche Grundlage.

Ein Energiemanagementsystem ist eine organisatorische Struktur, die Kommunen bei

der kontinuierlichen Verbesserung der Energieeffizienz unterstützt. Nachdem jeder Mitarbeiter Einfluss auf den Energieverbrauch hat – ob Leiter der Kämmerei, Hausmeister oder Leiter des Bauhofs – müssen auch alle Mitarbeiter das Thema Energieeffizienz in ihren täglichen Arbeitsablauf integrieren.

Im Rahmen des Energiemanagementsystems werden interne Abläufe (Einkauf, Wartungen, Energiebeschaffung) und Verantwortlichkeiten definiert, so dass bei allen energie-relevanten Entscheidungen in kommunalen Betrieben das Thema Energieeffizienz berücksichtigt wird.

OPTIMIERUNGSMÄßNAHMEN

Für die Entwicklung von Optimierungsmaßnahmen im Bereich Energieeffizienz ist eine Analyse des Ist-Zustandes unerlässlich. Im Rahmen des Energiemanagements werden die Energieverbräuche und Energieflüsse in der Kommune aufgenommen und analysiert, d.h. es wird ein „Energieaudit“ durchgeführt. Das „Energieaudit“ ist ein wesentlicher Teil des Energiemanagementsystems, jedoch nur ein einzelnes Puzzlestück. Weitere

Bestandteile eines Energiemanagementsystems sind Bildung von Energiekennzahlen, Monitoring der Kennzahlen, Mitarbeiterschulungen und regelmäßige Anpassung der Ziele sowie Optimierungsmaßnahmen. Ein EnMS nach DIN EN ISO 50001 schafft im Bereich der Energie bzw. Energieeffizienz klar definierte organisatorische Strukturen und Abläufe. Der obersten Leitung wird durch das Management Review eine fundierte Basis zur Entscheidungsfindung bereitgestellt, Energieeffizienzprojekte aufgezeigt und bereits erreichte Einsparungen nachgewiesen.

EINFÜHRUNG EINES ENMS

Die Einführung eines EnMS nach DIN EN ISO 50001 ist für alle Organisationen (Unternehmen, Kommunen, Gemeindewerke etc.) empfehlenswert, unabhängig von der Größe und Branche. Die Norm unterstützt Organisationen, ihr Energiemanagementsystem in eine logische, strukturierte und standardisierte Form zu bringen.

Das EnMS unterstützt die Organisation bei der kontinuierlichen Verbesserung der Energieeffizienz. Als Verfahrensmodell eignet sich hierfür in allen Fällen der sog. „PDCA-Zyklus“ mit seinen vierstufigen Phasen: Planen (Plan), Umsetzen (DO), Überprüfen (Check) und Handeln (Act).

PLAN-PHASE, DO-PHASE, CHECK-PHASE UND ACT-PHASE

Auf Grundlage einer ersten Bestandsaufnahme werden die strategischen und operativen Ziele festgelegt. Grundlage hierfür sind u.a. eine Datenerfassung mit Dokumentation, das Erkennen von Verbesserungspotenzialen, die Beachtung gesetzlicher Rahmenbedingungen und die Festlegung der Energieziele.

In der Umsetzungs- oder Anwendungsphase werden die in der Planphase geplanten Maßnahmen umgesetzt. Eine gewichtige Rolle spielen dabei u.a. die vorhandenen Ressourcen, die Sensibilisierung der Beteiligten einschließlich Schulungsmaßnahmen, die Kommunikation sowie die Dokumentation und Ablauflenkung.

In der Check-Phase werden die bislang durchlaufenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Zielwirksamkeit überprüft und bewertet.



Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind die Überwachung und Messung, die Einhaltung von Rechtsvorschriften, das Durchführen von Korrekturen und präventiven Maßnahmen, die Planung und Strukturierung der Dokumentation sowie die Durchführung interner Audits.

Die Act-Phase beinhaltet die Überprüfung des Energiemanagements und muss bei Unternehmen und Organisationen auf oberster Managementebene erfolgen. Auf Grundlage der Ergebnisse des „Management Review“ werden dann die Korrektur- und Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet.

ERFAHRUNGEN MIT ENMA IN KOMMUNALEN WERKEN

Die Erfahrungen bei der Einführung und Aufrechterhaltung eines EnMS in einem kommunalen Werk müssen auf zwei Projektphasen aufgeteilt werden: dem Zeitraum der Einführung und dem Zeitraum der Aufrechterhaltung.

Die Einführung eines EnMS in einem kommunalen Werk ist die schwierigste und

personell aufwändigste Phase. Die folgenden Schritte bei der Einführung sind mit personellem Zeitaufwand und Kosten verbunden:

- Definition der Zuständigkeiten in der Organisation
- Ermittlung der energetischen Ausgangsbasis (Bestandsaufnahme)
- Regelung der Abläufe und Dokumentation
- Schulung der Mitarbeiter (Workshops)

In der ersten Phase der Einführung eines EnMS treten die meisten Schwierigkeiten und Widerstände auf. Durch die Integration des Themas „Energieeffizienz“ in die bestehenden Arbeitsabläufe sind natürlich alle Mitarbeiter des kommunalen Werkes betroffen. Die erste Skepsis legt sich dann jedoch relativ schnell. Durch aktive Kommunikation, die rechtzeitige Einbindung der Mitarbeiter und die Integration des EnMS in die bestehenden Abläufe sind die Aufgaben für die einzelnen Mitarbeiter nachvollziehbar und überschaubar.

In der Phase der Aufrechterhaltung des EnMS sind die Rückmeldungen überwiegend positiv. Nach der erstmaligen Erstellung aller Dokumente, Verfahrensanweisungen und

Vorlagen müssen diese nur noch mit Daten befüllt werden. Nach Umsetzung der ersten Energieeffizienzprojekte wird die Bedeutung des EnMS für das kommunale Werk dann konkret sichtbar. Die Akzeptanz des EnMS bei den Mitarbeitern ist dadurch vorhanden und wird im täglichen Arbeitsablauf gelebt.

Fazit: Die Energieeffizienz spielt bei der Reduktion des Energieverbrauchs der Kommunen eine zentrale Rolle. Sie senkt die Kosten, steigert die Wettbewerbsfähigkeit und mindert die Abhängigkeit von erdöl- bzw. erdgasexportierenden Ländern.

ZAUBERWORT ENERGIEEFFIZIENZ

Gerade bei den Gebäuden ist Energieeffizienz zur Reduktion des Energieverbrauchs von zentraler Bedeutung, liegen hier doch die größten Einsparpotenziale. Ein Großteil des Gesamtenergieverbrauchs wird in Deutschland zur Beheizung, Warmwasserversorgung und Beleuchtung von Gebäuden benötigt.

In modernen Gebäuden („Smart Buildings“) werden zunehmend vernetzte, elektrische Geräte installiert, welche die haustechnischen



WIR FÖRDERN HOCH UND TIEF

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir kommunale Investitionen in Energie und Infrastruktur. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 – 21 24 24 0

Anlagen für Wärme, Licht, Lüftung und Wasser regeln und steuern oder beispielsweise Jalousien nachführen. Zukünftig werden Anwendungsbereiche hinzukommen, die nicht nur den Komfort der Nutzer verbessern, indem sie beispielsweise Temperatur und Beleuchtung ausregeln, sondern darüber hinaus mittels angepassten Betriebsverhaltens auch Energie sparen. Intelligente Sensoren und „Smart Meter“ überwachen dabei kontinuierlich die Anlagen und liefern auf Echtzeitbasis energierelevante Daten. Die permanente Protokollierung

des Betriebs und der Betriebszustände der Systeme geben einen präzisen und umfassenden Status aller Anlagen wieder und stehen für eine Auswertung zur Verfügung.

OPTIMIERUNGSPOTENZIALE

Eine Auswertung der Daten im Rahmen eines Energiecontrollingsystems stellt ein nachhaltiges Instrument für die kontinuierliche Verbesserung der Energieeffizienz dar. Mit der Integration in das Energiemanage-

mentsystem werden diese Daten innerhalb der Organisation analysiert und Optimierungspotenziale aufgezeigt. Das EnMS stellt sicher, dass die in der Organisation vorhandenen Potenziale nicht ungenutzt bleiben.

Die Einführung eines EnMS in kommunalen Einrichtungen stellt einen logischen Schritt in die richtige Richtung dar. Der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen, effizienter Energieverbrauch und niedrigere Energiekosten sind für ein nachhaltiges Wirtschaften unerlässlich.

DR. ANDREAS BACHMEIER / RDG GMBH:

DAS BESTE AUS ZWEI WELTEN

ERFOLGREICHER BÜRGERDIALOG FÜR DIE HEIMISCHE ERDÖLFÖRDERUNG

Als Tochtergesellschaft der österreichischen RAG Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft greift die RDG direkt auf 80 Jahre Erfahrung in der Entwicklung und im umweltschonenden Fördern von heimischen Rohstoffen zurück. In Deutschland ist sie bereits seit 1997 vertreten – vornehmlich in Bayern. Die RDG vereint in ihrem Kerngeschäft die klassische Erdöl- und Erdgas-Förderung sowie die Erschließung regenerativer Energien. „Somit verbinden wir das Beste aus zwei Welten“, stellte Dr. Andreas Bachmeier fest.

Zur effizienten und umweltschonenden Aufsuchung und Förderung hat die RDG das REEM-Verfahren entwickelt. Es verfährt nach höchsten Sicherheits-, Umwelt- und Landschaftsschutz-Standards und macht heimische Ressourcen vor Ort nutzbar. Hinzu kommt, dass Erdölbohrungen weniger Fläche benötigen als andere Energieformen. Die RDG führt eine Bohrung und Förderung nach höchsten Energieeffizienzprinzipien durch.

Seit 1997 ist das Unternehmen Inhaber einer 2.248 km² großen Aufsuchungserlaubnis in der Region Salzach-Inn in Bayern. In dieser Lizenz befinden sich neben potenziellen neuen Erdöl- oder Erdgasvorkommen auch mehrere bereits erschlossene Erdölfelder, die zwischen den 1950er und 1990er Jahren gefördert wurden. Eine wirtschaftliche Förderung einiger dieser Felder war nach einer langen Periode von niedrigen Ölpreisen seit den 1990er Jahren allerdings nicht mehr möglich.

Im Zuge der Bearbeitung der Lizenz Salzach-Inn erstellte die RAG 2008 eine Studie, die die verbliebenen Kohlenwasserstoffmengen in diesen Feldern sowie die technische und wirtschaftliche Machbarkeit einer potenziellen Wiedererschließung bewerten sollte.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass sich im ehemaligen Feld Ampfing noch mit hoher Wahrscheinlichkeit eine ausreichende Menge an Kohlenwasserstoffen befindet, um sie wirtschaftlich fördern zu können.

ABSTIMMUNG MIT DER GEMEINDE

In enger Abstimmung mit der Gemeinde Ampfing hat das Unternehmen in diesem Zusammenhang im Februar 2016 eine Erkundungsbohrung im „Ampfinger Sandstein“ durchgeführt und abgeschlossen. Ab voraussichtlich Mitte August 2016 erfolgt nun die Probeförderung. Für die zweite Jahreshälfte 2016 sind außerdem seismische Untersuchungen geplant.

Laut Bachmeier verlief das Projekt der RDG in Ampfing operativ und kommunikativ bisher planmäßig. Umfangreiche und vor allem kontinuierliche kommunikative Maßnahmen, die das Projekt zu jedem Stadium begleitet haben, hätten zu einer positiven Grundstimmung bei Politikern, Bürgern und Medien geführt. „Sorgen, Ängsten und Vorbehalten gegenüber dem Projekt konnte frühzeitig begegnet werden.“

Die Berichterstattung zum Projekt sei bis

dato umfangreich und im Tenor positiv. Die RDG stelle Information und Transparenz in den Mittelpunkt und führe alle Projekte im



Dr. Andreas Bachmeier.

Dialog mit Kommunen, Bürgern und Anrainern vor Ort durch. Im Fokus stehe die Information von Bürgern in der Region und lokalen Anrainern. Die Beantwortung von Fragen zum Projektablauf und Umweltschutz sowie weitere Informationsmöglichkeiten und die Präsenz von Ansprechpartnern seien zentrale Elemente des Dialogkonzepts.

Das Info-Büro in Ampfing ist mit einem festen Ansprechpartner besetzt, der für Fra-

gen zur Verfügung steht. Damit setzt die RDG auf Dialog und sorgt für Transparenz. Ein Info-Büro bietet interessierten Bürgern Informationen und Visualisierungen, um umfänglich über das Projekt aufzuklären.

REGELMÄßIGE VERANSTALTUNGEN UND INTERNETPRÄSENZ

Mit regelmäßigen Veranstaltungen schafft die RDG Anlässe, um Anrainer, Bevölkerung und Medien über Projektfortschritte und Neuheiten zu informieren. Gleichzeitig ist dies ein „Seismograph“ für die aktuelle Stimmung in der Gemeinde. Die Projekt-Website www.energie-aus-ampfung.de informiert über den Ablauf des Projektes und die Bedeutung des Rohstoffs Erdöl. Die Website dient als Informationsplattform für Bürgerinnen und Bürger, regionale und lokale Politik, allgemeine Öffentlichkeit sowie Medienvertreter. Die Website bietet unter buergerinfo@rdg.energy die Möglichkeit zum direkten Dialog mit der RDG.

MEDIENARBEIT

Durch Medienarbeit werden das gesamte Projekt wie auch einzelne Maßnahmen flankiert. In der laufenden Pressebetreuung und einzelnen Redaktionsgesprächen mit den wichtigsten lokalen und regionalen Medien werden Ergebnisse präsentiert, Informationen für Bevölkerung und Anrainer aufbereitet, Projektschritte angekündigt und erläutert.

Die Infomaterialien – Broschüren, Flyer und Plakate – sind das Basismaterial für die Information und Kommunikation vor Ort. Sie liegen im Infobüro und bei Veranstaltungen aus und fassen die wichtigsten Daten und Fakten über das Projekt zusammen. Darüber hinaus steigern Führungen über den Bohrplatz die Präsenz der RDG in Ampfing sowie den umliegenden Gemeinden. „Die unmittelbare Begegnung mit dem Unternehmen entkräftet etwaige Sorgen und Ängste und steigert das Vertrauen in die Expertise der RDG“, unterstrich Bachmeier.

REGELMÄßIGE ÜBERPRÜFUNG ALLER MAßNAHMEN

Alle Maßnahmen würden regelmäßig auf ihre Wirkung und Wirksamkeit überprüft. Hinzu komme die kontinuierliche Beobachtung und Auswertung der Medienberichterstattung wie die laufende Kontrolle von Themenentwicklungen, die Identifikation und Bewertung von Schlüsselfiguren und Gesprächspartnern sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen.

Als Erfolgsfaktoren erfolgreichen Bürgerdialogs nannte Bachmeier Timing, Flexibilität, Akribie, Kontinuität, Relevanz und Personalisierung. Entscheidend für den Erfolg eines Projektes sei die frühzeitige, enge Einbindung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Brodelt die „Gerüchteküche“ bereits, sei es meist schon zu spät, um argumentativ auf Vorbehalte, Ängste und Sorgen – seien sie auch unbegründet – zu reagieren. Der Projektstart stelle gleichzeitig den Start der Kommunikationsaktivitäten dar. Hierbei müsse die Informationskaskade beachtet werden (z. B. erst Politik, dann Bürger).

Im Projektablauf sollten Unternehmen soweit wie möglich flexibel agieren. Dialogbe-

reitschaft und ernsthafte Bemühungen, eine für möglichst viele Beteiligte zufriedenstellende Lösung zu finden, kann negative Reaktionen und Aversionen von Anwohnern und Bürgern gegenüber dem Projekt vermeiden.

AKRIBISCHE DETAILPLANUNG

Entscheidend ist eine akribische und präzise Detailplanung der Projektkommunikation. „Habe ich alle meine Zielgruppen auf dem Schirm?“, laute hier die zentrale Frage. Beim Aufbereiten der Informationsmaterialien sei die „richtige Wahl der Detailtiefe“ zu beachten. Die Dialogverantwortung liegt beim Unternehmen. Es gilt, den Informationsfluss konstant zu halten. Argumente und Informa-



Energie Südbayern.
Ihr Partner für Erdgas und Ökostrom.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

tionen müssen auf allen Kommunikationskanälen immer wieder dargelegt werden.

Bei Debatten zu relevanten Projekten richten sich Politiker nach der Mehrheitsstimung und entscheiden nach der gefühlten Popularität. Dies hat Auswirkungen auf den Projektablauf. Denn ohne politische Rücken- deckung werden Projekte verzögert oder

ganz gestoppt. Projekt und Projektkommunikation begegnen sich auf Augenhöhe.

PERSÖNLICHER KONTAKT ENTSCHEIDET

„Um die öffentliche Akzeptanz zu fördern, muss den Argumenten ein Gesicht gegeben werden, indem man die Projektträger perso-

nalisiert in Erscheinung treten lässt“, machte Bachmeier deutlich. „Verstecken“ sich die Verantwortlichen, kann das unter Umständen dazu führen, dass das Unternehmen eher an Glaubwürdigkeit verliert und die ohnehin knappe Ressource Vertrauen verspielt. „Fakt ist: Der persönliche Kontakt bestimmt über das Ansehen des Unternehmens in der Region“, hob Bachmeier hervor. ■

BENJAMIN RICHTER / ASSOCIATE PARTNER RÖDL & PARTNER:

FERNWÄRME IN LÄNDLICHEN REGIONEN

FLÄCHENDECKENDE CO₂-FREIE WÄRMEVERSORGUNG PREISGEKRÖNTE PRAXISERFAHRUNGEN IN KIRCHWEIDACH

Benjamin Richter, der Beratungsmandate im Bereich grundlastfähige Erneuerbare Energien und Fernwärme verantwortet, führte aus, dass besonders in den vergangenen Jahren das Interesse an einer klimafreundlichen und CO₂-freien Energieversorgung gestiegen ist. Besonders durch die Wärmeversorgung auf Basis von Tiefengeothermie werden diese und zahlreiche weitere Vorteile wie die grundlastfähige, steuerbare und unbegrenzte Verfügbarkeit oder die Steigerung der regionalen Wertschöpfung, die besonders in Kommunen eine tragende Rolle spielt, vereint. Die anfänglich vergleichsweise hohen Investitionskosten werden durch die KfW und LfA gefördert.

Die für Tiefengeothermie attraktivsten Regionen Deutschlands liegen im Süddeutschen Molassebecken, dem Oberrheingraben und dem Norddeutschen Becken. Ein mögliches Förderprinzip ist die Gewinnung von Warmwasser durch eine hydrothermale Dublette. Dabei wird eine Produktionsbohrung niedergebracht, aus der das warme Thermalwasser gefördert wird. Diesem wird mit Hilfe von Wärmetauschern Energie entzogen, welche für die Strom- und Wärmeversorgung genutzt wird. Das erkaltete Thermalwasser wird anschließend durch eine Reinjektionsbohrung in den Untergrund zurück geleitet.

Dass die Wärmeversorgung aus Tiefengeothermie auch in der Realität gut funktioniert, zeigte Richter an Hand des preisgekrönten Praxisbeispiels aus Kirchweidach. Hier wurde 2011 die geothermische Dublette, nach dem oben genannten Verfahren fertig gestellt. Das Fernwärmenetz der Kirchweidacher Energie GmbH (KiWE) versorgt zum einen bis zu 400 Haushalte mit einer Anschlussleistung von bis zu 10,8 MWth mit Wärme sowie die inzwischen 20 Hektar große Gewächshausanlage des gewerblichen Abnehmers, der Gemüsebau Steiner GmbH & Co. KG mit einer Wärmeabnahme zwischen 70 und 80 GWhth pro Jahr. Mit dieser konstant hohen Wärmenachfrage

wird die Wirtschaftlichkeit des Fernwärmeprojektes gesichert.

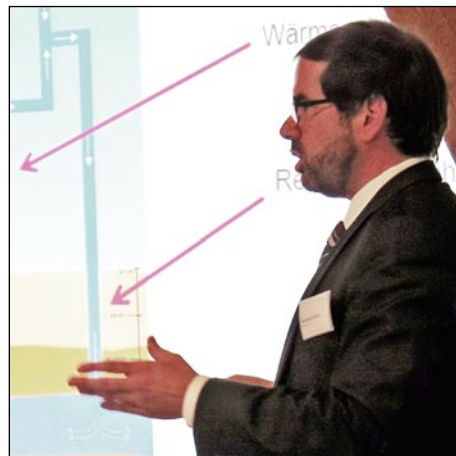
Was dieses Projekt so besonders macht, lässt sich leicht erklären. Mit dem gewonnenen Gewächshausbetrieb konnten 150 neue dauerhafte Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden, was zu einem merkbaren Entwicklungsschub führte. Zudem wird mit der Produktion von klimafreundlichen und regionalen Tomaten, Paprika und Erdbeeren der Bedarf von einer Millionen Bürgen in Bayern gedeckt. Wodurch die Selbstversorgungsrate in Bayern deutlich steigt und gleichzeitig jährlich ca. 10 Mio. Liter Heizöl, ca. 180 Mio. kg CO₂-Ausstoß und 1,6 Mio. Transport-Kilometer gegenüber Importen aus Spanien eingespart werden können.

GLOBAL DISTRICT ENERGY CLIMATE AWARD 2015

Ausgezeichnet wurde das erfolgreiche Tiefengeothermieprojekt in Kirchweidach mit dem Global District Energy Climate Award in der Kategorie „Special Award“ im Jahr 2015 durch eine internationale Expertenjury – unter anderem Europäischer Fernwärmeverband, United Nations Environment Programme (UNEP) und International Energy Agency

(IEA) unter dem Vorsitz der IEA Technology Network. Der renommierte Preis wird für herausragende Leistung im Bereich der Erneuerbaren Energien als Beitrag zum globalen Klimaschutz gewährt.

Zusammenfassend wurde aufgezeigt, dass die Umsetzung von Fernwärme auch in ländlichen Regionen und nicht nur aufgrund umfassender Fördermöglichkeiten (siehe KfW und LfA) möglich ist. Ein derart wirtschaftlich sinnvolles Gesamtkonzept kann mit anderen Schwerpunkten entsprechend der jeweiligen Rahmenbedingungen entwickelt werden. Auch in Kirchweidach hätten sich viele noch vor zehn Jahren diese Entwicklung nicht vorstellen können. Durch ein hohes Engagement aller Beteiligten, auch der Politik und der



Benjamin Richter.

Genehmigungsbehörden sowie eine sorgfältige Öffentlichkeitsarbeit, kann ein angemessenes wirtschaftliches Ergebnis erzielt und gleichzeitig die Umwelt geschont werden. ■

THOMAS WÖBER / GIBGAS CONSULTING IM AUFTRAG VON ERDGAS SCHWABEN GMBH:

ECOMOBILITÄT MIT STROM UND CNG-GAS NEUE NACHHALTIGE MOBILITÄTSWEGE

An Alternativen wie CNG- und E-Mobilität zu Benzin und Diesel kommt man nicht mehr vorbei. Sei es unter den Aspekten der Luftreinhaltung, der Nutzung von heimischen Ressourcen und des wirtschaftlichen Betriebs des automobilen Fuhrparks bei Kommunen, Unternehmen und im privaten Bereich.

Dabei haben Fahrzeuge, die mit dem Kraftstoff CNG (Compressed Natural Gas, gasförmig komprimiertes Methan) oder mit ökologisch erzeugtem Strom unterwegs sind, die besten Karten für Autofahrer. „Entscheidend ist, dass der jeweilige alternative Antrieb optimal auf die Bedürfnisse des Autofahrers passt“, so Thomas Wöber von gibgas (www.gibgas.de), der im Auftrag von erdgas schwaben (www.erdgas-schwaben.de) einen Vortrag anlässlich des Energieforums der Bayerischen GemeindeZeitung hielt.



Thomas Wöber.

GANZHEITLICHE EFFIZIENZBETRACHTUNG

Auf Basis der „Well-to-Wheel-Betrachtung“, der ganzheitlichen Effizienzbetrachtung des Treibhausgases CO₂ und zwar vom Bohrloch (Erzeugung) bis zu Rad (Verwendung) haben die CNG-Gas- und Elektrofahrzeuge starke Argumente. Tanken z.B. Gasfahrzeuge CNG aus Biomethan und Ökostrom im Liefergebiet von erdgas schwaben gmbh sinken die CO₂-Emissionen um satte 100 % gegenüber einem vergleichbaren Benzin-Fahrzeug. Auch beim Feinstaub und bei den Stickoxiden (NO_x) sind Reduktionen bis zu

100 % möglich. „Das ist praktizierter Umweltschutz, der sofort nutzbar ist und einen echten Beitrag zur Schadstoffreduzierung leistet“, führte Wöber aus.

Der Kraftstoff CNG, der aus den Quellen Biomethan, Erdgas und Methan aus Ökostrom bereitgestellt werden kann, überzeugt auch hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und leistungsstarken Motoren. Die An-

In Zukunft neue Wege gehen, EcoMobilität mit Strom oder CNG aus Erdgas und Bio-Erdgas

Unser CNG

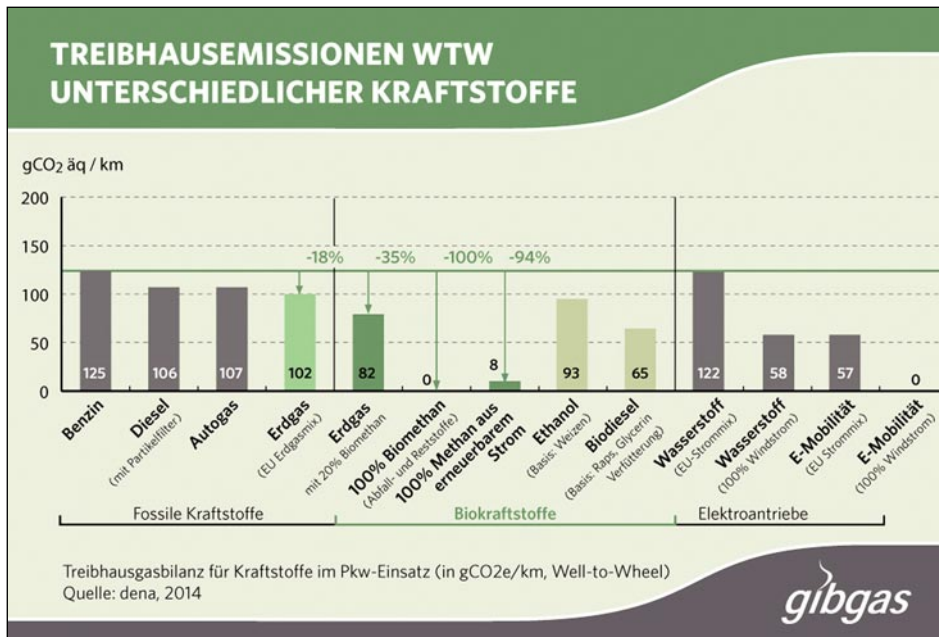
tanken Sie in Gersthofen bei Augsburg, Landsberg, Nördlingen, Donauwörth, Günzburg und Kaufbeuren. Augsburg hat schon eine, und ab September verfügen all unsere Betriebsstellen über neue **Stromzapfsäulen!**



Überzeugt mit einer CNG-Reichweite von bis zu 860 km. Der Caddy TGI mit Erdgas/CNG-Antrieb. **Bild: Volkswagen Nutzfahrzeuge**



**erdgas
schwaben**
Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de



Treibhausmissionen Well-to-Wheel-Betrachtung. Hier haben die CNG-Gas- und Elektrofahrzeuge die besten Karten.

Schaffungskosten liegen meist auf dem Preis-Niveau von vergleichbaren Diesel-Modellen. Mittlerweile werden rund 35 Modelle vom Kleinwagen über Mittelklasse-, Bussen und schweren Nutzfahrzeuge ab Werk angeboten. Auch im E-Mobilitäts-Bereich breitet sich die Angebotspalette immer weiter aus.

Gerade im kommunalen Einsatz können bestimmte Fahrzeug-Klassen optimal eingesetzt werden, sei es für den Bürgermeister, bei Botengängen, bei der Bereitstellung von Fahrleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr sowie im technischen Service-Bereich. Als Beispiel nennt Wöber den mehrfach ausgezeichneten Volkswagen Caddy Maxi 1.4 TGI (81 kW/110 PS) als Kastenwagen, der eine Reichweite mit CNG von bis zu 860 km hat. „Damit ist die Reichweiten-Diskussion endgültig zu den Akten gelegt“, so Wöber beim Vortrag.

AUFBAU EINES NETZES MIT LADESTATIONEN

erdgas schwaben betreibt an sechs Standorten CNG-Tankstellen, die 100 % Biomethan abgeben. Im Jahr 2016 werden zunächst an allen erdgas schwaben-Standorten wie Augsburg, Donauwörth, Günzburg, Nördlingen, Kaufbeuren und Kempten öffentlich zugängliche E-Ladestationen aufgebaut. Weitere Standorte sind in Planung.

Bei der Prüfung, ob CNG-Gas- und Elektro-Fahrzeuge genutzt werden können, sind 90 % der Fahrten eines Autofahrers im gleichen Aktionsradius. Bei den Fahrten zur

ALEXANDER GRAD / BMP GREENGAS GMBH:

GRÜNE WÄRME AUS BIOMETHAN

Als bundesweit tätiger Händler und Dienstleister im Biomethanmarkt handelt bmp mit einem Volumen von jährlich über 1,5 TWh mit ca. 20 Prozent des deutschen Biomethans. bmp ist laut Alexander Grad der Partner für den zuverlässigen Transport, die reibungslose Bilanzierung und die ausfallsichere Lieferung von Biomethan für Stadtwerke, Energieversorger sowie Betreiber von Blockheizkraftwerken für die Kraft-Wärme-Kopplung bis hin zur thermischen Beimischung. Dabei entwickelt das Unternehmen für jeden Kunden eine passende Lösung. bmp ist Gründungsmitglied im Biogasregister der Deutschen Energie-Agentur (dena) und führt für seine Kunden den Biogasregisternachweis der Biomethanmengen und -qualitäten bei der Einspeisung in das Erdgasnetz.

Biomethan ist durch seine erdgasgleichen Eigenschaften im Gegensatz zu den fluktuieren-



Alexander Grad.

Arbeit, Freizeit, Familien sowie im kommunalen Einsatz gilt es zu prüfen, ob der Autofahrer gewohnheitsmäßig an den CNG-Tankstellen und E-Ladesäulen vorbeikommt. Einen Überblick der CNG-Tankstellen und E-Ladesäulen gibt es auf den Internetseiten www.gibgas.de/Tankstellen und www.ladenetz.de.

Ein gutes Beispiel, wie Kommunen bereits Verantwortung übernommen haben, ist die Nutzung von CNG-Fahrzeugen in Donauwörth und Günzburg. Der Klimaschutz-Beauftragte des Landratsamts Günzburg, Alois Sporer, übernahm zuletzt im Februar 2016 vom VW-Autohaus Schleifer gleich acht neue VW Golf 1.4 TGI mit kombiniertem CNG- und Benzin-Antrieb. erdgas schwaben bietet zusammen mit Thomas Wöber von gibgas im Liefergebiet auch Mobilitätsberatungen für den Einsatz von CNG-Fahrzeugen und E-Mobilen im kommunalen Einsatz an.

den erneuerbaren Energien Wind und Sonne flexibel einsetz- und speicherbar. Der Unterschied zu anderem Biogas besteht darin, dass Biomethan nicht am Ort der Gaserzeugung verstromt werden muss. Biomethan kann über das Erdgasnetz transportiert und an anderer Stelle entnommen werden. Somit ist der Einsatz für die Strom- und Wärmeproduktion losgelöst von Zeit, Ort und Wetter möglich und Erzeuger wie Verbraucher können unabhängig voneinander betrieben werden. Im Vergleich zu Biogas kann durch die vollständige Wärmenutzung bei Biomethan die komplette im Gas enthaltene Energie genutzt werden.

HERKUNFTSNACHWEIS

Der Biomethanhandel unterscheidet sich durch den Herkunftsnachweis über die biogenen Eigenschaften des Gases vom klassischen

Erdgashandel. Die in das Erdgasnetz eingespeisten Mengen Biomethan werden mit den entsprechenden gesetzlich geforderten Eigenschaften von der Erzeugung bis zur Nutzung dokumentiert.

Man unterscheidet zwischen zwei Arten von Einsatzstoffen. Zum einen gibt es Gas aus nachwachsenden Rostoffen (NawaRo) wie beispielsweise Energiepflanzen und Gülle. Diese Qualitäten wurden in den EEG 2000 - 2012 gefördert. Zum anderen existiert Gas aus Reststoffen, die nicht extra für die Energiegewinnung angebaut werden (z.B. Reste aus der Lebensmittelproduktion, Schlachtabfälle ...). Dieses Biomethan zeichnet sich durch eine CO₂-Minderung von ca. 65–85 % im Vergleich zu fossilem Erdgas aus und wird insbesondere für die Verstromung nach EEG 2014, für Erdgastankstellen und den Einsatz in Gaskesseln verwendet.

GESETZLICHE VORGABEN

Nach der Nutzungspflicht des EEWärmeG sind Eigentümer von nach dem 1. Januar 2009 neu errichteten Gebäuden verpflichtet, ihren Wärme- und/oder Kälteenergiebedarf anteilig mit Erneuerbaren Energien zu decken. Öffentlichen Gebäuden soll nach dem Gesetz eine besondere Vorbildfunktion bei der Erfüllung der Nutzungspflicht zukommen. Aus diesem Grund gilt für die öffentliche Hand die Nutzungspflicht

nicht nur bei Neubauten, sondern nach einer grundlegenden Renovierung auch für Altbauten.

Durch die Nutzung von Biomethan kann diese Nutzungspflicht erfüllt werden, wenn der Wärme- und Kälteenergiebedarf des jeweiligen Gebäudes zu mindestens 30 Prozent aus Biomethan gedeckt wird. Die Nutzung des Biomethans muss bei Neubauten dabei in einer KWK-Anlage erfolgen. Die Erfüllung des EEWärmeG bei Renovierungen von öffentlichen Bestandsgebäuden kann durch den Einsatz in der KWK oder einem Heizkessel erfolgen.

Der Einsatz von Biomethan hat viele Vorteile. Dazu zählen die sehr gute CO₂-Bilanz und die Versorgungssicherheit von in Deutschland produziertem Brennstoff. Des Weiteren ist der geringe Investitions- und Betriebsaufwand im Vergleich zu anderen EE-Wärmequellen ein klarer Vorteil, gerade für öffentliche Gebäude. Wird Biomethan in einer KWK-Anlage eingesetzt, so kann der erzeugte Strom für 20 Jahre gesichert nach EEG vergütet werden. Sowohl beim Einsatz im BHKW als auch im Gaskessel sind langfristige Lieferverträge mit einem Festpreis von bis zu 15 Jahren möglich. Dadurch bietet Biomethan eine einmalige Unabhängigkeit von den übrigen Energiepreisen und eine langfristige Planbarkeit sowie absolute Preissicherheit.

Kontakt: www.bmp-greengas.de

ANDREAS HUBER / COPLAN AG:

VOM ENERGIEKONZEPT ZUR PROJEKTUMSETZUNG

Die COPLAN AG ist ein klassisches Planungsbüro, das alle Bereiche des Hoch- und Tiefbaus abdeckt und durch weitere Einrichtungen in der Projektassistenz eine hohe Leistungsfähigkeit besitzt. „Aufgrund unseres Hintergrunds als Ingenieurbüro liegt es in der Natur der Sache, dass wir für umsetzungsorientierte Energiekonzepte stehen“, machte Andreas Huber deutlich.

Der Kreis der Akteure hängt nach seinen Worten stark von der Ebene ab, auf der ein Konzept entwickelt wird. Wichtig ist die Unterscheidung der einzelnen Konzepte und der verschiedenen Ebenen. Ein Energienutzungsplan auf Landkreisebene hat schließlich andere Ziele und benötigt andere Akteure als ein kommunales Energiekonzept für eine kleine Gemeinde.

Während auf größerer regionaler Ebene ganzheitliche Lösungen gesucht werden und eine Vielzahl von Akteuren und Experten in

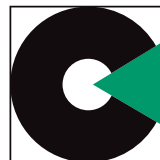
den Prozess zur Entwicklung von Maßnahmen einbezogen werden, ist es bei kommunalen Konzepten wichtig, die Bürger vor Ort mit ins Boot zu holen. Ein interkommunales Denken ist zwar auch hier notwendig, jedoch werden prioritär Maßnahmen in der betroffenen Kommune vorangetrieben.

BESTANDSAUFNAHME UND POTENZIALERMITTLUNG

Bei einem Energiekonzept werden zunächst der Bestand aufgenommen und Potenziale

COPLAN AG

Generalplaner
Architekten
Ingenieure



Für die Welt, in der wir uns zuhause fühlen.



Architektur und Konstruktion

Infrastruktur und Umwelt

Moderne Gebäudetechnik

Vermessung

Leistungsplus



Öffentliche Gebäude



Industriebau



Ingenieurbau und Infrastruktur



Umwelt und Energie

COPLAN AG

Hofmark 35
D-84307 Eggenfelden
+49 (8721) 705-0
www.coplan-ag.de
info@coplan-online.de

Berlin • Deggendorf • Dingolfing • Leipzig • Mühldorf • München • Nürnberg • Passau • Regensburg • Weiden

ermittelt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse lassen sich Maßnahmen ableiten. Überaus wichtig ist es, dass diese Schritte nach den Bedürfnissen des Auftraggebers ausgerichtet sind. Huber: „Einige Kommunen wollen keine PV-Freiflächenanlagen oder Windkraftanlagen. Andere bevorzugen KWK-Lösungen aufgrund eines vorhandenen Gasnetzes. Manchmal sind viele Landwirte in der Gemeinde, die sich dem Thema Bioenergie geöffnet haben und hier neue Wege beschreiten möchten. Nur durch Gespräche mit Gemeindevertretern und Bewohnern vor Ort lassen sich diese Erkenntnisse zu der betrachteten Region gewinnen.“

ES GIBT KEIN PATENTREZEPT

Jeder, der ein Energiekonzept in Auftrag gibt, will auch Maßnahmen umsetzen. Dazu gibt es jedoch kein Patentrezept, das sich auf alle Gemeinden umlegen lässt. Laut Huber ist zu berücksichtigen, dass bei vielen Gemeinden z. B. häufig die Finanzierung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen für Straße, Kanal, etc. im Vordergrund steht. Große bauliche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder dem Ausbau erneuerbarer Energien spielen meist eine untergeordnete Rolle.

Dazu kommt noch die Tatsache, dass es keine Verpflichtung gibt, diese Maßnahmen umzusetzen, wodurch in diesem Bereich eher Zurückhaltung vorherrscht. Noch verstärkt wird die Unsicherheit durch Änderungen der gesetzlichen Voraussetzung. Auch die oft vorrangig untersuchten Lösungen für eine Nahwärmeversorgung sind teilweise schwierig umzusetzen, da keine Anschlusspflicht für Anlieger durchgesetzt werden kann.

Wichtig bei der Einführung eines kommunalen Energiemanagements ist, dass ein Anfang gemacht wird. Die Ergebnisse aus der Datensammlung im Rahmen eines Energiekonzepts dienen dazu als Ausgangswerte. Wie Huber darlegte, sollte ein Verantwortlicher mindestens jährlich Daten über Verbrauchswerte mitgeteilt bekommen und sammeln. Der Aufbau einer Kommunikations- und Informationsstruktur sei dazu immens wichtig. Weitere Schritte zur detaillierteren Erfassung und eventuellen Einführung eines Benchmarkings können logische folgende Schritte sein. Um jeden Bürger auf die Thematik aufmerksam zu machen, sollte im Gemeinderat ein jährlicher Bericht präsentiert werden.

Ein großes Problem, selbst bei der Datenerhebung, ist teilweise die Auslastung des Verwaltungspersonals. Oft findet man bereits vorhandene Strukturen z. B. in Zweckverbänden, ILE oder sonstigen Netzwerken vor. Diese kann man möglicherweise im Energiesektor weiter ausbauen, indem ein gemeinsamer Posten geschaffen wird, der zentral für alle beteiligten Gemeinden verantwortlich ist. Ein solches Projekt wird derzeit von COPLAN innerhalb einer ILE vorangetrieben.

ARBEITSGRUPPEN

Eine weitere Möglichkeit kann die Weiterführung von Arbeitsgruppen sein, die sich eventuell innerhalb eines Energiekonzepts zusammengefunden haben. Der Bürgermeister wiederum kann durch persönliches Engagement im Themenbereich Energie als treibende Kraft wirken, wie es in einigen Energie-Kommunen bzw. Energiedörfern zu beobachten ist.



Andreas Huber.

Huber wies darauf hin, dass viele interessante Projekte und Maßnahmen oft an der Finanzierung scheitern. Einerseits lässt sich dies vermeiden, indem man zunächst auf Maßnahmen setzt, die kostengünstig umzusetzen sind. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Projekten aus einem Energiekonzept heraus. Um dabei den Überblick zu behalten, kann die Information u. a. durch externe Berater hilfreich sein.

Wichtig ist es weiterhin vor allem die Chance zu nutzen, die die dezentrale Energieerzeugung für die Kommunen bereitstellt. Die Nutzung heimischer Roh- und Reststoffe ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Hierbei ist sowohl die Strom- als auch die Wärmeerzeugung zu beachten. Der Vorteil der Wärmebereitstellung ist, dass diese direkt vor Ort verbraucht werden kann, was beim Strom nur in einem begrenzten Rahmen möglich ist. Möglichkeiten einer Beteiligung der Bürger an einer regionalen bzw. lokalen Energieerzeugung sollten dabei immer untersucht werden.

KOMMUNEN UND BÜRGER MÜSSEN SICH ENGAGIEREN

Fazit: Seitens der Bundesregierung und auch durch das Bayerische Energiekonzept wurden Vorgaben zur Energieeinsparung und zur zukünftigen Energieversorgung festgelegt, die es umzusetzen gilt. Ohne die Aktivitäten der Kommunen und vor allem der Bürger wird man die ehrgeizigen Ziele nicht erreichen können. Um eine nachhaltige Entwicklung für die Städte und Gemeinden zu gewährleisten, müssen diese ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Huber: „Erste relativ einfache Schritte beginnen bei der Kommunikation untereinander. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg weitergehen!“



**MENGENFLEXIBILITÄT
FACHEXPERTISE
RISIKOREDUKTION
MENGenausGLEICH
VERSORGUNGSSICHERHEIT**

DER BIOMETHAN-PARTNER

www.bmp-greengas.de

ANGELIKA PÖSCHL (AED-SYNERGIS GMBH) / CLAUS-PETER GRIMM (INGENIEURBÜRO ALLENERGIE):

ENERGIEBERATUNG – VON DER PLANUNG BIS ZUR KOSTENKONTROLLE

Der effiziente Umgang mit Energie ist ein wichtiger Umwelt- und Kostenfaktor in Unternehmen und Verwaltungen und hat in den vergangenen Jahren rasant an Bedeutung gewonnen. Die Möglichkeit zur Kostenersparnis und die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben geben Anlass zum Handeln.

Um Ziele wie Reduktion der Energieverbräuche, Energiekosten und Emissionen beim Betrieb kommunaler Liegenschaften möglichst im Konsens unter allen Beteiligten zu setzen, sollten relevante Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung in den Zielformulierungsprozess eingebunden werden, führten Angelika Pöschl und Claus-Peter Grimm aus. Konsensfähigkeit setze die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten voraus. Dadurch könnten viele Energieeffizienzmaßnahmen ohne

Energiemanagementsoftware. Ein externer Energiemanager unterstützt die Kommune beratend vor Ort und bei der Schaffung kommunaler Strukturen, bei der Moderation zwischen den Beteiligten und später auch bei der Erstellung der Ist-Analyse und Datenauswertung sowie bei der Maßnahmenumsetzung.

BETRIEBSOPTIMIERUNG

Als nächster Schritt folgt die „Do“-Phase.

Hier werden konkrete Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehören die Erstellung einer Ist-Analyse zur Erfassung und Bewertung der energetischen Ist-Situation für Gebäude und Anlagentechnik, die Einrichtung des Energiecontrollings, die Erstellung eines Energieberichtes und die Planung der ersten Energieeffizienzmaßnahmen. Die Einführung eines Verbrauchs-Controllings für Wärme-, Strom- und Wasserverbräuche, die Einführung eines Kosten-Controllings für Verbrauchsabrechnungen der Energieversorger und die Maßnahmenüberwachung führen zu einer effizienten Verbrauchs- und Kostenkontrolle.

Im dritten Schritt lassen sich bei kommunalen Gebäuden mit geringinvestiven Maßnahmen die größten Energieeinsparungen

im Heizungsbereich erzielen. Hier kann z.B. durch Messung des Vor- und Rücklaufs der Heizkreise im Gebäude eine Ist-Analyse durchgeführt und durch eine entsprechende Regelung eine Betriebsoptimierung erreicht werden.

REGELMÄßIGE ENERGIEBERICHTE

In der vierten Phase des Zyklus sollten Bürgermeister, Gemeinderäte und Bürger regelmäßig über die Ergebnisse informiert werden. Monatliche bzw. jährliche Energieberichte, Statistiken über kommunale Liegenschaften und Berichte über die Ergebnisse umgesetzter und geplanter Maßnahmen bilden hier die Basis.

Für das kommunale Energiemanagement bietet die AED-SYNERGIS die Beratungsleistung „ProOffice Energiecontrolling“ an. Das Angebot rund um die Einführung des Softwarepakets ProOffice Energie wird ergänzt durch die Kooperation mit der solvimus GmbH, die entsprechende Messgeräte sowie technische und fachliche Unterstützung liefert.

Die AED-SYNERGIS GmbH hat gemeinsam mit den Partnern Allenergie und solvimus GmbH ein umfangreiches Dienstleistungsportfolio rund um das Thema „Beratungsleistungen im Rahmen der Energiekampagne“ zusammengestellt.

Die AED-SYNERGIS offeriert im CAFM-Bereich mit ProOffice Energie eine Software, die Unternehmen und Kommunen bei



Claus-Peter Grimm und Angelika Pöschl.

größere Reibungsverluste umgesetzt werden. Hierbei stünden Maßnahmen mit geringen bzw. ohne Investitionen im Vordergrund.

PLAN-DO-CHECK-ACT-ZYKLUS

Beim „Energiemanagement nach DIN 50001“ geht es darum, in einem sog. Plan-Do-Check-Act-Zyklus eine kontinuierliche Verbesserung innerhalb des Unternehmens oder der Verwaltung herbeizuführen. Die Einführung eines solchen Systems ist die ideale Grundlage für ein digitales Energiecontrolling, weil hierfür die Energiedaten ständig aktuell verfügbar sein müssen.

ENERGIEMANAGER

Die wichtigsten Aufgaben in der ersten Phase des „Planens“ sind die Berufung eines Energiemanagers, die Schaffung der Organisationsstrukturen und die Investition in eine



MAGELLAN®

Geografisches Informationssystem

Unsere erprobte und ausgereifte Software unterstützt Sie, Projekte in kürzester Zeit zu realisieren.

Die Magellan® Module bieten alles, was moderne Netzbetreiber und Ingenieurbüros für die Netzdokumentation, Planung sowie Fortschreibung und Auswertung von Netzen benötigen.

Mehr Informationen: www.geoinform.de - info@geoinform.de - 0931/2 700 500



einem effizienten Energiemanagement unterstützt. Die Softwarelösung bietet umfangreiche Funktionalitäten, um Energiedaten zu erfassen, zu speichern, auszuwerten und zu präsentieren. Wichtige Aufgaben im Energiecontrolling lassen sich zentral zusammenführen. Optional können Sensoren für die Messung von Verbräuchen integriert werden. Diese liefern aktuelle Verbrauchswerte in feiner zeitlicher Auflösung und benötigen keine Ablesung vor Ort. Damit wird der Aufwand für die Ablesung minimiert und Daten können sehr detailliert in ProOffice ausgewertet werden.

ProOffice Energie ist Bestandteil einer auf Webtechnologie basierenden Lösungsplatt-

form für CAFM und Infrastrukturmanagement und kann jederzeit bedarfsgerecht funktional ausgebaut werden. Wichtige Lösungsmerkmale sind eine benutzerfreundliche Bedienung, die Nutzung auf stationären und mobilen Endgeräten sowie die zentrale Administration der Anwendung.

SCHULUNGS- UND BERATUNGSANGEBOT

Neben der Bereitstellung entsprechender Software steht ein umfangreiches Schulungs- und Beratungsangebot für die Einführung und Umsetzung eines Energiemanagementsystems zur Verfügung. Das Angebot ist jeweils abgestimmt auf KMU, Industrie und Öffentliche

Verwaltungen.

Inhalt der Beratungsleistung „Energieausweis Nichtwohngebäude“ ist im Kern die Ausstellung eines Verbrauchs- oder Bedarfsausweises. Hier erfolgt eine wesentliche Beratungsleistung durch das Ingenieurbüro für Energieberatung und Energieeffizienz, Allenergie.

Alle Beratungsleistungen sind unter www.aed-synergis.de im Bereich Dienstleistungen aufgeführt. Unter www.aed-synergis.de/aktuell/prooffice-energie/ finden Interessierte ein umfassendes Einführungspaket, das den einfachen Einstieg in das betriebliche Energiemanagement ermöglicht. ■

BERTRAM KÖLSCH / BAYWA ENERGIE DIENSTLEISTUNGS GMBH:

ERFAHRUNGEN MIT HOLZHACKSCHNITZEL-HEIZWERKEN UND DEREN BRENNSTOFFEN

Nach den Worten von Bertram Kölsch sind die Themen Klimaerwärmung, CO₂-Einsparung und Umweltschutz in aller Munde. Von den Kommunen werden eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion erwartet. „Erstellt wurden lokale Wärmekataster, Umweltkonzepte und Energiekonzepte, teilweise mit konkreten Handlungsempfehlungen. Es fehlen aber die Ressourcen zur Umsetzung.“

Häufig werde die Investitionshürde mangels Kapital oder Unsicherheit bezüglich der Maßnahmenwahl in die Zukunft geschoben. Die Folge: Kostensenkungspotenziale

und CO₂-Minderungen werden nicht realisiert. „Wir nehmen Ihnen diese Hürde!“, machte Kölsch deutlich.

ANALYSE DER KUNDENSITUATION

Die präzise Analyse der Kundensituation und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche sind Markenzeichen der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Das 100%ige Tochterunternehmen der BayWa AG bietet Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket an. Hier unterscheidet man zwischen Anlagen- und Betriebsführungs-Contracting.

Während beim Anlagen-Contracting die BayWa Anlagen zur Nutzenergielieferung plant, finanziert, errichtet und betreibt (Vertragslaufzeit ca. 10 bis 20 Jahre, fest definierter Energiepreis, BayWa trägt Investitions-, Energieeffizienz- und Instandhaltungsrisiko) übernimmt das Unternehmen beim Betriebsführungs-Contracting den Betrieb der vorhandenen Energieanlage. Hier bleibt die Anlage im Eigentum des Kunden, die BayWa

übernimmt das Energieeffizienzrisiko und es sind kürzere Vertragslaufzeiten – ab ca. 5 Jahre – möglich.

Das BayWa Contracting für Nahwärmever-sorgungen garantiert die Wärmelieferung aus Holz-Brennstoffen und anderen CO₂-armen Wärmequellen. Die Heizzentralen befinden sich außerhalb der Ortsmitte. Die Einbindung aller Kundengruppen ist möglich. Die größere Dimension der Erzeugungsanlage fördert Effizienz, Emissionsverhalten und Wirtschaftlichkeit. Sehr gut geeignet ist der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und/oder Biomasse. Der Raumbedarf für die Übergabestation beim Kunden ist minimal; es gilt, historische Gebäude CO₂-arm zu machen.

BESTE REFERENZEN

Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen. So setzt die Blumenhof-Klinik im oberbayerischen Bad Feilnbach auf Energie-Contracting der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Diese brachte die Technik der Heizanlage für rund 500.000 Euro auf den neuesten Stand, rüstete auf den Betrieb mit Holzpellets um, liefert in den nächsten 15 Jahren Wärme und kümmert sich um Betrieb und Wartung aller Anlagen. Die Holzpellets-Heizung wird künftig nur noch im Notfall auf flüssigen Brennstoff zurück-



Bertram Kölsch. ■

greifen. Herzstück der sanierten Heizzentrale ist ein Holzpellets-Kessel mit einer Leistung von 550 kW. Bei Spitzenlasten arbeiten zwei heizölbefeuerte Niedertemperaturkessel mit. Die CO₂-Einsparung beläuft sich auf 780.000 kg pro Jahr.

BEST-PRACTICE BEISPIELE

Die Gemeinde Aying in Oberbayern wiederum besitzt ein eigenes Holzhackschnitzel-Heizhaus und versorgt über ein kurzes Nahwärmenetz mehrere eigene Liegenschaften wie das Rathaus, die Feuerwehr und den Kinderhort. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH gewann im Rahmen einer Ausschreibung den Brennstoff-Lieferungs- und Betriebsführungsvertrag. Zum Einsatz kommen technisch getrocknete Hackschnitzel mit definiertem Restfeuchtegehalt. Die CO₂-Einsparung beträgt 120.000 kg im Jahr.

Das Hotel am Badersee unterhalb der Zugspitze wird vom Genossenschaftsverband Bayern e.V. als Akademie, Hotel und Restaurant geführt. Um die zukünftige Wärmeversorgung des Hotels wirtschaftlich und ökologisch sicherzustellen, wurden nicht nur neue effiziente Wärmeerzeuger eingesetzt und Unterstationen saniert. Ein Blockheizkraftwerk stellt in effizienter Kraft-Wärme-Koppelung auch elektrische Energie bereit. CO₂-Einsparung: 250.000 kg/Jahr.

MODERNE PELLET-HEIZUNG

Die ehemalige Königlich Bayerische Oberpostdirektion in Bamberg stammt noch aus Kaisers Zeiten und wurde von 1904 bis 1907 gebaut. Heute dient die Immobilie als Verwaltungsgebäude für die Unterbringung mehrerer Behörden und Institutionen. Dass die erste Heizung eine Kohlenheizung war, bringt heute den Vorteil, entsprechend hohe Heiz- und Lagerräume im Keller zu haben. Ideale bauliche Voraussetzungen also für den Einbau einer modernen Pellet-Heizung. CO₂-Einsparung: 240.000kg/Jahr.

In Parsberg (Oberpfalz) werden das Schulzentrum mit Turnhallen und Schwimmbad sowie das Krankenhaus, der Kindergarten und das Rathaus seit 2014 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,7 km. 2014 ging das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über. CO₂-Einsparung: 820.000 kg/Jahr.

In punkto Ausschreibungen riet Kölsch dazu, sich die Vorplanungskosten zu sparen und



Die bayerischen Sparkassen unterstützen die Kommunen in allen Fragen der Energiewende. Unser Bild zeigt Andrea Bastian und Günther Rödel.

auf ein „detailliertes Leistungsverzeichnis bis zur letzten Schraube“ zu verzichten. Stattdessen biete sich eine funktionale Ausschreibung an. Die Versorgungsaufgabe müsse klar beschrieben werden, zudem sei die konkrete Anlage durch den Contractor zu konzeptionieren. Sinnvoll sei es zudem, auf Restwerte oder Endchaftsregelungen zu verzichten und eine Wertung z. B. über Gesamtkosten und CO₂ zu verfassen.

FEHLER VERMEIDEN

„Vermeiden Sie Fehler“, gab Kölsch den Zuhörern mit auf den Weg. Überdimensionierung mache teuer, ebenso wenig durchdachte technische Anlagenkonzepte. Fehler-

quellen seien zudem u. a. zu lange Wärmenetze, das Schielen auf die maximale Förderung und unprofessionelle Vertragswerke. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH dagegen baue und betreibe auf eigenes Risiko.

Erfahrung und Verlässlichkeit zeichne das Unternehmen aus, so Kölsch. Da langfristige Wärmelieferungsverträge ein hohes Maß an Vertrauen erforderten, sei die BayWa mit ihrem gut ausgebildeten Personal, langjährigen Erfahrungen in der Energiebranche und der Solidität eines seit über 90 Jahren bestehenden Konzerns mit zahlreichen Referenzen die erste Adresse für maßgeschneiderte Kundenwünsche.

Der BayWa-Coach bringt Ihre Heizanlage in Form.

Wärme-Contracting: Mehr Service. Weniger Kosten.

Schon ab 1.000 m² beheizter Fläche verfügbar.

BayWa

Wir sorgen für die effiziente Wärmeversorgung Ihrer Immobilien. Als Betreiber planen, finanzieren, errichten und unterhalten wir Heizungsanlagen und liefern Wärme zum definierten Energiepreis.

Informationen unter www.baywa-edl.de und 089 9222-2841.

= Wärme-Contracting

DR. THOMAS REIF / GAßNER, GROTH, SIEDERER & COLL.:

FINANZIERUNG KOMMUNALER ENERGIEPROJEKTE

DAS BEISPIEL GEOTHERMIE HOLZKIRCHEN

Zwölf Jahre Erfahrung mit der Planung, der Umsetzung und dem Betrieb von Fernwärmeprojekten zeichnen die Rechtsanwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll (GGSC) aus. Für über 40 Geothermieprojekte wurden bereits Wirtschaftlichkeitsanalysen erstellt.

„Wir helfen Kommunen und Privatinvestoren, (erneuerbare) Energieprojekte zu initiieren und umzusetzen sowie Versorgungsunternehmen zu gründen bzw. zu betreiben. Dabei unterstützen wir in allen betriebswirtschaftlichen und unternehmensorganisatorischen Fragen sowie rechtlichen Themen und helfen bei der Projektfinanzierung und Fördermittelbeschaffung“, führte Dr. Thomas Reif aus.

Beispiel Holzkirchen: Der oberbayerische Markt plant, seine rund 16.000 Einwohner weitgehend regenerativ mit Strom und Wärme aus Geothermie zu versorgen. Auf der Basis von zwei jeweils ca. 5 km tiefen Bohrungen sollte hierzu ein Kraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 5 bis 6 MW für ca. 7.000 Haushalte errichtet werden. Die thermische Leistung der „großen Dublette“ sollte ca. 43 MW betragen.

Für dieses Projekt der Gemeindewerke Holzkirchen GmbH erstellte GGSC 2009, 2011 und 2013 komplexe Wirtschaftlichkeitsimulationen. Die erste Analyse schuf die Grundlage für die Entscheidung, weiter in die Erkundung des Untergrunds durch 3D-Seismik zu investieren. Die positiven Ergebnisse flossen in die Businessplanung Stand 2011 ein, auf deren Basis ein Bankenkonsortium die Finanzierung zusagte und der Marktgemeinderat die weitere Projektumsetzung einstimmig beschloss. Nach der Ausschreibung der Tiefbohrleistungen mit Unterstützung durch GGSC lieferten die Ergebnisse der Vergabeverfahren die Daten für die aktualisierte Wirtschaftlichkeitsanalyse 2013.

ERARBEITUNG ALTERNATIVER PROJEKTVARIANTEN

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden in Zusammenarbeit mit der Kanzlei GGSC alternative Projektvarianten erarbeitet. Der Gemeinderat Holzkirchen entschied im April 2015, den Risikokapitalbedarf durch „Schrumpfen“ des Projektes zu reduzieren

((Sammelbohrplatz, Bohrung einer „schlanken Dublette“ und vereinfachte Pumptestes ohne Fündigkeitsversicherung).

Das Versorgungsziel blieb dasselbe, jedoch können mit einer elektrischen Leistung von nunmehr ca. 3 MW lediglich rund 50 % der Stromleistung der „großen Dublette“ erzielt



Dr. Thomas Reif.

werden. Gleichwohl ist Reif zufolge eine Erweiterung möglich, da Bohrziele für eine zweite Dublette vorhanden sind. Einziger Wermutstropfen: Eine neue Finanzierungs- und Vergaberunde ist nötig.

Nach Reifs Ausführungen beträgt das Risikokapital bei „schlanker Dublette“ 11 Mio. statt 20 Mio. Euro. Daraus ergeben sich folgende Herausforderungen: In welcher Struktur sind rund 11 Mio. Euro ausreichend, um das Projekt umzusetzen? Wie erhält man

Darlehen für die zweite Bohrung? Und: Wie leistet man die nötigen Sicherheiten für den Darlehensgeber?

BELASTBARER BUSINESSPLAN

Als Big Points für Finanzierungsvoraussetzungen nannte Reif einen belastbaren Businessplan und Sicherheiten für Darlehen (hier: Anstaltsmodell). Neben der Prüfung und Beurteilung sonstiger Projektrisiken erfordere ein kommunales Projekt EU-beihilfenrechtliche Prüfung: Handelt der Staat bzw. ein staatlich beherrschtes Unternehmen bei Kapitalzuführungen, Darlehen, Sachleistungen etc. wie ein Privatinvestor unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, dann liegt keine Beihilfe vor, weil das Unternehmen nicht begünstigt wird. Es gibt keine Vorteilsgewährung. Bei der Beihilfenprüfung und bei der Finanzierung kommunaler Projekte sei der Private Investor Test (PIT) das zentrale Instrument.

Alle Unterlagen seien vor der Kreditzusage zu erstellen und bei Veränderungen im Projektlauf (z.B. Bohrkosten) anzupassen. Auszahlungsvoraussetzungen für die Fremdfinanzierung seien ab der zweiten Bohrung relevant.

FINANZIERUNGSVORAUSSETZUNGEN

Weitere Finanzierungsvoraussetzungen sind nach Reifs Darstellung unter anderem eine solvente Kommune (das Anstaltsmodell ist kein „Selbstläufer“), renommierte Projektpartner (Geologie, Technik, Wirtschaft), die Offenlegung der gesellschaftsrechtlichen Strukturen der Beteiligten und die Verpflichtung, diese im Finanzierungszeitraum nicht zu verändern, ein Fündigkeitsnachweis zur ersten Bohrung vor Darlehensauszahlung, die langfristige berg- und wasserrechtliche Genehmigung durch die zuständige Behörde (Laufzeit jeweils 50 Jahre) sowie kommunalrechtliche und sonstige Genehmigungen.

DAS EINSETZBARE KAPITAL BESTIMMT DIE PROJEKTGRÖßE

Fazit: Das „Holzkirchner Modell“ ist für alle kommunalen Energieprojekte nutzbar, das einsetzbare Eigenkapital bestimmt die Projektgröße. Das Projektkonzept sollte nach Budget, nicht nach Wunsch oder technischer Machbarkeit erstellt werden. Speziell bei der Geothermie sind Darlehen für die zweite Bohrung etc. möglich. Reif: „Der Hürdenlauf Finanzierung Energieprojekt (Struktur, Prüfungen, Verträge, Gutachten etc.) benötigt Zeit – mehr als man denkt. Aber er kann erfolgreich bestritten werden!“

SIMON WINKLER / TEAM FÜR TECHNIK GMBH:

VOM ENERGIEKONZEPT IN DER SCHUBLADE ZUM EFFEKTIVEN ENERGIEMANAGEMENT

Energiekonzepte enden aus unterschiedlichen Gründen oft in der Schublade. Das ist nicht der Sinn, aber leider Realität. Damit das nicht passiert, zeigte Simon Winkler auf, wie das Team für Technik erfolgreich an das Thema herangeht und vor allem wie mit dieser Vorgehensweise ein effektives Energiemanagement erreicht werden kann.

„Mit 6 Schritten erzielen Sie maximalen Nutzen aus Ihrem Energiekonzept und schaffen ein effektives Energiemanagement für Ihre Kommune“, betonte Winkler und ergänzte: „Diese 6 Schritte wenden wir in unserem Ingenieurbüro für Energie- und Versorgungstechnik erfolgreich an. Seit 1998 haben wir bereits unzählige Energiekonzepte entwickelt, Maßnahmen praktisch umgesetzt und so den Kunden zu hohen Einsparungen verholfen.“



Simon Winkler.

SECHS SCHRITTE ZUM EFFEKTIVEN ENERGIEMANAGEMENT

Für die Landeshauptstadt München seien beispielsweise bereits viele Projekte durchgeführt und dabei bis jetzt über 800 städtische Liegenschaften ausgewertet worden. Außerdem habe man weit über 400 Begehungen unterschiedlichster Art durchgeführt sowie ca. 4.500 mögliche Energiesparmaßnahmen und über 2.800 Realisierungsvorschläge für Energiesparmaßnahmen erarbeitet. „So viele sind es wohl, weil laut Kundenaussage das Besondere an uns Flexibilität und Innovation ist“, machte Winkler deutlich.

Als Schritte zum effektiven Energiemanagement, das Energiekosten ebenso reduzieren kann wie CO₂-Emissionen sowie sonstige Umweltbelastungen, benannte Winkler:

1. Bestandsdaten/Verbräuche
2. Benchmarking
3. Aufnahme Versorgungsstruktur
4. Energiechecks/Maßnahmenberechnung
5. Durchführung von Maßnahmen
6. Controlling

Schritt eins und auch die essenzielle Grundlage auf dem Weg zum effektiven Energiemanagement sind die Bestandsdaten und Verbräuche der Liegenschaften und sonstigen Verbraucher. Durch die gründliche Erfassung dieser Daten wird für eine lückenlose Datenbasis gesorgt, die für eine ganzheitliche Betrachtung unabdingbar ist.

Im zweiten Schritt geht man zum Benchmarking über und wertet die Einsparpotenziale aus, insbesondere für Wärme, Strom und Was-

ser sowie für die CO₂-Emissionen und die Verbrauchskosten. Benchmarkings sind wichtig, um besonders auffällige Liegenschaften zu identifizieren, die es in erster Priorität näher zu untersuchen gilt. Nur durch den internen Vergleich innerhalb der Kommune sowie den externen Vergleich mit einem sehr großen Gebäudepool außerhalb der Kommune können vergleichsweise hohe Verbräuche oder außergewöhnliche Schwankungen und Verbrauchsverläufe ermittelt werden.

VERSORGUNGSSTRUKTUR

Nach dem Benchmarking wird die Versorgungsstruktur betrachtet. Hier wird untersucht, wie die Messstellen und Zähler in den einzelnen Liegenschaften aufgebaut und verbunden sind. In einer Vor-Ort-Begehung werden Zähler, Zählernummern, die Standorte, die gezählten Bereiche, Fernauslesbarkeit und weitere Besonderheiten aufgenommen. So wird der Ist-Zustand genau erfasst und schnell ersichtlich, wo Optimierungspotenziale liegen und Prioritäten gesetzt werden können.

Als nächstes geht es mit den Energiechecks und den Maßnahmenberechnungen in die Details. Es gilt, vor Ort alle energetischen

Energieberatung
Von der Planung bis zur Kostenkontrolle

AED:SYNERGIS

- Audits
- Planung
- Aufbereitung
- Dokumentation
- Energieziele
- Aktionsplan
- Ressourcen
- Kommunikation
- Ablaufsteuerung
- Gesetzliche Vorschriften
- Verbesserungsmaßnahmen
- Energiemanagementprogramm
- Einhaltung Rechtsvorschriften
- Vorbeugungsmaßnahmen
- Sensibilisierung
- Überwachung
- Management-Review
- Datenerfassung
- Strukturierung
- Messung
- Training

Schwachstellen der Bauphysik, der Anlagentechnik, der Beleuchtung, der Sanitärtechnik oder der elektrischen Geräte zu prüfen. Die Frage ist: Wo kann eingespart werden und welche Maßnahmen sind möglich? Auf dieser Grundlage lassen Sie sich dann am besten Realisierungsvorschläge für Energiesparmaßnahmen mit fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellen.

Nach der Erstellung der Konzepte geht es an die Durchführung der Maßnahmen. Häufig ist es allerdings so, dass Konzepte separat vergeben werden und die anschließende Umsetzung aus Gründen der Zeit, des Know-hows oder der Kapazitäten meist viel zu lang aufgeschoben wird. Team für Technik empfiehlt eine

zeitnahe Umsetzung und so auch schnellstmögliche Einsparung. „Für die Einsparung der Verbräuche sind zum Beispiel auch Energiesparkampagnen hilfreich, mit denen wir sehr gute Erfahrungen gemacht haben“, so Winkler. Die Schüler des Landkreises Erding hätten sogar den deutschen Klimapreis der Allianz Umweltstiftung gewonnen.

Nachdem auch die Maßnahmen umgesetzt sind, folgt das Controlling. Folgende Punkte sind zu beachten: Analyse der Energieverbrauchsdaten und -kosten, Überwachung der Grenzwerte, Witterungsbereinigung, Periodenvergleiche, Standort- oder Gebäudekategorie-Benchmarking, Trendanalyse, Entwicklung von Optimierungsmaßnahmen zur Senkung

des Energieverbrauchs, der CO₂-Emissionen und der Kosten, Erstellung von Energieberichten und die Erfolgskontrolle der durchgeführten Maßnahmen.

Zur Erleichterung der umfangreichen täglichen Arbeit hat Team für Technik ein Energiemonitoring-Tool für Kommunen „KEM-Tool“ entwickelt. Es ermöglicht einen sehr guten Überblick über die Energieverbrauchsentwicklungen in der Kommune und ist auch als internes Controlling-Instrument verwendbar. Weiterhin hilft es bei der Planung und dem Controlling von Energieeinsparmaßnahmen. Kontakt: eberl@tftgmbh.de

Projektbeispiele: www.tftgmbh.de/Projekte/Energieconsulting

MARTIN REH / WIRE UMWELTECHNIK GMBH:

DIE KOMMUNALE NUTZUNGSVEREINBARUNG

MÖGLICHE FINANZIERUNGS- UND BETRIEBSFORM FÜR DIE STRAßENBELEUCHTUNG

In den vergangenen Jahren hat sich der Einsatz von LED in der kommunalen Straßenbeleuchtung deutlich erhöht. Dennoch besteht in vielen deutschen Kommunen teils erheblicher Umrüstungsbedarf. Doch wie können die dafür erforderlichen Investitionen noch sinnvoller eingesetzt werden? WiRE Umwelttechnik bietet jetzt die Lösung, wie Martin Reh darlegte.

Nicht nur technische, sondern auch organisatorische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen, speziell bei der konkreten Gestaltung von Abwicklungsprozessen, beeinträchtigen in vielen Kommunen die Modernisierung der Straßenbeleuchtung. Mit der Kommunalen Nutzungsvereinbarung bietet WiRE Umwelttechnik jetzt ein wichtiges Modell, eigene Investitionen durch mehr Liquiditätsschonung zu optimieren. Mit einem Doppelleffekt: Während Gemeinden durch mehr Liquidität das Geld in andere kommunale Vorhaben, wie bspw. Kindergärten, investieren, rentieren sich die über einen flexiblen und individuellen Dienstleistungsvertrag (KNV) bereitgestellten LED Leuchten meist direkt nach dem Umbau über die gesenkten Energiekosten. Mit einem Return on Investment, je nach individueller Ausgangslage, oft schon im ersten Monat.

Als Fallstricke bei der Sanierung der Straßenbeleuchtung nannte Reh unter anderem die Aufschiebung der Beschaffungsmaßnahme, wodurch Energie- und Betriebskosten stiegen, zudem die unzulässige Verlängerung bestehender Verträge aufgrund Missachtung des Grundsatzes zur öffentlichen Ausschreibung, eine fehlerhafte Leistungs- und Pflichtenbe-

schreibung, die falsche Wahl und Bewertung der Vergabekriterien sowie Rüge und Aufhebung.



Martin Reh.

Als Gründe und Einflüsse führte Reh u. a. eine unklare Ausgangssituation (z.B. Eigentums- und Vertragslage) ebenso an wie keine verlässliche Bestimmung der Soll-Situation mangels Benchmarks und WiBe, kein Markt-, Produkt-, Leistungs- und Prozess-Überblick, keine eigenen Erfahrungen sowie die Übernahme fehlerhafter Leistungsverzeichnisse.

Als Finanzierungsmöglichkeit bietet WIRE Umwelttechnik die Kommunale Nutzungsvereinbarung an, die Vorteile bietet:

- Dienstleistungsvertrag: öAG und Dienstleister/Bietergemeinschaft
- Öffentliche Ausschreibung oder offenes Verfahren als Grundlage
- Sanierung, Installation/Montage, Betrieb und Service (Instandhaltung, Wartung)
- Energiebezug, Lichtsteuerung und Internetzugang (Bürger-Internet über Hotspots) möglich
- Unterstützung durch Ausschreibungs-Experten meist günstiger als HOAI
- Keine Netto-Neuerschuldung, auch bei „Schuldenbremse“ möglich; sofortiger positiver ROI und Kostensenkung ab erstem Monat/Quartal
- Anderweitige Verwendung eingesparter Haushaltsmittel möglich
- Nutzungsrate klar kalkulierbar und konstant über die gesamte Laufzeit
- Unterschiedliche Laufzeiten möglich (in der Regel 10 Jahre)
- Vertragsverlängerung, Kauf oder Rückgabe am Ende der Grundmietzeit
- Rundum-Sorglos-Paket durch verlängerte Gewährleistung
- Positive monetäre und öffentlichkeitswirksame Effekte (Image).

Wie Reh zudem ausführte, ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben seit April 2015 kein Ersatz durch energieineffiziente Leuchten

FRANZ SEDLMEIER UND THORSTEN FIEDEL / LÜFTUNGSREINIGUNGSSERVICE LRS:

WOHNRAUMLÜFTUNG IM VERGLEICH ZUR ABLUFTANLAGE IN FENSTERLOSEN RÄUMEN

Die EnEV 2014 schreibt eine dauerhaft luftundurchlässige Gebäudehülle vor, fordert aber gleichermaßen einen ausreichenden Luftwechsel aus Gründen der Hygiene und der Begrenzung der Raumluftfeuchte. Ferner fordert die DIN 1946 T.6 für neu zu errichtende oder zu modernisierende Gebäude mit Lüftungstechnik relevanten Änderungen ein Lüftungskonzept. Hierbei wird die Notwendigkeit von Lüftungstechnischen Maßnahmen untersucht und die Auswahl des Lüftungssystems durchgeführt, erklärte Franz Sedlmeier.

Die moderne Bauweise, durch immer dichter werdende Gebäude, lässt eine kontrollierte Wohnungslüftung in aller Regel zur Pflicht werden und sie hat zahlreiche Aufgaben. Sie sorgt für den notwendigen Mindestluftwechsel und schützt damit Bausubstanz sowie die Gesundheit der Bewohner gleichermaßen.

Aufgaben der Lüftungsanlage:

1. Schutz der Bausubstanz, durch Abtransport der Feuchtigkeit in der Raumluft und den Bauteilen.
2. Gesundheit der Bewohner, durch Beseitigung von Gerüchen, Staub und Schadstoffen von Ausdünstungen durch Einrichtungsgegenstände.
3. Den Energiebedarf des Gebäudes senken, bei Anlagen mit Wärmerückgewinnung.
4. Für Behaglichkeit und Komfort sorgen, z.B. Lüftung in verkehrsreichen Wohnlagen ohne Lärmbelästigung möglich. Für gesund-

heitlich anfällige Personen und Allergiker, Filterung von Pollen und Keimen.

ENEV 2014 – LÜFTUNGSSYSTEME

Die nach EnEV 2014 notwendige Lüftungstechnik kann durch verschiedene Lüftungssysteme erfüllt werden. Je nach Planung und technischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten können die nachfolgenden Lüftungssysteme verwendet werden:

- Bedarfsgeführte zentrale Abluftanlage – Zuluftnachströmung durch geeignete und nach DIN 1946 T.6 ausgelegte Außenluftnachströmöffnungen.
- Bedarfsgeführte dezentrale Abluftanlage – Zuluftnachströmung durch geeignete und nach DIN 1946 T.6 ausgelegte Außenluftnachströmöffnungen.
- Kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung. Zu- und Abluftförderung durch zentrales oder dezentrales Lüftungsgerät mit Wärmetauscher

Werden für besondere Räume je Nutzungs-

einheit aus anderen Gründen dauernd wirksame Abluftvolumenströme gefordert, z.B. für die Lüftung von fensterlosen Räumen nach DIN 18017 T.3, kann dies als Lüftungstechni-



Thorsten Fiedel.

sche Maßnahme ausreichend sein, wenn der Luftvolumenstrom zum Feuchtschutz erreicht wird und alle Räume der Nutzungseinheit hinreichend gleichmäßig durchströmt werden.

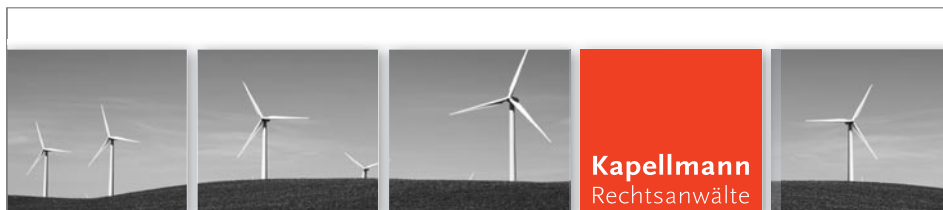
Das erforderliche oder notwendige Lüftungssystem, je nach Anforderungen und Möglichkeiten des Gebäudes bzw. des Nutzers, ist mit einem Fachmann zu besprechen. Eine jährliche Wartung der Lüftungsanlage sichert einen dauerhaften hygienischen Betrieb.

Kontakt: www.l-r-service.de

(HQL) mehr gestattet. Bereits jetzt sei eine starke Zunahme bei der Nachfrage zu verzeichnen, weshalb Interessenten sich jetzt günstige Preise und Belieferung sichern sollten.

AUSSCHREIBUNGSPFLICHT

In der Regel bestehe Ausschreibungspflicht, auch bei Umrüstung. Dies gelte auch bei eigenen Stadt-/Gemeindewerken, ebenso bei bereits bestehenden Verträgen mit z. B. Stromanbietern. Ausschreibungen sollten rügesicher durchgeführt werden; andernfalls könne es sehr teuer werden. Reh riet dazu, sich unbedingt von einem Fachbüro für öffentliche Ausschreibungen unterstützen zu lassen. Sein Appell: „Reduzieren Sie in Ihrer Kommune über eine Kommunale Nutzungsvereinbarung mehr als die Hälfte ihrer Energiekosten durch den Einsatz effizienter LED-Leuchtmittel und ermöglichen Sie durch mehr Liquidität mehr Investitionen in andere wichtige Vorhaben!“



Neue Energieprojekte - Rundum gut beraten

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB
Josephspitalstrasse 15 | 80331 München
Tel. 089 242168-0 | m@kapellmann.de

kapellmann.de

FLORIAN SCHROLL / ENERPIPE GMBH:

EFFEKTIVE NAHWÄRMENETZE UND NAHWÄRMEPUFFERSPEICHERSYSTEME

Als einziger Hersteller auf dem Markt bietet Enerpipe alle essentiellen Komponenten für Nah- und Fernwärmenetze, von der Erzeuger- bis zur Verbraucherseite. Das Komplettangebot reicht von hochgedämmten Rohrsystemen sowie effizienter Steuerung der Übergabestation mit intelligenter Heizhaus-Steuertechnik bis hin zur richtigen Pufferspeichertechnik.

Auf Wunsch wird nach den Ausführungen von Florian Schroll jedes Projekt umfassend betreut, von der Erstberatung über den Bauprozess bis hin zur Inbetriebnahme des Wärmenetzes und der zuverlässigen Wärmelieferung. Um ein perfektes Zusammenspiel und damit höchste Effizienz zu erzielen, werden alle Systemkomponenten dem individuellen Bedarf entsprechend zusammengestellt. Mit der Power-to-Heat Regelheizung von Enerpipe gelingt es, Schwankungen im Netz schnell und effektiv auszugleichen. Durch das optimierte Design erzielt der Anlagenbetreiber mehr Sicherheit, mehr Energie und mehr Erlös.

POTENZIALANALYSE

Wie eine Potenzialanalyse gezeigt hat, ist Power-to-Heat eine kostengünstige Technologie, die für die Energiewende viele Vorteile bietet. Power-to-Heat kann nicht nur Strom aus Erneuerbaren Energien, der sonst abgeregelt werden würde, für den Wärmesektor nutzen, sondern auch dem Strommarkt zusätzliche Flexibilität bieten – durch die Bereitstellung von Regenergie und den Einsatz in Zeiten negativer Strompreise.

KUNDENNÄHE UND ZAHLREICHE POSITIVE REFERENZEN

Durch die Kundennähe in den Bereichen Biogasanlagen und Wärmenetze hat Enerpipe das Programm EnerHEAT entwickelt und kann durch eine hohe Anzahl von im Betrieb befindlichen Anlagen beweisen, dass die Produkte dem Einsatzzweck gerecht und von den Kunden wirtschaftlich betrieben werden.

Die „EnerHEAT „P4H“ und „P4I“ sind PTH-Anlagen, die Strom, der derzeit keine andere sinnvolle Verwendung findet, in warmes Heizungswasser umwandeln. Ein Heizstab erwärmt das Wärmeträgermedium auf Wunschtemperatur und wird zur weiteren Verwendung ins Heizsystem gegeben. Die integrierte SPS (Speicherprogrammierbare

Steuerung) sorgt für eine optimale Balance der technischen Bauteile. Ebenfalls sorgt die SPS für die Koordination der umgebenden Technik (z.B. Pufferladung, übergeordnete Steuerung oder Kommunikation zum Direktvermarkter).



Florian Schroll.

Eine stufenlose Leistungsaufnahme von 0 - 9 KW „P4H“ oder 0 -100KW „P4I“ und die ausgeglichene Hydraulik sorgen für einen harmonischen Betrieb. Die „P4H“ und „P4I“ glänzen durch eine webbasierende, ortsunabhängige Steuerung. Enerpipe betrachtet das Produkt als zukunftsorientierte SmartGrid Komponente. Durch die offenen Schnittstellen ist die Anlage nahezu für alle Anforderungen bereit.

Wie Schroll weiter ausführte, sind die richtige Auslegung und der effiziente Einsatz von Pufferspeichern von essenzieller Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Heizungsanlagen. Insbesondere in Nahwärmenetzen entscheidet unter anderem die richtige Pufferspeichertechnik darüber, wie sparsam die Gesamtanlage arbeitet.

MODERNE PUFFERSPEICHERTECHNIK

Fehler können hier fatale Folgen haben und die Heizkosten in die Höhe treiben. Mit moderner Pufferspeichertechnik dagegen kann der Wärmeverlust im Nahwärmenetz drastisch reduziert und so die Effizienz der Gesamtanlage deutlich erhöht werden. Mit den neuen dezentralen Pufferspeichersystemen von Enerpipe lässt sich der Wärmeverlust in Nahwärmenetzen deutlich reduzieren. Werden die dezentralen Pufferspeicher bei den einzelnen Abnehmern installiert, kann die Betriebstemperatur des Gesamtnetzes heruntergefahren werden. Für die Brauchwasserbereitstellung müssen die dezentralen Pufferspeicher im Sommer nur einmal täglich bzw. je nach Auslegung auch erst nach mehreren Tagen aufgeladen werden. So kann der Wärmeverlust im Netz um bis zu 40 % reduziert werden – bei gleichbleibender Leistung und Komfort.

HOHE ENERGIEVERLUSTE WERDEN VERMIEDEN

Die meisten Nahwärmenetze verfügen lediglich über einen zentralen Pufferspeicher in der Heizzentrale, weshalb die Betriebstemperatur im gesamten Netz hochgehalten werden muss, um eine komfortable Wärme- und Warmwasserversorgung zu gewährleisten. Vor allem im Sommer gehen so bis zu 80 Prozent der Energie verloren. Genau diese Schwachstelle hat Enerpipe durch die Entwicklung der dezentralen Pufferspeicher speziell für Nahwärmesysteme behoben.

Die Vorteile der neuen Technik liegen auf der Hand. Dank deutlich geringeren Wärmeverlusten im Netz kann wertvolle Energie gespart werden. Zudem zeichnen sich die Pufferspeicher durch hohe Qualität und lange Lebensdauer aus, sind einfach zu montieren und KfW-förderfähig.

DR. JESSICA LE BRIS / GREEN CITY PROJEKT GMBH:

E-MOBILITÄT NEU GEDACHT – EIN LÖSUNGSANSATZ FÜR KOMMUNEN

Eine Nischenlösung und gleichzeitig den Gegenpol zu den Entwicklungspfaden der Automobilwelt stellt nach den Worten von Dr. Jessica Le Bris das Projekt Adaptive City Mobility (ACM) dar, dessen Ziel es ist, mittels eines neuen e-Mobilitäts-Systems Elektromobilität effizient und kostengünstig zu machen und zugleich den Fahrzeugbestand in Städten zu reduzieren.

Green City Projekt ist verantwortlich für die Realisierung, Durchführung und Steuerung des Flottentests, inklusive der Schaffung der regulativen, ordnungspolitischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für den innerstädtischen Einsatz, der Entwicklung des finalen Betreibermodells und zuständig für die öffentlichkeitswirksame Bekanntmachung und Implementierung des Projekts an verschiedenen Standorten weltweit.

Adaptive City Mobility ist ein gemeinschaftliches Projekt des Förderprogramms IKT für Elektromobilität III und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt. Im Sommer 2015 wurde es zum Leuchtturmprojekt der Bundesregierung gekürt. Ab 2017 geht ACM mit seinen drei technologischen Innovationen Fahrzeug, Akkuwechsel und IKT-Vernetzung in den Praxistest. Schauplatz des Feldtests ist die bayerische Landeshauptstadt München.

WENIGER IST MEHR

Dabei basiert ACM auf einem völlig neuen Grundgedanken, wie der Mensch zukünftig seine Mobilität gestaltet: Unter dem Motto „Less is More“ verlässt es die etablierten Pfade der Automobilindustrie. Das CITY eTAXI spielt in der Fahrzeugklasse der Leichtgewichte (L7e) und zielt auf die weltweit neu entstehende Nische urbaner und elektrifizierter Leichtbaufahrzeuge im Feld zwischen Pkw und Zweiradfahrzeugen. Dazu macht das unverwechselbare Design mit drei Sitzen, dem sogenannten „Backpack“ als Kofferraum und durchgängigen Plexi-Glastüren das Vehikel zu einem wahren Raumwunder und schafft ein neues und einzigartiges Fahrerlebnis.

Adaptive City Mobility darf dabei keinesfalls nur auf die Entwicklung eines neuen Fahrzeugkonzepts reduziert werden. Das CITY eTAXI ist viel mehr als das – es ist elementarer Baustein einer völlig neuen Systemlösung im Feld der Elektromobilität. In diesem System bilden die Fahrzeuge mit

manuell bedienbarem Batteriewechselsystem, die dazugehörigen Akkuwechselstationen, Betreiber, Energieversorger und Endnutzer zusammen ein eigenständig funktionierendes elektromobiles Gesamtnetzwerk, das über moderne Informations- und Kommunika-



Dr. Jessica Le Bris.

tionstechnologien verknüpft ist und durch die Integration von erneuerbaren Energien emissionsfreie Mobilität ermöglicht.

GESCHÄFTSMODELL

Das dahinterstehende Geschäftsmodell basiert dazu auf vielen verschiedenen Einnahmequellen wie Fahrtenvermittlung, Energieverkauf, digitaler Werbesteuerung und Batterieleasing. Zusammen mit den technologischen Innovationen schlägt das Projekt zugleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: Die Gesamtbetriebskosten, auch Total Cost of Ownership (TCO) genannt, können stark reduziert werden, so dass Elektromobilität nicht mehr länger teuer und exklusiv sein muss. Dabei können die Fahrzeuge maximal ausgelastet werden, da unwirtschaftliche und unkomfortable Ladezeiten entfallen. Dies freut nicht nur Flottenbetreiber, sondern auch Städte, denen der sogenannte ruhende Verkehr wertvollen Platz wegnimmt.

UNABHÄNGIG VON LADEINFRASTRUKTUREN

Als autarkes eMobility-Gesamtsystem bietet ACM schließlich Kommunen, Unternehmen und Bürgern eine einfach umsetzbare Möglichkeit, elektromobil unterwegs zu sein und dies unabhängig von Ladesäuleninfra-



 Fontin & Company

Erneuerbare Projekte und Assets – Euphorie oder Frust?

- Große Veränderungen des Marktes sind im Gange und ziehen ein erhöhtes Risiko nach sich
- Die Planung und Entscheidung über Investitionen und operative Anpassungen müssen besonders gut überlegt sein

Wir bieten ein **unabhängiges Audit als Optimierungsmaßnahme** für verschiedene Phasen des Projektlebenszyklus

Fontin & Company GmbH, Karlstraße 19, 80333 München
+49 (89) 286 888 0 – info@fontin.com – www.fontin.com/ee-audit

strukturen und öffentlichen Subventionen. Wie Le Bris erläuterte, kann man ACM auch als einen Ansatz zur Lösung des Henne-Ei-Problems bezeichnen: „Derzeit heißt es immer seitens der Kommunen, wir investieren noch nicht großflächig in Infrastrukturen, da ja noch niemand Elektrofahrzeuge fährt. Auf der anderen Seite heißt es von den Anwendern „Nein, wir kaufen uns noch kein Elektroauto, da a) zu teuer und vor allem b) es gibt ja noch keine Infrastruktur.“ Das ACM-

Projekt bringe nun seine eigene Infrastruktur mit und funktioniere damit losgelöst von Diskussionen zu den hohen Investitionskosten der Elektromobilität – eben als autarkes System.

Beteiligte Partner des Projekts sind Ametrarentconcept, das Batteriemontagezentrum BMZ, Eurodesign, Fraunhofer ESK, Green City Projekt, PEM/RWTH Aachen, Roding Automobile, Siemens, Streetscooter und Weiss

Plastik. Zur Entwicklung beigetragen haben zudem namenhafte Persönlichkeiten mit führenden Positionen im Projekt wie Prof. Dipl.-Ing. Johann Tomforde, Ex-CEO von Smart, Prof. Peter Naumann, Fahrzeugdesigner von der Hochschule München, Prof. Dr.-Ing. Achim Kampker, Produktionsexperte im Bereich der Elektromobilität, Rauno Andreas Fuchs, Experte für urbane und klimafreundliche Mobilität und Paul Leibold als Initiator und Macher des Projekts. ■

MATTHIAS SCHMIDT / PHILIPS LIGHTING GMBH:

INTELLIGENTE STRAßENBELEUCHTUNG

Die digitale Revolution eröffnet völlig neue Möglichkeiten. Dinge werden vernetzt und smart, Daten werden gemessen, ermittelt und gesammelt und die Realität wird virtuell abgebildet. "Das Internet der Dinge macht aus herkömmlichen Straßenlaternen smarte Lichtsysteme", betonte Matthias Schmidt.

Philips Lighting bringt intelligent vernetzte Straßenbeleuchtung in die Städte. Dank der mit SIM-Karten ausgestatteten Laternen können Städte künftig bis zu 40 Prozent Energie sparen. Denn die Straßenbeleuchtung „weiß“, wie hell und wie lange sie leuchten soll: Die benötigte Lichtmenge wird entsprechend der Helligkeit angepasst. Eine zuverlässige drahtlose Vernetzung verbindet Straßenlaternen mit Sensoren und Managementsystemen.

Echtzeitinformationen zeigen dem Betreiber, wie viel Energie die Straßenleuchten verbrauchen und ob Reparaturen notwendig sind. Die Ursachen von Ausfällen können exakt nachverfolgt und die Leuchten effizient und effektiv gewartet werden. Auf diese Weise können Städte Kosten und Zeit sparen sowie die Umwelt schonen.



Matthias Schmidt. ■

In Siegburg im Rhein-Sieg-Kreis ist modernes Lichtdaten-Management bereits Wirklichkeit. Die Stadt gilt als ein Musterbeispiel für modernstes Lichtmanagement im öffentlichen Raum. Auslöser war eine Bestandsaufnahme zum Austausch ineffizienter Leuchten. Neben der Erfassung der auszutauschenden Leuchten ergab sie auch eine sehr heterogene Beleuchtungsinfrastruktur mit unterschiedlichen Masten, Auslegern und Leuchten. Zudem waren die Möglichkeiten, Betriebsdaten und Informationen zum Zustand der einzelnen Lichtpunkte transparent zu generieren und flexibel weiterzugeben, begrenzt.

Für die Siegburger Straßenbeleuchtung sollte deshalb ein modernes Datenmanagement eingerichtet werden, das alle Arbeitsabläufe und Geschäftsprozesse erfasst und übersichtlich darstellt. Auf Basis dieser Daten sollten Entscheidungen künftig schneller und besser getroffen werden können. Die beste Grundlage dazu bot das webbasierte Beleuchtungssteuerungs- und Lichtmanagementsystem CityTouch von Philips mit seiner workflow app und connect app. In Kombination mit modernen LED-Leuchten und konventionellen Bestandsleuchten entstand eine Lichtlösung, die weltweit derzeit einzigartig ist. Rund 4.200 Leuchten über das gesamte Stadtgebiet verteilt sorgen nun in Siegburg für Licht.

2.185 der ineffizienten Hochdruck-Quecksilberdampf-Leuchtenköpfe wurden gegen energiesparende Philips Luma LED-Leuchten sowie 150 CityTouch-Ready-Leuchten ausgetauscht. Dabei handelt es sich um intelligente,

fernsteuerbare Philips Leuchten, die sich einfach per automatischer GPS-Lokalisierung, Kommissionierung und Datenübertragung in die bestehende Lichtinfrastruktur des CityTouch-Systems einfügen lassen. Dadurch wurden die Energiekosten und CO₂-Emissionen um die Hälfte reduziert.

Durch diese Einsparungen kann sich Siegburg durchgängig eine einheitliche, moderne Beleuchtung leisten. Durch die Vernetzung behalten sowohl die Stadtverwaltung als auch der Betreiber alle lichtrelevanten Daten übersichtlich im Blick und können jederzeit von verschiedenen Orten auf sie zugreifen. Die Angaben bieten eine verlässliche Grundlage für alle Entscheidungen, sei es zur Reduzierung des Energieverbrauchs, zu Investitionsplanungen oder zu Wartungszyklen. Überdies lässt das neue System alle Möglichkeiten der Vorprogrammierung von Ein- und Ausschaltzeiten, Lichtintensität und Dimm-Stufen zu.

Mit CityTouch können alle Abfragen gezielt und individuell generiert werden. Die Stadt Siegburg kann dabei über die Suchfunktion detailliert alle Daten abrufen, Abfragen durchführen und speichern, Betriebsmittel sortieren und auswählen bis hin zur genauen Auswertung. Mit dem internetbasierten Softwareservice haben alle angemeldeten Nutzer Zugriff auf die gleichen Daten und können parallel daran arbeiten. So sind auch Störungen und deren Bearbeitungsstand sofort sichtbar.

Außerdem ist es mit CityTouch jetzt erstmalig möglich, Typenkataloge anzulegen, mit denen sich Betriebsmittel einfach auswählen und den einzelnen Lichtpunkten zuordnen lassen. Eine Massenerfassung ist sehr schnell und einfach möglich. Wartungsmaßnahmen wie der Leuchtmittelwechsel sind ebenso einfach zu planen. ■

CHRISTIAN STETTNER / SÜDWÄRME AG:

CONTRACTING IN KOMMUNEN

VORGEHENSWEISE, PLANUNG UND ERFOLGREICHE UMSETZUNG

Laut Christian Stettner (Technischer Vertrieb) liefert ein Contractor das „fertige“ Produkt Wärme/Strom. Er plant, baut, finanziert und betreibt speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Vor dem Hintergrund, dass ein erheblicher Sanierungsstau in den Liegenschaften (Heizräumen) besteht, die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden ist sowie ganzheitliche und zukunftsweisende Studien erstellt werden, ist Contracting eine Lösungsmöglichkeit, erklärte Stettner.

VORTEILE FÜR KOMMUNEN

Vorteile für die Kommunen sind die Reduzierung des Sanierungsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows



Christian Stettner.

sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem ist keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Auch kann durch die Bündelung der Einkaufsmengen der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Verfahrensschritte einer Ausschreibung sind die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungsphase sowie die Angebots- und An-

nahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe und Schnittstellen werden ebenso exakt definiert wie Eignungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote.

DISKRIMINIERUNGSFREIE BESICHTIGUNGSMÖGLICHKEIT

Mit der Bekanntmachungsphase ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Besichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Angebotsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nichtberücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert. Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden.

Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren Leistungs-

und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabeverfahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden wie VFW, CIB oder dena.

Am Praxisbeispiel eines Seniorenheims (Laufzeit des Contractingvertrages 15 Jahre; technisches Konzept frei wählbar; definierter Energiebedarf Heizlast: ca. 330 kW; Wärmebedarf: ca. 750.000 kWh; Strombedarf: ca. 330.000 kWh) zeigte Stettner mögliche Anlagenvarianten der Neuanlage und die Vorteile des umgesetzten Konzepts auf. Dazu zählen:

- Keine eigenen Investitionen in die Energieerzeugungsanlage (Entlastung des Vermögenshaushalts; mehr liquide Mittel für andere öffentliche Aufgaben)
- Einbindung externen Know-hows für den optimalen Betrieb der Anlage
- Sichere Haushaltsplanung durch feststehenden, transparenten Wärmepreis (keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur oder gar Anlagenerneuerung erforderlich)
- Brennstoffkosten werden durch Kapital und Know-how ersetzt
- Gesetzesvorgaben erfüllt (Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich – EEWärmeG).



Intelligentes Energiemanagement für Ihre Gemeinde.

- Machbarkeitsstudie
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Projektbegleitung

Wir sorgen für die zukunftsfähige Energieversorgung Ihrer Kommune!

ratioplan
Wärme intelligent planen

Wellheimer Straße 34 | 79491 Dollnstein
T +49 (0) 8422/9977-0 | www.ratioplan.bayern

SASCHA EMIG / RATIO THERM SOLAR + HEIZUNGSTECHNIK GMBH & CO. KG:

KALTE NAHWÄRMENETZE ALS INTELLIGENTES WÄRMEVERSORGUNGSKONZEPT

Die moderne Entwicklung im Heizungsbau ist zunehmend davon abhängig, wie gut es gelingt, alternative Energiequellen (z.B. Sonne und Holz) optimal zu nutzen und zusätzlich den Wirkungsgrad klassischer Wärmeerzeuger zu verbessern. Ein zukunftssicheres System vereint die Vorteile unterschiedlicher Wärmeerzeuger, indem jegliche Art von Wärme zweckorientiert eingesetzt wird.

Von etwa 20 Mio. installierten Heizungsanlagen entsprechen nur ca. 25 % dem Stand der Technik, erläuterte Sascha Emig. Das bislang ungenutzte Potenzial liegt nicht in der Energiegewinnung, sondern in der intelligenten Speicherung und sinnvollen Verteilung von Wärme. Eine Kombination aus KWK-Anlagen und erneuerbarer Energien passe hervorragend zu den Anforderungen der Wärmewende. Ohne Fern-/Nahwärmestruktur sei eine Wärmewende realistisch nicht erreichbar. Der renommierte Speicherspezialist ratiotherm hat diese Entwicklung vorhergesehen und erweitert mit ratio plan sein Leistungsportfolio. Neben innovativen Qualitätsprodukten werden nunmehr auch umfassende Wärmekonzepte angeboten. Besonders interessant sind „kalte“ Nahwärmenetze.

Das Besondere ist die kombinierte Nutzung von Strom und Wärme aus unterschiedlichen, regenerativen Energiequellen, wie z.B. einer Photovoltaik- bzw. Solarthermie-Anlage oder einer Wärmepumpe (Wasser, Erde, Luft). Damit werden gezielt zwei zentrale Nachteile klassischer Nahwärmeversorgung ausgeglichen: Zum einen die Vermeidung relativ hoher Leitungsverluste aufgrund starker Temperaturdifferenzen. Zum anderen sind die angeschlossenen Haushalte nicht mehr nur Verbraucher, sondern können selbständig bei Bedarf ihre überschüssig erzeugte Wärme nutzen.

Auch profitieren die eingebundenen Haushalte vom Wegfall der Anschaffungskosten für eine eigene Heizanlage. Und letztendlich sind alle Beteiligten nicht mehr dem unkalkulierbaren Risiko steigender Energiepreise ausgesetzt, denn Grundwasser und Sonnenstunden sind immer ausreichend vorhanden. Innerhalb eines kompletten nachhaltigen Wärmekonzepts liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der intelligenten Steuerung des gesamten Energieversorgungsnetzes, wodurch die Wärmeerzeugung auf die Speicherkapazität und den Wärmebedarf optimal angepasst wird.

Ein enormes Nachfragepotential für intelli-

gente Nahwärmenetze sieht ratiotherm gerade bei kleineren Kommunen und Gewerbegebieten, die ihren Anschlussnehmern eine zukunftsorientierte, klimafreundliche und finanzierbare Wärmeversorgung anbieten wollen. In der oberbayerischen Gemeinde Dollnstein im Altmühltal ist das Zukunftsszenario einer verantwortungsvollen, ökologisch sensiblen kommunalen Energieversorgung heute bereits erfolgreich gelebte Realität: Eine intelligente



Sascha Emig.

Wärmeversorgung durch ein Nahwärmenetz, das nur die Wärme liefert, die auch tatsächlich in den Haushalten und Gemeindegebäuden gebraucht wird.

Die Konzeption für die intelligente Wärmenutzung in Dollnstein lieferte der ortsansässige Energiespezialist ratiotherm mit seiner Idee, die über das ganze Jahr konstante Temperatur des Grundwassers im Altmühltal als primäre Energiequelle nutzbar zu machen. Auf dieser Basis wurde ein „kaltes“ Wärmenetz entwickelt, das die unterschiedlichen Komponenten zur Energiebereitstellung wie Sonne, Grundwasser, Blockheizkraftwerk und Gas (für die Spitzenlastabdeckung) stets bedarfsgerecht und klimaschonend aufeinander abstimmt. Hier-

bei wird in den Sommermonaten Mai bis Oktober (September) auf eine Netztemperatur zwischen 25 und 30 °C abgesenkt und die niedrigere Sommerheizlast zu 100 % über eine Solarthermie-Kombination abgedeckt. So werden hohe Netzverluste in den Sommermonaten deutlich verringert. Diese äußerst energieeffiziente Variante wäre in einem bisher zumeist umgesetzten „warmen Netz“ nicht möglich.

Die Effizienzwerte können sich sehen lassen: Im ersten Betriebsjahr des Nahwärmenetzes konnte die Gemeinde ihren CO₂-Ausstoß um 70 % reduzieren – die staatliche Vorgabe bis 2025 liegt gerade einmal bei 30 %. Insgesamt muss bei diesem Konzept nur noch 51 % an Primärenergie eingesetzt werden, um auf eine Wärmeleistung von 100 % zu kommen.

Herzstück der Heizzentrale des Nahwärmenetzes sind zwei große Schichtspeicher: ein zentraler 27.000 Liter Schichtspeicher mit einer Temperatur von 80 Grad sowie ein 15.000 Liter Niedertemperatur-Speicher von 30 Grad. Rund 100 m² Solarthermie-Kollektoren auf dem Dach der Heizzentrale (mittelfristiger Ausbau auf 200m² geplant) sorgen für die Erwärmung des 10°C kalten Grundwassers aus dem Uferbereich der Altmühl, bevor es in die Speicher fließt. Eine 440 kW Wärmepumpe sorgt für die temperaturtechnische Aufbereitung des Grundwassers auf Heizungsniveau.

Komplettiert wird die Heizzentrale durch ein Gas-BHKW mit 250 kW thermischer und 150 kW elektrischer Leistung für den Strombetrieb der Wärmepumpe sowie einen Gas-Spitzenlastkessel mit 300 kW. Hinzu kommen in der Peripherie für jeden geschlossenen Haushalt noch jeweils eine „kleine“ Wärmepumpe als Übergabestation sowie ein Speicher mit mindestens 300 Liter Fassungsvermögen. Alle Komponenten sind über eine Datenleitung miteinander verbunden und können sich somit – dank einer hochkomplexen Regelungsleittechnik – über die jeweilige Wärmebereitstellung und den Bedarf der Verbraucher informieren.

Die Gemeinde Dollnstein investierte insgesamt 1,3 Millionen Euro. Der wirtschaftliche Betrieb des Netzes ist bereits sichergestellt, da der dafür notwendige Mindestverbrauch von jährlich einer Million Kilowattstunden durch die hohe Anschlussquote übertroffen wird. Die

OLAF KRUSE / REHAU AG:

WÄRMEVERLUSTE IM KOMMUNALEN NAHWÄRMENETZ UM 50 % REDUZIERT

Nahwärmenetze müssen die Versorgungssicherheit der Anschlussnehmer gewährleisten. Gleichzeitig müssen sie möglichst effizient konzipiert und dimensioniert sein, um von den Betreibern wie Stadtwerken, Contractingunternehmen oder auch Energiegenossenschaften über lange Zeit wirtschaftlich betrieben werden zu können. „Ein Maß für die Effizienz sind möglichst geringe Wärmeverluste“, erklärte Olaf Kruse.

In der Vergangenheit wurden Wärmenetze oftmals viel zu groß dimensioniert. Effizienzpotenziale wurden nicht oder nur in geringem Umfang ausgeschöpft. Das Ergebnis sind Wärmenetze, die teilweise Wärmeverluste von 25 % und mehr aufweisen. Die Folge ist ein unter energetischen und wirtschaftlichen Aspekten ineffizienter Betrieb mit einem daraus resultierenden (zu) hohen Wärmepreis - und dies über viele Jahre.

Eine Wärmebedarfsdichte von 1,5 MWh/(m²*a) wird als Mindestanforderung betrachtet. In ländlichen Strukturen und Stadtrandgebieten wird diese Schwelle jedoch zumeist nicht erreicht. Grundsätzlich auszuschließen sind Nahwärmenetze an derartigen Standorten jedoch nicht. Vor allem dann nicht, wenn in diesen Gebieten (Ab-)Wärmequellen vorhanden oder günstig zu erschließen sind und damit die Verbrennung von fossilen Brennstoffen ganz oder zu großen Teilen abgelöst werden kann. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist hier, Wärmeverluste konsequent zu minimieren. Dies gelingt im Dreiklang von intelligenter Netzkonzeption, optimaler Planung und Auswahl der passenden Systembestandteile.

Unter Einbeziehung konkreter Anwendungsfälle zeigte Kruse auf, welches Potenzial hier verborgen ist und wie dieses mit konkreten Maßnahmen erschlossen werden kann. Leitgedanke ist: „Überdimensionierung vermeiden!“

eingebundenen Haushalte profitieren trotz der Kostenumlegung schon jetzt, da Anschaffungs- und Reparaturkosten für eine eigene Heizanlage entfallen. Dem unkalkulierbaren Risiko steigender Ölpreise sind die Einheimischen nicht mehr ausgesetzt, denn Grundwasser und Sonnenstunden sind ausreichend vorhanden. Der erfolgreiche „Pilot“ des „kalten Nahwärmenetzes“ in Dollnstein hat einige Kommunen bereits zur „Nachahmung“ motiviert. Im Gewerbegebiet Bodenmais, der Stadt Beilngries und in Haßfurt werden „kalte Nahwärmenetze“ bereits konkret umgesetzt.

Sind die Gebäude für den Anschluss an das Nahwärmenetz identifiziert, der Wärmebedarf ermittelt und der Trassenverlauf konzipiert, können die erforderlichen Rohrleitungsdimensionen bestimmt werden. Dafür erforderlich ist die Festlegung der im Netz realisierbaren Temperaturspreizung ausgehend von der Vor- und Rücklauftemperatur. Angestrebt werden hohe Spreizungen, damit die Leitungsdimension möglichst klein gewählt werden kann.

Eine Schlüsselrolle nehmen die Heizsysteme der Gebäude ein. Fehlt dort ein hydraulischer Abgleich der Heizkreise, führt dies zwangsläufig zu hohen Rücklauftemperaturen im Heizkreis und damit bei Anschluss an ein Wärmenetz zu hohen Rücklauftemperaturen.

MINIMIERUNG DER ROHRLEITUNGSDIMENSION

Weiteres Potenzial zur Minimierung der Rohrleitungsdimension birgt das Prinzip der Gleichzeitigkeit. Da praktisch niemals alle Anschlussnehmer gleichzeitig die maximale Anschlussleistung abfordern, kann die Summe

aller einzelnen Leistungen um den Gleichzeitigkeitsfaktor reduziert werden.

Maßgebend für die Spezifizierung der Umwälzpumpe im Netz ist der maximale Druckverlust. Dieser Druckverlust ist dem kritischen Strang zuzuordnen. Wenn die Netzstruktur unter Beachtung aller bestimmenden Randbedingungen ermittelt wurde, schließt sich die Ermittlung dieses kritischen Strangs an. Neben diesem Strang bestehen innerhalb der Netzstruktur weitere Trassenabschnitte, die sich vor allem durch ihre deutlich geringere Länge kennzeichnen lassen. Diese Nebenstränge gilt



Olaf Kruse.

Bayerische Ingenieurekammer-Bau
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Bauen in Bayern

Sie planen ein Bauvorhaben und suchen dafür kompetente Fachleute? Unter den rund 6.500 Mitgliedern der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau finden Sie die von Ihnen gesuchten unabhängigen Experten im Bauwesen.

>> www.planersuche.de

Tipp:
Fordern Sie jetzt unsere kostenfreie Broschüre „Bauen in Bayern“ an unter:
>> www.bayika.de/de/bauherren

Information und Kontakt
Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Schloßschmidstraße 3, 80639 München
Tel: 089 419434-0, E-Mail: info@bayika.de, www.bayika.de

es zu optimieren. Dies geschieht durch Minimierung der Leitungsquerschnitte.

Jedes Nahwärmenetz besteht aus zwei Leitungen, einer Vorlauf- und einer Rücklaufleitung. Der Wärmeverlust bzw. die Wärmeübertragung an das die Leitung umgebende Erdreich ist u. a. von der Größe der wärmeaustauschenden Fläche abhängig. Werden zwei Medienleitungen in einem Außenmantel als Duo-Leitung zusammengefasst, verringert sich diese wärmeaustauschende Fläche bezogen auf die beiden Leitungen. Der Einsatz von

Duo-Leitungen wird von Wärmenetzplanern zunehmend berücksichtigt Einzel- bzw. Uno-Leitungen sind jedoch nach wie vor verbreitet im Einsatz, da diese einfacher zu verlegen sind. Hochwertige und langlebige Dämmmaterialien sollen zudem die Wärmeverluste bei erdverlegten Rohrleitungssystemen minimieren. Die Mehrinvestition in einfach oder zweifach verstärkte Dämmung amortisiert sich in vielen Fällen bereits nach rund zehn Jahren. Bei Kalkulation einer Refinanzierung des Nahwärmenetzes über 20 oder mehr Jahre führt dies automatisch dazu, dass der Wärmepreis

trotz Mehrinvest niedriger ausfallen kann.

Was die Umsetzung der Maßnahmen konkret für ein Nahwärmenetz bedeutet, verdeutlichte Kruse am Beispiel dreier Wärmenetze, die sich durch ihre Wärmebedarfsdichte unterscheiden. Bekanntermaßen steigen die Wärmeverluste mit sinkender Wärmebedarfsdichte überproportional. Durch einen optimalen Prozess von Netzkonzepion und intelligenter Netzplanung in Verbindung mit der Auswahl hochwertiger Systemkomponenten können die Verluste mehr als halbiert werden. ■

LUDWIG FRIEDL / BAYERISCHE ENERGIEAGENTUREN E.V.:

DER BAYERISCHE ENERGIEAGENTUREN E.V.

Die Bayerischen Energieagenturen sind ein Zusammenschluss aus neutralen Beratungseinrichtungen, die durch ihre organisatorische Nähe zu Städten, Gemeinden und Landkreisen produktneutrale Beratung rund um die Themen Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien anbieten. Seit Juli 2015 sind sie als Verein organisiert.

Mitglieder sind die Energieagentur Nordbayern GmbH mit den Standorten Kulmbach und Nürnberg, die eza! Energie- und Umweltzentrum Allgäu gGmbH in Kempten, die Energieagentur Chiemgau-Inn-Salzach eG in Töging am Inn, die Energieagentur Regensburg e.V., das etz Nordoberpfalz in Weiden, die Regionale Energieagentur Augsburg, die Energieagentur der Klimaallianz Bamberg, die Energieagentur Bayerischer Untermain in Großwallstadt, die Energieagentur Ebersberg sowie die Bürgerstiftung Energiewende Oberland mit Sitz in Penzberg.

Als Vorsitzender fungiert Ludwig Friedl (Energieagentur Regensburg), Stellvertreter ist Erich Maurer (Energieagentur Nordbayern). Schatzmeister Martin Sambale (eza) sowie Schriftführer Stefan Drexelmeier (Energiewende Oberland) komplettieren den Vorstand.

BREITES SPEKTRUM AN DIENSTLEISTUNGEN

Mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sind die Bayerischen Energieagenturen flächendeckend im Freistaat ein unabhängiger und kompetenter Ansprechpartner für eine engagierte Energiewende – für Bürger, Kommunen und Unternehmen. Ihre Tätigkeit umfasst die Erstellung sowie Umsetzungsbegleitung kommunaler Energiekonzepte ebenso wie das Kommunale Energiemanagement (KEM), die Steuerung kommunaler Energieprojekte, die Organisation kommunaler Veranstaltungen und die Energieberatung.

Zum ersten Mal präsentierte sich der neugegründete Verein bei der Messe Kommunale in Nürnberg 2015 in größerem Rahmen. Als unabhängiger, neutraler und kompetenter



Ludwig Friedl.

Partner entwickelt der Verein in Zusammenarbeit mit Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden und Ministerien Wege, die Energieziele Bayerns und der Regionen zu verwirklichen. Damit sind die Bayerischen Energieagenturen – auch aus Sicht der Kommunen – ein unverzichtbarer Partner für das Gelingen der Energiewende vor Ort, wie eine Umfrage während der beiden Messetage ergab.

Der Bayerische Energieagenturen e.V. wird Regionaler Träger für den European Energy Award (eea) in Bayern. Dazu wurde im April 2016 mit der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award der Vertrag unterzeichnet. Mit dem durch den Freistaat Bayern geförderten Managementtool „eea“ können Kommunen in professioneller Weise ihre Energiekonzepte umsetzen. Die Energieagenturen begleiten die Umsetzung mit ihren dafür zertifizierten Beratern. Die Auszeichnung von zertifizierten Kommunen erfolgt einmal jährlich durch die Bayerische Umweltministerin.

Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung wurde dem Energieagentur- und Umweltzentrum Allgäu gemeinnützige GmbH (eza!) vom Bayerischen Energieagenturen e.V. die Rolle und Ausführung der Bayerischen Landesgeschäftsstelle übertragen. Ein entsprechender Dienstleistungsvertrag dazu wurde ebenfalls im April 2016 unterzeichnet.

Interessierte Kommunen können sich gerne an den Bayerischen Energieagenturen e.V. wenden. „Wir begleiten Sie gerne in der Umsetzung Ihrer Energiekonzepte“, so Friedl. ■

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
Redaktion: Doris Kirchner
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigen: Constanze von Hassel
Veranstaltungsmanagement: Theresa von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg